G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gunnar Matthiessen
Die Bonner Entscheidung und die Perspektiven Europas

Axel Vielau
Zur politischen Ökonomie der EWG

Volker Jentsch, Helmut Kopka und Arnd Wülfing
Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft

Jürgen Ostrowsky
Großbritannien und Zimbabwe (Rhodesien)

Die von Franz Josef Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus.
Ein Gutachten

5'72

Mai 1972 Einzelheft 4,00 DM Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Mai 1972

CHRONIK DES MONATS APRIL 1972 445

KOMMENTARE UND BERICHTE

Die Bonner Entscheidung
und die Perspektiven Europas . . . . . *Gunnar Matthiessen* 448

50 Jahre Rapallo . . . . . *Iwan Kobljakow, Moskau* 450

Pugwash-Konferenz für europäische Kooperation . . . *Wilfried v. Bredow* 454

Ein Appell an die demokratische Intelligenz . . . . . *Georg Fülberth* 455

HAUPTAUFSÄTZE

Zur politischen Ökonomie der EWG . . . . . *Axel Vielau* 459

Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit *Iwan Iwanow, Moskau* 471

Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft
Volker Jentsch, Helmut Kopka und Arnd Wülfing 476

Großbritannien und Zimbabwe (Rhodesien) . . . . . *Jürgen Ostrowsky* 504

BÜCHER

Detlev Albers/Werner Goldschmidt/Paul Oehlke,
Klassenkämpfe in Westeuropa . . . . . *Frank Deppe* 520

Wolfgang Fritz Haug, Kritik der Warenästhetik . . . *Günter Giesenfeld* 526

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 528

FERNSEH-SPALTE
„Akzente anders gesetzt" . . . . . *E. H. Wahl* 530

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Gutachten von Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Marburg, über die von
Franz Josef Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis
zum Faschismus (Wortlaut) 531

Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung
bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen (Wortlaut) 553

Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR
und der Republik Irak vom 9. April 1972 (Wortlaut) 556

Öffentlicher Appell an die Bundesregierung für die Aufnahme der Deutschen
Demokratischen Republik in die Weltgesundheitsorganisation (WHO)
(Wortlaut) 559

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Siebzehnter Jahrgang · Heft 5/1972

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats April 1972

1. 4. — Vietnam. Das militärische Oberkommando in Saigon bestätigt Meldungen über eine verstärkte Kampftätigkeit südlich des 17. Breitengrades, der Demarkationslinie zwischen beiden Teilen Vietnams und in den Gebieten entlang der südvietnamesisch-kambodschanischen Grenze. Präsident Thieu, der eine Inspektionsreise an die „Nordfront" unternimmt, spricht von der erwarteten „Frühjahrsoffensive" und bezeichnet die Lage als „sehr ernst". Schwerpunkt der militärischen Operationen ist im weiteren Verlauf des Monats die Provinz Quang Tri, aus der sich die südvietnamesischen Regierungstruppen und ihre amerikanischen Berater trotz massiver Unterstützung von US-Einheiten aus der Luft und von See her nach und nach zurückziehen müssen. Präsident Nixon verfügt die Entsendung zusätzlicher Bomber vom Typ B 52; die Zahl der in Südvietnam, Thailand und auf den vier Flugzeugträgern im Golf von Tonking stationierten Maschinen wird mit 700 angegeben. — Am 12. 4. erklärt Informationsminister Hamon nach der wöchentlichen Sitzung des Kabinetts: „Die französische Regierung gibt ihrem Wunsch Ausdruck, daß die Pariser Vietnamkonferenz unverzüglich wiederaufgenommen wird." — Am 16. 4. veröffentlicht die amerikanische Luftwaffe Einzelheiten über die Aktionen gegenüber Nordvietnam. Vom 9. bis 15. 4. seien insgesamt 275 Einsätze geflogen worden. Das Kommando bestätigt auch die Bombardierung der Umgebung von Hanoi

und der Hafenanlagen von Haiphong. — Am 27. 4. nehmen die Vertreter der Vereinigten Staaten und Südvietnams wieder an der Pariser Vietnamkonferenz teil, von der sie sich am 24. 3. zurückgezogen hatten.

3. 4. — U d S S R / B R D. Ministerpräsident Kossygin empfängt den scheidenden Botschafter der Bundesrepublik Dr. Helmut Allardt und weist bei dieser Gelegenheit auf die Folgen einer Nichtratifizierung der Ostverträge hin; Allardts Nachfolger, der bisherige Ministerialrat im Bundeskanzleramt Dr. Ulrich Sahm, überreicht am 26. 4. sein Beglaubigungsschreiben. — Am 7. 4. paraphieren Sonderbotschafter Dr. Peter Hermes und der stellvertretende sowjetische Außenhandelsminister Alexej Manshulo ein bis zum 31. Dezember 1974 befristetes Handelsabkommen, das den seit 1963 bestehenden vertragslosen Zustand beenden soll. In einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes heißt es: „Der Geltungsbereich des Abkommens wird sich auch auf Berlin (West) erstrecken." — Am 12. und 17. 4. beraten die außenpolitischen Ausschüsse des Unionssowjets und des Nationalitätensowjets auf einer gemeinsamen Sitzung im Kreml die Ratifizierung des Moskauer Vertrages vom 12. August 1970. Außenminister Gromyko erläutert den Abgeordneten das Vertragswerk und die begleitenden Dokumente. Der Minister bekräftigt die Äußerungen von Parteisekretär Breschnew auf dem Kongreß der Sowjetgewerkschaften, wonach die Sowjetunion nicht „zu irgendwelchen neuen Verhandlungen über den Vertrag" bereit sei. Beide Gremien empfehlen dem Präsidium des Obersten Sowjets in einer Entschließung, „den erwähnten Vertrag zu ratifizieren".

— U S A. Präsident Nixon unterzeichnet das Gesetz über die Abwertung des US-Dollar; der offizielle Goldpreis wird von 35 auf 38 Dollar je Feinunze erhöht. — Am 8. 4. billigt der Präsident eine Vereinbarung, die die leihweise Überlassung von zehn Zerstörern und sechs U-Booten aus amerikanischen Beständen an fünf Staaten vorsieht. Die Empfänger der Rüstungshilfe sind Spanien, Italien, Griechenland, die Türkei und Südkorea. — Am 17. 4. wird in Washington mitgeteilt, Präsident Nixon werde im Anschluß an seine für Ende Mai geplante Moskaureise auch den Iran und die Volksrepublik Polen besuchen. Der Aufenthalt in Warschau sei für den 1. und 2. Juni vorgesehen.

4. 4. — U S A / B a n g l a D e s h. Staatssekretär Rogers gibt die diplomatische Anerkennung der Volksrepublik Bangla Desh durch die Vereinigten Staaten bekannt. Präsident Nixon richtet eine entsprechende Botschaft an Ministerpräsident Mujibur Rahman.

6. 4. — N a h e r O s t e n. Wenige Stunden vor der Eröffnung der außerordentlichen Tagung des Palästinensischen Nationalrates in Kairo, an der 155 Delegierte und mehrere hundert Gäste teilnehmen, bricht Ägypten die diplomatischen Beziehungen zu Jordanien ab. Der Beschluß fällt auf einer Kabinettssitzung unter Vorsitz von Staatspräsident Sadat und wird inoffiziell mit den Plänen König Husseins zur Schaffung eines „Vereinigten Arabischen Königreichs" unter Einschluß Palästinas begründet.

9. 4. — I r a k / U d S S R. Während eines mehrtägigen Aufenthalts des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin im Irak (6.—10. 4.) schließen beide Staaten einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit". Artikel 8 sieht im Falle einer Bedrohung oder Verletzung des Friedens die Kontaktaufnahme der Vertragspartner vor „in der Absicht, ihre Positionen im Interesse der Beseitigung der Gefahr zu koordinieren bzw. den Frieden wiederherzustellen".

10. 4. — A b r ü s t u n g. In Washington, London und Moskau wird die „Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen und deren Vernichtung" zur Unterzeichnung aufgelegt. Zu den mehr als 70 Staaten, die der Konvention schon am ersten Tage beitreten, gehören die DDR und die Bundesrepublik (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

13. 4. — W e l t h a n d e l. Mit Ansprachen von Präsident Salvador Allende und UN-Generalsekretär Kurt Waldheim beginnt in Santiago de Chile die dritte Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development). An der UNCTAD sind 141 Staaten, darunter 96 Entwicklungsländer beteiligt. Die Konferenz soll mehrere Wochen dauern.

18. 4. — D D R. Während eines mehrtägigen Besuches der Volksrepublik Bulgarien äußert sich SED-Sekretär Erich Honecker zu den möglichen Perspektiven nach einer

Ratifizierung der Ostverträge durch den Bundestag: „Es könnte eine Entwicklung eingeleitet werden — das möchte ich hier ausdrücklich wiederholen —, die zu einem friedlichen Nebeneinander zwischen der DDR und der BRD führt, zu normalen gutnachbarlichen Beziehungen mit dem Ausblick zu einem Miteinander im Interesse des Friedens, im Interesse der Bürger beider Staaten."

— Commonwealth. Die Volksrepublik Bangla Desh wird als 31. Mitglied in die Organisation des Commonwealth aufgenommen.

19. 4. — Großbritannien. Mit 284 gegen 235 Stimmen lehnt das Unterhaus einen Antrag von EWG-Gegnern aus den Reihen der Konservativen ab, eine Volksabstimmung über den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abzuhalten. Ein Antrag der Labour-Fraktion, im Zusammenhang mit dem geplanten Beitritt Neuwahlen zum Unterhaus durchzuführen, verfällt mit 301 gegen 272 Stimmen ebenfalls der Ablehnung.

20.—24. 4. — UdSSR/USA. Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Henry Kissinger, hält sich zu Geheimgesprächen in Moskau auf. In Washington, wo der Besuch erst am 25. 4. bekanntgegeben wird, heißt es, bei dem Meinungsaustausch mit Außenminister Gromyko und Parteisekretär Breschnew sei es um einen weiten Bereich internationaler Probleme im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch Nixons in der Sowjetunion gegangen.

23. 4. — Frankreich. An dem Referendum über die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften beteiligen sich nur rund 60 % der 29,3 Mill. Stimmberechtigten; 7 % der Wähler votieren mit leeren Stimmzetteln. Von den abgegebenen gültigen 15,6 Mill. Stimmen (das sind 53 % der Wahlberechtigten) entfallen 10,6 Mill. (67,9 %) auf Ja und 5,0 Mill. (32,1 %) auf Nein.

— Baden-Württemberg. Aus den Landtagswahlen gehen die Christlichen Demokraten mit einer absoluten Mehrheit hervor. Die Sozialdemokraten verzeichnen ebenfalls einen Zuwachs, während die Freien Demokraten gegenüber den letzten Wahlen auf Landesebene an Stimmen verlieren, gegenüber den Bundestagswahlen von 1969 jedoch leicht gewinnen. Die NPD, die im Jahre 1968 rund 10 % der Stimmen und 12 Mandate erringen konnte, hatte nicht mehr kandidiert und zur Wahl der CDU aufgerufen. Zusammensetzung des neuen Landtages: CDU 65, SPD 45, FDP 10 Sitze.

24. 4. — Bundestag. Einen Tag vor Beginn der Zweiten Lesung der Haushaltsgesetze faßt die Bundestagsfraktion der CDU/CSU einstimmig den Beschluß, einen Mißtrauensantrag nach Artikel 67 des Grundgesetzes einzubringen und den Partei- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel für das Amt des Bundeskanzlers zu nominieren; der FDP-Abgeordnete Wilhelm Helms hatte am 23. 4. unmittelbar vor Bekanntgabe der Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg den Austritt aus seiner Fraktion erklärt. — Am 27. 4. steht der Antrag der CDU/CSU auf der Tagesordnung des Bundestages. In geheimer Abstimmung werden 247 Stimmen für Barzel abgegeben, der damit die gesetzlich vorgeschriebene Zahl für eine Wahl um zwei Stimmen verfehlt; drei Abgeordnete üben Stimmenthaltung. — Am 28. 4. kommt es zu einer Kampfabstimmung über den Etat des Bundeskanzleramtes. Mit 247 zu 247 Stimmen bei einer Enthaltung gilt die Vorlage als abgelehnt. Noch am gleichen Tag nehmen Bundeskanzler Brandt und der CDU-Vorsitzende Barzel vertrauliche Gespräche über den Fortgang der parlamentarischen Arbeit auf. Später treffen die führenden Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien zur Fortsetzung des Meinungsaustausches zusammen. Es wird vereinbart, die ursprünglich für den 3. und 4. Mai vorgesehene Debatte über die Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen zunächst auszusetzen.

26. 4. — DDR/BRD. Die Staatssekretäre Egon Bahr und Dr. Michael Kohl berichten auf einer Pressekonferenz im Hause des DDR-Ministerrats über den fertiggestellten Entwurf eines allgemeinen Verkehrsvertrages. Der Vertrag, der erst nach der Paraphierung veröffentlicht werden solle, sehe zahlreiche Verbesserungen im Verkehr zwischen beiden Staaten vor.

30. 4. — Pakistan/Indien. Delegationen der beiden Regierungen einigen sich nach viertägigen Verhandlungen in dem pakistanischen Bergort Murree auf die Einberufung einer „Gipfelkonferenz" zwischen Präsident Bhutto und Ministerpräsidentin Gandhi, für die eine „gemeinsam vereinbarte Traktandenliste" ausgearbeitet worden sei.

Kommentare und Berichte

Die Bonner Entscheidung und die Perspektiven in Europa

Unabhängig von taktischen Manövern in den Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition, von denen sich die CDU/CSU nicht zuletzt auch eine Ablenkung der Öffentlichkeit von der Substanz der Verträge von Moskau und Warschau versprach, ist die Grundfrage seit langem entschieden — die Frage, worum es im Grunde geht. Zwei entgegengesetzte Konzeptionen europäischer Politik und zwei Entwicklungslinien auf diesem Kontinent, letztenendes zwei Geschichtsepochen, die alte der Nachkriegszeit und die kommende eines gesicherten Friedens, stehen gegeneinander. Die Kräfte, die erkannt haben, daß man die Nachkriegsprobleme Europas auf der Grundlage der territorialen und politischen Realität im Sinne einer Politik der friedlichen Koexistenz lösen muß, haben sich durchgesetzt und bestimmenden Einfluß auf das europäische Geschehen gewonnen. Ein bedeutsamer Ausdruck hierfür ist eben die Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau. Beim Ringen um Ratifizierung und Verwirklichung der Ostverträge ging und geht es darum, die ersten Ansätze der Entspannung und Normalisierung zu festigen, weitere Schritte in dieser Richtung zu erlauben und die Möglichkeit entschieden zu begrenzen, daß die Anhänger der alten Doktrinen erneut hemmend Einfluß nehmen könnten auf den Prozeß der Entspannung.

Dies weiß die CDU/CSU nur zu genau. Ihr Taktieren ist motiviert von dem verzweifelten Versuch, mit allen erdenklichen Mitteln, selbst dem eines formal legalisierten Putsches, einen weiteren Einflußverlust für die Zukunft zu blockieren. Umfang und Vehemenz ihrer Abwehr unterstreichen die grundsätzliche Bedeutung der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau. Mag sein, daß für die CDU/CSU hier und dort andere Ziele mit ins Spiel kommen: die innere Entwicklung nachhaltig auf einen law and order-Kurs im Strauß'schen Sinne zu steuern, den Staat fester in den politischen und ökonomischen Griff gewisser Monopolgruppen zu bekommen; es mag auch sein, daß unterschwellig Psychologismen eine Rolle spielen — wie Ambitionen auf Macht oder Spekulationen wie die vom unaufhaltsamen Aufstieg des Franz Josef Strauß durch den unaufhaltsamen Abstieg des Rainer Barzel. All dies aber trifft den Kern der Sache nicht. Der Ablauf der Ereignisse ergibt sich mit geradezu strenger Notwendigkeit aus der Konstellation der ersten parlamentarischen Debatte über die Verträge von Moskau und Warschau.

Daß die CDU/CSU gefährlich und stark ist, das hat sie zur Genüge unter Beweis gestellt. Ebenso bewiesen aber ist auch, daß die neuen Strömungen in Europa, die zielstrebig auf ein europäisches Sicherheitssystem hinarbeiten, insgesamt stärker sind als sie. Das diktiert das Vorgehen der Entspannungsgegner, ihre Flexibilität, die darauf angelegt ist, wenn schon nicht mehr frontal mit einem absoluten Nein gegen die Verträge vorgegangen werden kann, so doch diese durch eine verfälschende Interpretation ihrer Substanz zu berauben und sie zu einem Instrument der alten Politik umzufunktionieren. Wie sehr die CDU/CSU dabei in den alten Kategorien der Politik der Stärke denkt, wurde ganz offen bekundet: es gelte, den Vertragspartner unter Druck zu setzen, ihn zu erpressen, um Zugeständnisse zu erzwingen. Die Gegner der Ratifizierung setzten auf die Hoffnung, daß weltpolitische Klimaverände-

rungen, ein Regierungswechsel in Bonn oder andere Umstände es der CDU/CSU ersparen könnten, über die Verträge abzustimmen. Der Wahlausgang in Baden-Württemberg wird allenfalls marginalen Einfluß gehabt haben auf den Entschluß, ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt zu beantragen. Schon einige Zeit vorher war in der Diskussion erwogen worden, die Etatdebatte zu dem Versuch zu nutzen, die Bundesregierung zu stürzen — ein Schritt, der für die politische Position der CDU/CSU weniger bedenklich und folgenreich schien als das Nein zu den Verträgen.

Wägt man das politische Kräfteverhältnis ab, dann ist nicht zu übersehen, daß der Übergang zu einer neuen Etappe der europäischen Geschichte sich keineswegs widerspruchslos und ungehindert vollzieht. In all den Entspannungsbemühungen und -abmachungen der letzten Zeit zeichnet sich immer deutlicher eine objektive Entwicklungstendenz ab, die sich in Europa durchsetzen wird. Die Kräfte aber — und dies gilt insbesondere für die Bundesrepublik —, die gegen diese neuen Prinzipien der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung an den alten Doktrinen einer wie auch immer variierten Konfrontationspolitik festhalten, sind noch stark genug, hemmend und zeitweilig auch verhindernd auf diesen Prozeß einzuwirken.

Diese Kräftekonfrontation steht aktuell zur Entscheidung. Und sie muß entschieden werden. Weder ist es in einem nicht näher bestimmten nationalen Interesse noch im Interesse der Sache selbst, wenn einer Entscheidung über diese entgegengesetzten Konzeptionen für die europäische Zukunft durch den Versuch zu einer Gemeinsamkeit ausgewichen wird, die ohnehin weder echt noch dauerhaft sein kann, weil die beiden politischen Programme nicht zu vereinbaren, allenfalls zu verwässern sind. Der Verweis auf das parlamentarische Patt widerspricht dem nicht. Es ist eher eine Folge von zu viel Gemeinsamkeitsversuchen als von zu wenigen. Die Initiativen der Öffentlichkeit außerhalb des Parlaments haben den Weg gewiesen, auf dem über diese Grundsatzfrage der europäischen Politik eine Entscheidung herbeizuführen ist. Die CDU/CSU — das ist eine Widerspiegelung ihres realen Kräftepotentials — dürfte eines offenen Nein nicht froh werden, weil die Folgen innenpolitisch, europäisch und international absehbar sind. Ausschließlich ihrem Interesse entspricht es, in einer Aktion von Gemeinsamkeit mit der Regierung die Substanz und die politische Funktion der Verträge für die europäische Sicherheit so sehr auszuhöhlen, daß ein parlamentarisches Ja dem Anspruch ihrer Politik, die Nachkriegsgrenzen nicht anerkennen zu wollen, scheinbar kaum Abbruch täte.

Es ist bekannt, daß die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik für die Verträge von Moskau und Warschau ist. Dieser Mehrheitswille aber erhält eine politische Kraft und Funktion erst, wenn er sich in Aktionen organisiert. Die Initiativen, die spontan schon während der ersten parlamentarischen Debatte und verstärkt bei Bekanntwerden des Mißtrauensvotums insbesondere in den Betrieben entstanden sind, die Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Öffentlichkeit in unserem Land durchaus die Bedeutung großer internationaler Fragen richtig einschätzen kann und auch weiß, von welchem unmittelbaren Interesse sie für die Bevölkerung sind. Allein durch diese Dokumentation hat, was die politische Entwicklung in der Bundesrepublik angeht, der Prozeß der europäischen Entspannung eine neue Qualität erlangt. Hindernisse sind nur zu überwinden, wenn sich die Regierung auf die moralische Autorität der Öffentlichkeit und ihre aktive Zustimmung stützt. Denn von ihr und nicht von einigen schwankenden Abgeordneten im Parlament hängt es letztendlich

ab, ob und wie schnell sich der Übergang zu einer neuen Epoche der europäischen Nachkriegsgeschichte vollzieht.

Die Verträge von Moskau und Warschau in ihrem realen politischen Inhalt zu festigen und ihre europäischen Perspektiven zu diskutieren, ist die unmittelbare Aufgabe nach der Ratifizierungsdebatte. Ihre wesentliche politische Funktion werden die beiden Verträge durch die Europäische Sicherheitskonferenz, mit deren Vorbereitung nun zu beginnen ist, erhalten; dann werden sie eingebettet werden in einen allseitigen, kollektiven Gewaltverzicht auf der Grundlage der territorialen und politischen Gegebenheiten dieses Kontinents. Auf einem solchen Fundament läßt sich ein System der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa errichten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse und Erfahrungen in der Bundesrepublik gewinnt das Forum der europäischen Öffentlichkeit Anfang Juni in Brüssel (vgl. die „Aufforderung zum Dialog" im Dokumentarteil der „Blätter", Heft 4/72) eine wachsende Bedeutung. Seine Aufgabe wird es sein, die Grundlagen der europäischen Sicherheit auszuarbeiten und den Regierungen den Weg zu zeigen, auf dem dieses Ziel verwirklicht werden kann. In der gegenwärtigen Auseinandersetzung ist mehr und mehr bewußt geworden, daß die Vorstellungen über die friedliche Koexistenz präzisiert werden müssen, daß der gesamteuropäische Dialog eng mit der Verwirklichung der europäischen Sicherheit verbunden ist. Wie auch die Ergebnisse im einzelnen sind, dieser Dialog muß, um in der Öffentlichkeit Klarheit zu schaffen über den einzig gangbaren und friedlichen Weg, so oder so, angefangen und verstärkt fortgeführt werden — in der Bundesrepublik und in ganz Europa.

Gunnar Matthiessen

(Abgeschlossen am 8. Mai 1972)

50 Jahre Rapallo

„Die Existenzbedingungen zwingen das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, die deutschen Schwarzhunderter und Kapitalisten nicht ausgenommen, Beziehungen zu Sowjetrußland zu suchen", sagte W. I. Lenin, als er die Lage Deutschlands nach Abschluß des Versailler Vertrages charakterisierte. Dazu hielten Deutschland die unerläßlichen Forderungen seiner Wirtschaft an. Die russische und deutsche Wirtschaft unterhielten bekanntlich vor dem Ersten Weltkrieg enge Beziehungen. Deutschland war der hauptsächliche Handelspartner Rußlands, das der Lieferant Nr. 1 von Getreide und Rohstoffen für die deutsche Industrie war.
Das provisorische sowjetisch-deutsche Abkommen vom 6. Mai 1921 war der erste Schritt zur Wiederherstellung der früheren Wirtschaftsbeziehungen. Unter Berücksichtigung des vitalen Interesses der deutschen Wirtschaft an einer Ausweitung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland begann die an die Macht gekommene Regierung Wirth Mitte Januar 1922 Verhandlungen mit sowjetischen Vertretern. Die deutsche Seite unterbreitete ihren Entwurf eines politischen Abkommens. Zu mehr kam es aber nicht, da die Regierung Wirth insgeheim darauf hoffte, den Ententemächten werde es auf der Genua-Konferenz gelingen, Sowjetrußland den für diese Republik knechtenden Plan eines internationalen Wirtschaftskonsortiums aufzuzwingen, zu dessen Teilnehmern auch Deutschland gehörte.

Vom 1. bis 4. April 1922 wurden in Berlin die sowjetisch-deutschen Verhandlungen über die völlige Regelung der Beziehungen auf der Basis des sowjetischen Vertragsentwurfes fortgesetzt. Außer dem Punkt über die gegenseitige Annullierung der Ansprüche aus dem Ersten Weltkrieg wurde in allen anderen erörterten Vertragspunkten Einvernehmen erzielt. Nichts-

destoweniger wartete die Regierung Wirth aber ab und unterzeichnete den Vertrag nicht. Sie vereinbarte lediglich, daß die Verhandlungen in Genua fortgesetzt, daß beide Delegationen dort in Kontakt bleiben, einander informieren und unterstützen sollten.

Das Hauptthema auf der Genua-Konferenz waren die Verhandlungen mit der Sowjetdelegation über die Bedingungen eines Abkommens zwischen Sowjetrußland und den Westmächten. Damit bestätigte sich ganz offensichtlich, daß Sowjetrußland zu einem wichtigen Faktor der internationalen Politik geworden war.

Gleichzeitig versuchten die Westmächte, Rußland ein Abkommen auf der Basis des Londoner Memorandums und des Plans eines internationalen Wirtschaftskonsortiums aufzuzwingen. Die Deutschen verstanden sofort, daß der Abschluß eines solchen Abkommens für Deutschland schwere Folgen haben würde, da Punkt 6 des Londoner Memorandums Rußland entsprechend Artikel 116 des Versailler Vertrages das Recht auf Reparationszahlungen zusprach. Hingegen waren die Vorteile für Deutschland als Teilnehmer des internationalen Konsortiums ziemlich zweifelhaft, da das englische Kapital Deutschland nur einen sehr bescheidenen Platz einräumte.

Die Regierung Sowjetrußlands konnte sich mit den Bedingungen des Londoner Memorandums nicht einverstanden erklären, da diese die Rückgabe des verstaatlichten Eigentums an die ehemaligen Besitzer und die Bezahlung aller Schulden der zaristischen Regierung vorsahen. Außerdem stellten die Westmächte für die Tätigkeit des internationalen Konsortiums Bedingungen, die Sowjetrußland unausbleiblich in ein direktes Ausbeutungsobjekt verwandelt hätten.

Die Sowjetdelegation verteidigte in Genua entschieden die Rechte Sowjetrußlands auf eine unabhängige, selbständige ökonomische Entwicklung. Gleichzeitig erklärte sie sich bereit, „mit den Regierungen sowie Handels- und Industriekreisen aller Länder geschäftliche Beziehungen auf der Basis von Gegenseitigkeit, Gleichberechtigung und völliger und bedingungsloser Anerkennung" aufzunehmen. Die Bemühungen der Sowjetdelegation, mit den Westmächten ein gegenseitig annehmbares allgemeines politisches und wirtschaftliches Abkommen zu erzielen, blieben jedoch erfolglos. Daher suchte sie aktiv nach anderen Möglichkeiten, nahm Kontakte mit den Vertretern jener Länder auf, die zu zweiseitigen Abkommen auf der Basis von Gleichberechtigung und gegenseitigem Vorteil geneigt waren. Hier sei betont, daß die deutsche Delegation, der unter anderen Wirth, sein Ratgeber in russischen Fragen, Frhr. v. Maltzan, und der Experte Raumer angehörten, sehr wohl verstand, daß die Sowjetregierung vor den Ententemächten nicht kapitulieren werde. Daraus zogen die Deutschen den Schluß, daß unter den gegebenen Umständen der Weg zur Gewährleistung der Interessen Deutschlands in der selbständigen Regelung des ganzen Komplexes der sowjetisch-deutschen Beziehungen auf zweiseitiger Basis bestehe. Am 16. April 1922 begab sich die deutsche Delegation nach Rapallo in die Residenz der sowjetischen Vertreter, um die in Berlin begonnenen Verhandlungen abzuschließen. Nach anhaltender Diskussion wurde die sowjetische Formulierung des strittigen Artikels über die gegenseitige Annullierung der Ansprüche angenommen, wurden alle übrigen Artikel des Vertrages vereinbart und redigiert. Am Abend desselben Tages war der Vertrag unterzeichnet.

Entsprechend dem Rapallo-Vertrag wurden alle früheren gegenseitigen Ansprüche annulliert. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sollten auf dem Prinzip der Meistbegünstigung aufgebaut werden. Das wurde dann auch in Noten der Regierungen bestätigt. Die Sowjetregierung erklärte,

wenn sie Ansprüche dritter Länder analog den im Vertrag erwähnten anerkenne, werde die Frage der Befriedigung der Ansprüche von Deutschland Gegenstand spezieller Verhandlungen zwischen der RSFSR und Deutschland sein. Deutschland erklärte sich seinerseits bereit, mit Rußland außerhalb des internationalen Konsortiums selbständig wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. So konnte die Sowjetregierung das Komplott der imperialistischen Kräfte vereiteln, die Rußland ökonomisch zu unterwerfen und in der Sowjetunion kapitalistische Verhältnisse wiederherzustellen versuchten.

Was Deutschland betrifft, so beendete es mit dem Abschluß des Rapallo-Vertrages seine außenpolitische Isolierung und erhielt im Kampf gegen die Vorherrschaft der Siegermächte einen politischen und ökonomischen Halt.

Indem die Regierung Wirth auf die Teilnahme an dem internationalen Kartell verzichtete und den Weg der zweiseitigen gleichberechtigten und beiderseitig vorteilhaften ökonomischen Zusammenarbeit mit Sowjetrußland beschritt, zeigte sie Verständnis für die dringlichen Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft und die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Das Gerede, die Ententemächte seien „betrogen" worden, war reine Demagogie der imperialistischen Mächte; diese waren einfach vor die Tatsache gestellt, daß ein wirklicher Friedensvertrag geschlossen wurde, dessen ganzes Wesen den für Deutschland erniedrigenden Charakter des Versailler Vertrags entlarvte.

In dem von Lenin abgefaßten Entwurf einer Entschließung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees zum Bericht der Delegation auf der Genua-Konferenz wird der Rapallo-Vertrag bewertet „als der einzig richtige Ausweg aus den Schwierigkeiten, dem Chaos und der Kriegsgefahr . . .", als ein Vertrag, der die „wirkliche Gleichberechtigung der beiden Eigentumssysteme" beinhaltete. In diesem Vertrag kam die leninsche Idee der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialökonomischer Ordnung klar zum Ausdruck. Eben darin sah Lenin seine prinzipielle Bedeutung und empfahl, „als normal für die Beziehungen der RSFSR zu kapitalistischen Staaten nur einen solchen Typus von Verträgen" anzuerkennen.

Reichskanzler Wirth schätzte den Rapallo-Vertrag in seiner Erklärung vor dem Reichstag hoch ein und bezeichnete ihn als Musterbeispiel eines Friedensvertrags.

Der Rapallo-Vertrag bahnte somit, wie beide Seiten bestätigten, einen breiten Weg für die rasche Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland auf der Basis von beiderseitiger Gleichberechtigung und beiderseitigem Vorteil. Normale Beziehungen und ökonomische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der UdSSR entsprachen den lebenswichtigen nationalen Interessen des deutschen Volkes und Staates, und der Rapallo-Vertrag schuf dafür die erforderliche solide Grundlage.

In völliger Übereinstimmung mit Wort und Geist des Rapallo-Vertrags und in Entwicklung seiner ökonomischen Beschlüsse wurde der sowjetisch-deutsche Handels- und Wirtschaftsvertrag vom 12. Oktober 1925 abgeschlossen, der eine feste Grundlage für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen bildete.

Der Abschluß des sowjetisch-deutschen Protokolls vom 21. Dezember 1928 bestätigte von neuem den Wunsch der beiden Seiten, die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Beziehungen in Wirtschaft, Technik und Handel auf der Basis des Vertrages aus dem Jahre 1925 fortzusetzen.

In der am 25. Januar 1929 geschlossenen sowjetisch-deutschen Konvention über die Vereinbarungsprozedur kamen

die UdSSR und Deutschland überein, daß alle Streitfragen, die sich in den Beziehungen der beiden Länder wegen unterschiedlicher Auffassung und Auslegung der Handels- und Wirtschaftsabkommen, aber auch der politischen Verträge ergeben können, auf dem Verhandlungsweg gelöst werden müssen. Der Abschluß dieser Konvention war etwas Neues in der Praxis der Beziehungen zwischen der UdSSR und kapitalistischen Ländern, und ihre Anwendung bei der Regelung von Streitfragen zeitigte positive Ergebnisse.

Am 24. Juni 1931 wurde das sowjetisch-deutsche Protokoll über die Prolongierung des Berliner Neutralitätsvertrags vom 24. April 1926 und der Konvention über die Vereinbarungsprozedur unterzeichnet, was eine neuerliche Bestätigung der Absichten der UdSSR und Deutschlands darstellte, ihre Beziehungen im Geiste von Rapallo zu wahren.

Deutschland gewährte der Sowjetunion zwei Kredite zu je 300 Mio. Mark (1926 und 1931), was einerseits eine bedeutende Ausweitung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern gestattete, andererseits aber Deutschland behilflich war, die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1933 leichter zu überstehen. 1931 und 1932 nahm die UdSSR im deutschen Maschinenexport den ersten Platz ein. 1931 entfielen etwa 28 % des allgemeinen Maschinenexports auf die Sowjetunion, 1932 waren es 43 %.

Das überaus rasche Wachstum des Handelsumsatzes zwischen der UdSSR und Deutschland bestätigte, daß objektive Möglichkeiten für die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen bestanden.

In der deutschen Presse wurde in den Jahren nach Rapallo hervorgehoben, wie wichtig für Deutschland die Aufrechterhaltung normaler politischer Beziehungen zur UdSSR sei. Erwähnenswert ist der Beitrag „10 Jahre Rapallo-Vertrag" in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", in dem nicht nur die Behauptung, die Beziehungen mit der UdSSR wirkten sich störend auf den Abschluß eines Abkommens mit den Versailler Hauptmächten aus, als haltlos zurückgewiesen, sondern auch der Schluß gezogen wurde, daß der Rapallo-Vertrag sowohl für Deutschland als auch für die UdSSR wichtig sei. Auch dem ehemaligen deutschen Botschafter in Moskau Dircksen muß man beipflichten, der in einer Aktennotiz vom 31. Oktober 1929 die Politik Deutschlands gegenüber der UdSSR als freundschaftlich charakterisierte.

Es muß jedoch bemerkt werden, daß es in den sowjetisch-deutschen Beziehungen der Rapallo-Periode Reibungen und ernste Schwierigkeiten gab, die sich immer mehr zuspitzten. Die Verantwortung dafür lag voll und ganz auf der deutschen Seite. In Deutschland wirkten Kräfte, die gegen die Rapallo-Politik auftraten. In dem Maße, wie der Einfluß der nazistischen Partei auf die Politik Deutschlands zunahm, verstärkten sich die antisowjetischen und revanchistischen Tendenzen. Wenn sich in der deutschen Politik gegenüber der UdSSR auch widersprüchliche Tendenzen und Inkonsequenz zeigten, so hatten die sowjetisch-deutschen Beziehungen der Rapallo-Epoche doch eine wichtige Rolle gespielt. Anläßlich des 10. Jahrestages des Rapallo-Vertrages wurde diese Rolle in der Erklärung des Volkskommissars für ausländische Angelegenheiten der UdSSR gewürdigt. „Die auf dem Rapallo-Vertrag basierenden sowjetisch-deutschen Beziehungen", betonte der Volkskommissar, „gehören bis zum heutigen Tag zu einem Grundpfeiler des europäischen Friedens. Solcher Grundpfeiler gäge es mehr und der Frieden wäre stabiler wenn zwischen allen Staaten ebensolche Beziehungen bestünden". Kein Zweifel: Von Rapallo hatten beide Seiten gleichermaßen Nutzen.

Iwan Kobljakow, Moskau

Pugwash-Konferenz für europäische Kooperation

Vom 6.—8. April d. J. tagte in Dubrovnik die Pugwash-Konferenz. An der Beratung nahm aus der Bundesrepublik Deutschland Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Mitherausgeber dieser Zeitschrift, teil. D. Red.

Unter den Organisationen und Einrichtungen, die sich um die Überwindung des Kalten Krieges zwischen den beiden antagonistischen Systemen verdient gemacht haben, gebührt der Pugwash-Konferenz für Wissenschaft und Internationale Beziehungen ein hervorragender Platz. Seit im Juli 1957 in dem kleinen kanadischen Ort Pugwash die erste einer ganzen Serie von internationalen Wissenschaftlerkonferenzen stattgefunden hat, ist das moralische und politische Prestige dieser Organisation und sein Einsatz für Entspannung und Kooperation in den Ost-West-Beziehungen zu einem wichtigen politischen Faktor geworden.

Ausgangspunkt der Aktivität von Pugwash war die Überlegung einiger Wissenschaftler (in erster Linie Naturwissenschaftler), daß es sowohl für die Regierungen wie auch für die Öffentlichkeit in Ost und West gleichermaßen nützlich sein würde, wenn sich ein international zusammengesetztes Gremium von Spezialisten auf eine gemeinsame Einschätzung der Gefahren einigt, die der Menschheit durch die Entwicklung der Massenvernichtungswaffen drohen. Zu den ersten, die dieser Initiative folgten, zählten Albert Einstein, Bertrand Russell und Frédéric Joliot-Curie. Seither haben über zwanzig Pugwash-Konferenzen und fast ebensoviel Symposien stattgefunden, auf denen Fragen beraten und Probleme diskutiert wurden, die mit der Verhütung eines Weltkrieges und der Eindämmung des Rüstungswettlaufes verbunden sind. Die Beschlüsse und Materialien einiger Konferenzen wurden zusammen mit wissenschaftlichen Empfehlungen den Regierungen und dem Generalsekretär der UNO zugeleitet. Fast keiner der seither zwischen den Supermächten abgeschlossenen Verträge auf militärstrategischem und sicherheitspolitischem Gebiet wurde abgeschlossen, ohne daß in der einen oder anderen Form die in der Pugwash-Konferenz zusammengeschlossenen Wissenschaftler daran beteiligt waren. Präsident von Pugwash ist heute der Schwede Hannes Alfvén, sein Generalsekretär der Engländer J. Rotblat; dem Ständigen Komitee gehören unter anderem an: C. Djerassi, B. T. Feld, E. Rabinowitch (USA), L. A. Artsimovitch, V. M. Khvostov, M. D. Millionshihikov (UdSSR), E. Amaldi (Italien), O. Maaloe (Dänemark), F. G. Torto (Ghana) u.a.m. In vielen Ländern, auch in der BRD und der DDR, gibt es nationale Pugwash-Gruppen.

Diese Angaben seien einem kurzen Bericht über das letzte Pugwash-Symposium vorausgeschickt, das vom 6. bis 8. April 1972 in Dubrovnik (Jugoslawien) stattfand. Sein Thema lautete: „Notwendigkeit, Möglichkeiten und Hindernisse einer europäischen Zusammenarbeit". Über den ersten der drei in diesem Thema angesprochenen Begriffe brauchte nicht weiter diskutiert zu werden, denn alle anwesenden Wissenschaftler waren von der Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit fest überzeugt.

Über die Möglichkeiten und Hindernisse wurde in den drei Tagen jedoch intensiv gesprochen, wobei sehr schnell deutlich wurde, daß gerade die Wissenschaftler in den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen eine sehr wichtige Funktion haben, nämlich die Fruchtbarkeit der Kooperation und Verständigung für beide Seiten auf Gebieten exemplarisch sichtbar zu machen, auf denen die unterschiedlichen politischen und ideologischen Probleme wegen ihres Umfangs nur ge-

meinsam zu bewältigen sind. Ein solches Gebiet, das immer wieder genannt wurde, ist z. B. das Problem der Umweltverschmutzung; so könnte man etwa gemeinsame Kommissionen und Arbeitsgruppen der Donau-Anrainer-Staaten bilden, in denen Schritte beraten werden müßten, die Donau wieder zu einem sauberen Fluß zu machen. Eine engere Zusammenarbeit einzelner Universitäten Ost- und Westeuropas wurde vorgeschlagen. Anhand eines höchst interessanten Referates von S. Kuhlberg (Finnland) wurden die Möglichkeiten und Schwierigkeiten des Ost-West-Handels diskutiert. Das Beispiel der Erfahrungen Finnlands im Handel mit osteuropäischen Staaten ist deshalb so nützlich, weil sich Finnland zu keinem Zeitpunkt an der zwar inkonsequenten, aber zeitweise doch außerordentlichen Druck ausübenden Embargo-Politik der NATO gegenüber Osteuropa beteiligt hat. So liegen hier Erfahrungen über einen längeren Zeitraum vor.

In allen Diskussionen wurde immer wieder zweierlei deutlich: zum einen die Tatsache, daß Kooperation, Entspannung und ein Klima des sachlichen Vertrauens zwischen unterschiedlich organisierten Gesellschaften in Europa sinnvoll, wünschenswert und erreichbar sind, wenn sich alle Beteiligten darüber klar sind und bleiben, daß diese Gesellschaften unterschiedliche Ideologien haben, und dies auch respektieren. Begriffe wie „friedliche Koexistenz" oder der vom Berichterstatter vorgeschlagene Terminus der „antagonistischen Kooperation" kennzeichnen diesen Zustand. Von einer „Konvergenz der Systeme" wollte niemand etwas wissen.

Und eine andere Frage kam immer wieder auf, diesmal direkt an den westdeutschen Teilnehmer des Symposiums gerichtet: „Werden die Ostverträge ratifiziert werden?" Es war unverkennbar, daß eine Ablehnung der Ostverträge durch den Bundestag überall in Europa als eine ernste Bedrohung der gesamteuropäischen Entspannungspolitik angesehen werden würde. Der politische Rahmen für eine gesamteuropäische Kooperation wird nun einmal mit abgesteckt von der Anerkennung des territorialen und politischen Status quo in Europa — das ist die conditio sine qua non. Direkt und indirekt ist dies auf dem 16. Pugwash-Symposium immer wieder deutlich geworden. Es wäre schlimm, wenn es die Bundesrepublik wäre, deretwegen die großen Erwartungen, die man überall in Europa in gesamteuropäische Kooperation gesetzt hat, enttäuscht oder auch nur zurückgeschraubt würden.

Wilfried v. Bredow

Ein Appell an die demokratische Intelligenz

Spätestens seit dem Wintersemester 1971/72 ist offenbar, daß sich die Ansätze zu einer Demokratisierung des Bildungswesens, insbesondere der Hochschulen, in der BRD zumindest in einer krisenhaften Durchgangsphase befinden, wahrscheinlich sogar in äußerster Gefahr stehen, durch ein antidemokratisches Roll-back aufgehoben zu werden.

In Bayern demonstriert ein konservativer Kultusminister — besonders an den Universitäten München und Augsburg — Normen mitbestimmungsfeindlicher Hochschulpolitik, die als Modell für seine Gesinnungsgenossen in der übrigen BRD dienen sollen. In denjenigen Bundesländern, in denen halbwegs fortschrittliche Hochschulgesetze verabschiedet wurden, sowie in Westberlin sind die Mitglieder und Sympathisanten des „Bunds Freiheit der Wissenschaft" und der „Notgemeinschaft für

eine freie Universität" an der Arbeit, durch Obstruktion, Pressekampagnen und parlamentarische Vorstöße ihres politischen Anwalts, der CDU — teilweise auch noch unterstützt von Vertretern des äußersten rechten Flügels der SPD —, die Untauglichkeit und Novellierungsbedürftigkeit dieser Gesetze nachzuweisen. Auch in diesen Ländern ist die Mehrzahl der Fachbereiche fest im Griff der konservativen Professoren. Die Gefahr einer Spaltung des Otto-Suhr-Instituts in Westberlin zeigt die Taktik, die ohnehin quantitativ unterlegenen linksliberalen, radikaldemokratischen und sozialistischen Hochschullehrer in relativ wenigen Fachbereichs-Gettos zu isolieren. Auf Bundesebene soll das Hochschulrahmengesetz die verfaßte Studentenschaft zerschlagen und das demokratische Niveau der Hochschulgesetze einzelner Bundesländer revidieren. In den jüngsten Konflikten an der Bremer Universität wirft es bereits seine Schatten voraus. Die Abwahl des bisherigen Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Gerald Grünwald, ist die Konsequenz einer Kurs„korrektur" dieses Gremiums, welche sich schon seit mehreren Monaten intern abzeichnete. Die Beschlüsse der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers vom 28. Januar haben zwar einige Gegenreaktionen auch in der SPD und in den Gewerkschaften ausgelöst: so wandte sich z. B. der Parteitag der SPD Hessen-Süd gegen das Berufsverbot, und Ministerpräsident Osswald mußte Rede und Antwort stehen. Seine Beteuerung, in Hessen sei es bisher noch nicht zu einer politischen Diskriminierung gekommen, wurde jedoch von den Delegierten — trotz des eklatanten Falls Meyer-Ingwersen — widerspruchslos hingenommen. In Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben die Innenminister bereits in Ausführung des Januarbeschlusses eine akribische Kasuistik der Gesinnungsschnüffelei entwickelt, deren Verallgemeinerung für die anderen Bundesländer beschlossene Sache ist [1]). Zugleich zeigen Entlassungen und Diskriminierungen von kritischen Redakteuren und Lektoren, daß die antidemokratischen Grundsätze der Beschlüsse von Hamburg und Bonn auch bereits außerhalb des Staatsapparats angewandt werden.

Angesichts dieses konsequenten und konzentrierten Vorgehens der Gegenreform macht sich das Fehlen einer organisierten politischen Kooperation der Demokraten in den Institutionen, die der Forschung und Lehre, der Anwendung und Verbreitung von Wissenschaft dienen, sowohl auf lokaler Ebene — etwa in den einzelnen Universitäten — als auch überregional empfindlich bemerkbar. Zwar gibt es eine starke sozialistische und demokratische Studentenbewegung, aber es fehlt ihr Pendant bei den Lehrenden, das auf dieser Ebene als Gegenkraft gegen den „Bund Freiheit der Wissenschaft" wirken könnte. Zwar ist die Bereitschaft zu gewerkschaftlicher Organisierung unter den Intellektuellen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren ebenso gewachsen wie das hochschulpolitische Engagement der Gewerkschaften, besonders der GEW — doch beide Prozesse, die schnell weitergetrieben werden müssen, sind noch nicht so weit gediehen, daß ihre bisherigen Ergebnisse — insbesondere der Organisationsgrad von Hochschullehrern in der GEW — schon zur Wahrnehmung aller zur Zeit dringenden hochschulpolitischen Aufgaben durch die Gewerkschaften ausreichen. Lediglich in denjenigen Universitäten, in denen die politische Polarisierung am weitesten fortgeschritten ist, kam es bereits zur Gründung von lokalen Aktionsgruppen von demokratischen und sozialistischen Hochschullehrern. So begreift sich der Kern der „sozialliberalen Wählerinitiative" in Heidelberg als Gegengründung zum „Bund Freiheit der Wissenschaft"; in

[1]) „Treue-Erklärung zur Verfassung verlangt. Ein Entwurf in Rheinland-Pfalz. Mit anderen Ländern abgesprochen", FAZ Nr. 103, vom 4. 5. 1972, S. 3. „Radikale/Lockerste Methode", „Spiegel" Nr. 18 (1972) vom 24. 4. 1972, S. 44—45.

Westberlin bestehen bereits seit langem hochschulpolitische Organisationen von linksliberalen und sozialistischen Universitätslehrern und Assistenten. In Frankfurt/Main wurde im Wintersemester 1971/72 eine neue Hochschulsektion der GEW gegründet. In Marburg arbeiten seit 1970 eine quantitativ starke GEW-Sektion und ein „Arbeitskreis Sozialistischer Assistenten".

In dieser Situation kann der „Aufruf zu Kongreß und Mitgliederversammlung des Bundes demokratischer Wissenschaftler", der zur Zeit in der Bundesrepublik und Westberlin verbreitet wird, einen weiteren Fortschritt in der Organisierung demokratischer Intelligenz bedeuten.

Formal knüpft diese Initiative an die Gründung des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" (1968), bei welcher der Marburger Soziologe Werner Hofmann führend hervortrat, an. Nach Hofmanns Tod hat diese Organisation keine weiteren Aktivitäten mehr entfaltet, sie bestand jedoch weiter. Ihre Gründung 1968 mochte vielen noch als wenig plausibel, zumindest verfrüht erscheinen, da in der Zeit unmittelbar nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze für das allgemeine politische Bewußtsein die Gefährdung und Einengung der im Grundgesetz garantierten demokratischen Rechte in erster Linie noch im politischen System außerhalb der Universitäten sichtbar wurde. Die Gründung des „Bunds Freiheit der Wissenschaft", der Entwurf des Hochschulrahmengesetzes und die Berufsverbotsbeschlüsse haben hier gründlich Wandel geschaffen. Hinzukommt, daß in den Jahren seit 1968, angestoßen vor allem durch die Studentenbewegung und durch die politische Polarisierung in den Universitäten, eine relativ breite Schicht von demokratisch profilierten Lehrenden — „Mittelbau" und Professoren — entstanden ist. Der Versuch zur Initiierung überregionaler Aktivitäten hat so diesmal gute Chancen.

Dabei muß die Gefahr einer „ständischen" Politik von Hochschulwissenschaftlern von vornherein ausgeschaltet werden:
Ein neu aktivierter „Bund demokratischer Wissenschaftler" muß von Anfang an die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften suchen. Zwar haben sich in den hochschulpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre manche Wissenschaftler zu radikalen Demokraten entwickelt, ohne daß ihnen — zum Teil aufgrund ihres außerhalb der Hochschulen noch begrenzten Erfahrungshorizontes — die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation klargeworden wäre. (Dies zeigt sich schon daran, daß in mehreren Universitäten mit starken Gruppen von aktiven demokratischen Hochschulpolitikern keine aktionsfähige Sektion der GEW besteht.) Hier kann eine an den hochschulpolitischen Erfahrungen dieser Demokraten ansetzende gewerkschaftlich orientierte, aber personell nicht völlig mit den Gewerkschaften kongruente Organisation — wie etwa ein so konzipierter „Bund demokratischer Wissenschaftler" — eine wichtige Vermittlungsfunktion einnehmen.

Zweitens: Eine wissenschaftspolitische Organisation des wissenschaftlichen Personals innerhalb der staatlichen Bildungsinstitutionen wird immer auch ein Bundesgenosse der demokratischen Studentenbewegung sein müssen, mit der sie kooperieren muß, von der sie lernen kann, auf die sie aber zugleich stabilisierend wirken kann. Dies zeigen die Erfahrungen der sehr wenigen Universitäten, in denen engagierte Sozialisten oder Demokraten als Hochschullehrer in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen gewirkt haben und noch wirken.
Drittens: Das Problem der „gegenreformatorischen" Formierung im Bereich der Wissenschaft ist zur Zeit zweifellos in den Hochschulen am auffälligsten. Dies ist der Grund dafür, daß der „Aufruf zu Kongreß und Mitgliederversammlung des Bundes demokratischer

Wissenschaftler" zunächst in erster Linie von Assistenten und Professoren initiiert wurde. Doch die Fälle Benseler, Spoo, Mausbach u. a. sowie die Tatsache, daß das antidemokratische Berufsverbot bisher am schärfsten gegen angehende Lehrer angewandt wurde, zeigen, daß gleiche Aufgaben außerhalb der Universität bestehen. Die besonderen beruflichen Erfahrungen und Qualifikationen dieser nichtuniversitären Intellektuellen — etwa der Journalisten —, die gesellschaftliche Relevanz ihrer Disziplinen — z. B. der naturwissenschaftlichen Intelligenz — machen sie für eine solche Organisation unverzichtbar. Bei vielen von ihnen — Ärzten, Journalisten — muß der Prozeß gewerkschaftlicher Orientierung ebenfalls erst weitergetrieben werden; auch hier kann ein nicht standespolitischer, demokratisch profilierter Verband ein wichtiges Medium sein.

Dennoch werden die Aufgaben eines neuaktivierten „Bunds demokratischer Wissenschaftler" in der nächsten Zeit zweifellos stark durch hochschulpolitische Probleme bestimmt sein, vor allem durch die öffentliche Auseinandersetzung mit der Hochschulgesetzgebung in Bund und Ländern und durch die Konfrontation mit dem „Bund Freiheit der Wissenschaft". Der Kampf gegen das Berufsverbot aber setzt zugleich Akzente, die von allem Anfang an Aktivitäten einer solchen demokratischen Intellektuellenorganisation auch außerhalb der Universitäten erfordern. Ein Schwerpunkt wird in der örtlichen Arbeit liegen müssen, besonders in der engen Zusammenarbeit in den universitären Gremien. Kooperation und wechselseitige Förderung zwischen den schon bestehenden Aktionsgruppen und der überregionalen Organisation ist möglich und notwendig. Mehr noch: Das Bestehen einer überregionalen Initiative kann die Bildung von örtlichen Gruppierungen dort, wo dies bisher noch nicht gelang, entscheidend weiterbringen.

Insgesamt wird Mangel an Aufgaben zweifellos nicht das Hauptproblem des neuen Zusammenschlusses sein. Wahrscheinlicher ist, daß die gegenwärtigen Gefahren auf dem Gebiet der Bildungspolitik diese Organisation zunächst zu überfordern drohen. Um so wichtiger ist ihre Zusammenarbeit mit den Studentenorganisationen und den Gewerkschaften, um so mehr aber muß auch eine breite Resonanz des „Aufrufs" erhofft werden.

Georg Fülberth

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

13 BRD—DDR Vergleich der Gesellschaftssysteme. 442 S. DM 12,80
14 *Haltmann* Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß. 239 S. DM 9,80
15 *Bredow* Kriegsdienstverweigerer heute. 168 S. DM 9,80
16 *Czichon* Wer verhalf Hitler zur Macht? 105 S. DM 9,80
17 *Ehrler* Kleine Geschichte der deutschen Spaltung. 250 S. DM 9,80
18 *Schwamborn* Handbuch für Kriegsdienstverweigerer. 200 S. DM 9,80
19 *Boris u. a.* Chile auf dem Weg zum Sozialismus. 320 S. DM 9,80
20 *Werner* (Hrsg.) Christen und Revolution. 150 S. DM 9,80
21 *Schuon* Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik. 264 S. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Zur politischen Ökonomie der EWG

Von Axel Vielau

I

Zu einem Zeitpunkt, da sich das Kapital zunehmend über die nationalen Grenzen hinausdrängt und sich hinter den wirtschaftlichen Vorgängen die vagen Konturen supranationaler politischer Organisation andeuten, müssen politische und soziologische Analysen, die dem traditionellen Denkschema des Nationalstaates als letzter politischer Einheit anhängen, tendenziell zu kurz greifen. Spätestens seit jenem „Gewissensentscheid" (so hieß es im bundesdeutschen Blätterwald) der 356 britischen Parlamentarier, die am 28. Oktober 1971 gegen 244 Nein-Stimmen — und gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung — für den britischen EWG-Beitritt stimmten, dürfte die politökonomische Relevanz der EWG ins allgemeine Bewußtsein gedrungen sein. Nach 14 Jahren Bestehen ist die EWG trotz mancher Rückschläge funktionstüchtiger denn je — und der gleichzeitige Versuch einer Freihandelszone (EFTA) kann als gescheitert angesehen werden. Welches sind die Gründe dieser unterschiedlichen Entwicklung? Obwohl der Einfluß der EWG auf das Gelingen der erweiterten Reproduktion der beteiligten Nationalwirtschaften immer maßgebender wird, steht die breitere Diskussion der politökonomischen Bedingungen ihrer Entstehung und Entwicklung noch in den Anfängen [1]). Zwar sind entsprechende Studien der etablierten „Wissenschaft von den internationalen Beziehungen" inzwischen Legion, aber diese verfahren weithin positivistisch und erfassen bestenfalls Ausschnitte der Realität [2]). Gegenüber jenem beschränkten Empirismus wäre der methodische Gesichtspunkt der konkreten, historisch bestimmten Totalität erst zu rekonstruieren, von dem aus dann auch die empirischen Einzelerscheinungen verständlich gemacht werden könnten. Dementsprechend versteht sich der folgende Beitrag eher theoretisch als empirisch — und wäre durch weiterführende Detailstudien noch anzufüllen und zu berichtigen.

II

Vor der eigentlichen Analyse scheint eine historische Vergegenwärtigung der Wandlungen im Verhältnis von Binnen- und Außenwirtschaft und ihrer wechselseitigen Einflüsse notwendig.

Im kapitalistischen System bedingen sich Produktion und Verwertung. Da die Produktion auf die Verwertung ausgerichtet ist und somit von einer bestimmten Höhe der definitiven Konsumtion abhängt, muß eine gewisse Proportionalität auch von Produktionsgütersektor und Konsumtionsgütersektor gewahrt sein. Dem definitiven Markt ist zwar jener für Produktionsgüter vorgelagert, aber dessen Eigenständigkeit ist relativ und bleibt langfristig an die Entwicklung der Endnachfrage gebunden [3]). Das Gleichgewicht wird dadurch ständig gefährdet, daß die Produktion innerhalb antagonistischer Verhältnisse stattfindet: der Ten-

1) Abgesehen von den Ergebnissen des DWI wurden die m. E. besten Beiträge geliefert von Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt a. M. 1968, und Werner Hofmann, Europa-Markt und Wettbewerb, Berlin 1959.
2) Ein Text für viele: Hans R. Krämer, EWG und EFTA: Entwicklung — Aufbau — Tätigkeit, Stuttgart 1958.
3) Dieses gilt insbesondere für privatwirtschaftliche Ordnungen; die Eigenbewegung des Produktionsgütersektors kann unter Umständen sehr umfänglich sein (Kriegswirtschaften, Akkumulationsinflation in Entwicklungsländern etc.); vgl. auch *Hofmann*, a. a. O., S. 16.

denz zur *Überakkumulation* — d. h. überproportionaler Ausdehnung der Produktion, der Kapazitäten und des Sektors für „Kapitalgüter" überhaupt — tritt die Tendenz zur *relativen Unterkonsumtion* gegenüber, d. h. unterproportionaler Entfaltung der „effektiven Nachfrage".

Ein Motiv des Außenhandels war also stets der Versuch zur Aneignung fremder Kaufkraft bei Wahrung der eigenen Märkte, um durch den Export der „überschüssigen" Waren den Binnenmarkt im Gleichgewicht zu halten *(Gleichgewichtseffekt* des Außenhandels). Dabei hat der Außenhandel überproportionale Wirkung, da er — abgesehen von der Multiplikatorwirkung — gleichzeitig das binnenwirtschaftliche Geldeinkommen erhöht, etwa durch Außenhandelsprofite, Löhne der Exportarbeiter etc., und das Warenangebot verknappt; bei starker Exportorientierung kann der Außenhandelsmultiplikator daher zur binnenwirtschaftlichen Inflation führen [4]). Die weiteren Motivationen und Wirkungen des Außenhandels — wie etwa das Prinzip der Wertübertragung bei ungleichem Entwicklungsstand der Handelspartner oder der Arbeitsteilungseffekt (vgl. Ricardos „Gesetz der komparativen Kosten") — sollen in diesem Kontext weniger interessieren.

Ein knapper Überblick über die Geschichte des Außenhandels auf entsprechendem Abstraktionsniveau zeigt einen deutlichen Strukturwandel. Im *Merkantilismus* stand der Gesichtspunkt der Wertübertragung im Vordergrund: bei unentwickelten Produktivkräften war die Vermehrung des Goldbesitzes erklärtes Ziel der Handelspolitik. In dem *Freihandelsdogma* des Liberalismus spiegelte sich die sprunghafte Expansion der Produktivkräfte im Zuge der industriellen Revolution: mit hohen Investitionskosten für Infrastrukturmaßnahmen (Eisenbahnbau!) und wachsender Bevölkerung befand sich der Binnenmarkt tendenziell im Gleichgewicht; Garant des Gleichgewichts waren das marktorientierte Preissystem und der Krisenmechanismus. Die Voraussetzung der liberalen Außenwirtschaftspolitik war also das tendenzielle Gleichgewicht der Binnenwirtschaft — was sich im übrigen auch in den Ideologien prästabilisierter Harmonie der Märkte spiegelte, etwa in Says „Gesetz der Absatzwege" —; es bestand keine *strukturelle* Notwendigkeit, administrativ in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Die Depressionsperiode nach 1873 („Gründerkrach") war die Folge des Abklingens jener zeitlich befristeten günstigen Lage der Aufstiegsperiode: Überkapazitäten zeigten das Ende des Investitionsbooms an; sie leiteten den Übergang zum organisierten Kapitalismus und Imperialismus ein. Bei scharfer Konzentration und Zentralisation des Kapitals wurde der Binnenmarkt oligopolistisch organisiert und dieser Prozeß durch ein System hoher *Schutzzölle* nach außen abgesichert. Die Folge war zunehmende Separierung der Märkte und Einflußsphären bei sich verschärfender struktureller Ungleichgewichtigkeit von Akkumulation und Konsumtion [5]). Nach kurzem Nachkriegsboom trieb diese Entwicklung in der Weltwirtschaftskrise (1929 ff.) auf den Höhepunkt und führte zur totalen Desintegration des Welthandels: die Ungleichgewichtigkeit der Binnenmärkte hatte sich so sehr verschärft, daß „Export um jeden Preis" die ultima ratio zu sein schien. Aber die Mittel des Handelskrieges — Abwertung, Dumping-

[4]) Hierin ist im übrigen auch der ökonomische Grundsachverhalt zu sehen, der hinter der vielbeschworenen „importierten Inflation" der BRD lag — zumindest etwa bis Ende 1970. Vergleicht man die gigantischen Außenhandelsüberschüsse, die zwischen 1968 und 1970 in Geldform in die Bundesrepublik zurückflossen mit dem (apologetischen) Gerede über die „internationalen Spekulanten", die an allem die Schuld trügen, so wird deutlich, wo die wirklichen Ursachen zu suchen sind. Daß diese hohe Exportorientierung wegen struktureller Disproportionen der BRD-Wirtschaft notwendig war — mit ähnlichen Schwierigkeiten hat Japan seit langem zu kämpfen —, wird im späteren Zusammenhang zu zeigen sein. Warum die Inflation seit 1971 mehr und mehr zur „hausgemachten" wurde, kann hier nicht näher analysiert werden. Vgl. im übrigen auch Lorenz Knorr, Wie funktioniert die Inflation? Wem nützt sie?, in: „Blätter", 6/71, S. 585 ff.

[5]) Ein gewisses „Sicherheitsventil" bot der massive Kapitalexport dieser Periode, später die Rüstungsproduktion etc.

Preise, Devisenbewirtschaftung, Kontingente, Meistbegünstigungsklauseln etc. — werden dann wirkungslos, wenn sie von allen Industrieländern gleichmäßig angewandt werden. Bei zerbröckelndem Weltmarkt erwies sich die Krise als strukturell: die traditionellen Wiederbelebungskräfte mußten versagen, da der Preismechanismus weitgehend ausgeschaltet war; die Monopolindustrien verteidigten ihre Preise und Profite erfolgreich mit Produktionskürzungen, Entlassungen und vermehrten Rationalisierungsanstrengungen. Die schließliche „Erholung" kam erst mit der Militarisierung der Wirtschaft; ökonomisch gesprochen: mit massiver Vernichtung von Kapital. Keynes und seine Nachfolger haben diese praktischen Verfahrensweisen — Staatsintervention, Erzeugung „autonomer" Nachfrage, Vernichtung von Kapital als Kapital — begrifflich verallgemeinert: mit dem Instrumentarium der staatlichen Konjunktursteuerung, mit unproduktiven Konsumausgaben und wachsenden faux frais (d. h. höherem Vergeudungsgrad), schien das historische Hauptproblem des Monopolkapitalismus gelöst, dem preisstarren Angebot die entsprechende zahlungskräftige Endnachfrage gegenüberzustellen. Mit der Ordnung der Binnenmärkte und dem damit zusammenhängenden Fortfall des Zwanges, aus Gleichgewichtsgründen zu exportieren, schienen die historischen Bedingungen zu Neoliberalismus und Reintegration der Weltmärkte gegeben zu sein. Tatäschlich konnte im Zuge der langanhaltenden Nachkriegskonjunktur [6]) die Illusion entstehen, daß man der strukturellen Ungleichgewichtigkeit von Produktion und Konsumtion — die nichts anderes ist als der ökonomische Ausdruck sozialer Herrschaft — Herr geworden sei. Die verschiedenen Rezessionen der sechziger Jahre und ein deutlicher Trend zum Neomerkantilismus, wobei insbesondere an die wirtschaftlichen Maßnahmen der Administration Nixon seit August 1971 und die 10 % Importsteuer zu denken wäre, haben die Euphorie inzwischen ein wenig gedämpft. Von der Weltwährungskrise, die seit Mitte der sechziger Jahre von einem Höhepunkt zum nächsten fortschreitet, hat Altvater [7]) überzeugend gezeigt, daß sie auf strukturellen Ungleichgewichten der Nationalwirtschaften besonders der USA, Japans und der BRD beruht und keinesfalls nur auf technischen Mängeln des Monetarsystems.

Für den Bereich dieser Analyse stellt sich damit die folgende Schlüsselfrage: Ist die EWG lediglich der ökonomische Ausdruck jener historischen Ausnahmesituation langanhaltender Konjunktur und reintegrierter Weltmärkte? Dann müßte der Fortfall dieser Bedingungen nach historischem Vorbild auch die EWG scheitern lassen. Oder sind andere Kräfte zusätzlich wirksam gewesen, die sich dem bisher angelegten groben Interpretationsraster traditioneller Außenhandelspolitik entziehen? Dieser Frage muß zunächst nachgegangen werden [8]). Als vorläufiges Ergebnis bleibt jedoch festzuhalten, daß die Struktur der Außenwirtschaftspolitik sich vom historischen Zustand der Binnenmärkte ableitet, d. h. von den jeweiligen Verwertungsbedingungen des nationalen Kapitals bestimmt wird. Erst auf der Grundlage der Analyse binnenwirtschaftlicher Strukturveränderungen ließe sich also die etwaige neue Dialektik von Binnen- und Außenwirtschaftspolitik verstehen.

III

Für die Entstehung der EWG wirkten eine komplexe Vielzahl von Faktoren zu-

---

[6]) Zu den Wurzeln der Nachkriegskonjunkturen vgl. z. B. Theodor Prager, Wirtschaftswunder oder keines? — Zur politischen Ökonomie Westeuropas, Wien 1963.
[7]) Vgl. Elmar Altvater, Die Weltwährungskrise, Frankfurt 1969.
[8]) In entsprechender Applikation und empirisch untermauert würde dieser Interpretationsansatz in der Tat das Scheitern der EFTA (als Musterbeispiel einer losen Handelsunion) erklären; diese konnte nur so lange funktionieren, wie die binnenwirtschaftlichen Bedingungen liberaler Weltmärkte gegeben waren.

sammen, von denen im folgenden Zusammenhang nur einige der wesentlichsten genannt werden können. Wenn daher technologische 1), ökonomisch-organisatorische 2), politische 3) und ideologische Komponenten gesondert angesprochen werden, so geschieht dieses nur aus analytischen Gründen und soll im folgenden wieder in den historischen Kontext gebracht werden. So wäre zum Beispiel die isolierende Betrachtung ideologischer Faktoren — bekannt aus zahllosen Lobgesängen auf die Kraft der Europaidee [9]) — ebenso falsch, wie es problematisch wäre, solche Einflüsse völlig zu übersehen: die Europaideologie war und ist ein sehr nützliches Instrument in den Händen derer, die ihre interessierte Sichtweise auf diese Art mit dem „Gemeinwohl" zu identifizieren in der Lage sind. Zu fragen wäre demgegenüber, *wer* im nationalen und internationalen Bereich an Europa *wie* profitiert und ob die „nationalen Interessen" tatsächlich so einheitlich „europäisch" sind, wie sie von den Interessenten dramatisiert werden.
1) Die bestimmende Größe in der Dialektik der verschiedenen Einflüsse dürfte im technologischen Bereich, in der Entwicklung der Produktivkräfte zu suchen sein. Einzuschränken wäre dabei, daß die Entwicklung der Produktivkräfte nicht irgendwelchen Naturgesetzen folgt, sondern innerhalb konkreter historisch-gesellschaftlicher Konstellationen stattfindet, die sie in bestimmte Richtung lenken, fördern oder hemmen können; auszugehen wäre also jeweils vom historischen Gesamtprozeß, der Totalität. Seit den vierziger Jahren lassen sich in der Anwendung automatischer Produktionsprozesse und in der industriellen Nutzung der Kernenergie die Anzeichen einer neuen industriellen Revolution erkennen. Der Entfaltung der Produktivkräfte entsprachen zunächst eine Reihe quantitativer Veränderungen der Produktionsverhältnisse im nationalen Bereich: Konzentration und Zentralisation, die Bildung horizontaler und vertikaler Monopole [10]). Aber wie der Satz gilt, daß es für jede Produktionsgröße eine optimale Technologie gibt, so gilt umgekehrt, daß eine gegebene Technologie die optimale Produktionsgröße bestimmt. Entscheidend ist nun, daß die Erweiterung der Produktionsgrößen, die der Einführung der neuen Technologien adäquat wäre, an die proportionale Entfaltung der „effektiven Nachfrage" gebunden ist, an die entsprechende Vergrößerung der Märkte.

Zwei Tendenzen wären näher zu bestimmen: die der Spezialisierung und die des höheren Aufwandes; beide verlangen entsprechende Größenordnung der Produzenten. Die neuen Technologien tendieren dahin, die Produktion auf schmale Spektren hochspezialisierter Erzeugnisse zu verengen. Servan-Schreiber nennt das Beispiel der Integrierten Schaltkreise, die für die Herstellung von Computern der dritten Generation benötigt werden: die Produktion dieser Apparate würde erst jenseits einer Million Einheiten rentabel werden, während der gesamte europäische Markt zur Zeit nicht mehr als 250 000 Einheiten absorbieren könnte. Die Produktion würde nach seiner Schätzung erst Mitte der siebziger Jahre rentabel werden, wenn der Europamarkt entsprechend gewachsen ist [11]). Eine solche Spezialproduktion verlangt hohen Forschungs- und Kapitalaufwand — wegen hoher Investitionskosten bei der Einführung der neuen Technologien — und die Fähigkeit, die vergrößerten Risiken der Monoproduktion verkraften zu können. Die Schwierigkeiten, in die etwa Lockheed und Rolls Royce kürzlich geraten sind, wären in diesem Kontext zu verstehen.

---

9) Nur ein Beispiel: Rolf H. Foerster (Hrsg.), Die Idee Europas 1300—1946, München 1963; der Titel ist übrigens ein understatement: der Hrsg. scheut sich nicht, auch auf das „Gemeinschaftsgefühl" der Griechen im 5. Jahrh. v. u. Z. hinzuweisen (S. 8).
10) Der Monopolbegriff ist im weitesten Sinne zu verstehen; das Monopol ist gekennzeichnet durch Preiskontrolle, Produktionskontrolle und Marktorganisation, was in verschiedenen Formen der Absprachen und Zusammenschlüsse verwirklicht werden kann. Zu den verschiedenen Formen der Monopole vgl. auch Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1968, S. 412 ff.
11) Vgl. Jean-Jacques Servan-Schreiber, Die amerikanische Herausforderung, Hamburg 1970, S. 110.

Die großen Konzerne reagieren auf die technologischen Zwänge mit diversifizierter Produktion — worauf im späteren Zusammenhang noch einzugehen sein wird — und mit jenem Wandel der Fusionsbewegungen, den Sweezy/Magdoff [12]) mit dem Begriff des „Konglomerats" umschreiben: um die Risiken entsprechend zu verteilen, wird das Monopol tendenziell zur holding für spezialisierte Großproduktion in verschiedenen Branchen (Zweigstruktur). Diese neue Orientierung bringt zusätzliche Anforderungen an die Kapitalkraft mit sich, denen nur jene Großunternehmen genügen — Unternehmensgröße und Kapitalstärke verhalten sich zumeist etwa proportional —, die die Konsumschranken der europäischen Nationalstaaten längst hinter sich gelassen haben. Vom spätkapitalistischen Systemstandpunkt aus ist Servan-Schreibers Forderung nach starken europäischen Kapitalgesellschaften also wohlbegründet [13]).

2) Die traditionellen Mittel des Außenhandels erweisen sich gegenüber jenem Strukturwandel der Binnenwirtschaft als völlig inadäquat. Einmal können lose Außenhandelsgemeinschaften (vom Typ der EFTA) nur in den relativ kurzen Perioden liberaler Weltmärkte erfolgreich sein; Restriktionen sind also jederzeit zu befürchten, sobald das binnenwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Zudem bringt die erzwungene Exportorientierung Nachteile für das eigene Währungssystem: selbst bei Importen gleicher Größenordnung würde die Wirkung des Außenhandelsmultiplikators die eigene Währung inflationieren. Der wichtigste Grund liegt jedoch auf anderer Ebene: unstrukturierte, „offene" Märkte entziehen sich monopolistischer Organisation. Das Ziel großer Konzerne mit hoher Fixkostenbelastung und schmalem Produktionsspektrum muß sein, die Nachfrageelastizität für ihre Produkte im internationalen Maßstab zu senken. Dieses ist nur zu erreichen über monopolistische Organisationen mit Preiskontrollen, Produktionskontrollen und Marktaufteilung: die monopolistische Strukturierung der Großmärkte bringt einerseits den Vorteil, daß Monopolprofite auch international realisiert werden können, und andererseits, daß Produktionsstockungen und Verluste bei niedriger Kapazitätsauslastung nicht mehr im früheren Umfange drohen. Das gilt um so mehr, als bei kapitalintensiver Produktion und qualifizierter Facharbeit Entlassungen größeren Maßstabes von der Kostenseite her progressiv weniger Entlastung bringen und auch aus übergreifenden Gesichtspunkten kaum wünschenswert sein können (s. unter 3). Wirksame Marktorganisation in Krisenzeiten bedeutet mittelfristig die internationale staatliche Organisation, um die wachsenden ökonomischen Funktionen des Staates im Spätkapitalismus — Wirtschaftsprogrammierung, Konjunktursteuerung etc. — auch auf internationaler Ebene wahrnehmen zu können. Dieses würde den Übergang zu gemeinsamer Konjunktur-, Währungs-, Fiskal- und Außenpolitik voraussetzen, kurz: die politische Integration Westeuropas. Der zur Zeit noch wesentlich „ökonomisch" bestimmte Charakter der EWG kennzeichnet nur das Übergangsstadium eines umfassenderen Integrationsprozesses; auf die Gründe, die bisher entgegengewirkt haben, wird später noch kurz einzugehen sein.

Während die früher vorwiegend nationale Konkurrenz des Kapitals zu nationaler Konzentration und Zentralisation führte, führt heute die zunehmend internationale Konkurrenz bei wachsender Weltmarktverflechtung der Nationalwirtschaften zur internationalen Zentralisation [14]). Erfolgreiche Konkurrenz auf dem Weltmarkt — insbesondere mit den USA oder mit Japan — ist nur möglich bei jenem hohen

12) Paul M. Sweezy, Harry Magdoff: Anmerkungen zur multinationalen Korporation, in: Rotbuch 23, Berlin 1970, S. 18 ff., bes. S. 28.
13) Vgl. Servan-Schreiber, a. a. O., S. 123 ff.
14) Dieser Aspekt wurde von Mandel in den Mittelpunkt seiner Analyse gestellt; vgl. Mandel, EWG, bes. S. 22 ff.; mit anderer Perspektive und entsprechend abweichenden Ergebnissen vgl. auch Servan-Schreiber, a. a. O., bes. S. 45 ff.

Produktivitätsniveau, das auf der Grundlage der vollen Ausschöpfung aller Rationalisierungsmöglichkeiten bei Großserien aufbaut. Die spezialisierte Großproduktion setzt wiederum den Rückhalt entsprechend großer „Binnenmärkte" voraus: auch die Zwänge der sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz [15]) drängen also das westeuropäische Kapital zur supranationalen Organisation.

3) Abgesehen von den traditionellen Großmachtphantasien bestimmter Kreise des deutschen Großbürgertums [16]), die nun über den Umweg westdeutscher Hegemonie in der EWG realisiert werden sollen, ist das wichtigste politisch-strategische Motiv der Wachstums- und EWG-Politik das der Systemkonkurrenz mit den sozialistischen Ländern. Die konkrete sozialistische Alternative könnte größere Krisensituationen rasch zur Systemgefährdung ausweiten; sie zwingt zu einer „Politik der Vermeidungsimperative" (Habermas) und abgestufter Wohlstandspolitik [17]). Im „magischen Dreieck" der Neokeynesianer bleibt Wachstum die Schlüsselkategorie: nur so kann unter den Verhältnissen spätkapitalistischer Reproduktion die Massenkaufkraft erhöht werden, ohne zugleich die Profite zu schmälern [18]). Die Wachstumspolitik innerhalb der Zwänge des „magischen Vielecks" — der Begriff variiert je nachdem, wieviel man hineinnimmt: Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanzgleichgewicht, Wachstum, Preisstabilität, „gerechte" Einkommensverteilung etc. — beinhaltet ständiges Basteln an den verschiedenen Krisensymptomen, wobei die verdinglichte Kategorie bereits die Hilflosigkeit gegenüber den strukturellen Ursachen der Krise signalisiert. So führten die Prioritäten auf Vollbeschäftigung und Wachstum, die aus übergreifenden politischen Erwägungen im Rahmen der Systemkonkurrenz gesetzt werden mußten, zu entsprechenden Disproportionen der übrigen Faktoren. Die Währungsprobleme im nationalen und internationalen Bereich, die seit Mitte der sechziger Jahre trotz ständiger „Gegenmaßnahmen" laufend schwieriger geworden sind, beruhen auf Ursachen, denen mit technischen Mitteln (Änderung der Paritäten, Ersetzung der Dollarleitwährung durch ein Weltgeld etc.) höchstens kurzfristig beizukommen ist: die Weltwährung ist nur der monetäre „Überbau" einer sich ungleichmäßig entwickelnden Produktion und Konsumtion im Weltmaßstab. Der Mittelweg zwischen Stagnation und Inflation, den liberale Wachstumstheoretiker (etwa Harrod/Domar) in ihren Modellen anpeilen, beruht sowohl auf der richtigen Einschätzung der objektiven Systemzwänge, als auch auf der Kapitulation vor ihnen.

Die „Prosperität in der Krise" (Gillman) beinhaltet zunehmende Wirtschaftsprogrammierung und Staatsintervention — etwa in Form der „konzertierten Aktion" oder der „mittelfristigen Finanzplanung" —, inflationäre Staatshaushalte und zunehmende Militarisierung der Wirtschaft: die „autonome" Nachfrage durch Staatsaufträge stimuliert die Investitionsbereitschaft und damit auch das Wachstum [19]); die Verdienste aus unproduktiver Arbeit wirken der Tendenz zur relativen Unterkonsumtion entgegen. Wirtschaftswachstum ist nicht nur außenwirtschaftlich unabdingbar, um auf dem Weltmarkt Schritt zu halten, sondern auch binnenwirtschaftlich, um die zunehmende automationsbedingte Arbeitslosigkeit wieder in den Produktionsprozeß integrieren zu können: bei Überkapazitäten — in der BRD ist die durchschnittliche Kapazitätsauslastung zur Zeit etwa 80 bis 85 % — tritt der Typus der Rationalisierungsinvestition tenden-

15) Vgl. etwa die hohe Bedeutung, die der Kontrolle der branchenspezifischen Rohstoffquellen langfristig zukommt; hierzu z. B. Harry Magdoff, Das Zeitalter des Imperialismus, Frankfurt 1970, S. 44 ff., S. 149 ff.
16) Vgl. etwa Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966.
17) Zur Ideologie des „Wohlfahrtsstaates" vgl. z. B. Joseph M. Gillman, Ist der Wohlfahrtsstaat mit dem Kapitalismus vereinbar?, in: Walter Euchner, Alfred Schmidt (Hrsg.), 100 Jahre Kapital, Frankfurt 1968, S. 148 ff.
18) Vgl. eine neuere Kurzstudie der Problematik: Jürgen Kuczynski, Das magische Viereck, Frankfurt 1971.
19) Inwieweit das Wachstum „steril" ist — also gesamtwirtschaftlich gesehen mehrwertkonsumierend statt mehrwertproduzierend —, kann in diesem Zusammenhang nicht diskutiert werden.

ziell an die Stelle der Erweiterungsinvestition, und Arbeitslosigkeit droht strukturell zu werden [20]). Materielles Wachstum der produktiven Kapazitäten bedarf jedoch — wie schon mehrfach ausgeführt wurde — der größeren (supranationalen) Märkte und der internationalen Wirtschaftsorganisation.

Für den weiteren Gang der Analyse bleibt festzuhalten, daß die verschiedenen Einflüsse technologischer, organisatorischer und politischer Art in die gleiche Richtung gewirkt haben: die Fortentwicklung der Produktivkräfte in der spezifischen Konstellation der westeuropäischen Produktionsverhältnisse sprengt die engen Grenzen der Nationalstaaten; die gewandelte Struktur der Binnenwirtschaft revolutioniert auch die Außenwirtschaft und kennzeichnet den qualitativ unterschiedenen Stellenwert von EWG und traditionellen Zollunionen (vom Typ der EFTA).

IV

Die wesentlichen Entwicklungsbedingungen der EWG lassen sich am besten bestimmen, wenn vorher noch einmal kurz der Entstehungsprozeß am Beispiel der ökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik aufgesucht wird. Der durch amerikanische Kredite angekurbelte Nachkriegsboom („Wirtschaftswunder") baute auf den Konsumüberhang auf, der der gewaltigen Kriegszerstörung entsprach.

Wiederaufbau und Modernisierung der Anlagen mündeten in einen Akkumulationsexzeß, der zwischen 1950 und 1960 den Konsumüberhang (als „effektive Nachfrage") restlos beseitigte. Disproportionen wurden zunächst in der Industrie deutlich, die traditionell den höchsten Konzentrationsgrad aufwies: der Montanindustrie. So ist das frühe Zustandekommen der EGKS alles andere als ein historischer „Zufall". Als die EWG-Verträge am 1. Januar 1959 mit der ersten Senkung der Binnenzölle um 10 % wirksam wurden, waren die wesentlichen Bereiche der nationalen Märkte monopolistisch durchorganisiert; die Konsumschranken und das Expansionsstreben der Großindustrie stießen aufeinander. Historisch gesehen war die EWG also das Produkt eines vorangegangenen Konzentrations- und Zentralisationsprozesses [21]). In der Folgezeit schwoll der Warenverkehr zwischen den EWG-Staaten etwa doppelt so schnell an wie der zur übrigen Welt [22]). Dabei zeichneten sich als Haupttendenzen Monopolisierung des Großmarktes und Diversifikation der Produktion ab.

Ist die Großserie noch nicht die absolute Vorbedingung rentabler Produktion, so wird sie doch technologisch wie marktstrategisch mehr und mehr zur relativen Vorbedingung. Die verschiedenen Anbieter der gleichen Branche teilen die Märkte von der Produktion her auf: bei gleichstarken Partnern durch Absprachen und Kapitalverflechtung — die westdeutschen Kapitalanlagen im EWG-Bereich haben sich zwischen 1960 und 1968 verzehnfacht! — [23]), bei schwächeren Partnern durch Übernahmen und monopolistischen Wettbewerb. Obwohl dieser nicht über die Preise ausgetragen wird — der „Größte" übernimmt im allgemeinen die

---

20) Vgl. die Verhältnisse in den USA, wo strukturelle Arbeitslosigkeit von 5 bis 6 % auch bei Hochkonjunktur die Regel ist; der Anteil der ungelernten Arbeiter im Produktionsprozeß ging von 13 Mill. 1950 auf 4 Mill. 1962 zurück. Vgl. Paul A. Baran/Paul M. Sweezy, Monopolkapital, Frankfurt 1967, S. 255.

21) Vgl. auch Mandel, EWG, S. 38.

22) Der Exporthandel zwischen EWG-Ländern stieg zwischen 1958 und 1968 um das 4,2fache, der Export in Drittländer nur um das 2,2fache; der Gesamtanteil des EWG-„Binnenhandels" betrug 1958 30 % und 1968: 45 %. Vgl. Joachim Gruner, Gerhard Schomburg, Zwölf Jahre Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, in: DWI — Berichte, 5/70, S. 22 ff., S. 23.

23) Vgl. Norbert Jacob/Norbert Lehmann, Neue Kapitalexport-Offensive des westdeutschen Imperialismus, in: DWI — Berichte, 5/69, S. 2 ff., S. 6 f.; Heinz Seeger, EWG — Monopole — Gewerkschaftliche Gegenmacht, Frankfurt 1971, S. 15. Seeger nennt die Zahl von 3000 bedeutenderen Fusionen im EWG-Bereich zwischen 1962 und 1968); vgl. auch Katja Nehls, Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Frankfurt 1970.

„price leadership", wobei der Grenzpreis mindestens so hoch ist wie die Produktionspreise der Kartellbetriebe mit der niedrigsten Produktivität —, ist er mittelfristig ungemein wirkungsvoll. Die Medien monopolistischer Konkurrenz an der „Marktfront" sind Markenwerbung, Public Relations, Produktendifferenzierung [24]) usw.; an der „Kostenfront" sind es die besseren Möglichkeiten zur Rationalisierung von Management, Produktion und Distribution und zur vermehrten Schröpfung der Zulieferer und Zwischenhändler; an der „Innovationsfront" schließlich bieten höherer Aufwand für Forschung und Entwicklung und allgemeine Kapitalstärke die Möglichkeiten zur beschleunigten Einführung der neuesten Techniken [25]). In einer Situation, in der Überakkumulation und Kapitalmangel wegen steigender faux frais bei sinkender Kapazitätsauslastung Hand in Hand gehen können — in vielen Bereichen übersteigen mittlerweile die Distributionskosten die Produktionskosten bei weitem —, haben nur Riesenunternehmen mit spezialisierten Großserien, die qua Wertübertragung in der Hierarchie der Profitraten ganz oben stehen, genügend Kapitalkraft, um ihre Stellung auf den nationalen und internationalen Märkten zu behaupten. In die gleiche Richtung wirkt die Dialektik der „säkularen Inflation" (Hofmann), die einerseits auf der Machtpreisbildung der Monopole beruht und andererseits ihre Macht verstärkt, indem sie die Reinvestitionen laufend verteuert und bei steigendem Kapitalkoeffizienten die Modernisierung und insbesondere die Erweiterung der Anlagen bei den „Kleinen" erschwert [26]).

Die Großunternehmen passen ihre Kapazitäten den neuen supranationalen Märkten an, was die anhaltende Konjunktur nach 1960 erklärt. Die Rezession 1966 in der Bundesrepublik [27]) beschreibt mit Rückgängen der Kapazitätsauslastung auf 70 bis 80 Prozent das Erreichen der Konsumschranken des erweiterten Marktes; die scheinbar paradoxen Formen von Überkapazitäten und Arbeitslosigkeit sind nichts anderes als zurückgestaute Überproduktion, d. h. ein Ausdruck steigender Verwertungsschwierigkeiten. Die Rezession trifft insbesondere kleinere, arbeitsintensive Betriebe. Die Folgen sind bekannt: verschärfte Konzentrations- und Zentralisationsbewegung [28]), erhöhter Kapitalexport, vermehrte Rationalisierungsanstrengungen und Warenexport-Offensive der westdeutschen Großindustrie auf dem Weltmarkt — was die nationale und internationale Währungssituation entsprechend verschlechtert. Am 1. Januar 1970 ist die Konsolidierungsphase der

---

24) Vgl. z. B. Haugs Untersuchungen zur „Warenästhetik", etwa in Wolfgang Fritz Haug, Die Rolle des Ästhetischen bei der Scheinlösung von Grundwidersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft, in: Argument 64, S. 190 ff.

25) Es wäre an der Zeit, endlich jene zwei Mythenbildungen aufzugeben, die bisher die Diskussion über Monopole und Innovationen belastet haben: einerseits die Behauptung der „innovationshemmenden Wirkung von Monopolen", andererseits die Annahme, daß Automation „beliebig" auch in kleinere Betriebe einführbar sei. Zum ersten wäre zu sagen, daß das Monopol selbst nicht Ursache, sondern Wirkung ist — nämlich von Überakkumulation bei kontrahierenden Märkten und entsprechenden Verwertungsschwierigkeiten —, insofern auch nicht Ursache für das Ausbleiben von Erweiterungsinvestitionen sein kann. Die Empirie zeigt, daß die Monopole in Branchen mit expandierenden Märkten (Chemie, Elektronik etc.) auch Erweiterungsinvestitionen im Sinne von Nettoinvestitionen in produktive Industrien ungeheuer beschleunigt haben — bei Rationalisierungsinvestitionen liegt die ständige Innovationsbereitschaft (zumindest in Höhe der Abschreibungen) ohnehin auf der Hand. Damit ist nichts über den qualitativen Aspekt präjudiziert: ein Großteil der Innovationen führt lediglich zur Rationalisierung von Vergeudungsproduktion (im gesamtwirtschaftlichen Sinne). Zum anderen Problem ist festzustellen, daß jeder Betrieb eine spezifische Grenzproduktivität besitzt — was ich weiter oben als „optimale Technologie für eine bestimmte Betriebsgröße" bezeichnet habe —, die durch den Kapitalkoeffizienten, Lohnindex, Abschreibungsmöglichkeiten, Finanzierungsmöglichkeiten, Marktchancen etc. festgelegt ist; jenseits dieser Grenzproduktivität — die bei Kleinbetrieben besonders ungünstig liegt — wäre die Einführung sowohl von Erweiterungs- wie von Rationalisierungsinnovationen unter kapitalistischen Bedingungen unrentabel.

26) Vgl. Werner Hofmann, Die säkulare Inflation, Berlin 1962, S. 53 ff.; der Trend zur „kapitalsparenden Investition", der in diesem Zusammenhang analysiert werden müßte, betrifft m. E. wesentlich nur die „Großen".

27) Zur knappen und guten Analyse der Rezession vgl. Ernest Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise, Frankfurt 1969.

28) Allein 1968 fanden über 1000 Fusionsbewegungen im EWG-Bereich statt: vgl. Seeger, a. a. O., S. 11; vgl. auch die Auswahl 120 bedeutender Zentralisationsvorgänge in Westdeutschland 1969: Heinz Schäfer, Lohn, Preis und Profit heute, 4. Aufl., Frankfurt 1971, S. 67 ff.

EWG abgeschlossen [29]): die Zollpolitik wird insofern hinfällig, als mehr oder weniger planmäßige Produktionsteilung das Verhältnis der Konkurrenz von Anbietern vergleichbarer Erzeugnisse tendenziell überflüssig macht. Die Wettbewerbsbestimmungen der EWG-Verträge — Artikel 85,1 und 86 der Römer Verträge, eingeschränkt durch Artikel 85,2 und die Verordnung Nr. 17 — sind hilflos anachronistisch, wo die Grundlage der Konkurrenz (verschiedene Anbieter) mehr und mehr beseitigt wird. In dem Entwurf der EWG-Behörden zum „Statut einer Europäischen Aktiengesellschaft" scheint dem ökonomischen Strukturwandel inzwischen auch normativ Rechnung getragen worden zu sein, indem die Bildung europäischer Kapitalgesellschaften und supranationale Fusionsbewegungen die rechtliche Absicherung erhalten [30]). Die Produktionsteilung ist im übrigen auch das Unterpfand der Irrevokabilität der EWG: jede Rückkehr in nationale Schranken würde eine völlig unbalancierte Wirtschaft zurücklassen, ohne Wachstumschancen und mit strukturellen Überkapazitäten der Schlüsselindustrien von gewaltiger Größenordnung.

Der bisherige Entwicklungsprozeß der EWG läßt sich unter drei Tendenzen subsumieren: 1) Separierung, 2) Konsolidierung, 3) Erweiterung.

Zu 1): Die Produktionsdifferenzierung konnte nur deshalb erfolgreich durchgeführt werden, da sie in der Strukturierungsphase durch ein System hoher gemeinsamer Außenzölle gegen auswärtige Konkurrenz abgeschirmt wurde. Die Blockbildung begünstigte die Außenhandelsposition jedes einzelnen Anbieters — abzulesen etwa an der Entwicklung der „terms of trade" mit Drittländern — und lenkte die Warenströme um auf den Binnenmarkt Europa. Wesentlich bei diesem Prozeß der Marktorganisierung und Separierung war, daß die neuen Märkte nur jeweils so groß sein durften, wie es dem neuen Stand der Produktionsdifferenzierung — d. h. der Fähigkeit, Außenseiter der gleichen Branche zu integrieren — entsprach. Diese Funktion erfüllte das Zollsystem mit gemeinsamen Außenzöllen und *graduellem* Abbau der Binnenzölle [31]). Nach vorläufigem Abschluß der Marktorganisation konnten Mitte 1968 auch die ersten Senkungen der Außenzolltarife stattfinden: die Zölle auf Industrieprodukte aus Ländern der Kennedy-Runde wurden um 35 % gekürzt [32]). Damit bildete sich jene für die EWG-Länder charakteristische Dreierrelation aus von nationalem Binnenmarkt mit höchstem Organisationsgrad, supranationalem „Binnenmarkt" (EWG) mit progressiv zunehmendem Organisationsgrad und tendenziell „offenem" internationalem Markt (Weltmarkt). Die Bedingung der Möglichkeit von Konkurrenz auf dem Weltmarkt liegt mehr und mehr in der (im weitesten Sinne) monopolistischen Kontrolle der nationalen und supranationalen Märkte.

Zu 2): Mit steigender Durchdringung der Märkte befestigt sich die Stellung der fortgeschrittensten Industrien; das Prinzip der Hierarchisierung der Profitraten nach Monopolisierungsgrad führt zum Kapitalsog im nationalen und supranationalen Maßstab: die entsprechende ungleiche Entwicklung begünstigt die fortgeschrittensten Regionen und Industrien („wirtschaftliche Disjunktion"). Obwohl das Stadium des nationalen Großkapitals quantitativ noch längst nicht überwunden ist, wird mit der progressiven Internationalisierung der Kapitalinteressen der materielle Unterbau einer zukünftigen politischen Integration der westeuro-

---

29) Die Beseitigung der Binnenzölle wurde bereits vorzeitig (gegenüber den Römischen Verträgen) am 1. Juli 1968 realisiert.

30) Der Entwurf wird diskutiert bei Seeger, a. a. O., S. 30 ff.

31) Hierbei wird einmal abgesehen von der „2. Verteidigungslinie" der Nationalwirtschaften mit handelstechnischen Vorschriften, Präferenzen etc.

32) Zur Problematik der Senkung der Außenzolltarife bei unterschiedlichem Entwicklungsgrad der Nationalwirtschaften (negativ betroffen waren vor allem Frankreich und Italien) vgl. Ernst Lüdemann, Die Wirtschaft der kapitalistischen Industrieländer Anfang 1969, in: DWI-Berichte, S. 2 ff.; bes. S. 9 ff.

päischen Staaten der Struktur nach erstellt. Die Notwendigkeit der Kongruenz der Aktionsradien von Wirtschaft und Staat wird spätestens dann deutlich werden, wenn die Überakkumulation der Großindustrie (Überkapazitäten!) durch neue Konsumschranken gestoppt wird: neokeynesianische Wirtschaftsprogrammierung im supranationalen Maßstab dürfte dann unabdingbar werden.

Zu 3): Der Wunsch nach Erweiterung und staatlicher Befestigung der Wirtschaftsunion entspricht der Struktur nach also den sich wandelnden Verwertungsbedingungen der fortgeschrittensten Industrien. Die unterschiedliche Haltung Frankreichs und der Bundesrepublik zu den britischen Beitrittsgesuchen 1963 und 1967 entsprach — sofern es erlaubt ist, hier einmal die ökonomischen Gründe zu isolieren — nicht etwa nur nationalistischen Schrullen de Gaulles, sondern der ökonomischen Stärke der deutschen Monopole und der relativen Schwäche der französischen Industrie [33]). Beim Beitrittsgesuch der 4 EFTA-Länder 1970/71 gab es wegen der abflauenden EWG-Konjunktur dann allerdings auch für die französische Industrie nur noch zwei praktikable Wege: entweder man lehnte den Beitritt erneut ab — was Forcierung der politischen Integration der EWG, Souveränitätsabgaben an supranationale Behörden und internationale Wirtschaftsprogrammierung bedeuten müßte —, oder man stimmte der Erweiterung zu — was die Beibehaltung des halb ökonomisch/halb politischen Charakters der EWG auch von den ökonomischen Rahmenbedingungen her mittelfristig ermöglichen würde. Frankreich votierte für das geringere Übel, da bei Souveränitätsabgaben zum jetzigen Zeitpunkt das ökonomische Übergewicht der BRD voll zur Geltung kommen würde.

Interessant und paradigmatisch in diesem Zusammenhang ist auch die unterschiedliche Reaktion auf die Weltwährungskrise 1971: Frankreich machte zum Mißfallen praktisch der gesamten westdeutschen Presse das „floating" der DM nicht mit. Mit diesem Schritt erreichte man zweierlei: einmal wurde die DM-Leitwährung im EWG-Bereich verhindert — was die Expansion der westdeutschen Großindustrie zusätzlich begünstigt hätte —, zum anderen erhielt die französische Exportindustrie durch die Währungsmaßnahmen (gespaltener Devisenmarkt und Devisenkontrolle, Festhalten der Paritäten) Außenhandelsvorteile gegenüber der westdeutschen, da die Maßnahmen faktisch den Effekt einer Abwertung im Verhältnis zu den floating-Währungen hatten. Bei Souveränitätsabgaben an supranationale Behörden würde die Möglichkeit zu entsprechenden administrativen Alleingängen zum Nutzen der nationalen Industrie natürlich beschränkt werden...

Der Klassencharakter der EWG liegt auf der Hand. Monopolpreise können die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge von Werten und Preisen nicht sprengen: das hohe Niveau der Machtpreise verändert nicht die Gesamtsumme der produzierten Werte und Mehrwerte. Was die Monopole gewinnen, büßen — als Produzenten wie als Konsumenten — die Arbeiter, Kleinproduzenten und die Bevölkerungen der abhängigen Länder ein: teils durch staatliche Umverteilung der Werte über das Steuersystem, Zollsystem etc., teils durch private Umverteilung über das Lohn- und Preissystem [34]). Der immanenten Disjunktion entspricht die Disjunktion der in der EWG zusammengeschlossenen Nationen: auch hier wirken Profitratenhierarchie nach Monopolisierungsgrad und Kapitalsog in der Weise, daß die reichen Länder und Regionen immer reicher und die armen

[33]) Der mittlere Konzentrationsgrad der westdeutschen Industrie war 1969 etwa doppelt so hoch wie der der französischen; vgl. Gruner/Schomburg, a. a. O., S. 24.
[34]) DieWirkung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus bildet eines der kompliziertesten Probleme der marxistischen Wirtschaftstheorie heute; im gegenwärtigen Kontext muß ich mich auf die oben gemachten Andeutungen beschränken.

immer ärmer werden. Ohne gezielte „öffentliche" Umverteilung würden bestimmte, besonders benachteiligte Regionen — wie zum Beispiel Süditalien! — bald völlig ausbluten. Die regionale und nationale Disjunktion, die von Ausnahmen wie Süditalien abgesehen stets eine relative bleibt — jede nationale Bourgeoisie profitiert von der EWG-Mitgliedschaft, wenn auch in unterschiedlichem Umfang —, führte in der Praxis zu laufenden Störungen des Integrationsprozesses, in denen jeweils versucht wurde, die ökonomischen Vorteile einzelner Länder durch entsprechende administrative Gegenmaßnahmen auszugleichen [35]). Allerdings sollte die Relevanz dieser Störungen keinesfalls überschätzt werden: die geschilderten übergreifenden Integrationszwänge verleihen ihnen allemal den Charakter „begrenzter Konflikte"; sie gleichen etwa dem Feilschen zweier Händler um die günstigsten Konditionen, wobei beide genau wissen, daß der gemeinsame Vorteil — und sogar das gemeinsame Überleben — vom Zustandekommen des Geschäftes abhängt.

V

Zusammenfassend wäre festzuhalten, daß die EWG als Medium der supranationalen Organisation des Kapitals fungiert — notfalls auch mit direktem staatsmonopolistischen Eingriff (Agrarordnung). Sie hat — was Wachstum und internationale Konkurrenzfähigkeit betrifft — die kurzfristigen Interessen insbesondere der westdeutschen Großindustrie weitgehend erfüllt, mittlere und kleinere Unternehmen benachteiligt — vornehmlich auch im Bereich der Agrarwirtschaft — und die Masse der Verbraucher nach allen Seiten hin geschröpft. Die Tendenz zur wirtschaftlichen und staatlichen Integration der westeuropäischen Nationalstaaten entspricht den immanenten Systemgesetzen des Spätkapitalismus an der Schwelle zur wissenschaftlich-technischen Revolution und ist irrevokabel. So wie die EWG in der Entfaltung der Produktivkräfte wurzelte, ist sie nun ihrerseits zum Hebel der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse geworden.

Die fortwirkenden Probleme der Disproportionalität von Akkumulation und Konsumtion, die bisher durch Diversifikation bei raschem materiellem Wachstum überdeckt wurden, würden bei verlangsamtem Wachstumstempo sofort fühlbar werden. Dieses könnte zum Beispiel eintreten, falls sich die amerikanische Weltmarktkonkurrenz durch Nixons Wirtschaftspolitik wieder verschärft: mit Maßnahmen zu beschleunigtem Innovationstempo durch Investitionsförderung, zur Erhöhung der Ausbeutungsrate — worauf Lohnkontrollen nach aller Erfahrung hinauslaufen — und zur Abschirmung des amerikanischen Binnenmarktes durch selektive Importsteuern wird der Versuch gemacht, die Grundlage für eine neue Expansion der amerikanischen Industrie zu legen und das absolute Produktivitätsmonopol wiederherzustellen [36]). Ein Gegengewicht gegen die verschärfte Weltmarktkonkurrenz bietet allerdings die Erweiterung der supranationalen Märkte: gelingt es — was sich nach dem Gang der Verhandlungen deutlich abzeichnet —, den Anschluß der vier EFTA-Länder (Großbritannien, Irland,

[35]) Ein Beispiel hierfür bildet der ständige Kampf um die Agrarordnung. Ohne dieses hier näher entwickeln zu können, soll folgendes behauptet werden: das, was nach früheren Vorstellungen das „Grundgeschäft der EWG" sein sollte — französische Agrarprodukte gegen westdeutsche Industriewaren —, kann als gescheitert betrachtet werden; ein Blick auf die unterschiedliche Entwicklung der Preise und Handelsquanten könnte dieses belegen. Der ständig anschwellende Subventionsbedarf zeigt im übrigen die Grenzen der Agrarordnung recht deutlich. Vgl. Gruner/Schomburg, a. a. O., S. 22 ff.; auch: Beratung des Arbeitskreises „Kapitalistische Weltwirtschaft" im DWI, in: DWI-Berichte, 7/71, S. 37 ff., S. 39.

[36]) Der amerikanische Produktivitätsvorsprung hatte sich in den letzten Jahren in wesentlichen Bereichen drastisch verringert; vgl. z. B. Ernest Mandel, Wohin geht Amerika?, in: Internationale Marxistische Diskussion 9, Berlin 1970, S. 5 ff.

Dänemark, Norwegen) in absehbarer Zeit auch ökonomisch wirksam werden zu lassen, so ist eine neue Hochkonjunktur im EWG-Bereich zu erwarten, in der die Kapazitäten entsprechend angepaßt und die erweiterten Märkte organisiert werden. In diesem Falle dürfte auch die politische Integration nicht mit Notwendigkeit sofort auf der Tagesordnung stehen: die Hauptaufgabe des Superstaates — Sicherung der Verwertungsbedingungen bei erschwerter Reproduktion — wäre zunächst nicht dringlich. Gleichwohl bleibt man sich der Schwierigkeiten auf dem Wege zur politischen Integration — die durch die Erweiterung auf zehn Mitgliedstaaten durchaus nicht geringer geworden sind! — bewußt: schon jetzt werden alle Versuche unternommen, mögliche Widerstände aus dem Wege zu räumen. In diesem Zusammenhang sind entsprechende Bereitschaftserklärungen zu sehen, die den vier EFTA-Ländern beim Beitritt abverlangt wurden, aber zum Beispiel auch die Gipfelkonferenz der zehn Staats- und Regierungschefs, die für die zweite Oktoberhälfte 1972 in Paris projektiert ist. Der Themenkatalog dieser Veranstaltung ist sehr aufschlußreich; vorgesehen sind im wesentlichen drei Komplexe: 1) Verstärkung der Gemeinschaft, insbesondere unter institutionellen Gesichtspunkten; 2) Wirtschafts- und Währungsunion; 3) Beziehungen zu den Drittländern [36a]).

Mittel- und langfristig läßt sich jedoch voraussagen, daß die Probleme durch die Erweiterung der EWG nur verschoben und nicht gelöst werden. Als Folge der Organisation der Märkte wird das Bild zyklischer Konjunkturen mehr und mehr durch Probleme struktureller Art — Agrarordnung, Währungssystem etc. — überlagert, deren Lösung immer komplizierter wird. Die Veränderungen in der Produktionsweise des Mehrwerts im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution scheinen die strukturellen Ungleichgewichtigkeiten eher noch zu verstärken, indem sie die Probleme technologischer Arbeitslosigkeit und sich wandelnder Qualifikationsstruktur der Arbeiter akut machen.

Während sich die Spitzen des Bürgertums längst international orientiert und organisiert haben, verharren die Arbeiterorganisationen weithin im nationalen und/oder ideologischen Partikularismus [37]). Der Zeitpunkt ist ohne weiteres abzusehen, an dem nationale Lohnkämpfe und Tarifabschlüsse hoffnungslos anachronistisch sein werden [38]). Zu fordern wären „Gewerkschaftsinternationalen", die der Entfaltung der Produktivkräfte auf Industriebasis folgen und schon jetzt die Strukturveränderungen des Gesamtarbeiters im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution in die Organisation einbeziehen. Nur so ließe sich ein wirksames Gegengewicht gegen das „Europa der Monopole" (Seeger) aufbauen.

36a) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29. 2. 1972, S. 1 und S. 3.

37) Zur Einschätzung vgl. Seeger, a. a. O., S. 37 ff.; insbesondere auch Wolfram Elsner, „Westeuropäische Integration und Arbeiterbewegung", „Blätter", 12/1971, S. 1233 ff., insbesondere S. 1241 ff.; der „Europäische Bund Freier Gewerkschaften" ist vorläufig noch relativ ineffektiv, die Arbeit der kommunistischen Gewerkschaften zu isoliert.

38) Ein Beispiel bietet die jüngste Maßnahme des Zeiß-Ikon-Konzerns zur Auflösung der Voigtländer-AG in Braunschweig und zur Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer.

Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa

Von Iwan Iwanow, Moskau

In Europa, wo sozialistische und kapitalistische Länder nebeneinander leben, hat immer schon ein Zusammenhang zwischen dem politischen Klima und dem Grad der Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit bestanden. Die Entwicklung des Handels ebnet den Weg zur Verbesserung der politischen Verhältnisse. Andererseits ermöglicht eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens einen neuen Aufschwung der wirtschaftlichen Beziehungen und deren fortwährende Entfaltung und Bereicherung. Deswegen sind in Europa politische Sicherheit und ökonomische Zusammenarbeit nicht voneinander zu trennen.

Seit einigen Jahren ist ein gewisser Fortschritt in der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen europäischen Ländern mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen zu beobachten. Der Handel zwischen diesen Ländern erreichte im Jahre 1971 ein Volumen von ungefähr 14 Mrd. Dollar, was im Vergleich zum Jahre 1966 eine Steigerung um 10 % bedeutet. Auf der Grundlage einer relativen Liberalisierung des Außenhandels entstanden neue Kanäle der ökonomischen Zusammenarbeit. Die Tätigkeit der UNO-Wirtschaftskommission für Europa verzeichnete eine Belebung, und es erwies sich, daß sozialistisches Außenhandelsmonopol und marktwirtschaftliches Unternehmertum trotz ihrer Gegensätzlichkeit kein grundsätzliches Hindernis für Handels- und Wirtschaftskontakte darstellen.

Doch ist bis heute trotzdem erst ein Bruchteil von dem erreicht worden, was auf dem Industriekontinent Europa mit seiner alten Handelstradition erreicht werden kann und erreicht werden muß. Nicht erreicht worden ist bis heute vor allem das eigentlich Wichtigste: eine stabile Arbeitsteilung zwischen Ost und West. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Geschäftskreise beider Systeme Europas immer noch dazu neigen, einander eher als zufällige Partner zu betrachten; das wirkt sich darin aus, daß sie bei Investitionen in Projekte, die von gegenseitigem Interesse sind, große Vorsicht walten lassen. Die oben erwähnten 14 Mrd. Dollar machen lediglich 10 % des Außenhandels der RWG-Länder und nur rund 3 % des Außenhandels Westeuropas aus. Zahlreiche Formen der wirtschaftlichen Beziehungen sind über Anfänge noch nicht hinausgekommen, und die Diskriminierung von Waren aus den sozialistischen Ländern auf den Märkten der EWG-Staaten ist erhalten geblieben. Fragen, die ganz Europa betreffen, werden nicht gelöst, ja manchmal noch gar nicht aufgeworfen — obwohl die alarmierenden Ereignisse um den Dollar vom August 1971 wieder einmal bewiesen haben, wie gefährlich und unzuverlässig eine ausschließliche Orientierung Westeuropas auf die Märkte in Übersee ist.

Die Ursachen für den Fortbestand dieser unbefriedigenden Lage sind bekannt: immer noch bestehende politische Spannungen und Mangel an gegenseitigem Vertrauen. Um so notwendiger ist ein kraftvoller politischer Impuls, der den Regierungs- wie den Geschäftskreisen des Kontinents Sicherheitsgarantien geben und sie auf eine dauerhafte gesamteuropäische Kooperation orientieren würde.

Meines Erachtens ist die auf der Tagesordnung stehende Europäische Sicherheitskonferenz durchaus in der Lage, einen solchen Impuls zu geben. Eben deshalb

erscheint es besonders interessant, jene Probleme hervorzuheben, deren Lösung von der Konferenz eingeleitet werden könnte.

Wenn wir diese Fragen hervorheben, müssen wir selbstverständlich Realisten bleiben. Die Unterschiede zwischen Sozialismus und Kapitalismus werden von der Entspannung nicht aufgehoben. Ebensowenig kann es sich darum handeln, daß die sozialistischen Länder auf irgendwelche Elemente ihrer ökonomischen Integration im Rahmen des RGW verzichten könnten. Dieses Integrationsprogramm wird unabhängig von Spannung oder Entspannung erfüllt werden. Doch gibt es daneben für beide Teile Europas ausgedehnte Bereiche übereinstimmender ökonomischer Interessen, zu deren Verwirklichung es einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit und Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen bedarf.

Die wichtigste Perspektive dabei ist, daß die Entspannung den Prioritätsakzent vom militärischen auf den ökonomischen Bereich verschieben könnte, innen- wie außenpolitisch. Natürlich ist es schwierig vorauszusagen, in welchem Umfang und wie schnell sich die militärischen Ausgaben senken lassen würden. Es liegt jedoch auf der Hand, daß die Regierungen sofort mehr Reserven für Finanzmanöver hätten und sich weniger angespannte Budgets leisten könnten, sobald sie im Besitze von Sicherheitsgarantien sind. Das könnte dann der Bekämpfung von Inflationen, der Lösung von sozialen Problemen, der technischen Modernisierung der Produktion und — wenn wir schon vom Handel sprechen — der Hebung der Konkurrenzfähigkeit zugute kommen; alles dies wird heute noch vom Wettrüsten unterhöhlt.

Viele amerikanische Geschäftsleute beklagen sich offen, daß in jedem Dollar, den ihre Waren kosten, 8 bis 9 Cent Kriegslasten stecken; ohne diese Lasten wären ihre Waren entsprechend billiger. in den Preisen westeuropäischer Waren stecken nur halb soviel Rüstungslasten, doch auch das ist noch zuviel, wenn man die Konkurrenzkämpfe der kommenden Jahre ins Auge faßt. Dasselbe gilt übrigens auch für die Erzeugnisse in den sozialistischen Ländern. Hier ist die Belastung durch Rüstungsausgaben zwar niedriger als in Westeuropa, jedoch höher als in Japan. Nicht zuletzt beruht hierauf die Kraft der allgemein bekannten japanischen Konkurrenz.

Der zweite, nicht weniger wichtige Gesichtspunkt ist der, daß eine effektive Gewährleistung politischer Sicherheit den Übergang von kurzfristigen zu langfristigen ökonomischen Vereinbarungen zwischen West und Ost ermöglichen würde. Denn eben daran mangelt es heute — und ohne langfristige Vereinbarungen kann es keine stabile innereuropäische Arbeitsteilung und auch sonst keine aussichtsreiche Kooperation geben.

Langfristige Vereinbarungen würden es z. B. ermöglichen, das Problem des zunehmenden Mangels an Naturressourcen in der westeuropäischen Subregion auf neue Weise zu lösen. Heute behilft man sich mit Käufen in Übersee und mit der kostspieligen Erschließung des Nordseegrundes. Doch verfügt der Kontinent Europa — vom Atlantik bis zum Ural betrachtet — über ausreichend eigene Ressourcen. In der UdSSR ist z. B. derart viel Naturgas entdeckt worden, daß einer europäischen Gasversorgung vorerst nur durch den Mangel an Rohrleitungen Beschränkungen auferlegt sind. Die Erschließung dieser Naturgasvorkommen und der Bau entsprechender Rohrleitungen für westeuropäische Interessenten können, weil kostspielig, nur unter der Garantie einer stabilen langfristigen Nachfrage vorgenommen werden. In den entsprechenden Abkommen mit Italien, Österreich, der BRD und Frankreich ist dieses Problem auf der Basis solcher Garantien gelöst worden. Auf ähnliche Weise können auch Fragen der Versorgung mit anderen Rohstoffen gelöst werden.

Ein entspanntes politisches Klima würde es außerdem ermöglichen, die Entwicklung der europäischen Infrastruktur — die im Ost-West-Handel schon heute zu einem Engpaß geworden ist — tatkräftig in Angriff zu nehmen. Gewisse Eisenbahnlinien und Autostraßen werden zur Zeit überhaupt nicht genutzt, andere Verbindungswege und Häfen sind erneuerungsbedürftig; ein Netz von Erdölleitungen muß erst noch geschaffen werden. Viele dieser aufwendigen Investitionen erfordern eine Teilhaberschaft mehrerer Partner und lohnen sich nur unter dem Aspekt eines langfristigen und wachsenden Warenaustauschs.

Auch für die Entwicklung der technologischen Kooperation zwischen sozialistischen und kapitalistischen Industriebetrieben würde die Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens große Möglichkeiten bieten. Eine solche Kooperation wird durch den Austausch von Baugruppen und Maschinenteilen, gemeinsame Produktion, Austausch von Technologien, durch gemeinsame Bauvorhaben, gemeinsame Teilnahme an Produktionsprogrammen usw. entwickelt. Seit Mitte der 60er Jahre wurden bereits mehr als 400 Abkommen über solche Kooperationen abgeschlossen. Mehr als 20 davon führten zur Gründung gemischter Gesellschaften. Inzwischen gehen die Partner zu höheren Formen der Kooperation über, indem sie diese auch auf Forschung, Produktion und Absatz ausdehnen. Rentabel kann aber auch eine solche Kooperation nur bei langfristigen Verbindungen zwischen den Partnern sein.

Laufend zugenommen haben gemeinsame langfristige Investitionsprojekte von Partnern aus Ost und West. Sie beziehen sich auf die Erschließung von Bodenschätzen, die Errichtung von Industrieanlagen, die Gründung von gemischten Gesellschaften — darunter auch in dritten Ländern — und anderes mehr. Geprüft werden derzeit z. B. die Möglichkeiten der Heranziehung ausländischer Ressourcen zur Erschließung gewisser Vorkommen auf sowjetischem Territorium. Umgekehrt wird die UdSSR sich an der Errichtung eines Hüttenkomplexes in Marseille beteiligen.

Bei der Verwirklichung von gemeinsamen Projekten in dritten Ländern, z. B. bei der gemeinsamen Errichtung von Industrieanlagen, werden nach und nach Erfahrungen gesammelt. Diesbezügliche Vereinbarungen gibt es zwischen polnischen Organisationen und Firmen aus der Schweiz und England, ungarischen und Firmen aus England und Italien, tschechoslowakischen und Firmen aus Frankreich, Italien und England. Insgesamt bestehen derzeit mehr als 20 solche Vereinbarungen.

Eine zunehmende Zahl westeuropäischer Firmen errichtet heute ständige Vertretungen in sozialistischen Ländern — was eine präzisere Erfüllung von Lieferungsverpflichtungen sowie die Ermittlung neuer Reserven für die Erweiterung des Austauschs möglich macht. Ende 1970 unterhielten bereits mehr als 20 westeuropäische Firmen und Unternehmen ständige Vertretungen in Moskau.

Alle diese neuen Formen erfordern jedoch wesentliche Änderungen der ost-westlichen Finanzierungspraxis. Bis jetzt wurden den sozialistischen Ländern hauptsächlich Handelskredite gewährt, meist von den Firmen selbst, nicht von Banken, und in der Regel kurzfristig, selten langfristig. Das wirkte sich selbstverständlich hemmend auf die Handelsentwicklung aus — denn solche Vorhaben wie z. B. das Kraftwagenwerk in Togliatti oder gar das riesige Lastkraftwagenwerk an der Kama (KAMAS) lassen sich mit mittelfristigen Krediten nicht verwirklichen. Nötig sind langfristige Bankkredite für die Erschließung von Bodenschätzen, für die Entwicklung der Infrastruktur und für die Gründung gemischter Unternehmen. Bisher jedoch sind westliche Banken und Konsortien bei langfristiger Kreditierung sehr zurückhaltend und verlangen eine Unmenge von Garantien. Unmiß-

verständlich erklären sie, eine Änderung ihrer Praxis setze die politische Klärung und Stabilisierung der Lage in Europa voraus.

Daran sind natürlich auch die Banken der sozialistischen Länder interessiert. Sie entwickelten in letzter Zeit Akitvitäten auf westlichen Geldmärkten und gründeten zur Belebung des Ost-West-Handels in verschiedenen westlichen Ländern gemischte Unternehmen oder Tochtergesellschaften. Hierher gehört z. B. die sowjetische Bank „Woschod" in Zürich. Sieben westliche Banken und die Polnische Außenhandelsbank bildeten die gemischte Tochterfirma „Zentrofin". Die Rumänische Außenhandelsbank und die „Credit lyonnais" als Anteilseigner haben eine rumänisch-französische Bank gegründet. Die Internationale Investitionsbank des RGW kann im Einklang mit ihrer Satzung Anleihen im Westen unterbringen. Die Weiterentwicklung all dieser positiven Ansätze erfordert jedoch ein entsprechendes politisches Klima.

Wenn wir einmal vom rein handelsökonomischen Bereich Abstand nehmen, so könnte die Schaffung eines neuen politischen Klimas in Europa in hohem Maße auch den Tourismus fördern. Auch dem wissenschaftlich-technischen Austausch würden sich dann beste Aussichten eröffnen.

Westeuropas Probleme auf diesem Gebiet sind allgemein bekannt. Nationale Ressourcen reichen für die Entwicklung der Wissenschaft im Weltmaßstab immer weniger aus. Für die rentable Übernahme bedeutendster technischer Neuentwicklungen fehlt oft ein ausreichend aufnahmefähiger Markt. Besonders akut sind diese Probleme in kleineren Ländern — woraus, unter anderem, auch deren technischer Rückstand resultiert. Osteuropa (und in erster Linie die Sowjetunion) ist inzwischen zum zweitstärksten wissenschaftlich-technischen Potential der Welt geworden und stellt zugleich einen aufnahmefähigen Markt dar. Doch macht die gesamteuropäische wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit noch ihre ersten Schritte.

Auch hierfür gilt die gleiche Ursache: Spannungen und Mißtrauen. Eine wirkungsvolle politische Entspannung würde den Weg zur Erweiterung aller Forschungsvorhaben zu friedlichen Zwecken bahnen und die Verwirklichung einer Reihe von größeren Vorhaben ermöglichen, z. B. auf dem Gebiet der Astronomie, des kosmischen Fernmeldewesens, der Kernforschung, der Biologie, Energetik, Chemie und Mechanik. Erste Belege gibt es auch dafür schon: die französische Apparatur in sowjetischen Marssonden und die französische Blasenkammer „Mirabelle" am Beschleuniger in Serpuchow beispielsweise.

Kein Land (auch nicht das mächtigste) kann heute mit dem technischen Fortschritt schritthalten, ohne an der internationalen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit teilzunehmen. Meiner Meinung nach wird Westeuropa seinen technischen Rückstand gegenüber den USA nie aufholen, wenn es sich nur auf eigene Kräfte stützt; ohne eine gesamteuropäische wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wird diese „technologische Lücke" verewigt werden.

Auch Osteuropa, das an fortgeschrittenen Technologien interessiert ist, könnte seinerseits bei einer internationalen wissenschaftlichen Kooperation in gesamteuropäischem Rahmen sehr viel gewinnen.

Und schließlich möchte ich noch ein Problem erwähnen, das vor verhältnismäßig kurzer Zeit entstanden, jedoch schnell höchst akut und im wahrsten Sinne des Wortes gesamtkontinental geworden ist: Ich denke an den Umweltschutz. Der europäische Kontinent ist besonders dicht besiedelt und hat eine sehr starke Industrie-Konzentration; folglich wirkt sich hier die Störung des ökologischen Gleichgewichts besonders gefährlich aus. Einzelne Länder beschäftigen sich be-

reits mit dem Umweltschutz und sammeln dabei bestimmte Erfahrungen; in einem von Staatsgrenzen zerfurchten Europa kann ein effektiver Umweltschutz aber nur multilateral erreicht werden.

Was den Osten wie den Westen anbelangt, so ist es an der Zeit, gemeinsam Maßnahmen zum Schutz des Wassers und der biologischen Ressourcen des Schwarzen Meeres, der Ostsee und der Barentssee, des Donau- und des Elbebeckens sowie der gemeinsamen Fischfanggebiete im Nordatlantik zu treffen. Auch hierzu bedarf es der Entspannung, eines neuen politischen Denkens, eines neuen politischen Klimas. Die Trägheit der Vergangenheit türmt jedoch Hindernisse auf, wie die Verweigerung der Teilnahme der DDR an der Internationalen Umweltschutzkonferenz in Stockholm zeigt. Wie kann man von einem umfassenden Herangehen an die Probleme des Umweltschutzes reden, wenn davon ein ganzes Land inmitten Europas ausgeschlossen werden soll?

Man könnte noch eine Reihe weiterer ökonomischer Fragen aufwerfen, deren Lösung durch die Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz zu beschleunigen wäre. Selbstverständlich könnte diese Konferenz nicht alle Unterschiede und Widersprüche zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen. Aber die Frage nach der ökonomischen oder sonstwie gearteten Konvergenz Ost- und Westeuropas wird auch gar nicht aufgeworfen. Es handelt sich lediglich um die Schaffung von günstigen Bedingungen für die optimale Nutzung des innereuropäischen Handels und anderer Faktoren der wechselseitigen Beschleunigung des ökonomischen Wachstums sowohl im Osten wie im Westen Europas. Die Erreichung dieses Zieles rechtfertigt alle Anstrengungen; denn dieses Ziel impliziert zugleich den Frieden.

Pahl-Rugenstein Paperback

Joachim Streisand

Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart
Eine marxistische Einführung

484 Seiten, Paperback, DM 7,80

Dem rasch wachsenden Bedürfnis nach einem eindeutig am Fortschritt in der Geschichte orientierten Überblick wird zur Zeit kein Historiker so gerecht wie Joachim Streisand, der leichte Lesbarkeit mit historischer Akribie zu verbinden versteht.

Bogdan Suchodolski

Einführung in die marxistische Erziehungstheorie

Aus dem Polnischen von M. Kunze, 568 Seiten, Paperback, DM 9,80

Der polnische Pädagoge Suchodolski hat eines der Standardwerke über die pädagogischen Vorstellungen von Marx vorgelegt. Wenn Erziehung die historische Aufgabe erfüllen soll, bewußt und verantwortlich an der Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft mitzuwirken, muß sie exakt und wissenschaftlich den Bedürfnissen der realen Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft gehorchen.

Pahl-Rugenstein Paperback

Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft

Von Volker Jentsch, Helmut Kopka und Arnd Wülfing

1. Einleitung

„Die Max-Planck-Gesellschaft braucht keine Diskussion nach innen und außen zu scheuen", erklärte Adolf Butenandt [1]) auf der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin am 25. Juni 1971. Das Wort des Präsidenten ermutigt uns. In der Tat: Die *Diskussion* dieser Institution rechtfertigt sich durch deren Bedeutung. Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. besteht gegenwärtig [2]) aus 1296 fördernden und 175 wissenschaftlichen Mitgliedern; sie unterhält 52 Forschungsinstitute [3]) mit insgesamt etwa 10 000 Beschäftigten (davon 2000 wissenschaftlichen Angestellten und 2000 Stipendiaten). Ihr Jahresetat hat inzwischen den Betrag von 472 Mio. DM [4]) überschritten, wovon über 90 % staatlicherseits zugeschossen werden.

Im Juni letzten Jahres schrieben die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter in ihre 1. Arnoldshainer These zur Reform der Max-Planck-Gesellschaft (MPG): „Die gegenwärtigen forschungspolitischen Präferenzen in der Max-Planck-Gesellschaft sind weitgehend bestimmt durch partikulare Wirtschafts- und Karriereinteressen." Dieser Satz verletzte Geschmack und heile Vorstellung der wissenschaftlichen Honoratioren der MPG [5]). Butenandt reagierte stellvertretend für alle, die sich betroffen fühlten: „Die ... (in Arnoldshain) ... Anwesenden haben eine Reihe von Thesen verabschiedet, in denen sie ihre Vorstellungen zur Reform zum Ausdruck bringen. Ich hätte mir gewünscht, daß diese sogenannten Thesen, soweit sie die gegenwärtigen Verhältnisse in unserer Gesellschaft darstellen, der Wirklichkeit besser Rechnung tragen und nicht aus völliger Unkenntnis oder aus rein ideologischen Vorstellungen von falschen Voraussetzungen ausgehen würden" [6]).

Erkundigen wir uns also bei Herrn Butenandt nach den wahren Voraussetzungen: „... daß alle unsere Institute, ich darf sagen, zwangsläufig entstanden sind; mehr als ein Dutzend zum Teil wertvolle Projekte haben wir abgelehnt und niemals auch nur einen Augenblick darüber nachgesonnen, welche neuen Institute wir etwa noch gründen könnten, sondern wir haben neue Institute nur unter dem

---

1) Butenandt, Adolf, Dr. phil., Dr. h. c., Präsident der Max-Planck-Gesellschaft (bis 1971), Mitglied des Aufsichtsrates der Farbenfabriken Bayer AG, Vorstandsmitglied des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Mitglied von Senat, Hauptausschuß, Kuratorium und Senatsausschuß für Sonderforschungsbereiche der DFG, Träger vielfältiger Ehrendoktor- und Ehrenbürgerwürden, Ordensauszeichnungen der BRD und anderer Länder, Nobelpreis 1939. (Der Senat wählte einstimmig [!] Herrn Lüst, Dir. Inst. für Extraterrestrische Physik am MPI für Physik und Astrophysik [und einziger Kandidat dieser Wahl], am 19. 11. 1971 zum neuen Präsidenten der MPG.)

2) Nach „MPG — Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute", Hrsg. Generalverwaltung der MPG, München 1972, sowie „Mitglieder-Verzeichnis" Stand 1. 9. 1971.

3) Ohne Institut für Dokumentationswesen und Einrichtungen mit eigener Rechtsform (z. B. Garching Instrumente GmbH), deren Hauptgesellschafter die MPG ist.

4) Nach „MPG — Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute" S. 16.

5) Wobei wesentlich der Bezug auf „Partikulare Wirtschaftsinteressen", weniger der Vorwurf der Karriereinteressen, Empörung auslöste. Denn „die Hälfte aller wissenschaftlichen Mitarbeiter verschleißen sich in dem Kampf um ihre Karriere" (so der sinngemäße Ausspruch eines wissenschaftlichen Mitgliedes aus dem MPI für Psychiatrie in München, in einer Fernsehsendung von Radio Bremen).

6) Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. in der Festversammlung in Berlin am 25. 6. 1971.

Druck wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Notwendigkeit ins Leben gerufen..." [7]).

Untersuchen wir also den „Druck wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Notwendigkeiten" genauer: Welche Interessen wirken in der MPG?

Wir beginnen unser Vorhaben von der historischen Seite: In Kapitel 2 werden einige der Entstehungsbedingungen der MPG angegeben. Die Kapitel 3, 4 und 5 vermitteln 3 Ebenen, über welche Art, Umfang und Wirkungsweise der Interessen in der MPG abgeleitet werden sollen. Kapitel 3 behandelt den Einflußbereich und die Funktionsverteilung des Staates und der Privatwirtschaft in der MPG. Kapitel 4 beschreibt die typischen Bewußtseinsformen des Präsidenten und des wissenschaftlichen Rates sowie die bislang vorrätigen Vorstellungen von einer Umstrukturierung der MPG. Kapitel 5 behandelt einige Aspekte zur klassen- und bewußtseinsmäßigen Bestimmung der wissenschaftlichen Mitarbeiter und stellt die Reformabsichten dieser Gruppe vor. Kapitel 6 resümiert die Ergebnisse und nennt Möglichkeiten politischer Konsequenzen.

2. *Zur Entstehung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG)*

Die MPG verdankt ihrer Vorgängerin, der KWG, wissenschaftliche und organisatorische Traditionen. Die Gründung der KWG (11. Januar 1911) war das Ergebnis verschiedener Interessen.

Die ständig zunehmende Tendenz der Verwissenschaftlichung der Produktion um die Jahrhundertwende erfordert die beträchtliche Ausweitung von produktionsbezogener Forschung. Die „Monopolbourgeoisie" drängt danach, „neue Institute zur Erweiterung der wissenschaftlichen Grundlagen vor allem in der Chemie (Kohlenforschung), technischen Physik und Elektrotechnik einzurichten, ohne das erforderliche Kapital selbst vorschießen zu [können] — die notwendige Entfaltung der Produktivkräfte war selbst im Rahmen der potentesten kombinierten Kapitale nicht mehr zu bewältigen" [8]).

Die Absichten des deutschen Großkapitals begegnen den Interessen der adligen Ministerialbürokratie, des Militärapparates und des Kaisers, denen die Erweiterung der Forschung „als notwendiger Bestandteil des innen- und außenpolitischen Machtarsenals des wilhelminischen Deutschlands" [9]), wenn nicht gar als Möglichkeit dient, die Benachteiligungen zu kompensieren, die Deutschland bei der „Aufteilung der Welt" unter den imperialistischen Mächten erfahren hat.

Die Wissenschaftler erstreben die materielle und personelle Erweiterung ihrer begrenzten Universitätsinstitute im Zuge einer raschen Expansion und einer zunehmend arbeitsteiligen und interdisziplinären Organisation der Wissenschaft. Daß die zu schaffende wissenschaftliche Institution Gefahr läuft, von „Clique und Kapital" [10]) abzuhängen, wird teilweise erkannt, der mögliche Konflikt freilich durch die Forderung eingeebnet, daß man herausfinden müsse, „wie der beste Weg zwischen der Tyrannei der Masse und der Bürokratie einerseits und

---

7) A.a.O. Der Satz fährt fort: „... ins Leben gerufen, und auch dann nur, wenn wir die älteren Institute durch solche Neugründungen nicht schädigen. So werden wir es auch künftig halten, zumal wenn es sich um solche Neuschöpfungen handelt, durch welche wir das Vaterland und seine Wirtschaft durch die Wissenschaft zu kräftigen hoffen dürfen." Die zitierte Passage stammt nicht von Butenandt, sondern von Harnack (s. Kap. 2). Laut Butenandt entspricht das Zitat jedoch „in seinem Inhalt auch der Wissenschaftspolitik der MPG seit ihrem Bestehen bis zum heutigenTage".

8) Kanzow/Roth, *Unwissen als Ohnmacht. Zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaft*, Berlin 1970, S. 130.

9) A.a.O., S. 130.

10) Aus dem Brief von Harnack an Trott zu Solz (22. 1. 1910), abgedruckt in „50 Jahre KWG", Beiträge und Dokumente, Göttingen 1961.

der Clique und dem Geldbeutel andererseits gefunden wird" [11]).

Adolf v. Harnack [12]) versucht, das subjektive Verlangen der Wissenschaftler dadurch zu befriedigen, daß er Wünsche und Absichten der Bourgeoisie, des Kaisers und der Wissenschaftler in einer Denkschrift [13]) benennt und aufeinander abstimmt: „Die Wissenschaft ist in ihrer Ausbreitung und in ihrem Betriebe an einem Punkt angelangt, an welchem der Staat allein für ihre Bedürfnisse nicht mehr aufzukommen vermag. Eine Kooperation des Staates und privater kapitalkräftiger und für die Wissenschaft interessierter Bürger ist ins Auge zu fassen; denn in ihr allein ist die Zukunft der wissenschaftlichen Forschung nach der materiellen Seite hin verbürgt" [14]).

Daß die Absicht Harnacks, die vermögende Industrie vor den Karren der Wissenschaft zu spannen, die gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Kopf stellt, beweist gerade die Satzung der KWG: Das Kapital beherrscht ihre entscheidenden Organe. Mitgliedschaft und Funktionen in der sich privatrechtlich organisierenden Gesellschaft sind an hohe finanzielle Aufwendungen gebunden [15]). In den entscheidungsrelevanten Organen des Vereins halten Vertreter der Finanz- und Industrieoligarchie eindeutige Mehrheiten [16]).

Das mit der Gründung der KWG festgelegte Einflußschema erfährt seine stetige Fortsetzung in ihrer Nachfolgeorganisation, der MPG [17]). Gleichwohl sind charakteristische Modifikationen zu verzeichnen. Sehen wir folglich nach, auf welche Weise und in welchem Umfang sich Interessendispositionen des Staates und der Privatwirtschaft in der MPG konkretisieren.

3. *Einflußbereiche und Rollenverteilung*

Einen ersten Zugang zu der zuletzt genannten Problematik vermittelt ein relativ grobes analytisches Muster, das sich nach Hirsch in zwei Ansätze gliedert [18]): a) „Eine detaillierte Untersuchung der personellen Zusammensetzung der wichtigsten Lenkungsorgane mit den dabei feststellbaren Interessenverflechtungen und Einflußmöglichkeiten"; b) „Eine kritische Beurteilung der Ergebnisse wissenschaftspolitischer Willensbildungsprozesse anhand bestehender Programme und Maßnahmen."

Wir prüfen in gesonderten Betrachtungen die Wirkungsmöglichkeiten des Staates und der Wirtschaft in der MPG. Dabei wird der Ansatz b) wegen der Geheimhaltungspraxis der MPG notwendig verkürzt ausfallen.

3.1 *Über die Rolle des Staates in der MPG*

Die neuere Geschichte der Wissenschaften zeigt, daß die Resultate wissenschaft-

11) A.a.O.
12) Adolf v. Harnack, Präsident der KWG von 1911 bis 1930.
13) Denkschrift von Harnack an den Kaiser (21. 11. 1909), in: 50 Jahre KWG und MPG zur Förderung der Wissenschaften,a.a.O.
14) A.a.O., S. 126—131.
15) Aus der Satzung der KWG: „Jedes Mitglied hat einen Mitgliedsbeitrag von mindestens 20 000 Mark zu entrichten. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 1000 Mark." (Zum Vergleich: „Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt . . . für natürliche Personen 100 DM, für juristische Personen . . . 1000 DM." Aus: Satzung der MPG zur Förderung der Wissenschaften e. V.) Im Gegensatz zu heute ist die Wissenschaftliche Mitgliedschaft nicht vorgesehen. Jeder Wissenschaftler hat demnach, will er die Mitgliedschaft erwerben, den Mitgliederbeitrag zu zahlen (es sei denn, er wird zum Senator oder Mitglied des Verwaltungsrates berufen.)
16) Der Gründungssenat der KWG wird am 11. 1. 1911 durch Akklamation gewählt und besteht ausschließlich aus Vertretern des Finanz- und Industriekapitals, darunter Gustav Brüning (Generaldirektor Farbwerke Hoechst), Ludwig Delbrück (Bankier), Krupp v. Bohlen und Halbach, Wilhelm v. Siemens.
Der Verwaltungsausschuß wird am 23. 1. 1911 vom Senat gewählt und besteht aus 2 Wissenschaftlern (v. Harnack und Fischer) sowie 5 Vertretern des Kapitals bzw. des Staates: Krupp v. Bohlen und Halbach, Ludwig Delbrück, Franz v. Mendelsohn (Generalkonsul), Dr. v. Boettinger (Geheimer Regierungsrat) und Eduard Arnhold (Geheimer Kommerzienrat).
(Alle Angaben aus „50 Jahre KWG/MPG", ebd., S. 122 und 135. Vgl. auch G. Wendel, Zur gesellschaftlichen Stellung und Funktion der KWG, Leipzig 1965)
17) Daten zur Gründung der MPG: Die Gründungsmitglieder versammeln sich am 26. 2. 1948 in Göttingen; lt. Beschluß der Hauptversammlung vom 6. 4. 1950 wird das gesamte Vermögen der KWG auf die MPG übertragen, am 21. 6. 1960 wird die KWG aufgelöst.
18) Vgl. J. Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt 1970, S. 199.

licher Arbeit stets wesentliche Voraussetzungen für ein Fortschreiten in den Produktionsmethoden waren (Wissenschaft als „Produktivkraft") [19]). Diese (Teil-) Funktion der Wissenschaft ist doppelt zu fassen. Die spezielle ökonomische Entwicklung der BRD beweist, daß Wissenschaft in den Prozeß der Kapitalverwertung und in die Stabilitätserfordernisse der sozioökonomischen Grundstruktur einbezogen wird [20]).

Dem Staat fällt unter diesem Aspekt offensichtlich die Aufgabe zu, mittels „Wissenschaftspolitik" die allgemeine Entwicklung und Förderung der Wissenschaft zu garantieren, also langfristig und intensiv zu finanzieren und zu organisieren. Dieser qualitative Zuwachs an staatlich regulierender Tätigkeit ist an einer Reihe von Planungs- und Lenkungsmaßnahmen abzulesen [21]), die allerdings bisher über eher punktuelle Eingriffe nicht hinausgehen, geschweige denn den Charakter einer integrativen Gesamtkonzeption verraten.

Vermutlich ist es vor allem dem traditionellen Ansehen des Prinzips „Freiheit der Wissenschaft" zuzuschreiben (das sicher in den kleiner dimensionierten Instituten der KWG konkrete wissenschaftliche Erfolge begünstigt hat), daß der Staat sich in der MPG mehr oder weniger auf die Rolle des Mäzens beschränkt; das Argument, der Staat verfüge in der „pluralistischen" Zusammensetzung der Organe der MPG über hinreichende Einflußmöglichkeiten, hat dagegen wohl mehr deklamatorischen Wert. In der Tat verbürgt sich der Staat für die Finanzierung der MPG, ohne damit maßgeblichen Einfluß auf ihre Forschungsinhalte und deren Durchführung zu verbinden: im folgenden belegen einige Anhaltspunkte diese These.

Die insgesamt fünf Vertreter von Bund und Ländern im Senat [22]) der MPG (davon keiner im Verwaltungsrat!) verfügen aufgrund ihrer kleinen Zahl und ihrer unterschiedlichen politischen Auffassungen (z. B. Hildegard Hamm-Brücher und Hans Maier) über keine nennenswerte Bedeutung. Die offiziellen Verlautbarungen in den Forschungsberichten I, II und III [23]) sowie die vereinzelten Bemerkungen der jeweiligen Ressortminister [24]) lassen eine gründliche und grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Forschungspolitik der MPG vermissen, nicht zuletzt deshalb, weil eine parlamentarische Kontrolle über deren aus öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungsvorhaben nicht stattfindet. Dabei bietet sich dem Staate gerade über den Finanzierungsmodus die klassische Möglichkeit, die Forschungsvorhaben der MPG in eine allgemeine Wissenschaftsplanung und -lenkung einzugliedern.

Die Ausgabenentwicklung der MPG weist jährliche Zuwachsraten von etwa 20 % auf [25]). 1961 verfügte die MPG erst über ungefähr 80 Mio. DM, 1971 waren es bereits 472 [26]). Die Eigenfinanzierung durch Mitgliederbeiträge, Eigenleistungen und Spenden sind (nach anfänglicher Bedeutung in den fünfziger Jahren) auf unter 10 % des Gesamtbudgets abgesunken. Die fehlenden 90 bis 95 % übernehmen Bund und Länder. Der Anteil des Bundes schwankt zwischen 50 und 60 % [27]). Die „Zuschüsse" (so der amtliche Terminus der Bundesregierung) wer-

---

19) Vgl. dazu J. D. Bernal, Wissenschaft, Hamburg 1970, davon insbesondere die Einführung.
20) Vgl. die ausführlichen Ausführungen zur Funktion der Wissenschaft in der BRD bei J. Hirsch, a.a.O., und J. Hirsch, S. Leibfried, Materialien zur Wissenschafts- und Bildungspolitik, Frankfurt 1971, davon insbesondere die Einleitung und das 1. Kapitel.
21) Vgl. J. Hirsch, a.a.O., Kapitel III, Organisation und Lenkung der Forschung in der Bundesrepublik.
22) Zu der Bedeutung und Zusammensetzung der Organe der MPG siehe Kap. 3.2.
23) Vgl. dazu die „Bundesberichte Forschung" I, II und III.
24) Vgl. die Ansprachen der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Lenz und Stoltenberg, sowie des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Leussink, auf den jährlichen Hauptversammlungen der MPG (abgedruckt in den jeweiligen „Mitteilungen" bzw. Jahrbüchern der MPG).
25) Nach den unveröffentlichen Unterlagen bzw. Plänen der MPG und des BMBW.
26) s. Anm. 4.
27) s. Anm. 25.

den im allgemeinen als sogenannte „Globalzuweisungen" ohne weitere Auflagen erteilt. Ein staatlicher Eingriff ist allenfalls über die Sonderfinanzierungen (Neuvorhaben etc.) und die Kern- und Weltraumprogramme des Bundes [28]) denkbar. Außerdem darf bezweifelt werden, daß dem Ministerium eine ins einzelne gehende Aufstellung über die Mittelzuweisungen der MPG an ihre Institute bekannt ist. Allenfalls existieren (unzureichende) Planungen, die freilich in dem, was zugänglich ist, brauchbarer Informationen entbehren [29]).

Über die bestehende Situation für den Staat in der MPG — geringer personeller Einfluß und freizügige Mittelvergabe ohne Kontrollinstanzen — bemerkt 1969 das Ministerium für wissenschaftliche Forschung, daß „die Koordinierung der Maßnahmen der Max-Planck-Gesellschaft mit denen des Bundes, der Länder, der Hochschulen und anderer forschungsfördernder Einrichtungen durch die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft und durch die Mitwirkung von Vertretern der MPG in den Gremien anderer Institutionen gefördert wird" [30]).

Dieser unbeschwerte Pragmatismus scheint neuerdings nicht mehr zu befriedigen. Zumindest betrachten einige jüngere Mitglieder der SPD die Strukturen und Selbstverständnisversuche der MPG mit einiger Skepsis, was sich z. B. in verschiedentlichen Äußerungen von MdB Sperling in Presse und Öffentlichkeit niederschlägt [31]). Auch Leussink mahnte in seiner Rede auf der Hauptversammlung in Berlin zu einer realistischen Einschätzung der Rolle der Wissenschaft innerhalb der Gesellschaft: „Bereits bei Ihrer letzten Hauptversammlung in Saarbrücken habe ich darauf hingewiesen, daß die bisher oft postulierte Wertfreiheit der Forschung heute mindestens modifiziert zu betrachten ist. Denn die Forschung darf bei all ihren Arbeiten die gesellschaftspolitischen Bezüge und die Folgerungen für das Zusammenleben der Menschen nicht außer Betracht lassen. Ich darf mich heute auf diese Ausführungen berufen" [32]).

Diese offenbar kritischen Formulierungen veranlaßten Leussink jedoch nicht zu praktischen Konsequenzen, insbesondere was die zu ergreifenden Strukturveränderungen anbelangt: „Für die besondere Situation in der Max-Planck-Gesellschaft müssen von ihr selbst besondere Entscheidungen getroffen werden" [33]).

Indessen sieht alles danach aus, als ob diese Verlautbarung allenfalls deklamatorischen Wert hätte. Der „Wohlfahrtsstaat" kann es sich zweifelsfrei nicht beliebig lange leisten, einerseits erhebliche Summen in eine Forschungsinstitution von der Größe der MPG zu investieren und sie andererseits von den anlaufenden Planungs- und Steuerungstendenzen zu befreien. Auch die MPG dürfte

---

28) Diese Ausgaben belaufen sich auf etwa 10 bis 20 % des gesamten Bundeszuschusses. Vgl. dazu die „Ausgabenentwicklung der MPG", Bundesbericht Forschung III.

29) Die Antworten auf Anfragen bei Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft bestätigen diese Aussage. Die beigefügte Aufstellung geht über Andeutungen allgemeinen Charakters nicht hinaus.

a) Stand 1970	1973	1974	1975
Betriebsmittel (einschl. Festkörperforschung)	324,3	372,0	—
Investitionen (einschl. Festkörperforschung und Astronomie)	132,7	159,0	—
	457,0	532,0	—

b) Stand April 1971	1973	1974	1975
Bundesanteil grundsätzlich 50 % des Gesamtbudgets			
Betriebsmittel (einschl. Festkörperforschung)	149,9	173,0	206,6
Investitionen (einschl. Festkörperforschung und Astronomie)	81,8	92,2	107,5
	231,7	265,2	314,1

(Nach Mitteilungen aus dem BMBW: Mittelfristige Finanzplanung der MPG (a) und des BMBW (b).)

30) „Bundesbericht Forschung" III, S. 60.

31) Sperling erklärte auf der Delegiertenversammlung in Arnoldshain, daß er für eine Streichung der staatl. Mittel für die MPG plädieren würde, sofern diese sich nicht zu einer umfassenden Reform entschließen würde. Siehe auch „Frankfurter Rundschau" vom 10. 6. 1971.

32) Ansprache des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Ing. Hans Leussink, auf der Hauptversammlung 1971, abgedruckt in „Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft", Heft 4/71.

33) A.a.O.

in Zukunft verstärkt einer allgemeinen Forschungsplanung unterworfen und in ein Forschungsverbundsystem einbezogen werden; sie wird kaum dem Egoismus von Einzelwissenschaftlern und den Verwertungsinteressen einzelner forschungsintensiver Industriezweige überlassen bleiben. Ob damit schon gewährleistet sein wird, daß notwendige gesellschaftliche Anliegen (Umwelt und Ernährung, Frieden, Medizin, Bildung, Verkehr, zwischenmenschliche Kommunikation etc.) in einer nicht am Kapitalinteresse orientierten Weise durch die Forschung aufgegriffen werden, muß bezweifelt werden.

3.2 Über den wahrscheinlichen Einflußbereich der Privatindustrie in der MPG

Einige Passagen aus der Satzung der MPG[34]) werden die relative Bedeutung ihrer Organe erhellen. Sie liefern erste, wenngleich relativ formale, Anhaltspunkte für die intensive Durchsetzung dieser Organe mit bundesdeutschen Großkonzernen. Diese Erläuterungen werden dann im weiteren an einer Reihe von Tatsachen aus dem Alltag der MPG vertieft, deren allgemeine Kenntnis nicht in jedem Fall vorausgesetzt werden kann.

a) Einige Passagen aus der Satzung der MPG:
Die MPG besteht aus fünf Organen, dem Präsidenten, dem Verwaltungsrat, dem Senat, der Hauptversammlung sowie dem Wissenschaftlichen Rat mitsamt seinen Sektionen. Diese Organe werden im wesentlichen mit fördernden und wissenschaftlichen Mitgliedern besetzt. Fördernde Mitglieder sind juristische und natürliche Personen, die einen entsprechenden Mitgliedsbeitrag (1000 bzw. 100 DM pro Jahr) zu entrichten haben. Über ihre Aufnahme entscheidet der Senat. Wissenschaftliche Mitglieder sind Personen mit „besonderer wissenschaftlicher Qualifikation", sie werden auf Vorschlag des Institutsdirektors nach Beratung durch die Sektionen des Wissenschaftlichen Rates vom Senat berufen.

Die *Hauptversammlung* (sämtliche Mitglieder der Gesellschaft) wählt die Senatoren und beschließt über Satzungsänderungen.

Der *Senat* wählt den Präsidenten und die Mitglieder des Verwaltungsrates; er beschließt die Gründung, Schließung und die Satzungen der Institute, entscheidet über die Berufung von Institutsdirektoren und wissenschaftlichen Mitgliedern und setzt den Gesamthaushaltsplan fest.

Der *Verwaltungsrat* mit der Generalverwaltung bildet den Vorstand des Vereins. Er bereitet laut Satzung die anfallenden Entscheidungen der Gesellschaft vor. Die Möglichkeit, Entscheidungen vorwegzunehmen (Gesamthaushaltsplan, Neugründung und Schließung von Instituten, Wahlen für die Organe der Gesellschaft), dürfte in praxi dem Vorstand die eigentliche Schlüsselfunktion im Gesamtgefüge der MPG sichern.

Sehen wir folglich nach, wie er sich zusammensetzt:

b) Marginalien zum Verwaltungsrat und Senat. Angaben über Zusammensetzung, Kontinuität und Wirkungskreis der Honoratioren aus Wissenschaft und Wirtschaft:
Dem *Verwaltungsrat* gehören z. Z. 7 stimmberechtigte und ein beratendes Mitglied (der Generalsekretär) an. Wie in den übrigen Organen besteht auch hier

---

34) Die Satzung der MPG in ihrer Fassung vom 3. 12. 1964 ist u. a. abgedruckt in U. Lohmar, Wissenschaftsförderung und Politikberatung, Bielefeld 1968.

eine aus Wirtschaftsvertretern (4) und Wissenschaftlern (3) gemischte Zusammensetzung. Unter den Repräsentanten der Wirtschaft findet man kapitalistische Prominenz: Wurster, Dohrn, Selbach und Jannott [35]). Die Wissenschaftler (Butenandt, Heisenberg, Zweigert) [36]) verfügen mehrheitlich über wichtige Industriekontrakte und versehen Aufsichts- und Beiratsfunktionen in den wissenschaftlichen Organisationen der BRD.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates amtieren teilweise bis zu 20 Jahren in den Organen der MPG. Wurster, Butenandt und Heisenberg sind seit 1951 Mitglieder des Senats; auch die Herren Selbach (im Senat seit 1957) und Dohrn (im Senat seit 1961) sind alte Bekannte der MPG. Nur die Würden von Zweigert und Jannott sind jüngeren Datums [37]).

Diese sich über viele Jahre erstreckende Funktionsbindung an eine kleine Gruppe wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Elite stabilisiert die Macht der Einzelpersonen und garantiert den Interessen des Gesamtkapitals einen breiten Einzugsbereich.

Führt man sich diesen Sachverhalt vor Augen, so überraschen Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen des Verwaltungsrates über die Gründung des Institutes zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich technischen Welt wohl kaum. Auch wenn Wurster und Winnacker eine Gründung des Institutes in der MPG nicht verhindern konnten, so dürften ihre langfristigen Absichten, die Arbeitsgebiete des Institutes von etwaigen Prognosen über die gesellschaftlichen Folgen einzelner Industriezweige fernzuhalten, sich bislang als durchsetzungsfähig erwiesen haben [38]).

In diesen Zusammenhang gehören die „Kriterien", die Butenandt zum Problem Institutsgründung oder -schließung, wohl mehr zufällig als beabsichtigt, in einige seiner Reden einstreut.

Exkurs 1: Modalitäten zur Institutsgründung bzw. -schließung

1968 heißt es auf der Hauptversammlung in Mainz: „Entscheidungen, ein Arbeitsgebiet nicht weiterzuverfolgen, sondern an seiner Stelle ein anderes aufzugreifen, stellen kein Werturteil dar, sondern bedeuten, daß vom Standpunkt der wissenschaftlichen Entwicklung her andere Fragen eine größere Priorität gewonnen haben." Diese in mehrfacher Hinsicht rätselhafte Bemerkung wird auf der Sit-

---

35) Wurster, Carl; Dr. Ing., Dr. rer. nat. h. c., Dr. Ing. h. c., Dr. rer. pol. h. c., Prof., Chemiker; s. 1965 AR-Vorsitzender der BASF. Zahlreiche Ehrenstellen, darunter jahrelang Präs. Verb. Chem. Ind. Diverse Aufsichtsratsmandate (1967 Vors. Robert Bosch GmbH), Ehrenbürger- und Ehrensenatorwürden.
Dohrn, Klaus; Dr. rer. pol., Bankier; Geschäftsinhaber Berliner Handelsgesellschaft. U. a. Vorstandsmitglied Bay. Hypotheken- und Wechselbank, Kreditanstalt für Wiederaufbau. Zahlreiche Aufsichtsratsmandate.
Selbach, Erich; Textilfabrikant; Vorstandsmitglied und Vorstandssprecher Girmes-Werke AG, Präsident IHK Krefeld (s. 1957), AR-Mitglied Phrix Werke AG, Hamburg, Waggonfabrik Uerdingen AG Krefeld, Kaufhof AG Köln, u. a. Vorsitzender d. Verbandes Dt. Samt- und Plüschfabriken und stellv. Vors. Verband d. Dt. Seiden- und Samtindustrie.
Jannott, Horst K.; Assessor, Vorstandsvorsitzender Münchner Rückversicherungsgesellschaft.
(Alle Angaben nach Wer ist Wer?, 1969/70.)

36) Butenandt, Adolf, s. Einleitung, Anm. 1.
Heisenberg, Werner; Dr. phil., Dr. h.c., Hon.-Prof. Universität München; AR-Mitglied AEG-Telefunken, früherer Direktor des MPI für Physik und Astrophysik, Nobelpreis 1932, zahlreiche Ehrendoktor- und Ehrenbürgerwürden, Ordensauszeichnungen der BRD und anderer Länder, seit 1953 Präs. Alex.-v.-Humboldt-Stiftung.
Zweigert, Konrad; Dr. jur., Prof., Bundesverfassungsrichter a. d., s. 1963 Dir. MPI für ausl. und intern. Privatrecht.
(Alle Angaben nach Wer ist Wer?, 1969/70.)

37) Langjährige Vorgänger im Senat bzw. Verwaltungsrat: Abs, Blessing (verst.); Dölle, Kost, Telschow (Ehrensenatoren der MPG), Winnacker (AR-Vorsitzender Farbwerke Hoechst AG).

38) Vgl. die Niederschrift über die Sitzung des erweiterten Verwaltungsrates der MPG am 15. 7. 1968 in München, abgedruckt in J. Hirsch / S. Leibfried, a.a.O., S. 481.

HEINZ RAUSCH / EBERHARDT SCHMITT (Hrsg.)

Zur heutigen Problematik der Gewaltentrennung

(Wege der Forschung, Bd. CXCIV). 1969. VIII, 504 S., Gzl., Buchgemeinschaftspreis DM 35,30.

Nr. 4357 (2. Bindequote (1972) in der Auslieferung)

Inhalt: **K. Kluxen,** Die Herkunft der Lehre von der Gewaltentrennung (1957). **O. Küster,** Das Gewaltenproblem im modernen Staat (1949). **H. Peters,** Die Gewaltentrennung in moderner Sicht (1954). **W. Weber,** Die Teilung der Gewalten als Gegenwartsproblem (1959). **M. Drath,** Gewaltenteilung im heutigen deutschen Staatsrecht (1952). **H. J. Hahn,** Über die Gewaltenteilung in der Wertwelt des Grundgesetzes (1965). **K. Loewenstein,** Das Gleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive: Eine vergleichende verfassungsrechtliche Untersuchung (1938). **K. Loewenstein,** Die neue Dreiteilung der Staatsfunktionen (1959). **W. Kägi,** Von der klassischen Dreiteilung zur umfassenden Gewaltenteilung (1961). **A. Süsterhenn,** Das Subsidiaritätsprinzip als Grundlage der vertikalen Gewaltenteilung (1956). **W. Steffani,** Gewaltenteilung im demokratisch-pluralistischen Rechtsstaat (1962). **B. de Jouvenel,** Über das Prinzipat (1964). **F. Bourricaud,** Die Differenzierung der Macht und die Probleme der Repräsentation (1966). **M. Imboden,** Gewaltentrennung als Gegenwartsproblem unserer Zeit (1965). **P. Schneider,** Die Problematik der Gewaltenteilung im Rechtsstaat der Gegenwart (1957).

unter
mehr als
3200 Titeln aus
28 wissenschaftlichen
Fachgebieten können unsere
Mitglieder in Ruhe zu Hause aus-
wählen. In unserem über 800 Seiten starken
Jahreskatalog werden neben Büchern auch Schall-
platten, Büchermöbel und Originalgraphiken angeboten
— und alles zu Vorzugspreisen! Unsere Mitgliedsbedingungen:
Jahresbeitrag DM 7,50 (Studenten DM 5,–), Abnahmepflicht mindestens ein Buch pro Jahr. — Nähere Informationen in unserem Jahreskatalog.
Sie erhalten diesen Katalog kostenlos und unverbindlich. — Kein Vertreterbesuch.

61 Darmstadt, Hindenburgstr. 40, Abt. DX-72 **WISSENSCHAFTLICHE BUCHGESELLSCHAFT**

zung des Wissenschaftlichen Rats (1968) etwas aufgehellt. Melchers [39]) äußert die Auffassung, daß „die Frage der Ausgliederung oder Schließung eines Institutes unabhängig von finanziellen Überlegungen in erster Linie vom Arbeitsgebiet her gesehen werden muß" [40]). Butenandt bestätigt, „daß dies ein wichtiger Gesichtspunkt ist, allerdings nicht wichtiger als die Interessen der Max-Planck-Gesellschaft. Die Notwendigkeit, neue Forschungseinrichtungen anzugehen und neue Arbeitsgebiete aufzunehmen, zwingt die Gesellschaft, immer wieder zu überdenken, welche Bereiche entbehrt werden können. So kann die Aufgabe eines Institutes als erfüllt angesehen werden, wenn seine Forschungsrichtung genügend weit entwickelt und hochschulreif wurde" [41]).

Die Neuvorhaben werden von Butenandt versuchsweise an dem Beispiel der Festkörperforschung motiviert: „Ein Memorandum namhafter Vertreter des Fachgebietes Festkörperphysik hatte im Jahre 1963 die wissenschaftliche, technische und volkswirtschaftliche Bedeutung der Festkörperphysik eindringlich dargelegt und gezeigt, welche Förderung die Festkörperforschung insbesondere in den USA, in der UdSSR und in Japan findet" [42]).

Wenn Butenandt hier unbekümmert die supranationale, kapitalistische und sozialistische Konkurrenz am Zustandekommen des Institutes für Festkörperphysik beteiligt, so ist das zweifellos begründet; in wohl kaum einem anderen Problem dürften sich die Großkonzerne gleichermaßen engagieren wie in der Neuaufnahme bzw. Stillegung von Forschungsbereichen. In diese Richtung weist auch die Tatsache, daß dem Antrag auf Gründung eines Institutes für ausländisches und internationales Patent- und Urheberrecht entsprochen, der Antrag auf Einrichtung eines Institutes für Arbeitsrecht dagegen abgelehnt wird. Die Interessenlage, die sich in dieser Entscheidung spiegelt, dürfte klar sein.

Eine spezifische Übersicht über die abgelehnten und bewilligten Neugründungsanträge ist uns freilich nicht bekannt. Sie wurde u. a. einem Mitglied des Gesamtbetriebsrates der MPG mit dem Hinweis auf ihren möglichen Mißbrauch (!) verweigert. Insofern sind wir — wie auch sonst — auf die vereinzelten Äußerungen Butenandts angewiesen. Aus ihnen geht allenfalls hervor, daß „viele Neuvorhaben — es waren insgesamt 98, die in den letzten zehn Jahren an die MPG — herangetragen worden sind — ... von ihr nicht weiter verfolgt wurden, ... obwohl darunter interessante ... Aufgaben waren, wie die Entwicklung eines Institutes für Urbanistik ..." [43]). Dagegen werden „erfolgversprechende Arbeitsgebiete ... neu aufgenommen ..." [44]). An anderer Stelle berichtet Butenandt, daß u. a. die Anträge auf Institutsgründungen für die Bereiche Erforschung der Methoden der Forschung, der Pharmakologie, der Musik, der Sprachforschung und der politischen Wissenschaften (!) mit Ausnahme der Musik negativ beschieden werden mußten.

Zur Beratung über den Antrag auf Errichtung eines Musikinstitutes wird vom Verwaltungsrat eine Sonderkommission eingesetzt [45]). Was auch zeigt, daß die musikalische Liebhaberei von Forschern im Range eines Eigen ernster genommen wird als gesellschaftliche und gesamtwissenschaftliche Relevanz.

Der *Senat* besteht aus insgesamt 37 stimmberechtigten Mitgliedern, die sich aus 11 Vertretern der Wissenschaft (inkl. Generalsekretär), 16 Vertretern des Kapitals, 5 Repräsentanten aus Bund und Ländern sowie 4 Personen aus Politik,

[39]) Wissenschaftliches Mitglied der MPG. Näheres s. Kap. 4.2.
[40]) Niederschrift über die o. Sitzung des Wiss. Rates v. 27. 6. 1971 in Mainz.
[41]) A.a.O.
[42]) Niederschrift über die o. Sitzung des Wiss. Rates v. 8. 6. 1967.
[43]) A. Butenandt, Die Max-Planck-Gesellschaft im Jahre 1971, aus: Umschau aus Wissenschaft und Technik, Heft 13/71.
[44]) A.a.O.
[45]) Niederschrift über die o. Sitzung des Wiss. Rates von 1966 bzw. 1967.

Gewerkschaft, Rundfunk und kommunalem Bereich zusammensetzen [46]).
Der Kreis von einflußreichen Aufsichtsratsvorsitzenden verbürgt sich auch hier (schon wegen der Doppelfunktion in Verwaltungsrat und Senat) für die Durchsetzung der richtigen Interessen.
Zur Frage steht, wie man Senator wird.

Exkurs 2: Zum Wahlverfahren von Senatoren

Das Verfahren fällt unter die eingangs erwähnten „Entscheidungsvorbereitungen". Ein sechsköpfiger Wahlausschuß, der sich üblicherweise aus Mitgliedern des Senats zusammensetzt, sortiert aus der Liste eingegangener Vorschläge die passende Zahl der als geeignet befundenen Kandidaten. Womit garantiert ist, daß die, welche gewählt werden sollen, auch tatsächlich gewählt werden. Das in der Praxis der MPG bewährte Verfahren scheint erstmals 1968 gefährdet. Drei

46) Neben den schon im Verwaltungsrat genannten Personen sind folgende Angaben zu ergänzen:
a) Vertreter des Kapitals
Bayer, Otto; Dr. phil. nat., Dr. h.c., Chemiker; AR-Vorsitzender Farbenfabriken Bayer AG, zahlreiche Ehrendoktorwürden.
Birrenbach, Kurt; Dr. jur., Dr. med. h.c., Direktor; MdB (seit 1957, CDU), Mitgl. Europaparlament, VRs-Vorsitzender Thyssen-Vermögensverwaltung.
Herriger, Felix; Dr. Ing., Direktor; Präs. Zentralverband d. Elektrotechn. Ind. und Präsidialmitglied BDI (s. 1968). 1965 Vorstandsvorsitzender Telefunken, Stv. Vorstandsmitglied AEG-Telefunken AG.
Kerschbaum, Hans; Dr. phil., Physiker; 1943 Vorstandsmitglied, 1954 stv., 1956 Vorstandsvors., Siemens & Halske AG, seit 1966 Mitgl. Vorstandspräsid. Siemens AG, ARs-Mandate.
Merkle, Hans, L.; Generaldirektor; s. 1958 Geschäftsführer Robert Bosch GmbH, ARs-Mandate.
Ochel, Willy; Dr. Ing. e.h., Generaldirektor i. R.; Ehrenpräsident IHK Dortmund (s. 1968), Vorstandsmitglied Verein Dt. Eisenhüttenleute, Mitglied Kurat. Stiftung Volkswagenwerk, 1968 ARs-Vorsitzender Hoesch AG, div. ARs-Mandate.
Premauer, Werner; Dr. jur., Bankdirektor: Vizepräs. IHK f. München und Oberbayern, Vors. Verb. d. priv. Kreditinst. in Bayern, ARs-, VRs- und Beirats-Mandate.
Raspe, Gerhard; Dr. rer. nat., Chemiker, Vorstandsmitglied Schering AG, Vors. Stifterverband f. d. Dt. Wissenschaft, Vors. Kuratorium MPI f. Molekulare Genetik.
Rosenthal, Philip; Vorstandsvorsitzender Rosenthal AG, Messe- und Ausstellung AG, Hannover, Präsidialmitglied Bundesverband d. Dt. Ind., MdB (s. 1969, SPD), ARs-Mandate.
Scheufelen, Klaus H.; Dipl. Ing., Papierfabrikant; VRs-Vors. Neckarhafen-Plochingen GmbH, ARs-Vorsitzender C. Baresel AG; ARs-Mitglied Maschinenfabrik Ravensburg AG, Württ. Bank Neckar AG.
Zahn, Joachim; Dr. jur., Reg. Rat. a. D.; Generaldirektor, ARs-Vors. Mercedes Benz of North America, Inc., Stv. ARs-Vorsitzender Auto-Union-GmbH, usw. Präsidialmitglied Bundesverband d. Dt. Industrie, Vorstandsmitglied Verb. d. Automobilindustrie; Daimler-Benz AG. Zahlreiche ARs-Mandate.
Wolff v. Amerongen, Otto, Kaufmann; Vorstandsvorsitzender Otto Wolff AG, Präs. Dt. Industrie- u. Handelstag (s. 1969) und IHK Köln, Vors. d. Ostaussch. d. Dt. Wirtschaft, zahlreiche ARs-Mandate.
b) Vertreter der Wissenschaft
Bargmann, Wolfgang; Dr. med., Dr. med. vet. h.c., o. Prof. für Anatomie, einige Ehrenmitgliedschaften.
Coing, Helmut; Dr. h.c., o. Prof. f. Röm.- und Bürgerl. Recht sowie Rechtsphil., 1956/57 Präs. d. Westd. Rektorenkonferenz, 1958—1961 Vors. d. Wissenschaftsrates, VRs-Mitglied Stifterverband f. d. Dt. Wiss., seit 1961 Vors. Wiss. Beirat Fritz-Thyssen-Stiftung, Ordensauszeichnungen, Dr. MPI f. Europ. Rechtsgeschichte.
Dieminger, Walter; Dr. rer. techn., Prof., Flugbaumeister, Dir. MPI für Aeronomie, 1934—1943 Wiss. Mitarb. Erprobungsstelle d. Luftwaffe Rechlin, 1943—1945 Leit. Zentralstelle f. Funkberatung, Mitgl. Fachausschuß f. Geophysik der DFG.
Lynen, Feodor; Dr. phil., Dr. h.c., o. Prof. und Dir. Biochemisches Inst. Uni München, Dir. MPI f. Zellchemie, Ordensauszeichnungen, Nobelpreis 1964
Lüst, Reimar; Dr. rer. nat., Dir. MPI f. Extraterr. Physik am MPI f. Physik und Astrophysik, Hon.-Prof. TH München, s. 1963 Vizepräs. ESRO, s. 1969 Vors. Wiss. Rat, Vors. Dt. Ges. f. Luft- und Raumfahrt.
Weizäcker, Frhr. v., Carl Friedrich; Dr. phil., Prof., Physiker und Philosoph, Dir. MPI f. Erforschung der Lebensbedingungen in der wiss.-techn. Welt, Ordensauszeichnungen.
Weller, Albert; Dr. rer. nat., Prof., Dir. MPI f. Spektroskopie, Mitgl. d. Fachausschusses Phys. Chemie der DFG.
Westphal, Otto; Dr. rer. nat., Dr. med. h.c., Prof., Dir. MPI f. Immunbiologie, Mitgl. d. Fachausschusses Biochemie der DFG, Ordensauszeichnungen, Ehrenmitgliedschaft.
Schneider, Friedrich; Dr. phil. h. c., Ministerialdirektor a. D.; Generalsekretär der MPG, Generalsekretär des Wissenschaftsrates (1958—1966); 1960 Ehrendoktor Universität Köln.
c) Bund-Länder-Vertreter
Emde, Hans Georg; Dr. rer. pol., Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen.
Hamm-Brücher, Hildegard; Dr. rer. nat., Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; Vors. der Theodor-Heuss-Stiftung; Mitgl. im Kuratorium der Studienstiftung des Deutschen Volkes.
Maier, Hans; Dr. phil., o. Prof. des Inst. f. Politische Wissenschaften der Universität München; Bayr. Staatsminister für Unterricht und Kultus; stellv. Vors. der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates; Vors. der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaften.
Stein, Werner; Dr. phil. nat., Prof., Senator für Wissenschaft und Kunst des Landes Berlin.
Wertz, Hans; Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen.
d) Sonstige
Ehmke, Horst; Dr. jur., o. Prof. Universität Freiburg; Bundesminister für besondere Aufgaben.
v. Bismarck, Klaus D.; Intendant des Westdeutschen Rundfunks.
Markmann, Heinz; Dr. phil., Geschäftsführer und wiss. Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften GmbH.
Reschke, Hans; Dr. jur., Oberbürgermeister der Stadt Mainz; Mitgl. im Präsidium des Deutschen Städtetages; Vors. des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge u. a.; Aufsichts- und Verwaltungsratsmandate (Vors.); Rotarier.
Alle Angaben nach „Wer ist Wer?" 1969/70.

wissenschaftliche Mitglieder präsentieren einen zusätzlichen Wahlvorschlag, der ihnen laut Wahlordnung zusteht: Die vom Wahlausschuß vorgelegte Liste wird bestätigt, der zusätzliche Kandidat wird nicht gewählt [47]). Die Empfehlungen, mit denen der Wahlausschuß seine Erwählten versieht, seien an vier Beispielen demonstriert: an K. Jannott, E. Selbach, J. Zahn und H. Reschke.

Jannott, Horst K., München, geb. 1928. Vorsitzender des Vorstandes der Münchner Rückversicherungs-Gesellschaft. Das Versicherungswesen gehört zu den Wirtschaftszweigen, die im Senat unserer Gesellschaft bislang nicht vertreten waren, obwohl wir vielfach Hilfe und Unterstützung von dort erfahren haben. Mit Herrn Jannott wird ein Vertreter dieses Bereiches vorgeschlagen, der schon jung an die Spitze der größten Rückversicherungsgesellschaft in Deutschland gelangt ist. Die internationale Verflechtung im Versicherungsgewerbe führt den Inhaber so verantwortungsvoller Aufgaben zu großem Weitblick und Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Ausland, die für die zukünftige Entwicklung der Wissenschaft in Europa und damit unserer Gesellschaft von Bedeutung sein werden.

Selbach, Erich, Oedt bei Krefeld, geb. 1905. Vorstandsmitglied der Girmes-Werke AG, Rechtsanwalt, Präsident der Industrie- und Handelskammer Krefeld. Herr Selbach gehört dem Senat der Max-Planck-Gesellschaft seit 1957 an. Im Jahre 1966 wurde er vom Senat zum Mitglied des Verwaltungsrates für die Amtszeit bis 1972 gewählt. Aus diesem Grunde hält der Wahlausschuß seine Wiederwahl für geboten.

Zahn, D. Joachim, Stuttgart-Untertürkheim, geb. 1914. Sprecher des Vorstandes der Daimler-Benz AG. Die Leitung eines Unternehmens, das in so großem Umfang auf technischer Entwicklung und ingenieurwissenschaftlicher Arbeit beruht und zugleich zahlreiche Verflechtungen mit in- und ausländischen Wirtschaftsgruppen erforderlich macht, führt zu weitreichenden Erfahrungen in der Wirtschaftspolitik und großem Überblick. Zu diesen Eigenschaften kommt das Interesse, das Herr Zahn sich an seinen eigenen Spezialgebieten, dem Wirtschaftsrecht und der Betriebswirtschaftslehre, bewahrt hat sowie die Neigung zu geisteswissenschaftlicher Forschung, die sich in seiner Zugehörigkeit zum Fördererverein des Franz.-J.-Doelger-Instituts in Bonn ausdrückt.

Reschke, Dr. Hans, Mannheim, geb. 1904. Oberbürgermeister der Stadt Mannheim. Im Rückblick auf die Hauptversammlung 1965 der Max-Planck-Gesellschaft in Mannheim, in der Herr Reschke sein großes Interesse an der Max-Planck-Gesellschaft bekundete, hat der Wahlausschuß die Anregung einer Reihe von Städten, die Fördernde Mitglieder der Gesellschaft sind, gern aufgegriffen und mit Herrn Reschke den Oberbürgermeister einer Großstadt für den Senat der Gesellschaft benannt [48]).

Diese Beispiele zeigen:

Zahn und Jannott werden wegen ihrer intimen Wirtschaftsverbindungen gelobt und als hervorragend geeignet befunden. Bei Selbach genügt der Verweis auf seine langjährige Mitarbeit, um seine Wiederwahl zu sichern. Die Beschreibung des Oberbürgermeisters Reschke erklärt wenigstens, daß auch die MPG kommunale Kniefälle bei gegebenem Anlaß (Hauptversammlung 1965, Mannheim) zu honorieren weiß, womit die Alibifunktion von Markmann (Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften GmbH) und v. Bismarck (Intendant des Westdeutschen Rundfunks) verdeutlicht wird.

c) Fördernde Mitglieder, Hauptversammlung und Kuratorien:

Die fördernden Mitglieder [49]) werden erwartungsgemäß von den wichtigsten Indu-

[47]) Vgl. das Schreiben des Präsidenten an die Mitglieder der MPG vom 30. 4. 1969.

[48]) Aus der Anlage zum Schreiben des Präsidenten (Wahlvorschläge) an die Mitglieder der MPG vom 30. 4. 1969.

[49]) Das schmückende Beiwort „fördernd" ist, wie immer man es auch auslegen mag, in vorliegendem Falle nicht gerechtfertigt. Die finanzstarken Großunternehmer honorieren in nur bescheidener Weise die ausgebauten Positionen in den Organen der MPG. Waren 1960 noch etwa 5 % Spenden und Zuschüsse von der Wirtschaft im Gesamtetat enthalten, so reduzierte sich dieser Anteil 1969 auf weniger als 0,5 % (Quelle: Jahrbücher der MPG). Auch die regelmäßigen Zuwendungen der VW- und Fritz-Thyssen-Stiftung von insgesamt 1 bis 2 Mio. DM sind bei einem Haushaltsvolumen von etwa 500 Mio. vergleichsweise bedeutungslos. Es läßt sich vielfach zeigen, daß zahlreiche Klein- und Kleinstspenden vermögender Fabrikanten in die Privatschatullen besonders „industrienaher" Institutsdirektoren wandern; möglich auch, daß darüber entsprechende Auflagen lanciert werden, doch sie tragen allemal lokalen Charakter. Die Zeiten, in denen Banken und Industrie mit gewisser Berechtigung als Mäzene der MPG geführt wurden, sind vorbei. Den Großindustriellen wird Einfluß auch ohne entsprechende Gegenleistung zugestanden.

striekonzernen und Bankenkonsortien beherrscht. Auffällig ist die Häufung von Mitgliedern, die sich um eine geringe Zahl bedeutender Monopole mit Schlüsselfunktionen im Verwaltungsrat und Senat gruppieren.

Tabelle 1

Zahl der fördernden Mitglieder aus den wichtigsten Konzernen und deren Beteiligung in den Organen der MPG; dabei sind Vertreter von Unternehmen, an denen die aufgeführten Konzerne mit Aktienbesitz ab 25 % beteiligt sind, unter diesen Konzernen aufgeführt (keine Doppelzählung). Die eingeklammerten Zahlen bezeichnen — soweit bekannt — die Aufsichtsratsmandate von wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG (nach „Wegweiser durch die bundesdeutsche Aktiengesellschaft 1969, Bayr. Hypoth. und Wechselbank").

Anmerkung: Die Gesamtzahl der MPG-Mitglieder aus der Wirtschaft beträgt (Stand: 1. 9. 1970) 922 (s. Tab. 3). Damit entfällt auf die Konzerne ein Anteil von etwa 23 %.

Name des Konzerns	Anzahl der Vertreter		
	im Verwaltungsrat	im Senat	unter den fördernden Mitgliedern
Commerzbank			10
Deutsche Bank		1	17
Dresdner Bank			14
Berliner Handelsgesellschaft	1	1	3
Münchner Rückvers.-Ges.	1	1	3
Bayr. Vereinsbank		1	3
BASF	1	1	18
Bayer	(1)	1 (1)	17
Hoechst			17
AEG-Telefunken	(1)	1 (1)	6
Siemens		2	19
Krupp			5
Mannesmann			7
Klöckner-Humboldt-Deutz			8
Rhein. Stahlwerke			7
August-Thyssen-Hütte		1	13
Hoesch		1	14
Rhein.-Westf. Elektrizitätswerke			10
VEBA			15
Summe:	3 (2)	11 (2)	215 (9)

Die Teilnehmerlisten der Hauptversammlung bestätigen dieses Ergebnis nur teilweise. Zwar besteht über einen Zyklus von 5 Jahren (1967 bis 1971) eine zahlenmäßig dominante und vor allem kontinuierliche Beteiligung der Großindustrie: die Wirksamkeit dieser Anwesenheit ist aber zumindest optisch durch die nahezu vollständige Anwesenheit der wissenschaftlichen Mitglieder eingegrenzt. Somit stellen die wissenschaftlichen Mitglieder etwa einen Anteil von 50 %, Private und Industrielle kommen jeweils auf 25 %. Diese Relationen sind in dem betrachteten Zeitraum nahezu konstant.

Tabelle 2

Häufigkeitsverteilung der Industrievertretungen auf den Mitgliederversammlungen 1967—1971 (nach den Teilnehmerlisten der MPG). Die eingeklammerten Zahlen geben die Beteiligung der unter „zusätzlich" aufgenommenen Firmen an.

Vertreter	1967	1968	1969	1970	1971	Gesamt
Commerzbank	2	3	3	3	2	13
Deutsche Bank	3	3	4	3	5	18
Dresdner Bank	3	2	2	2	2	11
zusätzlich:						
Allianz Vers.-AG	1	—	1	1	1	4
Berliner Handelsgesellschaft	1	1	1	1	1	5
Münchner Rückvers.-Ges.	1	1	—	1	—	3
BASF	4	5	2	2	2	15
Bayer	3	2	2	2	3	12
Hoechst	2	2	3	3	4	14
zusätzlich:						
Wacker-Chemie	—	1	1	1	—	3
AEG-Telefunken	2	2	2	3	3	12
Siemens	5	5	5	6	6	27
zusätzlich:						
Linde AG	1	1	1	1	1	5
Zeiss	1	—	—	1	1	3
IBM	1	—	2	—	—	3
BBC	2	2	1	1	—	6
Rheinische Stahlwerke	2	2	2	3	3	12
Klöckner-Humboldt-Deutz	1	1	—	1	2	5
zusätzlich:						
Württ. Metallwarenfabrik	1	1	1	1	—	4
Degussa	1	1	1	1	1	5
August-Thyssen-Hütte	4	4	3	3	4	18
Hoesch	1	2	2	2	1	8
Rhein.-Westf. Elektrizitätswerke	4	4	4	2	4	18
VEBA	4	3	4	4	3	18
zusätzlich:						
Saarbergwerk AG	—	—	1	1	—	2
Gesamt:	50 (10)	48 (8)	48 (10)	49 (10)	49 (5)	244

Freilich ist vor einer Überbewertung des bloßen Zahlenverhältnisses, hier wie auch sonst, abzuraten; das schon deshalb, weil eine bewußte Gegensätzlichkeit der Interessen von Wissenschaftlern und Industriellen bezweifelt werden darf. Außerdem muß die relative Bedeutungslosigkeit dieses Organs berücksichtigt werden, das notgedrungen (wegen mangelnder Entscheidungskompetenz) über

eine Festversammlung mit eingefügtem pseudo-kulturellen Rahmenprogramm zum gesellschaftlichen Ereignis besonderer Dignität hochstilisiert wird. Es kann auch an dieser Stelle nicht genug auf der Bedeutung von Entscheidungsvorbereitungen bestanden werden, welche durchaus die Willensbildung in der Hauptversammlung (s. Senatorenwahl) festzulegen vermögen.

Die vertretenen Industriebranchen unter den fördernden Mitgliedern sind schwerpunktmäßig auf folgende Industrien verteilt: Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau, Chemische Industrie und Mineralölverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.

Diese Gliederung entspricht den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung seitens der Wirtschaft, die sich auf obengenannte „forschungsintensive" Wirtschaftsbranchen zu 80 % der Gesamtaufwendungen konzentrieren [50]).

Tabelle 3

Untersuchung der fördernden Mitglieder nach ihrer Wirtschaftsgliederung (nach Mitglieds-Verzeichnis der MPG, Stand 1. 9. 1970). Zum Vergleich die Wissenschaftsaufwendungen in der Wirtschaft in Prozentzahlen [Stand 1969] (nach Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.), Wissenschaft und Wirtschaft, Heft 2/71).

Branchen	Zahl der fördernden Mitglieder (Stand: 1. 9. 70)	Gesamtaufwendungen in der Wirtschaft an Forschung und Entwicklung in %
Stahl — Maschinen — Fahrzeugbau	121	30,5
Banken — Versicherungen	121	Keine Quellenangabe
Chem. Ind., Mineralölverarbeitung	101	28,1
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	81	29,3
Eisen-, Metallerzeugung	79	4,6
Nahrungs-, Genußmittelgewerbe	74	0,5
Energie, Bergbau	63	1,7
Druck-, Holz-, Papiergewerbe	55	0,3
Glas, Steine u. Erden	53	0,8
Leder, Textilgewerbe	26	0,5
Gummi- und Kunststoffverarbeitung	8	1,1
Nicht klassifizierte (Klein- und Familien-) Betriebe	140	
Wirtschaftsvertreter insgesamt (1)	922	
Private	220	
Kommunen, Genossenschaften, Verbände	117	
Weitere Mitglieder insgesamt (2)	477	
Summe (1) und (2):	1258	

50) Vgl. „Aufwendungen der Wirtschaft zur Förderung und Entwicklung im Jahre 1969", in Wissenschaft und Wirtschaft, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Heft 2/71.

Eine zusätzliche Möglichkeit, den Rahmen der Forschungsvorhaben der einzelnen Institute abzustecken, besteht über die Einrichtungen sogenannter Kuratorien. Bei etwa 60 % aller Institute gibt es gegenwärtig eine solche Institution, deren Aufgabenbereich u. a. in der „Beratung" des Haushaltsvoranschlages, des Jahresberichtes und der Jahresrechnung des Institutes besteht (z. T. sind Entscheidungsbefugnisse vorgesehen, wie aus der Satzung des MPI für Plasmaphysik hervorgeht).

Die sich daraus ableitenden Beratungs- und Kontaktfunktionen werden, je nach Zusammensetzung des Gremiums und je nach Arbeitsgebiet des Institutes, mit unterschiedlicher Intensität wahrgenommen. Für einen allgemeinen Überblick fehlen bisher die Unterlagen. Sicher aber werden die „Beratungen", welcher Art auch immer, über bloßes Repräsentationsbedürfnis hinausgehen. Eine Schaltstelle zwischen wissenschaftlicher Produktion der MPG und privatwirtschaftlicher Wertung wurde im März 1970 geschaffen: „Garching Instrumente, Gesellschaft zur industriellen Nutzung von Forschungsergebnissen mbH ermittelt ... die richtigen Interessen für die Forschungsergebnisse im Bereich der Industrie des In- und Auslandes, ... ein Schwerpunkt der Garching Instrumente wird auf dem Gebiet der Lizenzvermittlung zwischen Forschung und Industrie liegen" [51]). Und „wo der Weg über ein Fabrikationsunternehmen nicht zweckmäßig erscheint, kann die Gesellschaft selbst produzieren und vertreiben" [52]). „Die Erfindung wird dann ein Geschäft und die Anwendung der Wissenschaft auf die unmittelbare Produktion selbst ein für sie bestimmender und sollizierender Gesichtspunkt" [53]).

Auch Investitions- und Bauvorhaben in der MPG konkretisieren die Verbindungen zwischen der Großindustrie und den Organen und Kuratorien. Hier genügt als Hinweis ein 32-Millionen-Projekt: das Radioteleskop in der Eifel ist maßgeblich von den Firmen MAN (Mitglied in der MPG), Krupp und AEG/Telefunken (jeweils mehrfaches Mitglied, s. auch Tabelle 1) aufgebaut worden. Den unmittelbaren Nutzen für diese Konzerne dürften wohl weniger die dabei anfallenden Gewinne als vielmehr die wissenschaftliche und technische Erfahrung ausmachen, die bei der Produktion ähnlicher Objekte das Know-how, den notwendigen technologischen Vorsprung sichern. In diesem Falle „müssen wir aber auch den unternehmerischen Mut der aus den Firmen Krupp und MAN gebildeten Arbeitsgemeinschaft für den Stahlbau (bewundern), die bereit war, trotz begrenztem finanziellen Rahmen in technisches Neuland vorzustoßen und dabei Garantien zu übernehmen, die den Einsatz von Forschungsmitteln in dieser Größenordnung erst vertretbar machten" [54]). Wie es freilich um den „unternehmerischen Mut" und um die „Garantie" bestellt ist, zeigen die zusätzlichen Beträge, welche die MPG für die Beseitigung der Kinderkrankheiten des Teleskops aufwenden muß: für die Identifizierung und Beseitigung der Fehlerquellen sind weitere Millionen veranschlagt [55]).

Die Ausführungen dieses Abschnittes lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

a) Die Präsenz der Privatwirtschaft ist in Verwaltungsrat, Senat und Hauptversammlung der MPG sowie in den Kuratorien der Institute gesichert.

51) Aus „Mitteilungen des MPG", Heft 6/70.
52) Siehe Rundschreiben 53/70 der MPG, davon „welche Aufgaben hat die Garching Instrumente GmbH?" Ergänzend zu den Ausführungen im Text sei die personelle Besetzung des Beirates der Garching Instruments angeführt: Dohrn (Vorsitzender), Schneider, Selbach (sämtlichst Mitglieder Verwaltungsrat u. Senat), Schlüter, Schmittler (Wiss. Mitglieder MPI für Plasmaphysik).
53) Karl Marx, Grundrisse der politischen Ökonomie, Reinbek 1967, S. 208.
54) A. Butenandt, Ansprache zur Einweihung des 100-m-Radioteleskops der MPI für Radioastronomie, „Mitteilungen der MPG", 5/1971, S. 291.
55) Vgl. „Der Spiegel" v. 25. 10. 1971, S. 193.

b) Die Privatwirtschaft gruppiert sich schwerpunktmäßig um die kleine Zahl der wichtigsten westdeutschen Monopole. Sie durchsetzen die Organe mit zuverlässigen Mehrheiten.

c) Die personellen Exponenten dieser Großkonzerne zeichnen sich durch lange Amtsdauer und Vielfachfunktionen in Wirtschaft und wissenschaftlichen Institutionen aus. Ihre Wahl wird vorwegentschieden; ihre nachträglich eingeholte Legitimation erfahren sie durch scheindemokratische Akklamation. Eine Kontrolle ihrer Amtsführung geschieht, wenn überhaupt, nur durch die bezeichneten Personen selbst.

d) Die forschungspolitischen Auswirkungen, die aus den Verbindungen zwischen Großindustrie und Wissenschaft in der MPG resultieren, verschließen sich infolge der Geheimhaltung aller wesentlichen Entscheidungsprozesse dem öffentlichen Zugang. Sie sind vorläufig nur punktuell auszumachen. Ein bemerkenswerter, wenngleich erst ansatzweise aufgehellter Zusammenhang ist über die Interessenkonstellation im Falle der wissenschaftlichen Prioritätensetzung (Institutsgründung bzw. -schließung) herzustellen. Die Vertreter der Monopole sehen sich Wissenschaftlern gegenüber, bei denen sich in aller Regel eine „klaffende Lücke zwischen Selbstverständnis und sozialer Realität ... (auftut), in der nicht nur Reflexionen über die gesellschaftlichen Bestimmungsgrößen der wissenschaftlich-technischen Erkenntniszunahme so gut wie abgeschnitten sind, sondern sich auch Selbstverständnisse angesiedelt haben, die gerade jene Bewußtseinserhellungen blockieren, aus denen heraus die Fragestellungen ... auf die komplexe wechselseitige Bedingtheit gesellschaftlicher Kräfte, der Produktion neuen Wissens und der technisch-industriellen Entwicklung gelenkt würden" [56]).

Davon soll im folgenden die Rede sein.

4. *Bewußtsein und Selbsteinschätzung der wissenschaftlichen Hierarchie in der MPG*

Die Selbsteinschätzung der „leitenden" Wissenschaftler (Wissenschaftliche Mitglieder) offenbart ideologischen Charakter; dies gilt insbesondere von der Vorstellung einer „eigengesetzlichen" Entwicklung der Wissenschaft und ihrer „Wertfreiheit" [57]). Diese Einbildungen der Wissenschaftler über ihre eigene Lage verfestigen die Bindungen der Wissenschaft an das Kapital; mindestens deshalb, weil Erkenntniszusammenhänge, die Wissenschaft in ihrer Gesamtheit als gesellschaftlich-emanzipatorische Notwendigkeit begreifen, verborgen bleiben.

4.1 Der Präsident

Wir folgen der Hierarchie der MPG und beginnen mit ihrem Präsidenten, weil die Darstellungen von Butenandt wesentlich das enthalten, was hier gezeigt werden soll:

---

56) H. Krauch, Die organisierte Forschung, Neuwied 1970, S. 12.

57) Die Problematik, die unter dem Etikett „Wertfreiheit" und „Eigengesetzlichkeit" der Wissenschaft firmiert, ist unlösbar mit der Geschichte der Wissenschaften verknüpft. Nun ist hier nicht der Ort, eine historisch-materialistische Aufarbeitung dieses Problemkomplexes zu leisten; im Fall der „Eigengesetzlichkeit" verweisen wir auf H. Krauch, der in seiner „Organisierten Forschung" unter „Die These von der Eigengesetzlichkeit" alles Wesentliche gesagt hat. Zur „Wertfreiheit" scheinen uns indessen einige Anmerkungen notwendig.
Die klassisch „idealistische" Formulierung der Wertfreiheit findet sich in der Metaphysik des Aristoteles. Wissenschaft ist danach allein um ihrer selbst willen, ist Mittel bloßer Erkenntnisgewinnung und frei von jeder Art der Nützlichkeit. Diese verabsolutierte Begrifflichkeit des „Wertes von Wissen an sich" hat zweifellos Wesentliches zu der Entstehung der Wissenschaften überhaupt geleistet, gleichgültig, wie weit und zu wessen Vorteil diese Wesensbestimmung der Wissenschaft ideologisiert worden ist.
Eine mehr auf die Substanz abzielende Kritik ignoriert folglich nicht den Wert des Wissens schlechthin, sondern relativiert ihn, weil die Produktion neuen Wissens eines Mittelaufwandes bedarf, der sich durch sein gesellschaftliches Ziel rechtfertigen muß. „Analyse und Verstehen gesellschaftlicher Situationen bringen die Voraussetzungen für die Wahl anzustrebender Zwecke, an denen sich die Auswahl der Mittel orientiert" (H. Krauch, a.a.O., S. 278).

Butenandt präsentiert sich der Öffentlichkeit und seinen wissenschaftlichen Honoratioren unter einem doppelt ideologischen Aspekt, dessen Widersprüchlichkeit sich in gewisser Weise bedingt:

a) Als Privatgelehrter hält Butenandt die Entfaltung der Wissenschaft für einen Prozeß, der ausschließlich nach immanenten Gesetzen abläuft und dem Wertfreiheit eigentümlich ist: Wissenschaft ist praxislos und Praxis ist wissenschaftslos. Insofern vertritt Butenandt typische Vorstellungen der leitenden Wissenschaftler in der BRD im allgemeinen („Bund Freiheit der Wissenschaft") und in der MPG im besonderen.

b) Als Wissenschaftspolitiker interpretiert Butenandt Wissenschaft als eine insbesondere für den Staat und die Wirtschaft, aber auch für das Volk nützliche Angelegenheit; der Staat muß sie planen und großzügig finanzieren, damit sie sich erfolgreich entwickelt, und Wirtschaft und Verwaltung müssen sie kontrollieren, damit die „richtigen" Zielsetzungen garantiert werden. Unter diesem Aspekt unterscheidet sich Butenandt von der Menge der Wissenschaftler, denen Perspektiven dieser Art verschlossen bleiben oder die sie sich nicht eingestehen wollen und in Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse meinen, daß nicht die Industrie die Wissenschaft benötige, um sich am Leben zu erhalten, sondern umgekehrt die Wissenschaft der Industrie bedarf, um sich zu entfalten. Diese verdrehte Realität bestimmt auch den emphatischen Appell Butenandts: „Die private Wirtschaft möge mit der öffentlichen Hand wetteifern und ein Mäzenatentum pflegen, wie es unsere Zeit erfordert" [58]), und schlägt sich in den jüngst beschlossenen Grundsätzen des Wissenschaftlichen Rates nieder: „Zur Durchführung ihrer Arbeit bewirbt sich die MPG um Mittel der öffentlichen Hand. Es kann ihr jedoch nicht vorgeschrieben werden, welche Wissensgebiete sie fördert ..." [59]).

Das angeführte doppelte Bewußtsein läßt sich durch einige charakteristische Äußerungen Butenandts markieren, die über die jährlichen Mitgliederversammlungen und Sitzungen des Wissenschaftlichen Rates sowie über die einschlägige Fachpresse verstreut sind. Ihre jeweilige Gegensätzlichkeit bestätigt die oben bezeichnete These.

„Das Ziel der MPG", so Butenandt in seiner Festrede 1971, ist es, eine „vorwiegend den Grundlagen der Wissenschaft gewidmete Forschung im Dienst der Allgemeinheit" [60]) zu betreiben. Wenig später verweist er freilich darauf, daß die Forschertätigkeit in der MPG nach „gesellschaftlicher Relevanz" ihrer Ergebnisse nicht zu fragen braucht. Sehen wir nach, ob sich dieser Widerspruch auflöst. Forschung, so läßt Butenandt 1971 wissen, „hat nichts mit der Anwendung handwerklicher Fähigkeiten zum Erreichen eines bestimmten Zieles" [61]) zu tun; Tätigkeiten dieser Art sollten eher als „Anwenden wissenschaftlicher Methoden zum Erreichen allgemein verwendbarer und nützlicher Zwecke" [62]) eingestuft werden. In der MPG dagegen wird Forschung „im eigentlichen Sinne" betrieben, was nichts anderes heißt, als „Fragestellungen zu erarbeiten, die an den Grenzen unseres Wissens liegen, mit dem Ziel, diese Grenzen weiter hinauszuschieben, Neues zu finden, die Grundlagen gesicherter Methoden zu verlassen, das

58) Butenandt auf der Hauptversammlung 1963 in Hamburg.
59) Aus der These 7 der „Grundsätze der MPG", Mai 1971; weiteres siehe unter Kap. 4.3.
60) A. Butenandt, Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft zu Förderung der Wissenschaften e. V. in der Festversammlung in Berlin am 25. 6. 1971.
61) A.a.O.
62) A.a.O.

Risiko des Fehlschlages in Kauf zu nehmen..." [63]) oder, anders gewendet: „Es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe der Grundlagenforschung, die ... sozusagen am Rande des Weges zum eigentlichen Ziel eine Fülle von praktischen Ergebnissen zutage fördert — meist dort, wo man sie nicht erahnt hat" [64]). In diesen Zusammenhang gehört der Spruch Humboldts: „Wissenschaft gießt oft dann ihren reichsten Segen über dem Leben aus, wenn sie sich von diesem gleichsam zu entfernen scheint" [65]), dem Butenandt euphorisch seine unveränderte Gültigkeit bescheinigt. Folglich sieht „das Ethos wahren Gelehrtentums" [66]) in der „Vermehrung des Wissens als solchem einen Wert, der unabhängig von Gesellschaftsformen und politischen Strukturen wie in der Vergangenheit auch in Zukunft Bestand haben wird" [67]). Wer so spricht, der hat erkannt, „daß sich die Voraussetzungen, unter denen Forschung gedeihen kann und nach denen sie lebt, nicht verändert haben" [68]).

Allein wer daran glaubt, der irrt: Butenandt verkündet 1968 auf der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates: „Das Abstecken der Zukunftsaufgaben bedeutet den Beginn einer bewußten Forschungspolitik, der für den gesamten Bereich unseres Staatswesens Schwerpunkte setzt... Damit vollzieht sich ein Wandel im Verhältnis des Staates zu der von ihm geförderten Wissenschaft, der unvermeidlich ist, wenn man sich vor Augen hält, was die Wissenschaft für unsere Zukunft leistet" [69]). Dieser nach dem vorausgehenden überraschende Appell an den nützlichen Charakter der Wissenschaft wird im weiteren vertieft: „Alle Länder sind von den Ergebnissen der Grundlagenforschung in der ganzen Welt abhängig. Diese sind die Grundlage für neue technische Entwicklungen und für den wirtschaftlichen Einsatz der Technologie" [70]). Konsequenterweise nötigen solche Veränderungen in der Bedeutung der Wissenschaft zur Aufgabe der vielbesungenen „Freiräume", und auch die Deklaration von 1968 — „Freiheit in der Wahl der Arbeitsrichtung, also nicht Erfaßbarkeit (der Wissenschaft) durch Planung" [71]) — wird brüchig: „Ich bin auch der Auffassung, daß die Wissenschaft in unserer Zeit ein so entscheidender Bestandteil des Lebens der Gesellschaft und damit des Staates ist, daß sie nicht völlig unabhängig und nur in ihrem eigenen Bereich leben und gedeihen kann..." [72]). In dieser ungedeihlichen Situation ruft Blutenandt nach dem Staate: „Es kann kein Zweifel bestehen, daß es angesichts der Ihnen allen bekannten in- und ausländischen Kritik am Leistungsstand unserer Forschung für den Bund höchste Zeit war, sich seiner Gesamtverantwortung für die Wissenschaft bewußt zu werden" [73]). Folglich „sind wir daran interessiert, daß unsere Geldgeber anstreben, für die Wissenschaftsförderung einen langfristigen Plan aufzustellen..." [74]). „Was schließlich bedeutet, daß bei den hohen Summen, die uns heute vom Staat anvertraut werden, (bei diesem) der Wunsch nach Mitbestimmung und schärferer Kontrolle auftaucht" [75]).

Der eingangs erfahrene Widerspruch hat sich vervielfältigt: die Zweisprachigkeit Butenandts muß, um richtig verstanden zu werden, von ihrer Vorgeschichte ge-

63) A.a.O.
64) A.a.O.
65) Von Butenandt auf der Hauptversammlung 1971 zitiert.
66) Butenandt auf der Hauptversammlung 1963.
67) Siehe Anmerkung 60.
68) A.a.O.
69) Butenandt in seinem Bericht vor dem Wiss. Rat 1968; zitiert aus der Niederschrift über die ordentliche Sitzung des Wiss. Rates der MPG.
70) Siehe Anmerkung 60.
71) Butenandt auf der Hauptversammlung 1968.
72) A.a.O.
73) Butenandt in seinem Bericht vor dem Wiss. Rat. 1965.
74) A.a.O.
75) A.a.O.

faßt werden. In diese gehen, wie schon oben bemerkt, wesentlich Vorstellungen ein (Wertfreiheits- und Eigengesetzlichkeits-Thesen), deren Ideologiecharakter auf der Hand liegt. Woraus, zusammengefaßt, hervorgeht, daß die Äußerungen Butenandts zum wissenschaftlichen Selbstverständnis der MPG einen scheinbar vermittelnden Charakter zeigen: zwischen dem kapitalistischen Anspruch an die Forschung einerseits und den Ideologien und Machtansprüchen privatistisch agierender Wissenschaftler andererseits auszugleichen. Wieweit sich freilich letztere objektiv als durchsetzungsfähig erweisen, zeigen einige Beispiele aus der Praxis des Wissenschaftlichen Rates.

4.2 Der Wissenschaftliche Rat

Die Situation der Wissenschaftlichen Mitglieder präsentiert sich unter einem zweifachen, gegen Butenandt freilich modifizierten, Aspekt. Zwar wird den Mitgliedern per Satzung Freiheit in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit zugesichert und Wahl, Reihenfolge und Ausführung der wissenschaftlichen Arbeiten des Institutes in ihr Ermessen gestellt [76]), tatsächlich besitzen sie aber in den entscheidenden Organen der MPG, welche die Rahmenbedingungen eben dieser Wissenschaft abstecken, nur geringe Bedeutung. Die Funktion der Wissenschaftlichen Mitglieder außerhalb ihrer Institute beschränkt sich somit wesentlich auf Akklamation dessen, was der Präsident ihnen offeriert. Sofern davon abgewichen wird, offenbart sich allenfalls ihre Ohnmacht.

Das erhellt aus den Protokollen des Wissenschaftlichen Rates. So kritisiert Melchers [77]) angesichts der gemeinsamen Erklärung von WRK, DFG und MPG „Gefahr für die Forschung in den Universitäten der BRD" [78]) die Tatsache, daß der Präsident der MPG Wissenschaftspolitik betreibe, die ihm nicht zustehe: „Die MPG könne als privater Verein Einflüsse von außen ... vermeiden, wenn sie selbst mit der Einflußnahme auf Vorgänge außerhalb ihres Bereiches zurückhaltend sei" [79]). Melchers erhält auf diesen Vorwurf keine Antwort.
Ein anderes Beispiel ist die Diskussion über die Empfehlungen der „Präsidentenkommission" [80]). Der Wissenschaftliche Rat wird von seinem Vorsitzenden, Lotz [81]), dahingehend belehrt, daß „über die Empfehlungen der Strukturkommission nicht beschlossen werden könne" [82]). Als Engell [83]) vorschlägt, der Rat möge sich mit den vortrefflichen Äußerungen des Präsidenten über die Vorstellungen der Strukturkommission anläßlich der Hauptversammlung solidarisch erklären, wird auch dieses wohlmeinende Ansinnen zurückgewiesen: „Der Präsident (habe) als Repräsentant der MPG gesprochen ... Dazu könne man in diesem Kreise seine Meinung äußern, eine Abstimmung über Billigung oder Ablehnung sei jedoch nicht möglich" [84]). Derartig eingeschränkte Wirkungsmöglichkeiten scheinen nicht allen Wissenschaftlichen Mitgliedern gleichermaßen einzuleuchten. So erinnert Aschoff [85]) daran, daß „von den Wissenschaft-

76) Vgl. die Satzung der MPG vom 3. 12. 1964: „Der Wissenschaftliche Rat besteht aus den Wissenschaftlichen Mitgliedern der Institute ... Der Wiss. Rat gliedert sich in eine Biologisch-Medizinische, eine Chemisch-Physikalisch-Technische und eine Geisteswissenschaftliche Sektion. Der Wissenschaftliche Rat erörtert die den Sektionen gemeinsamen Angelegenheiten (Institute, Institutsleiter, Wiss. Mitglieder). Er kann entsprechende Anträge an den Senat richten ..." (Aus der Satzung der MPG vom 3. 12. 1964.)
77) Melchers, Georg, Dr., Hon.-Prof. Uni Tübingen, Direktor am MPI für Biologie.
78) Gemeinsame Presseerklärung der Präsidenten der WRK, DFG und MPG für die Bundespressekonferenz am 6. Mai 1969.
79) Aus: Niederschrift über die Sitzung des Wiss. Rates der MPG v. 13. 6. 1969.
80) Zur Funktion und Wirkungsweise der Präsidentenkommission, siehe unter Kap. 4.3.
81) Lotz, Wolfgang, Dr. phil., Prof., Direktor der Bibliotheca Hertziana in Rom.
82) Aus: Niederschrift über die o. Sitzung des Wiss. Rates der MPG v. 12. 6. 1970.
83) Engell, Hans-Jürgen, Dr. rer. nat., Geschäftsführender Direktor des MPI für Metallforschung.
84) Siehe Anmerkung 82.
85) Aschoff, Jürgen, Dr. med., Direktor am MPI für Verhaltensphysiologie; vgl. dazu auch den Widerspruch in These 3 der „Grundsätze" der MPG.

lichen Mitgliedern in den letzten Jahren wiederholt die Forderung nach stärkerer Beteiligung der Wissenschaftlichen Mitglieder im Senat und größeren Einwirkungsmöglichkeiten auf die Maßnahmen des Verwaltungsrates erhoben worden sei" [86]). Auch Melchers ist es nicht ganz wohl: „Herr Melchers erklärt, daß die Versammlung des Wissenschaftlichen Rates nicht ganz so bedeutungslos sei, wie der Vorsitzende sie charakterisiert habe. Der Präsident der Gesellschaft sei satzungsgemäß verpflichtet, dieser Versammlung einen Bericht zu geben und sich einer Diskussion zu stellen. Die Wissenschaftlichen Mitglieder bildeten eine Republik, in der Hierarchie keinen Platz habe" [87]). Insbesondere beklagt er die mangelnde Qualität der Diskussion im Wissenschaftlichen Rat. „Diskussion unter uns Wissenschaftlichen Mitgliedern über den gegenwärtigen Stand und die Zukunft der MPG muß ständig sein. Die bisherige Gewohnheit, offene Diskussionen zu scheuen, allenfalls kanalisierte Diskussionen zuzulassen, ist aufzugeben. Die Berichterstattung in den Protokollen und in den ‚Mitteilungen' ist zu verbessern" [88]).

Diese semikritischen Äußerungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß man sich mehrheitlich als eine — insbesondere gegenüber den Universitäten — herausgehobene und besonders qualifizierte Forscherelite wähnt, der es allenfalls noch „an Einmütigkeit und nach außen hin positiv formuliertem Selbstverständnis" [89]) gebricht. Auch darf bei aller faktischen Einflußlosigkeit der Wissenschaftlichen Mitglieder nicht übersehen werden, daß sie insbesondere als Institutsdirektoren weithin uneingeschränkt über die ihnen anvertrauten Produktionsmittel verfügen und Formen der Herrschaft praktizieren, die mitunter ungebrochen wirksamen Feudalzuständen gleichkommen.

Das Institut sichert dem Direktor einen wohldefinierten Machtbereich, der es zuläßt, eine Vielzahl von Einzelschicksalen der dort Beschäftigten entscheidend zu beeinflussen. Sie sind maßgeblich an der Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Vergabe von Stipendien, an Berufungsvorschlägen und Gutachten beteiligt. Sie erledigen, initiieren und kontrollieren die anfallenden Entscheidungen des Instituts, sie bestimmen über die Verwendung der im Haushaltsplan festgesetzten Mittel und beschließen die Personalpolitik ihres Institutes. Was letztere Möglichkeit schließlich bedeutet, ist aus der Praxis der Universitäten hinreichend bekannt. Der opportunistisch-ergebene Wissenschaftler weiß sich des Wohlwollens seines „Chefs" versichert, während in aller Regel der weniger anpassungsbereite oder sich politisch begreifende Mitarbeiter entsprechender Sanktionen des Institutsdirektors gewärtig sein muß. Wie sonst, so gilt auch hier: das „positivistisch-neutrale" Wissenschaftsverständnis des Institutsdirektors schlägt um in Parteilichkeit und zumeist aggressive Intoleranz, wenn es gilt, Emanzipationsbestrebungen zu unterdrücken [90]).

4.3 Reformvorstellungen

Diese Tendenz charakterisiert die „Reformbestrebungen" der Wissenschaftlichen Mitglieder.

Die Mitbestimmungskampagnen an den bundesdeutschen Hochschulen veran-

86) Anlage zur Niederschrift über die o. Sitzung des Wiss. Rates vom 13. 6. 1969.
87) Vgl. „Material für die Sitzung des Wiss. Rates v. 12 6. 1970", Rundschreiben von Prof. Dr. G. Melchers an alle Wiss. Mitglieder, These 1. Diese Thesen werden als T.O. Punkt 7 auf der Sitzung des Wiss. Rates aufgenommen; eine Diskussion erfolgt jedoch nicht.
88) A.a.O.
89) Vgl. dazu die Diskussionsbemerkungen im Wiss. Rat, 1970.
90) Hierzu gibt es in den einzelnen Institutionen eine ganze Reihe von Beispielen. Sie zusammenzustellen, wäre eine notwendige Aufgabe, z. B. des 1970 gebildeten Gesamtbetriebsrates der MPG.

lassen 1968 den Verwaltungsrat, mögliche Unruhen an den eigenen Instituten durch einen „Präsidenten-Beratungskreis für Strukturfragen" aufzufangen, dessen Zusammensetzung eine „ruhige und sachliche Behandlung der Probleme garantieren soll" [91]).

Die 1970 vorgelegten vorläufigen Beratungsergebnisse bieten erwartungsgemäß nichts Neues. Ihr trivialer Charakter ergibt sich unmittelbar aus Leitsätzen wie: „Die Sicherung des wissenschaftlichen Erfolges ist das Ziel aller Überlegungen zur Struktur von Forschungsinstituten. Dieses Ziel ist in der Grundlagenforschung nur zu erreichen, wenn die Leitung des Instituts hervorragenden Wissenschaftlern verantwortlich übertragen wird" [92]). Oder: „Eine erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit eines Instituts setzt das Zusammenwirken aller Mitarbeiter an den gemeinsamen Forschungsaufgaben voraus" [93]).

Das eigentlich anstehende Problem der Mitbestimmung wird ausgeklammert oder durch abgeschmackte Phrasen verdorben. „Als geeignete Form der Mitwirkung bei Leitungsfunktionen wird die institutionalisierte Mitberatung auf breiter Basis angesehen" [94]). Unverkennbar, insgesamt, der bewahrende Charakter solcher Sätze; prinzipiell wird das bestätigt und gerechtfertigt, was Übung und Satzung in der MPG als Rechtens erscheinen lassen. Daran hat auch der jüngst bekanntgegebene, abschließende Bericht der Präsidentenkommission (trotz Mitwirkung von vier von Butenandt berufenen (!) wissenschaftlichen Mitarbeitern) nichts geändert.

Analog zu dem präsidialen „Reformvorhaben" wird 1970 ein „intersektioneller Ausschuß" eingerichtet, dem die Vorsitzenden und jeweils zwei gewählte Vertreter der drei wissenschaftlichen Sektionen angehören. Dieser Ausschuß soll einen „zwanglosen Gedankenaustausch der Sektionen untereinander ermöglichen und den Präsidenten und die Generalverwaltung in wissenschaftspolitischen und allgemeinen Fragen beraten" [95].)

Die gemeinsamen Anstrengungen manifestieren sich in den sogenannten „Grundsätzen der MPG" [96]) vom Mai 1971. Obwohl es einigermaßen schwerfällt, in den Grundsätzen Grundsätzliches zu entdecken, so scheint doch bei alledem ein konservatives Wissenschaftsverständnis Pate gestanden haben, das zuverlässig selbst zaghafte Ansätze zu wahren Reformen zu verhindern weiß. Indessen sind auch in den Grundsätzen steckende Widersprüche wert, demonstriert zu werden.

In These 2 heißt es: „Die Max-Planck-Gesellschaft vereinigt als Eingetragener Verein wissenschaftliche Mitglieder und fördernde Mitglieder aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft." Dagegen in These 6: „Voraussetzungen für erfolgreiche Arbeit der Max-Planck-Gesellschaft sind eine handlungsfähige, von Interessengruppen unabhängige Leitung." Oder in These 7: „Die Organisationsform des Privaten Vereins und die damit verbundene Unabhängigkeit (!) hat sich für die Ziele [97]) der MPG als zweckmäßig erwiesen." Die „Ziele" der MPG rechtfertigen offenbar auch die Bemerkung: „An den leitenden Organen sind die in ihr tätigen Wissenschaftler nur begrenzt beteiligt; sie sollen ... keine Gruppeninteressen vertreten" [98]). Oder, ungetrübt von aller Bescheidenheit, das

91) Aus: Niederschrift über die o. Sitzung des Wiss. Rates vom 27. 6. 1968.
92) Bericht der Präsidentenkommission für Strukturfragen über Institutsstrukturen, Februar 1970, aus These 1.
93) A.a.O., aus These 3.
94) A.a.O., aus These 4.
95) Aus: Niederschrift über die o. Sitzung des Wiss. Rates v. 12. 6. 1970.
96) Grundsätze der MPG, Entwurf des Intersektionellen Ausschusses zur Vorlage an den Wiss. Rat der Gesellschaft und seine Sektionen, Mai 1971.
97) Um was für „Ziele" es sich im einzelnen handelt, wird nicht weiter ersichtlich.
98) A.a.O., aus These 3.

dennoch überraschende Finale in These 7: „Zur Durchführung ihrer Arbeit bewirbt sich die MPG um Mittel der öffentlichen Hand. Es kann ihr jedoch nicht vorgeschrieben werden, welche Wissensgebiete sie fördert . . ."

Wir haben es mit einer konfusen Ideologie zu tun, vollgefüllt mit einseitigen und noch dazu falschen Kausalbeziehungen. Nichts scheint geeigneter, als eben gerade die sieben Thesen des intersektionellen Ausschusses, das Urteil von Krauch zu bestätigen: es seien „nicht zuletzt viele Wissenschaftler, die einerseits emsig an der Wirklichkeitsgestaltung durch die Wissenschaft beteiligt sind, andererseits Weltinterpretationen darbieten, die in auffallendem Gegensatz zu ihrer eigenen sozialen Situation stehen und die nach dem Grad der Bewußtseinserhellung nahezu vorwissenschaftlichem Denken entsprechen" [99]).

Dem läßt sich nichts hinzufügen.

5. *Klassensituation und Bewußtsein der Wissenschaftlichen Angestellten*

Die Untersuchung über die Wissenschaftlichen Mitglieder bedarf einer ergänzenden Betrachtung der wissenschaftlichen Angestellten [100]). Diese ist wesentlich auf den wissenschaftlichen Produktionsprozeß zu beziehen; es gilt also zu fragen, welche konkreten Beziehungen zwischen Produktionsprozeß und Klassenlage einerseits und den Bewußtseinsformen der Wissenschaftler, ihren Vorstellungen über ihre Lebenslage etc. andererseits bestehen.

5.1 *Der wissenschaftliche Produktionsprozeß als Analogon der einfachen Warenproduktion*

Betrachten wir zunächst die wissenschaftliche Arbeit losgelöst von ihren speziellen Bedingungen, Tendenzen, Beziehungen.

Das Produkt wissenschaftlicher Arbeit in der MPG vergegenständlicht sich in der *Veröffentlichung.* In dieser sind zusammengefaßt die Quellen, auf die sie zurückgeht, der Bereich der Wissenschaft, dem sie sich zuordnet, und die Motivation, die ihr zugrundeliegt. Sie beschreibt die verwendete Methode, präsentiert die Resultate und diskutiert ihren möglichen Nutzen für die weitere Entwicklung der Wissenschaft.

Die Veröffentlichung dient der Erweiterung des Wissens und seiner schriftlichen Überlieferung. Sie besitzt in der Regel Gebrauchswert: sie deckt den Bedarf der Gemeinschaft der Wissenschaftler an neuer Erkenntnis. Denn die einzelne Veröffentlichung ist ohne die Menge der anderen nicht denkbar; erst ihre organisierte Verbreitung ermöglicht neue Vorstellungen, stimuliert die Phantasie und bereichert den Wissenschaftler mit Ideen. Woraus folgt, daß die Wissenschaftler *füreinander* arbeiten [101]).

Die Veröffentlichung ist keine Ware: „Um Ware zu werden, muß das Produkt dem anderen, dem es als Gebrauchswert dient, durch den Austausch übertragen werden" [102]). Die Veröffentlichung tauscht sich gegen kein genau bemessenes Äquivalent (von nichttypischen Ausnahmen, z. B. Erfindungen, die sich gegen Geld tauschen lassen, abgesehen), sie realisiert sich nicht als Wert; die Angelegenheit stellt sich vielmehr so dar, daß der Wissenschaftler den in Journalen gesammelten Veröffentlichungen entnimmt, was er braucht, und diesen überläßt,

---

99) H. Krauch, a.a.O., S. 13.
100) Die folgenden Ausführungen sind von vorläufigem und fragmentarischem Charakter, das insbesondere in der Klassenbestimmung der wissenschaftlichen Angestellten. Die Intensivierung und Verbindung dieses Abschnittes zu einem Ganzen ist Aufgabe späterer Arbeiten.
101) Vgl. dazu auch H. Steffen, K. Funken, Die einfache Kaderproduktion. Thesen zur Studentenbewegung als kleinbürgerliche Massenbewegung. Abgedruckt in: Kursbuch 25, Berlin 1971.
102) Karl Marx, Kapital 1, S. 55 (Einschub von Engels).

was er selbst (privat) angefertigt hat. Denn die Veröffentlichung erfüllt nicht nur Bedürfnisse anderer Wissenschaftler, sondern fungiert als Qualifikationsmerkmal des einzelnen: er deklariert sie als sein Ergebnis.

Der Wissenschaftler wählt sich überwiegend selbst seine Arbeitsmittel (Art und Umfang der wissenschaftlichen Apparatur), Arbeitsmethoden (Experiment, Theorie, Phänomenologie etc.) und sein Arbeitsgebiet; er bestimmt über Charakter und Ausmaß seiner wissenschaftlichen Weiterbildung („Dienstreise", Seminar, Kolloquia) und erklärt häufig Arbeitsbeginn und Länge des Arbeitstages als seine persönliche Angelegenheit.

Insofern erfüllt ihn wissenschaftliche Arbeit durchweg mit Genugtuung; er kann ohne sie und (in seiner Einbildung) sie ohne ihn nicht recht leben: alles was er hat, hat er durch sie und sie durch ihn. Der Wissenschaftler verwirklicht sich in Arbeit und Arbeitsprodukt.

Die Verwandtschaft des wissenschaftlichen Produktionsprozesses zu den Bedingungen der einfachen Warenproduktion (Eigentum an Produktionsmitteln und privater Charakter der Produktion) wird teilweise aufgehoben, wenn man die gesellschaftlichen Bedingungen und Tendenzen reflektiert, unter denen sich wissenschaftliche Produktion vollzieht. Betrachten wir die wissenschaftliche Arbeit also unter dem Aspekt kapitalistischer Produktion von Waren.

5.2 Der wissenschaftliche Produktionsprozeß als verwandte Form der kapitalistischen Warenproduktion

Die wissenschaftlichen Angestellten in der MPG sind Eigentümer und Verkäufer bloßer Arbeitskraft. Sie tauschen, um leben zu können, ihr Arbeitsvermögen gegen Lohn, der etwa dem angenommenen Wert dieser Arbeitskraft (mitsamt den in sie eingehenden Bildungskosten) entspricht.

Insofern unterscheidet den Wissenschaftler nichts von einem Lohnarbeiter, wohl aber von den Direktoren und Wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG, deren Einkommen im Durchschnitt sich kaum nach den Reproduktionskosten ihrer Arbeitskraft bemißt.

Verfolgen wir jedoch Verkauf und Kauf der Ware Arbeitskraft weiter. Die MPG kauft auf dem Arbeitsmarkt den „freien" Wissenschaftler, sie bestreitet ihren Einkauf aus an sie übertragenen Teilen des Staatseinkommens (s. Kapitel 3.1). Arbeit tauscht sich nicht gegen Kapital, sondern unmittelbar gegen Revenue. Das bestätigt auch der Verkauf der Angelegenheit: der einzelne Wissenschaftler und die Wissenschaftler in ihrer Gesamtheit produzieren keine Waren (s. Kapitel 5.1), bilden keinen Tauschwert, keinen Mehrwert. Der wissenschaftliche Produktionsprozeß in der MPG ist folglich nicht Verwertungsprozeß, der wissenschaftliche Angestellte nicht produktiver Arbeiter im kapitalistischen Sinne (wohl aber im Mittel produktiv dadurch, daß er zweckmäßige oder nützliche Tätigkeit verausgabt, wiewohl ihre gesellschaftliche Nützlichkeit im einzelnen durchaus problematisch ist) [103].

---

[103] „Produktiv ist die Arbeit nur, indem sie ihr eigenes Gegenteil (Kapital) produziert" (Karl Marx, Grundrisse der Kritik der pol. Ökonomie, Reinbeck 1967, S. 85).
„Der produktive Arbeiter produziert Ware für den Käufer seines Arbeitsvermögens. Der unproduktive Arbeiter produziert ihm einen bloßen Gebrauchswert, keine Ware ... Daß der unproduktive Arbeiter keine Ware für seinen Käufer produziert, wohl aber Ware von ihm erhält, ist charakteristisch für ihn" (Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Band 1, S. 130). Marx spricht auch von der „dienenden Klasse", die nicht von Kapital lebt, sondern Revenue verzehrt. So ist der Wissenschaftler des Batelle-Instituts (Institut für industr. Auftragsforschung) produktiver Arbeiter, denn seine Arbeit erzeugt Kapital; der Wissenschaftler in der MPG dagegen (gleichgültig, daß seine Arbeit dieselbe stoffliche Bestimmung erfährt) ist unproduktiver Arbeiter, denn sein Lohn fällt unter die Ausgaben, in denen sich die Revenue des Staates verzehrt.

Setzt man etwa produktive Arbeit als bestimmende Kategorie der Klassenzuordnung (wie in neueren Arbeiten häufig anzutreffen [104]), so gehört der Wissenschaftler in der MPG nicht der arbeitenden Klasse an. Allerdings befriedigt diese Einteilung nicht recht; weniger wegen der daraus resultierenden Ungewißheit, welche gesellschaftliche Position die Wissenschaftler nun eigentlich besetzen (diese Schwierigkeit ließe sich möglicherweise dadurch ausräumen, daß man sie zwischen den Klassen — als „Kleinbürger" — ansiedelt). Von größerer Problematik ist die etwas willkürliche Zerschneidung identischer Arbeitsprozesse, gleicher Einkommen und äquivalenter Funktionen im Arbeitsablauf durch ihr unterschiedliches Verhältnis zum Kapital: denn die Zerschneidung führt zu politischen und organisatorischen Konsequenzen.

Die Bestimmung des Klassencharakters der wissenschaftlichen Angestellten ist somit schwierig. Insofern scheint die u. a. von Deppe [105]) vorgeschlagene „Proletarisierungstendenz" bedenkenswert, und zwar so gewendet, daß sie keinen unmittelbaren „Abstieg" der Wissenschaftler ins Proletariat kennzeichnet, sondern auf typisch kapitalistische Elemente der wissenschaftlichen Produktion weist, unter denen z. B. der abhängige und der „vergesellschaftete" Charakter der Arbeit sowie der Grad ihrer Entfremdung und ihre Unterordnung unter das Kapital wichtige Bestimmungsgrößen darstellen. Gerade letztere sind am Beispiel zu konkretisieren.

Der Wissenschaftler in der MPG produziert zunehmend innerhalb und vermittels einer Vielzahl von Wissenschaftlern (die Organisation des „Institutes" an sich ist auf dieses Prinzip festgelegt). Die Veröffentlichung wird Resultat zusammengefaßter Privatarbeiten (Kooperation), die, jede für sich, zwar noch relative Selbständigkeit besitzt; die konkretisierbare Leistung des einzelnen Produzenten geht aber in die mehr oder weniger anonyme Gesamtheit der Produzenten ein, so daß eine Identifikation mit dem Arbeitsprodukt erschwert wird.

Unterdessen entwickelt sich die Kooperation zur geteilten Arbeit, der kooperierende Wissenschaftler zum Teilwissenschaftler, zum Detailarbeiter; Wissenschaft erscheint als gemeinsame („vergesellschaftete") Arbeit, deren Einzelglieder einer Planungsbehörde, dem wissenschaftlichen Management, unterworfen sind (Projektforschung) [106]). Die Bereicherung des Wissenschaftsbetriebes, die gewachsene Produktivkraft des „Gesamtwissenschaftlers" bewirkt zugleich eine Verarmung des Einzelwissenschaftlers: „Der Arbeiter verkrüppelt in eine Abnormität, indem sie sein Detailgeschick treibhausmäßig fördert durch Unterdrückung einer Welt von produktiven Trieben und Anlagen" [107]). Wissenschaftliche Arbeit verliert ihren Schein von Selbständigkeit (freie Methodenwahl, Zeiteinteilung etc.); die tendenzielle Zunahme des Entfremdungscharakters der hochspezialisierten Arbeit erfährt der Wissenschaftler täglich und unmittelbar: Sein Teilprodukt besteht aus überwiegend rezeptiver, informationsverarbeitender Tätigkeit. Der eigentlich schöpferische, originale Bestandteil ist minimalisiert. Auch die Lust des Wissenschaftlers, heute dieses und morgen jenes anzufassen, stößt sich an den eigenen Schranken seiner einseitig ausgebildeten Arbeitskraft.

Die rasche Expansion des Wissens, die stetige Verkomplizierung der technischen

104) So z. B. J. Bischoff et. al., Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse, in: Sozialist. Politik 6/7, Berlin 1970.
105) F. Deppe, „Alte" und „neue" Arbeiterklasse, aus: „Blätter", Heft 10/71.
106) Man wird davon ausgehen können, daß vorwiegend Institute mit einer Gesamtbelegschaft von mehr als 300 Beschäftigten oben beschriebene Formen der wissenschaftlichen Produktion praktizieren. Als besonders typisch in diesem Sinne gelten: MPI für Plasmaphysik, MPI für Metallforschung, MPI für Kernphysik, Fritz-Haber-Institut der MPG, MPI für biophysikalische Chemie etc.
107) Karl Marx, Kapital I, S. 381.

und theoretischen Anforderungen verschleißt die spezialisierte Arbeitskraft; ihr Verkauf wird erschwert, ihre Reproduktion ist nicht gesichert: die geplante (und teilweise realisierte) Einführung von Zeitverträgen in der MPG (unabhängig, wie sinnvoll solche Verträge im Einzelfall sind, z. B. bei Doktoranden) schafft Arbeitsplatzunsicherheit und erklärt den Wissenschaftler für prinzipiell ersetzbar. Dieser Tatbestand verstößt gegen die Traditionen der „höheren" Berufe und beweist seine Analogie zur industriellen Sphäre.

Aus dem hohen Grad der Spezialisierung der wissenschaftlichen Produktion leitet sich ab eine Teilung und Klassifizierung der Einzelglieder [108]; aus der Unsicherheit des Arbeitsplatzes und dem Verschleiß von Fähigkeiten entwickelt das Arbeitsprodukt einen konkurrenz- und prestigespezifischen Fetischcharakter [109].

Beide Entwicklungen sind miteinander verknüpft; ihre jeweilige Existenz fördert Bewußtseinsformen, die als typisch für den wissenschaftlichen Angestellten in der MPG zu werten sind.

5.3 Hierarchisierung, Konkurrenz und Bewußtsein

Der wissenschaftliche Angestellte versieht häufig Leitungs- und Befehlsfunktionen über das ihm nachgeordnete technische Personal, gegen das er sich — entsprechend seiner höheren Ausbildung — insbesondere durch höheren Lohn und erweiterte „Lebenschance" unterscheidet. Diese „einfache" Rangordnung zwischen Wissenschaftlern und technischem Personal wird durch ein individuelles Karrieresystem ergänzt, das die Ebene der Wissenschaftler werbewirksam und auf subtile Weise auffächert [110].

Dem MPG-Wissenschaftler präsentiert sich eine Reihe prestigefördernder Leistungsstufen [111],deren höchste die Berufung zum Wissenschaftlichen Mitglied darstellt. Jenseits solcher extremen Möglichkeiten verheißt der Posten des Institutsdirektors Würde, Ansehen und hohes Glück dem Zeitgenossen noch zu Lebzeiten.

Indessen gestaltet sich die Befriedigung einmal geweckter Karrieregelüste schwieriger, als die bloße Aufzählung ihrer einzelnen Etappen vermuten läßt. Von insgesamt rund 4000 Wissenschaftlern der MPG (angestellte Wissenschaftler und Stipendiaten) sind 175 Wissenschaftliche Mitglieder, von denen sich wiederum nur etwa die Hälfte als Direktor des oder am Institut bezeichnen darf. Es kann als gesichert gelten, daß die augenblicklichen Relationen sich auch in Zukunft nicht wesentlich verschieben. Somit ist es um die Realisierungschancen des wissenschaftlichen und sonstigen Ehrgeizes recht mager bestellt: ihre Wahrscheinlichkeit ist verschwindend klein.

Die Bewußtseinsformen, die sich auf Karriere und Konkurrenz aufbauen, enthalten wesentliche (subjektiv verständliche) Illusionen: der Wissenschaftler hofft üblicherweise auf wissenschaftlichen und sozialen Aufstieg. Dieser Hoffnung

---

108) Vgl. auch Karl Marx, Kapital 1, Teilung der Arbeit und Manufaktur.
109) Die eigentümliche Funktion der Veröffentlichung, Qualifikation und Bedürfnisbefriedigung zugleich zu sein, gerät dagegen zunehmend in Vergessenheit.
110) Selbst die Machtsphäre der wissenschaftlichen Honoratioren ist nicht frei von diesen Formen der Differenzierung: man beachte die unterschiedlichen Funktionen (Direktor des Instituts und Direktor am Institut).
111) Erst kürzlich ist eine neue Aufstiegschance für Wissenschaftler aus dem biologischen Sektor in der MPG eröffnet worden: das Friedrich-Miescher-Laboratorium für biologische Arbeitsgruppen. (Butenandt deklariert es als „Nachwuchseinheit"). „Das Laboratorium dient besonders qualifizierten Wissenschaftlern", die „in neuen, vergleichsweise geräumigen und modern ausgestatteten Laboratorien unabhängig (!) ihren wissenschaftlichen Neigungen nachgehen und eine eigene Forschungsgruppe aufbauen (können)" (Mittl. der MPG, Heft 3/71).

bringt er manches moralische Opfer, das häufig durch folgendes Muster gekennzeichnet wird:

Sein Verhalten nach „oben" (Institutsleitung) ist geprägt von Ergebenheit. Konflikte (gleich, ob persönlicher oder wissenschaftlicher Art) werden als übermächtiges, naturgewolltes Schicksal verstanden und als Gefährdung der eigenen, pseudo-privilegierten Position umgedeutet. Es herrscht das Gebot des zumeist einseitigen Arrangements. Eine dennoch versuchte und womöglich gescheiterte Auseinandersetzung mit der Institutshierarchie führt in der Regel zu bitterer Resignation und Überanpassung.

Sein Verhalten zum „Partner" (Ebene der Wissenschaftler) ist diktiert von Verdinglichung: man sieht sich als Konkurrenten, der je nach Einfluß, Ansehen und wissenschaftlicher Potenz niedergehalten oder umworben werden muß.

Sein Verhalten nach „unten" kopiert Arbeitgeberallüren; es besteht aus wohlwollendem Gönnertum oder borniertem Macht- und Statusbewußtsein, je nach Mentalität und Ambitionen.

Unter dem Eindruck aktueller Änderungen im wissenschaftlichen „Produktionsbetrieb" erscheint indessen die Frage angemessen, ob das eingangs konstatierte, subjektiv verständliche Bewußtsein nicht objektiv an dem Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung der Wissenschaft vorbeigeht und insofern „falsches" Bewußtsein ist, weil es „subjektiv die selbstgesetzten Ziele (Karriere, wissenschaftliche Reputation) verfehlt und zugleich ungewollte und auch unbekannte Ziele fördert" [112]), die der entwickelte Kapitalismus mit den Wissenschaften verfolgt. An diesem Aspekt sind insbesondere die Reformabsichten der wissenschaftlichen Angestellten zu messen.

5.4 Reformbestrebungen der wissenschaftlichen Angestellten

Der überwiegende Teil der Wissenschaftler verharrt in passiver Abwehr gegenüber selbst geringfügigen Änderungen in der MPG, wohl meinend, daß es sich dabei um einen Anschlag auf die eigenen Privilegien handele. Insofern dürften die oben erwähnten „Grundsätze der MPG" mehr Sympathie genießen, als ihnen gemeinhin bescheinigt wird.

Eine offenbar nur geringe Minderheit der wissenschaftlichen Angestellten widmet sich mit einiger Kontinuität der Reformarbeit. Sie gliedert sich in zwei Hauptgruppen, die sich in Motivation und Zielsetzung unterscheiden.

Die eine Gruppe neigt üblicherweise zu technokratischen Lösungen, propagiert die „Effektivierung" der Wissenschaft, unterschlägt dabei die Erläuterungsbedürftigkeit dieser Formel und erstrebt eine differenzierte Mitbestimmung in wissenschaftlichen und personellen Angelegenheiten (gefordert wird „Sachkompetenz"). Das alles soll sich mit Hilfe einer entsprechend zu modifizierenden Satzung realisieren. Spätestens in der Verweigerung von Mitbestimmungsrechten für die große Zahl des technischen Personals erweisen sich diese „Reformen" als Farce, als selbstsüchtige Anschläge auf die Masse der in der Wissenschaft Tätigen überhaupt: es geht hier nicht um den Abbau, sondern um eine Verlagerung der Machtsphäre, die allemal die Durchsetzung eigennütziger Fach- und Standesinteressen garantiert.

Die andere Gruppe, die sich erstmals in aller Öffentlichkeit in Arnoldshain 1971

[112]) G. Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, Neuwied 1968, S. 125 f., dort auch grundsätzlich zum Problem der „doppelt dialektischen Bestimmung des falschen Bewußtseins".

artikulierte, hat wesentlichen, wenn nicht vollständigen Anteil an den dort verabschiedeten 14 Thesen zur Reform der Max-Planck-Gesellschaft [113]).

In diesen Thesen wird eine Analyse der MPG gefordert, „die sich nicht auf organisatorische und juristische Gesichtspunkte beschränken (darf), sondern die Gesamtheit der wissenschaftlichen Arbeits- und Verwertungsprozesse erfassen" muß [114]). Diese Analyse versetzt in die Lage, „die gesellschaftlichen Ziele der Wissenschaft zu reflektieren, Forschungsalternativen zu erarbeiten und Verfahren zu entwickeln, die eine Entscheidung der bezeichneten Zielsetzung garantieren" [115]). „Es ist deswegen eine Struktur der MPG anzustreben, die die Verwirklichung dieser Erfordernisse garantiert" [116]).

Diese Thesen sind zweifellos der erste (und längst überfällige) öffentlich zugängliche Ansatz, der die Wissenschaftspolitik der MPG auf der Basis ihres gesamtgesellschaftlichen Bedingungsgefüges reflektiert. Ob sich freilich zu der Sensationswirkung der Thesen auch eine praktische, wirklich ändernde gesellt, muß sich erst noch erweisen. Bislang kann von umfassenden politischen Aktionen der Mitarbeiter keine Rede sein, noch gar der Anspruch befriedigt werden, die flachen Bemühungen um ein Selbstverständnis auf eine höhere Ebene zu heben. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Thesen, gerade soweit sie Grundsätzliches berühren, erhebliches Unbehagen hervorriefen, und es gibt nicht wenige Mitarbeiter, die unaufgefordert ihrem Institutsdirektor ihre diesbezügliche Abneigung anvertrauten. Auch bei denen, die für die Thesen votierten und am ehesten für eine rasche und allgemeine Politisierung der Institute bürgten, sind häufig Unsicherheit und Mutlosigkeit, oft Angst vor Instituts- und Amtsautorität verbreitet.

6. *Zusammenfassung*

Wir haben versucht, Art und Umfang der wirksamen Interessen in der Max-Planck-Gesellschaft zu benennen, und als Ergebnisse gefunden:

Die „forschungsintensiven" Großkonzerne der BRD verfügen über die objektive Möglichkeit, die wissenschaftlichen Zielsetzungen in der MPG mittels Repräsentanz, Vielfachfunktionen und überlanger Amtszeit in ihren Organen sowie ausgedehnten Einflußfeld im Verbundsystem Wissenschaft und Wirtschaft zu steuern. Wie diese Möglichkeit im einzelnen wahrgenommen wird, ist angesichts der Geheimhaltungs-Gepflogenheiten der MPG nicht durchschaubar.

Der Staat finanziert die Forschungsvorhaben der Max-Planck-Gesellschaft über eine globale Mittelzuweisung. Eine Lenkung ihrer Forschungspolitik über eine staatliche Gesamtplanung ist noch nicht erkennbar.

Innerhalb des von ökonomischen Verwertungsbedürfnissen eingegrenzten Gesamtgefüges der MPG verlieren die subjektiven Bewußtseinslagen der Wissenschaftler ihre objektive Bedeutungslosigkeit. Ungeachtet vorhandener klassen- und schichtenspezifischer Differenzierungen orientiert sich die überwiegende Mehrzahl der Wissenschaftler an einem unrealistischen Wissenschaftsverständnis, das jegliche Möglichkeit, seinen Schein zu zerstören und das dahinter verborgene Wesen aufzudecken, zuverlässig verhindert.

113) Thesen zur Reform der Max-Planck-Gesellschaft, ausgearbeitet und beschlossen vom Delegiertentag in Arnoldshain am 2. 6. 1971. Der Delegiertentag repräsentiert die regionalen Delegiertenversammlungen (DV) in der MPG. Diese setzen sich aus gewählten Vertretern der wissenschaftlichen Angestellten der Einzelinstitute zusammen. Die hier angesprochene erste Gruppe (Technokraten und Karrierebedürftige) sieht in der DV ein standespolitisches Organ der leitenden Angestellten.
114) A.a.O.
115) A.a.O.
116) A.a.O.

Womit, alles in allem, die Wissenschaftspolitik der MPG doppelt bestimmt ist. Sie vermittelt sich über das dialektische Zusammenspiel ihrer objektiven und subjektiven Bestimmungsgrößen: als eine tatsächlich vom Profitinteresse der Einzelkapitale begrenzte, über den Staat und die Länder finanzierte und von Wissenschaftlern „falschen" Bewußtseins anarchisch realisierte Produktion von Wissen, dessen vereinzelter gesellschaftlicher Nutzen als eher zufälliges Ergebnis abfällt.

Worum also geht es?

Wesen, Ergebnisse, Funktionen und Produktionsprozeß der Wissenschaft müssen historisch entwickelt, auf ihre gesellschaftliche Bedingtheit geprüft und der aktuellen Analyse unterworfen werden. Das kann vernünftig nur von allen in der Wissenschaft Tätigen geleistet werden. Über die dabei einzuschlagende Methode muß diskutiert werden, insbesondere auch unter der Perspektive notwendiger praktischer Erfordernisse.

Vielleicht ist die subjektive Erfahrung der geeignete Ausgangspunkt: eine Erfahrung, die unmittelbar geprägt ist von Institutsschließung und Unsicherheit am Arbeitsplatz, falschen Leistungsmaßstäben und autoritärer Willkür, von Mittelvergeudung und nutzloser Wissenschaft.

Möglich, daß der abstrakte Ansatz insgesamt mehr Schwierigkeiten bereitet; jedenfalls wirkt er objektivierend: der Versuch, über Forschung nachzuforschen, beginnt mit der Frage „Was ist Wissenschaft?" und erweitert sich zu dem dialektischen Problem der Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und gesellschaftlicher Sphäre, das insbesondere einen Zugang zu dem relevanten Komplex der möglichen Nützlichkeit und Dringlichkeit von wissenschaftlichen Ergebnissen für die Gesellschaft öffnet.

Ein sich solchermaßen emanzipierendes Verständnis von Wissenschaft hat die Fesseln instrumentaler Beschränktheit abgestreift. Es nötigt, um sich zu entfalten, zu organisatorischen Garantien, die vor allem gewährleisten müssen, daß sich die wissenschaftspolitische Willensbildung demokratisch und öffentlich vollzieht. Erst dann wird es möglich sein, zwischen dem wertenden Anspruch der Wissenschaft, „sich einer Gesellschaft zu verpflichten, nicht wie sie ist, sondern wie sie sein könnte" [117]), und der sich ihr widersetzenden kapitalistischen Realität praktikable Vermittlungen zu finden.

117) W. Hofmann, Universität, Ideologie, Gesellschaft, Frankfurt 1968, S. 38.

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Großbritannien und Zimbabwe (Rhodesien)

Von Jürgen Ostrowsky

I

Als der britische Außenminister Sir Alec Douglas-Home mit dem Regime Ian Smiths im Dezember 1971 ein Abkommen über die Legalisierung der 1965 von der einstigen Kolonie „Rhodesien" [1]) einseitig erklärten Unabhängigkeit abschloß, wurde dies in der regierenden Konservativen Partei als diplomatischer Glanzakt gefeiert. Inzwischen haben die wochenlangen Unruhen in Zimbabwe das Flair Metternichscher „Staatskunst" [2]) selbst für die Tories in London ruiniert und den Charakter der Auseinandersetzungen als Rassen- und Klassenkampf bloßgelegt. Gerade dieser erneute Versuch Londons, das ihm in verschiedener Weise lästige Problem Zimbabwe zu liquidieren, hat sowohl die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit kritisch auf die Verhältnisse im Machtbereich des Hitler-Bewunderers Smith gelenkt, wenn auch zum Teil erst nach der Verhaftung eines weißen (!) Politikers [3]), als auch mobilisierend gewirkt für die Auflehnung erstmals breiter Schichten der unterdrückten Bevölkerungsmehrheit, die bislang als überaus „friedlich" galt.

Nachdem trotz weltweiter Proteste und gegen die Labour-Opposition im Unterhaus am 2. Dezember 1971 der Vertrag gebilligt worden war [4]), formierte sich der offene Widerstand in Zimbabwe über das Jahresende in einer neuen Sammelbewegung, dem „African National Council" unter Vorsitz des Methodisten-Bischofs Murozewa. Sie lehnte den Pakt ab und sprach sich gegen Lord Pearce aus, den von Douglas-Home installierten Leiter der „Volksbefragungskommission", deren Auftrag die Ablieferung eines Stimmungsbildes der afrikanischen Bevölkerung zum Vertrag ist, der erst ratifiziert werden soll, wenn die Kommission zu der Ansicht gelangt sei, die Afrikaner akzeptierten ihn [5]).

Seit Jahresbeginn aber war die Stimmung von Unruhen gekennzeichnet, die sich an Willkürakten der Behörden und der Polizei entzündeten; Smiths Regime wollte für eine ihm und London genehme „Volksmeinung" sorgen — durch Einschüchterung, Versammlungsverbote und Verhaftungen; Vertragsgegnern unter den „glücklichsten Afrikanern der Welt" (Smith) wurden lange Haftstrafen angedroht [6]). Zum offenen Konflikt kam es anläßlich der Entlassung von Bergarbeitern in der Kleinstadt Shabani. Die Polizei schoß auf demonstrierende Bergarbeiter: ein Arbeiter wurde getötet, mehrere verletzt [7]). Daraufhin griffen die Unruhen um sich; in Anwesenheit der Pearce-Kommission demonstrierten in Gwelo (50 000 Einwohner) 8000 Menschen tagelang. Die Kommission unterbrach ihre Arbeit „bis

1) Benannt bezeichnenderweise nach dem wohl skrupellosesten aller Kolonisatoren (Cecile Rhodes), der zugleich Präsident eines riesigen Unternehmens war, während die Afrikaner die Bezeichnung Zimbabwe wählten — nach dem Namen einer Jahrtausende alten Ruinenstadt, die von einer der zahlreichen frühgeschichtlichen Hochkulturen Afrikas zeugt (manche Forscher vermuten hier das Goldland Ophir Salomos).
2) Einen ebensolchen obskuren Preis erhielt kurz darauf Premier Heath — für seine Europapolitik.
3) Vgl. hierzu den unverhältnismäßig ausführlichen, zweifellos gutgemeinten Bericht von Werner Holzer in der „Frankfurter Rundschau" (FR) vom 27. 1. 1972, während man über die Ermordung der Afrikaner Agenturmeldungen genug sein läßt.
4) FR v. 29. 11. und 3. 12. 1971.
5) FR v. 18. 12. 1971 und 6. 1. 1972.
6) „Time" v. 31. 1. 1972, S. 9.
7) FR v. 15. 1. 1972.

zur Wiederherstellung der Ordnung in der Stadt" [8]; nach der Vorbeugeverhaftung" (Smith) des liberalen weißen Ex-Premiers Garfield Todd und seiner Tochter Judith protestierte sie gar und war „betroffen". Plötzlich waren Londons Konservative „verärgert" und sprachen von einem „Fehler Ian Smiths" [9]. Der „rassisch selektive Humanismus des Westens" (Ronald Segal) feierte wieder einmal Triumphe. Nun aber war auch Smith ungehalten über die Kommission. Er bemängelte, daß sie „sich nicht mit ‚erfahrenen Beamten' seines Innenministeriums beraten habe, ehe sie Mitglieder der Opposition und ‚offene Feinde' des Regimes aufsuchte. Dadurch habe sich die ursprüngliche Zustimmung vieler Afrikaner zu der Rhodesienregelung in Ablehnung verwandelt" [10].

Smiths „law and order"-Terror versagte zudem. Die Aufstände griffen auf Umtali (50 000) und die Hauptstadt Salisbury (ca. 400 000 Einwohner) über, wo die Polizei elf Demonstranten umbrachte. Vor Monatsende betrug die Zahl der Polizeiopfer bereits 15 Tote, unbekannt ist die der Verletzten [11].

Ian Smith fand derweil die Muße, in dem CSU-nahen „Deutschland-Magazin" (Schriftleiter: Kurt Ziesel) sein Unbehagen über die SPD/FDP-Ostpolitik kundzutun: er sei „sehr beunruhigt". Im übrigen bekämpfe man „sein Land" vor allem deshalb, weil es „eine entschlossene Bastion gegen den Kommunismus darstelle" [12].

Der Gegensatz zwischen Erwartungen der herrschenden Klassen und dem Verlauf der Ereignisse wirft die Frage nach den mit dem Vertrag berührten Interessen auf, vor allem denjenigen Englands sowie des weißen Minderheitsregimes über Zimbabwe. Zugleich ist der Widerstand der Afrikaner Ausdruck ihrer antagonistischen Interessen, ihrer Lage als jeglicher politischen Rechte beraubte, ausgebeutete Klasse. Auf einige dieser Probleme wird im folgenden eingegangen.

II

Daß Großbritannien seit langem in einer existentiellen Wirtschaftskrise steckt, bedarf hier keiner weiteren Erörterung; die Zahl von über 1 Million Arbeitslosen belegt das zur Genüge [13]. Die Ursachen sind vornehmlich die — aufgrund in den fünfziger Jahre unterlassener Investitionen — veraltete Struktur und Produktionsmethode der Industrie. Investitionen unterblieben zugunsten hoher Kapitalexporte und im irrationalen Vertrauen auf den Erhalt der kolonialen Exportmärkte. Zu nennen sind außerdem hohe Rüstungsausgaben.

Unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus mußte sich das vor allem für die Arbeiterklasse Englands verheerend auswirken, die mit Arbeitslosigkeit für die ruinöse Wirtschaftspolitik zu zahlen hatte. Der Zerfall des Kolonialsystems, der Aufstieg antiimperialistischer Bewegungen und Staaten, die wachsende Bedeutung des sozialistischen Lagers und die veränderten Kräfteverhältnisse im imperialistischen System forcierten den Niedergang Englands. Geringer Zuwachs des Sozialprodukts, hohe Inflationsraten und rasante Arbeitslosigkeit sind heute bestimmend für die Lage des britischen Kapitalismus. „Die ökonomische Dauerkrise hat die traditionelle Rolle des britischen Imperialismus endgültig zerstört: der Widerspruch zwischen hegemonialem Anspruch und beschränkter wirtschaftlicher Leistungskraft trat in den letzten Jahrzehnten in einem

8) FR v. 19. 1. 1972.
9) FR v. 20. 1. 1972.
10) FR v. 27. 1. 1972.
11) Ebda.
12) FR v. 30. 11. 1971.
13) FR v. 22. 1. 1972.

chronischen Zahlungsbilanzdefizit und periodischen Währungskrisen in Erscheinung" [14]). Englands Arbeiterklasse antwortete mit zunehmender Kampfbereitschaft, wie z. B. die lang anhaltende Werftbesetzung in Glasgow zeigt.

Die sinkende internationale Konkurrenzfähigkeit des englischen Kapitals ist in einigen Bereichen besonders deutlich. Trotz einer fortgeschrittenen Monopolisierung ist Englands Industrie von einer technologischen Pionierstellung zum Lizenzimporteur abgesunken. Der Rolls-Royce-Bankrott machte die Unfähigkeit auch von Monopolunternehmen deutlich, ohne staatliche FE-Investitionen auszukommen. England, einst führend im Waffenexport, kauft heute amerikanische Rüstungsgüter.

Wirtschaftlich und politisch besonders arg wurmte Großbritanniens Großkapital das Vordringen etwa Frankreichs in Überseegebiete, die bislang seine Domänen waren. So avancierten Frankreichs Waffenproduzenten zum Hauptlieferanten der Republik Südafrika (RSA), nachdem die Wilson-Regierung sich weitgehend den Embargobeschlüssen der Vereinten Nationen gefügt hatte. In Zimbabwe war sogar fast der gesamte britische Handel zum Erliegen gekommen — ein Resultat des von Wilson selbst verhängten Boykotts. Von 1965 bis 1968 sanken die englischen Exporte dorthin um 98 %. Dagegen focht die westdeutsche Industrie der 1966 von den UN übernommene Boykott nicht an. Ohne Reaktion Bonns, das laut Pariser Verträgen der UN-Satzung verpflichtet ist, verkauften die BRD-Industriellen 1968 in Zimbabwe um 35 % mehr als 1965 [15]). Das klappte so gut, daß die BRD „im Export Rhodesiens von der dritten Stelle im Jahre 1965 auf die erste im Jahre 1966 und im Import Rhodesiens von der fünften ... auf die erste ... rückte" [16]). Etwa 80 bis 90 % dieses Warenverkehrs erfolgten aus optischen Gründen jedoch getarnt: Tabakballen aus Zimbabwe z. B. erreichten Reemtsma-Zigarettenfabriken über Drittländer — vorzugsweise die RSA, Portugal oder seine Kolonien Angola und Mozambique, deklariert als deren Exporte [17]); mehr noch, „es ist durchaus denkbar, daß England noch heute rhodesisches Erz kauft, ohne es zu ahnen — und natürlich viel teurer als früher!", so der stellvertretende „rhodesische" Bergbauminister Dillon [18]).

Derlei Umstände mußten den Widerstand des britischen Großkapitals gegen die Labour-Regierung mit ihrem einflußreichen Partei-Gewerkschaftsflügel verstärken. Zwar gab sich Wilsons Kabinett alle Mühe, den Industriewünschen durch Steuersenkungen wie den Versuch zu entsprechen, die Streikfreudigkeit der Trade Unions zu dämpfen, aber es mußte an dem Widerspruch scheitern, einerseits Kapitalinteressen vertreten zu wollen, andererseits die soziale Basis in der Arbeiterklasse und ihren Organisationen und moralische Restpositionen der Arbeiterbewegung wenigstens verbal respektieren zu müssen. So veröffentlichten Labour-Politiker 1970 ein „African Manifesto", das eine antiimperialistische Position, zumal in der „Rhodesien-Frage", einnimmt und das neben 51 Labour-Parlamentariern und weiteren Politikern auch von den SPD-MdB's Kaffka, Krokkert, Matthöfer, Meinicke und Walkhoff unterzeichnet wurde [18a]).

---

14) Paul Oehlke, „Großbritannien", in: Albers/Goldschmidt/Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek b. Hbg. 1971, S. 193 u. ff.; vgl. hierzu auch: Oehlke, Zur politisch-ökonomischen Bedeutung des Gewerkschaftsgesetzes in Großbritannien, in „Blätter", 4/1971, S. 384 ff.; DWI-Berichte, Nr. 8/1969 (Berlin/DDR), S. 15—28.

15) „Der Spiegel", 11/1970, S. 139.

16) Barbara Schilling/Karl Unger, Die Bundesrepublik und das südliche Afrika, in: Kursbuch Nr. 21, Berlin 1970, S. 132; vgl. auch: Das Bündnis Bonn—Pretoria (Denkschrift des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees der DDR). Berlin/DDR 1967, S. 78 ff.

17) Afrika Post 4—5/1969, S. 16 (Organ der rechtsradikalen Südafrika-Deutschen und der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft).

18) „Der Spiegel", 28/1968, S. 80.

18a) Afrikanisches Manifest, in: Sozialistische Korrespondenz, Extra-Nr. 6/1970 (Hamburg) v. 26. 10. 1970.

III

Großbritanniens Hochfinanz und Industrie setzten auf die Konservativen um Edward Heath, der das geeignete Kontrastprogramm bot. Im Februar 1970 hatten die Tories in Selsdon Park ihr Wahlprogramm formuliert, das sich durch Industriefreundlichkeit und den Willen zu imperialer Gloriole einerseits, durch Gewerkschaftsfeindlichkeit, harten Antikommunismuskurs, Zynismus gegenüber dem Antirassismus und Elemente eigenen Rassismus' andererseits auszeichnete. „Harold Wilson prägte damals den Begriff des Selsdon Man. Er meinte damit den gnadenlosen Unternehmertyp des vergangenen Jahrhunderts, den durch Namen und Herkunft privilegierten Herrscher-Briten, der keine Zeit und kein Geld für Mitleid hat" [19]). Das Programm:

— Einwanderungsstopp für farbige Commonwealth-Bürger (die britische Pässe besitzen!);
— Waffen für die Rassisten-Republik Südafrika;
— Kontaktaufnahme zum „Rebellen"-Regime Ian Smiths in Salisbury;
— kein Rückzug aus den Positionen „East of Suez";
— Kurs der Härte in Nordirland;
— Absage an die von Wilson vertretene Einsicht in die Friedlichkeit der sozialistischen Staaten;
— Kürzung von Sozialausgaben, aber niedrigere Steuern für die Industrie;
— Konservierung des elitären, auf Klassenprivilegien beruhenden Schulsystems;
— Knebelung der Gewerkschaften durch ein Gewerkschaftsgesetz;
— Beitritt zur EWG zur Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit.

Das war das Programm des auf Verbesserung seiner Kapitalverwertungsbedingungen namentlich durch Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft dringenden Großkapitals.

Innerhalb der EWG nimmt England den Konkurrenzkampf gegen das außereuropäische wie gegen das westdeutsche und französische Kapital auf. Dabei setzt es auf die Rivalität Bonn—Paris, eine Kalkulation mit dem „klassischen" Prinzip britischer Kontinentaldiplomatie. Zugleich eröffnet die EWG etwa über die Assoziierungsabkommen neue wie alte eigene Exportmärkte. Für die Tories läuft die Verteidigung bzw. Rückeroberung verlorenen oder vom Verlust bedrohten Terrains unter der Maxime, dort verteidige man „wichtige Interessen" [20]). Diese sind sowohl exportwirtschaftliche Motive wie der Wille zur Einflußsicherung in Ländern, in denen englisches Kapital investiert ist.

IV

Mit massiver Industrieunterstützung und der Spekulation auf nach rechtsaußen tendierende kleinbürgerliche Wählerschichten und Arbeitslose (insbesondere durch den Rassisten Enoch Powell) gewannen die Tories die Stimmen der unzufriedenen Engländer. Kaum installiert, ging das High-Society-Kabinett — 10 der 18 Mitglieder sind Oxford-, fünf Cambridgeabsolventen, eins Zögling der Militaristenakademie Sandhurst [21]) — zur Realisierung seiner politischen Ziele über: Knebelung der Arbeiterklasse und damit Steigerung der Profitraten, flankiert durch ein Bündel von Maßnahmen, deren gemeinsamer Zug die Beseitigung hinderlicher Skrupel ist.

— Am 20. Juli 1970 wurde bereits die Wiederaufnahme von Waffenlieferungen

19) Lutz Krusche, Die Tories drehen die Uhr zurück, in: FR v. 13. 7. 1970.
20) Ebda.
21) Ebda.

an die RSA verkündet, mehrheitlich solchen, die — entgegen Verlautbarungen — bei inneren Unruhen einsetzbar sind.
— Die EWG-Verhandlungen wurden wieder aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen.
— In Nordirland praktiziert britisches Militär die Devise seines Dienstherren Maudling (von 1961—1962 Kolonialminister): „keine Kompromisse mit den Terroristen" [22]), mit einseitigem Vorgehen gegen Katholiken bis zu Massakern.
— Das Gewerkschaftsgesetz wird trotz massiver Proteste im August 1971 verabschiedet und von der Königin unterzeichnet.
— „Östlich von Suez" arbeitet London mit Australien, Neuseeland und Singapore ein „Verteidigungsbündnis" als Ersatz für bilaterale Verträge aus [23]).
— Antikommunistische Ressentiments kultivierte Heath mit der Ausweisung von 105 sowjetischen Botschaftsangehörigen als Spione, eine Maßnahme, die kraß gegen die in derlei Fällen beiderseitig übliche Diskretion verstieß.

So präsentierte sich der „neue Stil" (Heath) der Tories. Auf dem Kongreß seiner Partei im Oktober 1970 in Blackpool deklamierte er: „Die Jahre des Rückzugs liegen hinter uns — wir sind entschlossen, Großbritanniens Ruf wiederherzustellen und die eigenen Interessen fest zu verteidigen!" [24]). Er kündigte weniger Einmischung des Staates in die „individuelle Freiheit" und mehr Spielraum für „Privatinitiative" an (staatlichen Austeritykurs und Steuersenkungen für die Industrie) — Chiffren für die Verweisung Sozialhilfebedürftiger auf ein zynisches „Help yourself" und die Restaurierung frühkapitalistischer Unternehmerfreiheiten. Er erntete brausenden Beifall.

Außenpolitisch wurde er bald noch deutlicher. Zwar hatte Sir Alec auf dem Parteikongreß erst vorsichtig die Wiederaufnahme von Kontakten zur Regierung in Salisbury angekündigt und einen zeitlich verfrühten Antrag auf Beendigung aller Sanktionen gegenüber dem Rassistenstaat selbst noch abblocken geholfen [25]). Daß dies jedoch für die Regierung in London nur eine Frage des richtigen Timing war — angesichts des gerade erst frischen Wirbels um die Waffen für das Vorster-Regime in Pretoria legte man Wert auf eine „Schamfrist" — bewies Heath durch einen auf der Commonwealth-Konferenz im Januar 1971 in Singapore kreierten „neuen Stil". Ein „Acht-Nationen-Ausschuß, der über die Sicherheit des Seeweges um das Kap der Guten Hoffnung beraten soll (auf dessen vorgebliche Gefährdung durch sowjetische Flotten Pretoria und London ihr Waffengeschäft begründeten — d. Verf.) und dem außer Großbritannien Australien, Kanada, Indien, Jamaika, Kenia, Malaysia und Nigeria angehören, sei dazu bestimmt, daß Großbritannien ‚diesen Leuten Manieren beibringt'. Es sei an der Zeit, daß Großbritannien seine Commonwealth-Partner härter anfasse" [26]).

Den Anlaß, seine „Partner" härter anzufassen, bot Heath das Auftreten der Regierungschefs Kenneth Kaunda (Zambia), Julius Nyerere (Tanzania) und Milton Obote (Uganda) in Singapore: sie hatten den „Achter-Ausschuß" erzwungen und damit einen Aufschub der Waffenlieferungen erreicht. Da alle überdies einen antiimperialistischen Kurs steuern, nahmen britische Geheimdienstler und israelische Militärausbilder während der Abwesenheit Obotes zur Commonwealth-Konferenz seine innenpolitischen Schwierigkeiten zum Anlaß, um nach dem Muster des Sturzes von Kwame Nkrumah Oberst Idi Amin, den vorgeschobenen Repräsentanten der durch Obotes Politik inkommodierten Kapita-

22) AP-Rundfunkmeldung v. 22. 9. 1970.
23) Fischer Weltalmanach (FWA) 1971 (hrsg. v. Gustav Fochler-Hauke), Frankfurt 1971, S. 202.
24)FR v. 12. 10. 1970.
25) FR v. 9. 10. 1970.
26) FR v. 22. 1. 1971. Kaum zurück in London, setzte sich Verteidigungsminister Carrington auch schon über diese Beschlüsse hinweg; vgl. hierzu: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 12/1971, S. 1701.

listencliquen, zum Putsch anzustiften und zu unterstützen [27]). Damit war die antiimperialistische Allianz in Ostafrika schwer getroffen, britische „Interessen" jedoch vor weiterer Verstaatlichung gerettet, bzw. in ihre alten Besitztitel restituiert.

Taktvoll wartete man im Londoner Foreign Office bis zum Juni, um eine Kommission unter Lord Goodman nach „Rhodesien" zu detachieren, die erkunden sollte, „ob (!) eine Basis für Verhandlungen gefunden werden" könne [28]). Im September 1971 war sie offenbar zu einer positiven Beurteilung dieser Frage gelangt. Sie reiste erneut gen Süden, zwei Monate später gefolgt von Douglas-Home [29]). Weder Proteste der Widerstandsorganisationen vermochten ihn zu beeindrucken, noch ein während seines Aufenthaltes in Salisbury von der UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit erneut gefaßter Beschluß gegen die USA, die Einfuhr von Chrom aus Zimbabwe einzustellen, da dies eine Verletzung der vom Weltsicherheitsrat beschlossenen Sanktionen darstelle [30]). Daß gleichzeitig die Massendeportation von 3500 Afrikanern aus „weißen Gebieten" Zimbabwes gesetzlich vorbereitet wurde, hinterließ ebensowenig Eindruck [31]).

Lord Goodmans Reise nämlich hatte die Kurse etwa der London-Rhodesian Co. (Lourho) an der Londoner Börse hochschnellen lassen, und das war für die Tories das maßgebliche Stimmungsbarometer [32]). Zwischendurch sackte die Notierung scharf ab, als es über die Kosmetik des Vertragspapiers zu Differenzen kam, um dann bei der Visite Homes wieder anzuziehen.

Gerade die UN-Resolution gegen die USA dürfte Homes Abschlußwilligkeit erhöht haben: US-Präsident Nixon hatte unbekümmert durch eine Verordnung den Chrom-Importstopp aufgehoben und so demonstriert, auf wessen Kosten eine Aufrechterhaltung des Boykotts ausschließlich gehen mußte [33]). (Daß das Votum Japans und Frankreichs zu der genannten US-Resolution angesichts ihrer eigenen blendenden Handelsbeziehungen zu „Rhodesien" reine Heuchelei war, sei hier nur nebenbei bemerkt [34]).)

Douglas-Home jedenfalls verlor keine Zeit mehr, die Geheimverhandlungen am 24. November in Salisbury mit den gegenseitigen Unterschriften unter den Vertrag zum Ende zu bringen [35]). „In Salisburys Geschäftswelt (löste) der Vertragsabschluß großen Jubel aus. Das BBC-Fernsehen berichtete von Freudenfesten mit Sekt und Liedern in den Büros der rhodesischen Hauptstadt. Erstmals seit vielen Jahren erklang wieder die englische Nationalhymne" [36]).

V

Was vielen als „Sir Alecs München" [37]) erschien, ist der vorläufige Höhepunkt der Geschichte jenes Südteils der ehemaligen Zentral-Afrikanischen Föderation beider „Rhodesien" und Nyassalands, in dem nach deren Zerfall die weißen Kolonialisten die Macht behielten.

„Rhodesien" war in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts unter der

27) Vgl. hierzu u. a.: „Deutsche Volkszeitung", Nr. 7/1971: Volker Weyel, Uganda — ein Militärregime mehr, in: „Blätter", 3/1971, S. 294 ff.
28) FR v. 17. 6. 1971.
29) FR v. 16. 11. 1971.
30) FR v. 19. 11. 1971.
31) FR v. 25. 10. und 2. 11. 1971.
32) „Der Spiegel", 39/1971, S. 105; im folgenden: „Der Spiegel", 42 und 46/1971, S. 108 bzw. 106; FR v. 10. 11. 1971.
33) „Newsweek" v. 29. 11. 1971, S. 15.
34) Ebda.
35) FR v. 25. 11. 1971.
36) FR v. 26. 11. 1971.
37) Titelzeile der FR v. 27. 11. 1971; pikante Reminiszenz: Douglas-Home war 1938 in München Chamberlains parlamentarischer Privatsekretär (ebda).

Regie des Gründers der Chartered Company of South Africa, Cecil Rhodes, von skrupellosen Agenten und angeheuerten Banden mit Betrug, Verrat und Mord den schwarzen Stämmen der Mashonas und Matabeles geraubt und dem britischen Empire einverleibt worden [38]). Die Afrikaner wurden „zu Tausenden abgeschlachtet, ihr Land und Vieh beschlagnahmt, ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht — die Aktien der Chartered Company stiegen an der Londoner Börse mit ungeheurer Schnelligkeit im Kurs" (Sachs). Ein Aufstand der Unterdrückten wurde blutig niedergeschlagen. 1901 waren Nord- und Süd-„Rhodesien" vollständig in der Hand der Gesellschaft, die über Sitze im rein weißen Parlament des Südteils verfügte. Die Company wurde später das Kernstück des Oppenheimer-Imperiums DeBeers Consolidated Mines Corp.-Anglo-American Corp., eines gigantischen Doppelkonzerns, der, „Paradies für Hunderte, Fegefeuer für Tausende, Hölle für Millionen, ... das Wirtschaftsleben ganz Afrikas südlich der Sahara" beherrscht [39]).

1923 wurde der Farm-bewirtschaftete Süden Kolonie mit Selbstverwaltung, 1924 der Norden mit dem bis nach Katanga hineinreichenden sogenannten „Copper-Belt" britische Kronkolonie. Damit war die weiße Siedlerherrschaft über den Süden etabliert. 1930 beschloß die weiße Minorität das Landzuteilungsgesetz (Land Apportionment Act), das den Weißen wie den Schwarzen je die Hälfte des Landes zuwies, nur mit dem Unterschied, daß die vielfache schwarze Bevölkerungsmehrheit das in jeder Hinsicht schlechtere Land „erhielt". Von ihrem 1923 verankerten Vetorecht gegen derlei Unrechtsmaßnahmen machte die britische Krone damals ebensowenig Gebrauch wie jemals danach.

Mitte der dreißiger Jahre — zu einer Zeit rasch wachsender Bergbauförderung von Chrom, Gold und Asbest im Süden, im Norden von Kupfer, Kobalt und Vanadium durch Gesellschaften südafrikanischen, britischen und amerikanischen Kapitals [40]) — verstärkten sich Bestrebungen, beide Landesteile zusammenzuschließen. Die Bledisloe-Kommission, 1938 eingesetzt, verwies jedoch auf zu starke Opposition der Afrikaner (Segal). Der Zweite Weltkrieg, die auf ihn folgende Prosperität und starke Zuwanderung von Weißen in den Norden brachten indessen eine weitere Interessenannäherung: die weißen Siedler im Süden erhofften sich Einfluß auf den Kupferreichtum im Norden, dessen Weiße durch den Anschluß an die Selbstverwaltung in Salisbury sich von der Kontrolle durch das Colonial Office zu lösen beabsichtigten (Segal). Die regierende Labour-Party war diesem Konzept, erweitert um das ärmliche Nyassaland, nicht abgeneigt, vermochte sich jedoch nicht anstandslos über die Ablehnung der Afrikaner hinwegzusetzen. Die 1951 an die Regierung gekommenen Konservativen hatten keine Bedenken: sie konstruierten 1953 den Zusammenschluß und kaschierten die absolute weiße Vorherrschaft mit der Fassade einer sogenannten „Racial-Partnership"-Politik. Als Alibi installierten sie einen „African Affairs Board", der Schwarze diskriminierende Gesetze „nach London zur endgültigen Entscheidung verweisen" sollte (Segal). Er erwies seinen Wert, als 1957 ein Gesetz, das die seit jeher lächerliche Quote schwarzer Parlamentsmitglieder effektiv reduzierte von der konservativen britischen McMillan-Regierung gebilligt wurde.

1956 verzichtete der Premierminister der Föderation, Sir Roy Welensky, auf den „Humbug" (Segal) und äußerte auf einer Wahlversammlung: „Wir Europäer haben nicht die Absicht, die Förderation an irgendjemanden zu übergeben, da wir nicht die Absicht haben, sie zu verlassen. Wir sind der Auffassung, daß dem

38) Vgl. zu diesem Abschnitt: Ronald Segal: The Race War, New York 1966, hier S. 82—85, 98—100 u. 314—316; Emanuel Salomon Sachs: Rhodesien, in: „Blätter", 6/1969, S. 646 ff.
39) Carl Oglesby, Amerikanische Ideologie, Frankfurt 1969, S. 126.
40) Vgl. hierzu: Europa blickt nach Afrika (hrsg. v. Erwin Barth v. Wehrenalp), Leipzig o. J. (1939), S. 246—255.

Afrikaner mehr Einfluß auf die Führung dieses Landes gegeben werden sollte, sobald er seine Fähigkeit erweist, mehr zum allgemeinen Wohl beizutragen, aber wir wollen klarstellen, daß er, selbst wenn dieser Tag kommt — in hundert oder zweihundert Jahren —, niemals hoffen kann, in der Partnerschaft zu herrschen!" (Segal) Angesichts eines Wahlsystems, das für Afrikaner unerreichbare Bildungs-, Einkommens- und Besitzqualifikationen (z. B. zwei Jahre Besuch einer höheren Schule, an die Afrikaner nicht zugelassen wurden und von denen es 1960 erst eine auch für Afrikaner gab) zu Schranken macht, war selbst der Verweis auf 100 oder 200 Jahre reiner Zynismus.

Gegen Ende der fünfziger Jahre indessen brachen unter den elend bezahlten schwarzen Kupferminenarbeitern im Norden Unruhen aus; im Süden restituierte sich 1957 mit Kundgebungen und Demonstrationen der „African National Congress (ANC)" unter Joshua Nkomo; in Nyassaland übernahm im Sommer 1958 Dr. Hastings Kamuzu Banda die Führung des dortigen ANC. Diese Organisationen bildeten sich im Gefolge des Zweiten Weltkrieges im Gesamtzusammenhang des Entstehens zahlreicher Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt" heraus. Sie entstanden vor allem aus dem Widerspruch zwischen der Führung des Weltkrieges durch die Westmächte unter der Losung „Demokratie und Freiheit" und der Realität der Unterdrückung der farbigen Volksmassen durch dieselben (Kolonial-)Mächte. In der ZAF freilich verlief diese Entwicklung parallel mit dem Erstarken extrem rassistischer Elemente unter den Weißen im Gefolge der Antikommunismus-Welle, für welche die Politik der Südafrikanischen Union unter dem Faschisten Dr. Malan und seinen Nachfolgern das Vorbild war. Im Kampf gegen „Liberalisierung" und „Aufweichung" stürzten sie 1958 sogar den weißen Premier Garfield Todd. Im Frühjahr jenes Jahres herrschte in der gesamten Föderation Aufstand, nachdem die Schwarzen unter der Losung „one man — one vote" die Wahlfarce von 1957 boykottiert hatten und Dr. Banda zur Auflösung des Staatsverbandes aufgefordert hatte. In allen Landesteilen wurde der Ausnahmezustand verkündet, der ANC verboten, seine Führer zu Tausenden verhaftet und im Süden deportiert; in Nyassaland wurden etwa 50 schwarze Demonstranten ermordet, viele verwundet, als weiße Süd-Truppen „law and order" wiederherstellen sollten.

Die britische Regierung verbreitete zwar Greuelpropaganda über angebliche Massenmorde des ANC an Weißen, blieb aber Beweise schuldig. Offenkundig waren dagegen die Massaker der weißen Truppen (Segal) — eine Parallele zur Verdrehung der Tatsachen durch die Westmächte in der Kongokrise. Da es angesichts wachsender öffentlicher Proteste gegen das britische Vorgehen jedoch nicht mehr opportun schien, einen Vernichtungsfeldzug wie gegen die Mau-Mau in Kenia zu führen (Segal), entschied sich London zur Flucht nach vorn. Im November 1962 einigte sich die Regierung Englands mit Dr. Banda, der im Februar 1963 Nyassaland (Malawi) Ministerpräsident wurde; im Norden dauerte es bis Ende 1963, daß dort die Republik Zambia ausgerufen werden konnte (Segal).

In Süd-„Rhodesien" dagegen behielten die Weißen die Oberhand. Während das Regime Sir Edgar Whitehead 1961 — mit der Absicht, die völlige Unabhängigkeit von London zu erhalten — eine geringfügige Revision des Landzuteilungsgesetzes propagierte und eine minimal liberalere Verfassung erließ, tendierte die fanatisierte weiße Farmer-Wählerschaft nach rechts und brachte 1962 die „Rhodesian Front" (RF) des Ian Smith an die Macht, deren Programm im wesentlichen aus den Parolen „weiße Herrschaft und weiße Privilegien für alle Zeiten" bestand. Mit dem Zusammenbruch der Föderation fiel zudem die gesamte Militärmacht, insbesondere die für afrikanische Verhältnisse starke Luftwaffe, in die

Hände des Rechts-Regimes in Salisbury, das sofort daranging, seine Herrschaft zu festigen.

Damit war es Aufgabe der Oktober 1963 gebildeten Regierung Douglas-Home geworden, das Regime zur Räson zu bringen, wie von den Commonwealth-Ländern und den Vereinten Nationen gefordert wurde. Home entzog sich dieser Verpflichtung und der Forderung nach einer Intervention mit einer faszinierenden Begründung: „Rhodesien" sei eine innerbritische Angelegenheit, da es letztlich nach wie vor dem Parlament in Westminster unterstehe; dieses aber könne nicht eingreifen, da Salisbury seit langem seine inneren Angelegenheiten selbst regele ...

Im Oktober 1964 wurde die konservative Regierung vom Kabinett Wilson abgelöst. Wilson führte sich am 2. Oktober 1964 mit der Erklärung ein: „Die Labour Party lehnt es entschieden ab, Südrhodesien die Unabhängigkeit zu gewähren, solange die Regierung dieses Landes von einer weißen Minderheit beherrscht wird" (Sachs). Sie tat aber auch nichts, diesen Zustand durch eine Intervention zu beenden. Sie verhandelte, bis Smith am 11. November 1965 einseitig die Unabhängigkeit erklärte: nach britischem Gesetz ein Hochverrats-verdächtiger Akt. Statt einer nunmehr geradezu unumgänglichen militärischen Aktion begnügte sich Wilson mit einem totalen Handelsembargo (um den UN zuvorzukommen, die sich diesem Schritt ein Jahr darauf anschlossen). Der „Erfolg" dieser Maßnahme wurde oben dargestellt.

Ein seinen Grundsätzen schwerlich entsprechender Versuch Wilsons, mit dem Rebellen-Regime im Dezember 1966 zu einer Einigung zu gelangen, mißlang. Im Oktober 1968, offenbar unter dem Eindruck der „Handelsbilanz" mit Zimbabwe, unternahm er einen weiteren Anlauf. Bei diesen Konferenzen mit Smith ging es um die bereits von der Tory-Regierung formulierten fünf, mittlerweile sechs Prinzipien:

1) Ungehinderte Entwicklung zu einer afrikanischen Mehrheitsregierung;
2) Garantien gegen eine rückschrittliche Veränderung der 1961er Verfassung;
3) Sofortige Verbesserung des politischen Status der Afrikaner;
4) Schritte zur Beendigung der Rassendiskriminierung;
5) ein Unabhängigkeitsabkommen muß für die Bevölkerungsgesamtheit akzeptabel sein;
6) keine Unterdrückung einer Mehrheit durch eine Minderheit und umgekehrt.

Die Fragwürdigkeit dieser „Prinzipien" lag angesichts der notwendigen Übertragung ihrer Exekution an die herrschende weiße Minderheit (internationale Kontrolle fände nicht statt) auf der Hand; „Garantien" hätten nach Erlangung der Souveränität „Rhodesiens" nur mehr Papierwert gehabt. Eine auf dieser Basis getroffene Regelung hätte allein London von seiner peinlichen formalen „Verantwortung" befreit, dem weißen Regime hingegen unumschränkte Handlungsfreiheit lizenziert, ohne seine Herrschaft ernstlich anzutasten.

Die Commonwealth-Konferenz vom Januar 1969 erteilte Wilsons Konzessionsbereitschaft mit 23 Stimmen von 28 — Mit-Befürworter waren lediglich die Vietnamkrieg-Apostel Gorton (Australien) und Holyoke (Neuseeland) sowie Malawis im ökonomischen Würgegriff der RSA über sein Land zum Befehlsempfänger erniedrigter Dr. Banda — eine Absage. Längst hatte auch Smith seine „Bereitschaft zu einem Entgegenkommen" durch ein kategorisches Nein definiert. „ ‚Smith wußte', sagt Labour-Außenpolitiker Healey heute, ‚daß er von den Konservativen bessere Bedingungen bekommen wird, und baute auf einen Regierungswechsel in London' " [41]).

41) FR v. 27. 11. 1971.

Er baute auch vor: 1969 demontierte die RF die 1961er Verfassung durch Annahme einer reaktionäreren bei einer „Abstimmung" durch 81 000 stimmberechtigte Weiße und 6600 Schwarze [42]; am 2. März 1970 wurde sie bei der Proklamierung der Republik in Kraft gesetzt [43]. Bei einer „Wahl" am 10. April 1970 „errang" die „Rhodesian Front" alle 50 den Weißen reservierten Parlamentssitze, die „von Weißen gelenkte" [44], aber rassisch gemischte Zentrums-Partei erhielt sieben der acht Afrikanern zugesicherten Plätze. Hauptaktionen des Parlaments waren die Verlängerung des 1965 verhängten Ausnahmezustandes und der Ausnahmegesetze zur Verhaftung und Deportierung Oppositioneller [45]. Als im Juni 1970 Wilson die Unterhaus-Wahlen verlor, jubelte die weiße Bevölkerung in Zimbabwe [46].

VI

Dabei hatte noch im November 1970 die Labour-Regierung durch ihr Veto eine Sicherheitsrats-Resolution blockiert, „in der die britische Regierung aufgefordert wird, Rhodesien nicht die Unabhängigkeit zu gewähren, solange dort das rassistische Minderheitsregime herrscht" [47].

Ebenfalls 1970 kursierte bei den Vereinten Nationen „eine Liste mit den Namen von 42 Londoner Oberhausabgeordneten, die Geschäftsinteressen in Südafrika oder Rhodesien haben und bei verschiedenen Gelegenheiten Südafrika und Rhodesien politisch unterstützt haben" [48]. Nach Recherchen der Befreiungsorganisation ZAPU schließlich sind „neben den Finanzkapitalisten ... viele prominente britische Politiker, ehemalige Kabinettsmitglieder und gegenwärtige Regierungsbeamte als bedeutende Aktionäre oder Direktoren beteiligter Gesellschaften direkt an Zimbabwe interessiert. So z. B. Reginald Maudling (heute Innenminister — d. Verf.), J. Boyd Carpenter, W. Birch, Quintin Hogg (Lord Hailsham — d. Verf.), Gresham Cooke, Sir G. Nabarro, Julian Amery und Lord Caradon" [49].

Verständlich also, daß der Pakt „an der Londoner Börse mit lauten Jubelrufen begrüßt (wurde). Rhodesische Staatsanleihen schossen um 25 bis 30 % in die Höhe ... Die Anteile englischer Industrie- und Minengesellschaften mit Direktinteressen und mit sechs Jahre lang eingefrorenen Aktiva und Gewinnanteilen in Rhodesien wurden in großen Posten zu sprunghaft steigenden Kursen gekauft" [50]. Das „Handelsblatt" schließlich registrierte drei Wochen später ganze Karawanen von Industriellen und Außenhändlern aus Japan, USA, England, Frankreich und der BRD in Richtung Salisbury [51].

Nixons Chrom-Import-Order verweist auf eine Seite dieser Beliebtheit Zimbabwes in internationalen Industriellenkreisen. Außerhalb des sozialistischen Lagers ist „Rhodesien" der Welt mit Abstand größter Lieferant des strategisch wichtigen Metalls Chrom. Seine Förderung wird nur von derjenigen der Sowjetunion übertroffen. In der Goldgewinnung und Asbestproduktion zählt der Rassistenstaat gleichfalls zu den bedeutendsten Ländern der „westlichen Welt". Reiche Vorkommen an Kupfer, Erzen, Graphit und Lithium locken ausländische Investoren — Minister Dillon konnte 1968 berichten, „daß fünf ausländische Firmen noch

42) FWA 1970, S. 351.
43) Afrika-Asien-Lateinamerika. Chronik 1971 (hrsg. v. L. Rathmann), Berlin (DDR) 1971, S. 265.
44) FWA 1970, S. 351.
45) Chronik, a. a. O., S. 266.
46) „Der Spiegel", 27/1970, S. 83.
47) Chronik, a. a. O., S. 266.
48) FR v. 11./12. 11. 1970.
49) ZAPU — im Kampf gegen Rhodesien, in: Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB), Nr. 2 und 3/1971, hier: Nr. 3, S. 5.
50) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 25. 11. 1971.
51) „Handelsblatt" v. 9. 12. 1971.

nach dem Boykott mit beträchtlichem Einsatz ins rhodesische Bergbaugeschäft eingestiegen sind". Dillon: „Wenn ein Geschäftsmann in Rhodesien die Möglichkeit sieht, unter den besten Bergbaubedingungen der Welt ein Erzlager zu erschließen, wird er diese Chance doch nicht ausschlagen, nur weil ein blöder Kommunist wie Harold Wilson ihm vorschreiben will, er müsse sich an Sanktionen halten!" [52])

Diese „idealen Bedingungen" — weitere Hauptanreize für ausländisches Kapital — sind das extrem niedrige Lohnniveau der schwarzen Arbeiter (im Bergbau z. B. verdient ein weißer durchschnittlich das Fünfzehnfache eines afrikanischen Arbeiters [53])) und eine im Vergleich zu den meisten rohstoffreichen Entwicklungsländern gut ausgebaute Infrastruktur des Landes. Vor allem der Kariba-Staudamm am Zambezi als Energiequelle und die Rhodesia-Railways, welche die Zentren des Bergbaus untereinander und mit den mozambiquanischen Häfen Beira und Lourenco Marques verbinden, sind hier von Bedeutung. Neben dem Ausbau dieser Objekte wurde noch zu Zeiten der Föderation die Entwicklung einer leistungsfähigen Industrie allein im Süden betrieben.

Da britisches, südafrikanisches und amerikanisches Kapital bereits sehr frühzeitig in Zimbabwe investiert worden war, befindet sich heute eine illustre Gesellschaft internationaler Konzerne in beherrschender Position über die gesamte Industrie und über riesige Farmgebiete des Landes. Handel und Kreditwesen liegen ebenfalls in ausländischen Händen. Unter den ausländischen Kapitalanlegern sind vor allen die folgenden zu nennen: Südafrikas Doppeltrust DeBeers-Anglo American beherrscht mit über einem Dutzend Unternehmen und deren weiteren Ablegern große Teile des Prospektions- und Bergbau-, Verhüttungs-, Maschinenbau-, Holzverarbeitungs-, Investment- und Handelsgeschäfts [54]); neben diesem Monopol sind weitere Gesellschaften wie die South African Manganese Co., Messina-Transvaal Co. und die Standard Bank of S.A. im „rhodesischen" Geschäft engagiert. Unter den zwei Mrd. Mark britischer Investitionen in Zimbabwe, die sich mit jährlich 10 bis 15 % verzinsen, sind nahezu sämtliche englischen Konzerne von Bedeutung vertreten, darunter Unilever, der Chemiekonzern ICI, die Stahlkonzerne British Steel, Vickers und Guest, Keen & Nettlefolds, das Rüstungsunternehmen Hawker-Siddeley, die British Motor Corp., Ford of England, British American Tobacco (BAT, Marke z. B. „HB"), Tate & Lyle Sugar Refining oder die British Petroleum Co.; unter den Bankhäusern nimmt die Barclay's Bank D.C.O., Finanzier und Gewinnlerin des britischen Kolonialismus, eine beherrschende Position ein. Besonders vielfältige Interessen besitzt der internationale Lonrho-Konzern in Zimbabwe: Viehfarmen, Plantagen (Zucker, Tee, Holz), Energieversorgungsbetriebe, Brauereien, Automobilhandelsunternehmen, Bergwerke, Zeitungen, Papiermühlen und Hotels gehören u. a. zu seinem Reich.

US-amerikanisches Kapital findet sich vornehmlich im Bergbau, darunter als Branchengrößte die Union Carbide Corp. (Chrom), Johns-Manville (kontrolliert die Rhodesia Asbestos Mines), die U.S. Vanadium Corp. sowie der Roan Selection Trust (Kupfer).

Diese Aufzählung ist nicht annähernd vollständig; neben weiteren Unternehmen der genannten Länder wären japanische, kanadische, französische und schließlich westdeutsche Beteiligungen anzuführen (die Rhodesian-German Graphit Co. z. B. ist ein Unternehmen, an dem neben Krupp auch das Münchener Bankhaus

52) „Der Spiegel", 28/1968, S. 80.
53) ZAPU . . . , in: AIB 2, S. 12.
54) Vgl. hierzu und im folgenden ZAPU . . . , a. a. O., und: Mwana Mevu, Zimbabwe: Exploitation and Liberation, in: Monthly Review, März 1969 (New York), S. 30 ff.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank beteiligt ist). Es wird freilich ausreichend deutlich, welche engen Verbindungen zwischen „Rhodesien" und Kapitalgruppen nicht nur der imperialistischen Metropolen, sondern vor allem der RSA und des gesamten rassistischen Blocks bestehen.

VII

Bezeichnenderweise jubelte nicht nur die Geschäftswelt Londons und Salisburys über den Vertragsabschluß vom 24. November, „auch in Portugal wurde die Nachricht sehr positiv aufgenommen", und Südafrikas Premier John Balthazar Vorster — begeisterter Anhänger des Nationalsozialismus — war „glücklich" über die Einigung, was er auch in Schreiben an beide Regierungen kundtat [55]). An die Stellung Zimbabwes innerhalb des südafrikanischen Blocks weiß beherrschter Länder knüpft sich eine Reihe von strategischen Überlegungen. So ist die Republik nach der RSA die stärkste Wirtschaftsmacht in dieser Region und als Basis für britische Exportgüter bzw. von britischen Tochtergesellschaften in Zimbabwe gefertigte Waren hervorragend geeignet. Englands Monopolkapital gewänne erheblich an Einfluß in diesem Großraum, den die RSA unter seiner Hegemonie zu einem südafrikanischen Common Market (SACOM) zusammenzuschließen sucht. Die Schaffung eines supranationalen Energieverbundes durch Projekte wie die Dammbauten von Cabora Bassa, am Kunene-Fluß in Namibia und am Grenzfluß Limpopo zu Zimbabwe [56]) ist ein wichtiger Schritt in diesem Konzept.

Pretoria besteht dabei auf seiner Führungsrolle politisch wie wirtschaftlich, eine Konsequenz seiner eigenen imperialistischen Entwicklung. Ein Ausgleich mit England würde daran nichts ändern; da das burisch beherrschte südafrikanische Kapital selbst eine möglichst uneingeschränkte Expansion seiner Exporte in die weniger entwickelten Staaten des SACOM wie Lesotho oder Botswana und die portugiesischen Kolonien anstrebt, lehnt es wachsende Exportkonkurrenz — in diesem Falle durch England — in dieses Gebiet ab. Die auch von Pretoria erwünschte Aufwertung des Regimes in Salisbury brächte also zugleich unerwünschte Konkurrenz.

Eine weitere Differenz ergibt sich aus dem Hegemonieanspruch der RSA und dem Unabhängigkeitsinteresse der britisch orientierten Weißen in Zimbabwe. Zwar dürfte seine Herrscherklasse auf absehbare Zeit (auch außenhandelspolitisch) noch auf die Protektion durch die RSA angewiesen sein, besonders bei der Erhaltung der außerökonomischen Bedingungen ihrer Herrschaft. So stehen seit Jahren südafrikanische Truppen in Zimbabwe, um die Befreiungsbewegungen zusammen mit der rhodesischen 3500-Mann-Armee und seiner 1200-Mann-Luftwaffe zu bekämpfen: Mitte 1968 waren es 1500 Soldaten aus der RSA [57]), im darauffolgenden Jahr bereits etwa 4000 [58]). Auf der anderen Seite strebt sie nach Unabhängigkeit vom südlichen Nachbarn und ist an einer Expansion des eigenen Handels interessiert. Man hat in Salisbury nicht vergessen, daß es von Pretoria 1968/69 zu einer Beschränkung seiner Ausfuhren in die RSA gezwungen worden war [59]).

In dieser Lage ist es für „Rhodesiens" nicht-südafrikanische Kapitalgruppen entscheidend, mit England wieder ins Geschäft zu kommen, auch auf Kosten wach-

55) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 25. 11. 1971.
56) „Südafrika heute", Nr. 3/1970, S. 16.
57) Schilling/Unger, a. a. O., S. 152.
58) „Monatsbericht aus Südafrika", Nr. 46 (1969), S. 5.
59) R. Molteno, Afrika und Südafrika, in: AIB 9/1971, S. 19.

senden Einflusses seiner Monopole (um den der südafrikanischen zu neutralisieren), vor allem aber in der Hoffnung, mit englischer Unterstützung neue afrikanische Exportmärkte zu „erschließen". Vorbild ist die von der USA praktizierte sogenannte „outdoor policy" einer vorgeblichen Flexibilität gegenüber den schwarzafrikanischen Staaten, wodurch sie sich Anerkennung und Handelsbeziehungen nicht nur durch seine umliegenden Helotenstaaten, sondern — mit Hilfe diskreter politischer Erpressung durch Frankreich, seinen Waffenhauptlieferanten, als Gegenleistung [60]) — auch renommierter frankophoner Staaten wie Gabon und der Elfenbeinküste „erwarb", kurz nach einer Staatstournee Pompidous durch diese Länder [61]).

In jedem Falle aber wäre britisches Kapital der Gewinner einer Lösung des „Rhodesien-Problems": seinen Exportinteressen würde der Zugang zum SACOM eröffnet; durch „Rhodesiens" Integration in den weißen Block erreichte es eine bessere Absicherung seiner Interessen mit der folgenden engeren militärischen Kooperation und verstärkte Bindung des internationalen Kapitals an die Aufrechterhaltung des Status quo gegen die Befreiungsbewegungen.

VIII

Rasches Handeln erscheint den imperialistischen Kräften aufgrund der Ereignisse in Angola und Mozambique wie auch des Ovambostreiks in Namibia, der zur Revision des Kontraktarbeitersystems führte [62]), nötiger denn je. Die zugespitzte Lage in Zimbabwe, den portugiesischen Kolonien, Namibia und der RSA selbst, die A. Salim, Tanzanias UN-Emissär, als „am Rande eines totalen Krieges" in Schwarzafrika apostrophierte [63]), ist das historische Ergebnis der von den weißen Minderheiten seit Beginn ihrer Eroberungen betriebenen brutalen Unterdrückung und Ausbeutung der Afrikaner.

Im Verlaufe der imperialistischen Entwicklung mit dem Instrument einer rassistischen Ideologie und allen militärischen Machtmitteln versehen, errichteten die heute rund 250 000 weißen Siedler — zu einem großen Teil Arbeitslose, verarmte Kleinbauern und -händler — ihre ökonomische Herrschaft und ein Polizeistaatsregiment über die mehr als fünf Millionen Farbigen, unter dem 1969 aufgrund von Notstandsgesetzen etwa hundert zum Tode verurteilt und weitere 5000 verhaftete Freiheitskämpfer in Gefängnissen und Internierungslagern lebten [64]), darunter die ZAPU- und ZANU-Führer Joshua Nkomo und Ndabaninga Sithole. Ständig verschärfte Gesetze und ein Polizeispitzelsystem, das selbst die (wie in der RSA) ansonsten relativ unbehelligten oppositionellen protestantischen Kirchen erfaßt, lassen „Rhodesien" dem Apartheidsstaat immer ähnlicher werden.

Grundlage der weißen Minderheitsherrschaft ist die völlige Rechtlosigkeit und ökonomische Machtlosigkeit der Afrikaner. „Landbesitz ist die ökonomische und soziale Grundlage des Regimes, es ist der Hauptbesitz, auf den sich der Reichtum der Siedler gründet" [65]). Mit dem Land Apportionment Act von 1930 verbannten die ca. 5 % Weißen die Schwarzen in die nach allen Kriterien schlechteren Gebiete des Landes; mit dem Ergebnis, daß für die überdies um etwa 3 % schneller als die weiße wachsende schwarze Bevölkerung zu wenig und zu

60) „Newsweek" v. 30. 11. 1970, S. 16.
61) FR v. 3. 2. 1971.
62) Vgl. hierzu: „Der Spiegel", 3/1972, S. 79, sowie die Berichterstattung d. FR in mehreren Ausgaben seit dem 21. 2. 1971.
63) FR v. 25. 1. 1972.
64) Sachs, a. a. O., S. 647.
65) ZAPU . . . , a. a. O., hier: 2/1971, S. 7; vgl. auch im folgenden.

schlechter Boden zur Verfügung steht, um sich zu ernähren. Sie sind gezwungen — verstärkt noch durch ein niederträchtiges Kopf- und Hüttensteuersystem, das einen Großteil des Kleinbauern-Jahreseinkommens raubt —, sich als Lohnarbeiter auf den Farmen der Weißen oder in den städtischen Betrieben zu verdingen. Das geschieht in Form der Wanderarbeit: die Familien bleiben in der Regel auf dem Land zurück, wo sie gerade genug erwirtschaften, um sich selbst zu ernähren, während die Männer in die Städte ziehen, die sie freilich oft bald wieder verlassen. Damit erspart sich die weiße Bourgeoisie bei einem Zustrom ganzer Familien notwendige, wenigstens minimale Sozialausgaben und verhindert Lohnauftriebtendenzen dadurch, daß die schwarzen Arbeiter auch noch ihre Familien zu ernähren hätten. Hungernde Massen wären überdies ein sozialrevolutionäres Reservoir. Durch die hohen Rückwanderungsquoten und ein großes Kontingent an Wanderarbeitern aus Mozambique und Malawi werden weiterhin Bewußtseinsbildung und Organisation unter den Afrikanern erschwert.

In von Weißen beherrschten Betrieben, als Hausangestellte, im Handel und auf Farmen waren 1965 in Lohnarbeit: in der Landwirtschaft 283 000, im Bergbau 40 000, in der Industrie 69 000, als Bauarbeiter 30 000, in Dienstleistungsstellungen 156 000 und im Handel 33 000 Afrikaner. Gleich in welcher Stellung, verdienen jedoch Schwarze weniger als Weiße für gleiche Arbeit wie im Gesamtdurchschnitt (s. o.). Ein weißer Arbeiter bringt es auf rund 1400 engl. Pfund im Jahr, ein schwarzer lediglich auf ein Zehntel. In der Landwirtschaft kommt ein Afrikaner durchschnittlich auf $^1/_{18}$, im Bergbau auf $^1/_{15}$ des Lohnes eines Weißen; für Frauen verschlechtern sich die Relationen noch mehr. Von allen beruflichen Qualifikationschancen ausgeschlossen, zum Verkauf der Arbeitskraft gezwungen, leben die meisten Afrikaner am Existenzminimum. Eine Unterstützung der auf dem Lande gebliebenen Familien ist für die in die Industriereviere gezogenen Afrikaner damit ausgeschlossen. Gewerkschaften sind zwar nominell für sie zugänglich, aber so konstruiert, daß ungelernte Kräfte keinerlei Einflußmöglichkeiten besitzen.

Die elendeste Lage ist die der vielen gleichwohl geschlossen in die Städte gezogenen Familien — etwa ein Fünftel der afrikanischen Bevölkerung. Über sie ermittelte eine Kommission, alle seien unzureichend ernährt, eine andere, fast 60 % seien „extrem unterernährt".

Trotzdem wächst die Zahl der in die Städte Ziehenden rasch. Die erdrückende Steuerbelastung ihrer Hofstellen vertreibt sie, Modernisierungen in der Farmwirtschaft vernichten Arbeitsplätze. Das städtische Proletariat wächst. Bestehende Gesetze, wie das Verbot, in „weißen Gebieten" unbeweglichen Besitz zu erwerben [66]), und neue Landzuteilungsdekrete [67]) sollen zwar als Ventil für die dadurch entstehende Lage dienen. Gleichzeitig stehen jedoch derartige Zwangsmaßnahmen, ebenso wie die Verweigerung von Bildung, im Widerspruch zur von der Industrie gewünschten Produktionserweiterung. Hinzu kommt, daß Umstrukturierungen in der Landwirtschaft (von Tabakanbau auf Viehwirtschaft) und Devisenabfluß (aufgrund gefallener Rohstoffpreise) zum Investitionsstopp und damit zu Stagnation in der industriellen Entwicklung geführt haben, so daß der wachsenden farbigen Bevölkerung und den vom Land Fortgezogenen zu wenige Arbeitsplätze offen stehen — einer Abnahme der landwirtschaftlichen Arbeitsstellen um 18 % steht eine Zunahme der industriellen u. a. um nur 10 % gegenüber. Eine Wirtschaftsexpansion aber erforderte verstärkten Einsatz von Afrikanern auch in Facharbeiterstellen.

---

66) Sachs, a. a. O., S. 656.
67) FR v. 2. 11. 1971.

Smiths vornehmlich aus Farmern gebildetes Kabinett hat sich in diesem Widerspruch verfangen: William Perry, „Rhodesiens" Industrieverbandsboß: „Es wird jetzt immer dringlicher, ... sich auf die Aussicht wirtschaftlicher Expansion zu konzentrieren"; andererseits ist etlichen Rassisten selbst die RF nicht mehr rechts genug — sogar ehemalige Regierungsmitglieder wanderten ab zur faschistischen „Rhodesian National Party" des deutsch-stämmigen Beamten Len Idensohn [68]). Den Ausweg aus diesem Dilemma sieht Smith in der — auch die Rechten befriedigenden — Mobilisierung ausländischen Kapitals und dessen dadurch gestärktem Interesse an der Aufrechterhaltung der weißen Herrschaft. Dafür benötigte er freilich Londons Absolution in Form einer Unabhängigkeitserklärung; die ökonomische Zwangslage des britischen Kapitals kam ihm dabei entgegen — der Vertrag wurde perfekt gemacht.

IX

Selbst eine oberflächliche Begutachtung dieses Werkes weist es als schlichten Betrug aus; es erfüllt kein einziges der „Prinzipien". Die 1961er Verfassung hatte das Regime 1970 begraben (Punkt 2); es gibt keine unverzüglichen Verbesserungen des politischen Status der Afrikaner (3), etwa ein Wahlrecht „one man — one vote", noch Maßnahmen zur Beendigung der Rassendiskriminierung (4): die Landverteilung bleibt dieselbe, den Bildungsstandard soll London finanziell anheben helfen [69]), einige politische Gefangene sollen zwar freigelassen, ihre Organisationen indes nicht legalisiert werden. Die Zustimmung der *Gesamtheit* der Bevölkerung (5) soll die von Douglas-Home eingesetzte Pearce-Kommission aus 21 ehemaligen Kolonialbeamten (!) nebst vom Smith-Regime vorgeschlagenen Dolmetschern nach absonderlichen Umfragemethoden melden [70]) — von einer allgemeinen Volksabstimmung unter internationaler Aufsicht ist keine Rede. Daß damit die restlichen Punkte — (1) und (2) — hinfällig sind, kann nicht ernsthaft bezweifelt werden. Zyniker errechneten, daß es mindestens bis zum Jahre 2035 dauern werde, bis eine schwarze Parlamentsmehrheit in Zimbabwe zustande kommen könne [71]).

Einziges Ergebnis des Vertragsabschlusses wäre die Zementierung der weißen Suprematie, Gewinner wären allein „Rhodesiens" Rassisten und das internationale Großkapital.

X

Es wurde bereits angedeutet, daß entgegen dem offiziell verbreiteten Bild die afrikanische Widerstandsbewegung eine lange Tradition besitzt. Anders als in Malawi und Zambia vermochten jedoch weder der 1959 verbotene ANC, noch seine Nachfolgeorganisationen National Democratic Party (1961 verboten) und ZAPU (Zimbabwe African People's Union) den Sturz der Kolonialistenherrschaft zu erzwingen. Im August 1963 kam es vielmehr zu einer Spaltung der 1962 gegründeten ZAPU — unter Reverend Sithole verselbständigte sich eine oppositionelle Fraktion als ZANU (Zimbabwe African Nacionalists' Union). Diese Spaltung in zwei rivalisierende Gruppen wirkte sich hemmend auf den Freiheitskampf der folgenden Jahre aus. Möglicherweise bietet jedoch die massive Widerstands-

[68]) „Der Spiegel", 28/1968, S. 81/82.
[69]) Vgl. hierzu: „Der Spiegel", 5/1972, S. 66, und FR v. 27. 11. 1971.
[70]) FR v. 29. 11. 1971.
[71]) Vgl. hierzu „Der Spiegel", 5/1972, S. 66; „Time" v. 6. 12. 1971, S. 17; FR v. 27. 11. 1971; „Die Welt" v. 29. 11. 1971.

bewegung des Januar in den schwarzen Vororten der Städte Chancen, den Kampf unter Zurückstellung der ideologischen Differenzen gemeinsam zu führen. 1965 traten immerhin noch beide Gruppen auf der OAU-Konferenz über die Lage in Zimbabwe gemeinsam auf [72]). In dem kurz nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung aufgenommenen bewaffneten Kampf freilich traten die militärischen Organisationen von ZAPU und ZANU (der eine „maoistische" Orientierung nachgesagt wird) — bei wachsendem Erfolg — getrennt auf [73]).

Ausschlaggebend für den weitgehend spontanen Ausbruch des Widerstandes war offenbar das Zusammentreffen des sozialen Elends, der politischen Rechtlosigkeit und steigender Arbeitslosigkeit, von Terrormaßnahmen des Regimes und der aktuellen Gefahr einer Perpetuierung dieser Lage durch den Vertrag mit der Herausbildung von Ansätzen eines politischen Bewußtseins: wie beim Ovambostreik in Namibia waren die Protestformen Streiks und Demonstrationen, wurden politisch radikale Losungen artikuliert, vor allem waren sich die Massen einig in der entschiedenen Gegnerschaft zu dem Abkommen. Die brutale Reaktion des Regimes läßt überdies den Schluß zu, daß es diese noch recht unstrukturierte Bewegung als virtuell existenzbedrohend ansieht; es griff folglich zum letzten Mittel, um die Aufstände im Ansatz zu zerschlagen. Dies scheint vorerst partiell gelungen zu sein, weil die Massen noch nicht in der Lage waren, höhere Kampfformen zu praktizieren, waffenloser Widerstand aber gegen gut ausgebildetes Militär selbstmörderisch war; zudem hätte ein Eingreifen der südafrikanischen „Ordnungsmacht" nicht ausgeschlossen werden können. Eine vorläufige „Beruhigung der Lage" ist insofern wahrscheinlich.

Ein Teilerfolg ist dennoch erreicht: die Farce der Pearce-Enquete ist vor aller Welt entlarvt, eine Ratifizierung des Abkommens fraglich geworden. Die Vereinten Nationen nehmen — natürlich gegen Englands und seiner Verbündeten Widerstand — gleichfalls eine klar ablehnende Position ein.

Unabhängig von der weiteren Entwicklung des Widerstandes in Zimbabwe in nächster Zeit bleibt festzuhalten, daß erstmals wieder — zusammengesehen mit dem gleichzeitigen Ovambostreik — seit Beginn der sechziger Jahre (für die RSA seit dem Massenstreik und dem darauffolgenden Massaker von Sharpeville im März 1960) die Massen lohnabhängiger Schwarzer, Arbeitslose wie Beschäftigte, in Städten und Industriezentren der südafrikanischen Rassistenstaaten offene Demonstrationen als Kampfmittel gegen die herrschenden weißen Klassen anwandten, heute im Gegensatz zu damals vor dem Hintergrund eines international weit fortgeschrittenen Befreiungskampfes. Das drückt einerseits das gewachsene Bewußtsein der farbigen Völker Südafrikas aus, andererseits die tendenzielle Abwärtsentwicklung der rassistischen Regime in diesen Ländern, die ihre Herrschaft mit allen Mitteln zu erhalten suchen. Massenbasis und Kampfformen der vergangenen Wochen sind deutliche Anzeichen für die Aufwärtsentwicklung der Befreiungsbewegung. Realistische bürgerliche Zeitungen wie die „Frankfurter Rundschau" kommentierten: „Nur Optimisten und treue Anhänger der Regierungen Smith und Vorster glauben, daß sich diese Entwicklung durch Polizeigewalt aufhalten läßt" [74]). Sie bringen damit zum Ausdruck, was in der Dialektik der in den portugiesischen Kolonien, in Zimbabwe, Namibia und selbst im Inneren der RSA, im Zulugebiet, ablaufenden revolutionären Entwicklung liegt und manifest Thesen widerlegt wie die Heribert Adams, daß in Süd-

72) Die afro-asiatische Solidaritätsbewegung. Dokumente (hrsg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin/DDR), Berlin 1968, S. 426.
73) Vgl. Davis M'gabe, The Beginning Of Guerilla Warfare, in: Monthly Review, a. a. O.
74) Vgl. FR v. 5. 2. 1972.

afrika eine revolutionäre Veränderung unwahrscheinlich sei [75]).
Der Befreiungskampf mit dem Ziel des Sturzes der imperialistischen Bastion tritt in eine neue, entscheidende Phase. In ihr wird es eine Hauptaufgabe der revolutionären Organisationen sein, die politische Agitation unter den Arbeitermassen der Städte voranzutreiben und die Politik der Einheitsfront für die Erlangung der Unabhängigkeit und den Sturz der Rassisten zu forcieren. Widersprüche im Lager der Weißen Südafrikas selber und die internationale Verschärfung der Klassenkampfsituation (vor allem in den Metropolen selber: Bergarbeiterstreik in Großbritannien, Hafenarbeiterstreik an der amerikanischen Westküste) verbessern die Bedingungen für einen Erfolg des Kampfes gegen den Imperialismus.

Dieser Kampf wird nichtsdestoweniger noch lange Zeit in Anspruch nehmen, da Lissabon wie Pretoria, Salisbury oder London ihre Stellung mit letztem Einsatz verteidigen werden, im Verein mit den übrigen imperialistischen Mächten. Für diesen Kampf benötigen auch die Völker Südafrikas, Namibias und Zimbabwes die solidarische ideelle wie materielle Unterstützung der demokratischen und sozialistischen Kräfte in aller Welt.

---

75) Heribert Adam, Südafrika — Soziologie einer Rassengesellschaft, Frankfurt 1969, hier S. 19 u. 138; vgl. im selben Jahr John Marks, Vors. d. Südafrikanischen Kommunistischen Partei, auf der Internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien: „Der Krieg um die Befreiung Südafrikas hat schon begonnen und dehnt sich immer mehr aus. Gekämpft wird in Mozambique, Angola, Guinea (Bissau), Namibia und selbst in der Republik Südafrika. (Zimbabwe erwähnt Marks im folgenden, J. O.) . . . Hinter der Feuerlinie aber sagen die Werktätigen in Stadt und Land dem faschistischen Terror immer häufiger den Kampf an und erheben das Banner des Widerstandes immer höher. Dieser Kampf wird unvermeidlich in einen Kampf des ganzen Volkes münden, dessen Krönung die Beseitigung der Herrschaft der weißen Minderheit und die Errichtung der Macht des Volkes sein werden. Wir werden siegen!" Zit. nach: Beratung . . ., Moskau 1969, Dokumente, Prag 1969, S. 823.

Bücher

Arbeiterbewegung in Westeuropa

Detlev Albers / Werner Goldschmidt / Paul Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa. Frankreich — Italien — Großbritannien. Reinbek bei Hamburg 1971 (rororo-aktuell, 1502), 317 S., 4,80 DM.

Prosperitätsperioden des Kapitalismus haben ihre eigene Ideologie. Stets wird in ihnen von den bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften die Auflösung von Klassengegensätzen, von Klassenkampf und Klassenbewußtsein, damit auch das Absterben der Arbeiterbewegung verkündet. Besonders in der BRD sind seit dem wirtschaftlichen Aufschwung der 50er Jahre und durch den dominierenden Einfluß der Sozialdemokratie auf die Mehrheit der Arbeiterklasse solche Ideologien tief verwurzelt. Dennoch ist diese Stabilität in den letzten Jahren aufgebrochen: Von den betrieblichen Abwehrreaktionen der Belegschaften in der Wirtschaftskrise 1966/67 über die Septemberstreiks der Jahre 1969 und 1970, die Chemiearbeiterstreiks im Sommer 1971 bis hin zu den Kampfaktionen der Metallarbeiter von Baden-Württemberg zeichnet sich deutlich die Tendenz der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung in der BRD ab. Kämpferisches gewerkschaftliches Bewußtsein an der Basis — bei den bewußten Kadern der Arbeiterbewegung schon als organisiertes Klassenbewußtsein wirkend — bestimmt das gegenwärtige Niveau der Bewegung.

Gleichwohl sind Bedingungen und Perspektive des Kampfes der Arbeiterbewegung heute kaum noch nach nationalen Erfahrungen zu bewerten. Längst hat die Internationalisierung des Kapitalverhältnisses die nationalstaatlichen Grenzen überschritten, supranationale Verflechtungen des Kapitals und der staatlichen Regulierung geschaffen und Formen der politischen und ökonomischen Integration — wie z. B. die EWG — institutionalisiert. In dem gleichen Maße allerdings, wie sich die kapitalistischen Produktions- und Austauschbeziehungen internationalisieren und so Raum für erweiterte Investitionen und Profite schaffen, haben sich die Widersprüche der Kapitalverwertung in den einzelnen hochentwickelten kapitalistischen Staaten verschärft: Die wirtschaftlichen Wachstumsraten neigen zu einer sinkenden Tendenz; Konjunktur und Krise wechseln einander immer schneller ab; Inflation und internationale Finanzkrisen verdichten sich zu einer permanenten Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems. Zugleich erzwingt die Konkurrenz der großen Monopole und der kapitalistischen Staaten untereinander — aber auch die Konkurrenz antagonistischer Gesellschaftssysteme — die Entwicklung der Produktivkräfte, die gegenwärtig von den Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestimmt wird. So müssen immer größere Teile des Nationaleinkommens von den großen Kapitalen durch Profit oder durch staatliche Umverteilung angeeignet werden, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen, die die innere Entwicklung nahezu aller hochentwickelter kapitalistischer Staaten seit der Mitte der 60er Jahre prägt, ist ein Resultat dieser zutiefst widersprüchlichen Wachstumsbedingungen. Der Kampf der Arbeiterbewegung für die Verbesserung des Lohnniveaus, der Arbeitsbedingungen und der gesellschaftlichen Konsumtion (wozu z. B. Bildung und Ausbildung, Wohnungswesen und soziale Versorgung zu rechnen sind) gewinnt daher zunehmend politischen Charakter. Er läßt die Widersprüche zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung ihrer Resultate schärfer hervortreten, indem er die Unfähigkeit des Systems offenlegt, die Produktivkräfte zu entwickeln und zugleich umfassende Sicherheit des Arbeitsplatzes und des Lohnes, Verbesserung der Lebensbedingungen, gleichmäßige Anpassung der Qualifikationsstruktur usw. zu gewährleisten.

„Klassenkämpfe in Westeuropa" von Albers, Goldschmidt und Oehlke ist nicht nur die erste zusammenfassende Darstellung der Klassenkämpfe in Frankreich, Italien und Großbritannien in den 60er Jahren, sondern auch der Versuch, mit den Kategorien der politischen Ökonomie den Zusammenhang zwischen den je nationalen kapitalistischen Reproduktions- und Akkumulationsbedingungen und der Intensivierung der Klassenauseinandersetzungen aufzuzeigen. Schon die Gliederung des reichhaltigen empirischen Materials verweist auf die methodologische Geschlossenheit dieser Studie: Zunächst wird die sozialökonomische Lage der Arbeiterklasse auf der Grundlage der jeweiligen Entwicklungsbedingungen und Widersprüche des Kapitalismus untersucht. Danach folgt ein Überblick über die wichtigsten Etappen und Ereignisse der Klassenkämpfe. Schließlich wird die Rolle der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien, behandelt. Damit wird jene voluntaristische und idealistische Art der Analyse der Arbeiterbewegung vermieden, die die bisherige Rezeption westeuropäischer Klassenkämpfe in der BRD vorwiegend charakterisiert hat. Fraktionierungen der Arbeiterbewegung werden dort zum bornierten Ersatz für die Analyse gesamtgesellschaftlicher Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse und seiner Organisation. Das gilt sowohl für die Verfälschung der französischen Generalstreikbewegung vom Mai/Juni 1968 durch die Schriften von Cohn-Bendit und anderen antikommunistischen „Antirevisionisten" als auch für die verzerrte Optik der italienischen Klassenkämpfe in den Schriften ultralinker Gruppen (z. B. „Il Manifesto", „Potere Operaio", „Lotta continua"). Auch die durchweg selektive Rezeption der britischen Arbeiterkontroll-Diskussion mußte ein tieferes Verständnis für die allgemeinen Voraussetzungen der Klassenauseinandersetzungen in England beeinträchtigen. Albers, Goldschmidt und Oehlke dagegen ordnen diese Probleme und Positionen zutreffend in den Gesamtzusammenhang einer Analyse ein, die — historisch materialistisch verfahrend — die Hauptwidersprüche kapitalistischer Entwicklung, das politische und ideologische Kräfteverhältnis der Klassen

sowie den Grad der inneren Differenzierung der Arbeiterklasse der Bewertung der Strategie der Arbeiterorganisationen zugrunde legt.

Werner Goldschmidt hat den Abschnitt über Frankreich bearbeitet (S. 19 bis 107). Die neue Etappe kapitalistischer Entwicklung im Zeichen des Gaullismus erscheint — gemessen an dem hohen ökonomischen Wachstumstempo seit 1958 — als „miracle français". Dennoch wirken die strukturellen Schwächen des französischen Kapitalismus fort: relativ geringer Industrialisierungsgrad, vergleichsweise geringer Konzentrations- und Zentralisationsgrad des Kapitals, disproportionale Regional- und Industriestruktur (Pariser Region — Provinz) sowie relativ hohe Inflationsrate. Die „planification", das spezifische Instrument staatsmonopolistischer Regulierung in Frankreich, zielt auf die Überwindung dieser Schwächen, die zugleich für das Außenhandelsdefizit, d. h. für die ungünstige Weltmarktposition der französischen Wirtschaft verantwortlich sind. Die Konzentrationswelle der letzten Jahre verweist auf Erfolge der „planification", die immer mehr den unmittelbaren Profitinteressen der großen Monopolgruppen untergeordnet wird. Dennoch spitzen sich die Widersprüche zwischen Produktionsentwicklung und gesellschaftlicher Infrastruktur, zwischen Profiten und Löhnen zu: Die relative Verelendung der Arbeiterklasse (d. h. sinkender Pro-Kopf-Anteil der Löhne am Volkseinkommen) geht einher mit der Verschärfung der Arbeitsbedingungen.
Damit sind bereits die wesentlichen Voraussetzungen der Klassenkämpfe in Frankreich angedeutet, die im Mai/Juni 1968 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten. Oft wird bei der Analyse dieser Ereignisse übersehen, daß das Jahr vor dem Mai 68 ein Jahr heftiger Streikkämpfe war. Die Pariser Studentenrevolte war also nicht — wie oft behauptet worden ist — die Ursache der Generalstreikbewegung. Sie fiel vielmehr in eine Periode verschärfter Klassenauseinandersetzungen und wirkte so als zusätzlich mobilisierender Faktor. Die Rolle der sozialistisch-kommunistischen Gewerkschaft CGT und der kommunistischen Partei, des PCF, wird durchaus differenziert dargestellt: Auf der einen Seite konstatiert Goldschmidt schwerwiegende Fehleinschätzungen (z. B. die Unterschätzung der Bedeutung der Studentenbewegung) sowie das Scheitern der Vermittlung der politischen Forderungen („Volksregierung") mit den unmittelbaren betrieblichen und ökonomischen Kampflosungen der Arbeiterklasse. Andererseits wird jedoch nachgewiesen, daß die ultralinken Forderungen nach „Selbstverwaltung" und die damit verbundene opportunistisch schwankende Politik von PSU und CFDT, die antikommunistischen Ressentiments großer Teile der Studentenbewegung und der sozialistischen Parteien die Arbeiterklasse desorientierten, die notwendige Einheit des Kampfes verhinderten und so auch zum Wiedererstarken des gaullistischen Einflusses beitrugen, der schließlich in der Wahlniederlage der Linken zum Ausdruck kam.

Dennoch zeigen die Klassenkämpfe nach dem Mai 68, daß nicht nur bedeutende ökonomische Erfolge errungen wurden, sondern daß die Bewegung zugleich ein höheres Niveau des Kampfes erreicht hat. Der Rücktritt de Gaulles, der erfolgreiche Widerstand der Arbeiterbewegung gegen das Modell der „neuen Gesellschaft" von Pompidou und Chaban-Delmas, die Intensivierung der Streiks um Arbeiterkontrolle, die Streiks bei Renault und im öffentlichen Dienst sowie die Massenbewegung für eine umfassende Rentenreform — all diese Momente verweisen zusammen mit der fortschreitenden Aktionseinheit der großen Gewerkschaften und Arbeiterparteien auf die Tatsache, daß die französische Arbeiterbewegung im Kampf um konkrete Tagesforderungen jene Schwächen überwindet, die im Mai/Juni 1968 ihr geschlossenes Handeln und damit ihren Erfolg verhinderten.

Detlev Albers untersucht im folgenden Teil (S. 109—191) die neueste Entwicklung der Klassenkämpfe in Italien. Auch der italienische Kapitalismus hat sein „Wirtschaftswunder". Hohe Wachstumsraten haben ihn in die Führungsgruppe der kapitalistischen Länder aufsteigen lassen. Dennoch kann diese eindrucksvolle Bilanz nicht über fundamentale Widersprüche und Schwächen hinwegtäuschen: Export von Hunderttausenden von Arbeitskräften, Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem industriell hochentwickelten Norden und dem unterentwickelten, stagnierenden Süden des Landes, Zurückbleiben der Investitionen und moderner Technologien verbunden mit einem — im inter-

nationalen Vergleich — geringen Zentralisationsgrad des Kapitals. Eine besondere Rolle spielt der unter dem Faschismus aufgebaute staatliche Wirtschaftssektor, dem ca. 70 % des Kapitals der 22 größten Unternehmen angehören. Die für das staatsmonopolistische System charakteristische Verschmelzung der Interessen des Staates mit denen der Monopolbourgeoisie ist hier besonders weit fortgeschritten. Betrachtet man die Sozialstruktur, so verweisen aber der relativ geringe Anteil der Arbeiterklasse — dabei vor allem der verhältnismäßig geringe Anteil von Industriearbeitern in Großbetrieben und der geringe Anteil der Angestellten — ebenso wie die noch große Anzahl von kleinen und mittleren Selbständigen auf die Tatsache, daß Italien erst am Anfang von tiefgreifenden sozialökonomischen Strukturveränderungen steht. Der Überblick über die Löhne und Arbeitsbedingungen enthüllt die wirklichen Ursachen des erhöhten wirtschaftlichen Wachstumstempos der 60er Jahre. Das niedrige Lohnniveau, das deutliche Zurückbleiben der Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung, verbunden mit einer drastischen Reduzierung der Investitionen und der Gesamtbeschäftigtenzahl, bilden die — außerordentlich labile — Grundlage für die Steigerung der Produktion und der Profite. Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit, Hierarchisierung der Löhne, hohe Arbeitszeiten und die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch „Rationalisierung" wirken dabei als zusätzliche Hebel zur Intensivierung der Arbeit.

Dem „heißen Herbst" 1969, der größten und erfolgreichsten Offensive der italienischen Arbeiterklasse seit 1945, gingen wichtige Erfolge der Linken — so bei den Wahlen 1968, bei den studentischen Aktionen seit 1968 sowie bei betrieblichen Kampfaktionen (z. B. bei Pirelli, Fiat und in anderen Großbetrieben der Automobil-, Metall- und elektrotechnischen Industrie) — voraus. Die weitertreibende Funktion dieser Erfolge bestand in der starken Beteiligung der Basis, in der Verknüpfung von betrieblichen und gesamtpolitischen Forderungen (Wohnungsreform, Gesundheitsreform, Steuerreform) sowie in der sich immer mehr durchsetzenden Aktionseinheit der Gewerkschaften. Entscheidende Kampforgane wurden dabei die „einheitlichen, gewerkschaftlichen Basiskomitees" der Abteilungsdelegierten und Gewerkschafts-

Sammlung Luchterhand

Taschenbücher

Neuerscheinungen

Band 51
Helmut Heißenbüttel
Zur Tradition der Moderne
Aufsätze und Anmerkungen 1964—1971. DM 9,80

Band 52
Heinrich Vormweg
Eine andere Lesart
Über neue Literatur.
DM 7,80

Band 58
Lewis Coser
Theorie sozialer Konflikte
Sonderausgabe
Soziologische Texte.
DM 7,80

Band 60
Georg Fülberth
Proletarische Partei und bürgerliche Literatur
Auseinandersetzung in der deutschen Sozialdemokratie der II. Internationale über Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen Literaturpolitik.
collection alternative, herausgegeben von Hildegard Brenner, Band 3.
DM 7,80

Band 61
Angela Davis
Materialien zur Rassenjustiz
If They Come in the Morning.
Stimmen des Widerstands.
DM 9,80

Band 62
Jürgen Baumann (Hrsg.)
Das Abtreibungsverbot des § 218
Eine Vorschrift, die mehr schadet als nützt.
Demokratie und Rechtsstaat. Herausgegeben von Frank Benseler. DM 9,80

Band 63
Georg Lukács
Ästhetik
In vier Teilen.
Erster Teil. DM 9,80

Band 73
Pablo Neruda
Viele sind wir
Späte Lyrik von »Extratouren« bis »Memorial von Isla Negra«.
Herausgegeben, übertragen und eingeleitet von Erich Arendt. DM 9,80

aktivisten sowie die „Fabrikräte". Diese neuen proletarischen Organisationsformen, die — indem sie die revolutionäre Dialektik des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes entfalten — ein höheres Niveau des Klassenkampfes und des Klassenbewußtseins objektivieren, haben schon seit 1970 die Gewerkschaftseinheit in der Praxis der konkreten Auseinandersetzungen erreicht. Sie bilden — trotz zeitweiliger Rückschläge in den Jahren 1970 und 1971 — die Basis für die Vorbereitung des organisatorischen Zusammenschlusses der großen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL, insbesondere aber der schon weiter entwickelten Einheitsbestrebungen der Metallarbeitergewerkschaften. Die Position der italienischen kommunistischen Partei, des PCI, als der wichtigsten und politisch führenden Kraft der italienischen Arbeiterklasse ist — das wird von Albers klar herausgearbeitet — seit 1968 ausgebaut und weiter gefestigt worden. Die Vermittlung des Kampfes um ökonomische Forderungen, um Arbeiterkontrolle und um antikapitalistische Strukturreformen auf der nationalen Ebene ist der Kern der Strategie des PCI und so zugleich die praktische Grundlage für die Verwirklichung der Aktionseinheit.

Der traditionelle Anspruch des *britischen* Imperialismus ist durch die ökonomische und politische Dauerkrise der 60er Jahre endgültig zerstört worden. Steigende Arbeitslosigkeit (Ende 1971 gegen 1 Million), geringe Wachstumsraten bei immer höheren Inflationsraten („Stagflation") haben England zum „kranken Mann" des europäischen Kapitalismus degenerieren lassen. Die Ursachen dieser Entwicklung sind niedrige Investitionsraten (d. h. Zurückbleiben der Produktivität), was wiederum auf den — durch den überkommenen Kolonialtypus des britischen Imperialismus geprägten — hohen Kapitalexport und die übermäßigen Rüstungsausgaben zurückgeführt werden muß. Längst ist England nach ständigen Zahlungsbilanz- und Finanzkrisen hoch beim internationalen Finanzkapital verschuldet. Die — auch von der Labour-Regierung betriebene — kapitalistische Wirtschaftspolitik schränkte (durch Inflation, Arbeitslosigkeit, steigende Verbrauchssteuern, Lohnstop) die Lohneinkommen und die staatlichen Sozialausgaben bewußt ein, um so die private Kapitalbildung und den Export zu fördern. Das währungspolitische Dilemma sollte aber stets auf Kosten des Wachstums gelöst werden, was den Krisenmechanismus nur verstärkte. Die neue Strategie des britischen Imperialismus muß daher radikal mit überkommenen Vorstellungen brechen: Abbau der kolonialen Positionen „östlich von Suez" und Orientierung auf den EWG-Raum, staatlich geförderte Investitions- und Konzentrationspolitik — vor allem in den „pilot-industries" —, bewußter Einsatz des öffentlichen Wirtschaftssektors für die Stabilisierung der Profitraten in anderen Sektoren.

Die Streikkämpfe der britischen Arbeiterklasse sind nicht Ursache, sondern Folge dieser allgemeinen Krise. Sie sind eine Reaktion auf steigende Arbeitslosigkeit und Inflation, auf die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung, auf die Intensivierung der Arbeit, die „Verslummung" der Städte, die Verelendung in den traditionellen Industriezentren von Nordengland und Schottland, schließlich auf die staatliche Lohn-Stop-Politik, die Einschränkung staatlicher Sozialausgaben und die Angriffe des Staates und der Unternehmer auf die Rechte der Gewerkschaften. Dabei ist natürlich die Entwicklung der Klassenkämpfe in England von besonderem Interesse; denn hier herrscht — bei einem außerordentlich hohen Grad der organisatorischen Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung (1966 gab es immer noch 574 Einzelgewerkschaften) — die Orientierung der Mehrheit der Industriearbeiterschaft auf die sozialdemokratische Labour-Party vor, d. h. es gibt keine kommunistische Massenpartei wie in Frankreich oder Italien.

Paul Oehlke konzentriert sich zunächst auf das Phänomen der „neuen Militanz" in den Klassenkämpfen der 60er Jahre. Dazu gehört einmal die Verlagerung der Streikzentren auf die modernen Wachstumsindustrien — hauptsächlich auf die Automobilindustrie —, die Veränderung des Inhalts der Kampfforderungen von reinen Lohnforderungen zur Arbeiterkontrolle (Kontrolle der Leistungsentlohnung, der Arbeitsplatzbewertung, der Arbeitsgeschwindigkeit und der Personalpolitik des Unternehmens) sowie der Aufstieg der „Shop-Stewards" als gewerkschaftliche Basisvertretung und innerbetriebliche Kampforgane. Am Beispiel von Kampfaktionen im Bergbau, in der Dockindustrie,

in der Automobil- und Elektroindustrie wird nachgewiesen, daß der Kampf um Arbeiterkontrolle nicht nur die beschleunigte Intensivierung der Ausbeutung und die ungleichmäßige Lohnentwicklung verhinderte, sondern daß sich — in der Konfrontation mit den Gegenstrategien von Monopolkapital und Staat (Produktivitätsabkommen, Einkommenspolitik und Anti-Gewerkschaftsgesetze) — der Kampf der englischen Arbeiterklasse radikalisierte und politisierte. So hatte sich 1970 die Anzahl der Streiks gegenüber 1967 verdoppelt. Lehrer, Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes, Elektrizitäts- und Postarbeiter wurden in die Massenstreikbewegung hineingezogen, die nach der Wahlniederlage von Labour (1969) und der forciert reaktionären Politik der konservativen Regierung noch an Breite und Radikalität gewonnen hatte.

Wenn auch bei einzelnen Streikaktionen und beim Kampf gegen die Anti-Gewerkschaftsgesetze kein Durchbruch erzielt werden konnte, so darf dennoch der Prozeß der Herausbildung von Klassenbewußtsein nicht unterschätzt werden. Das beweisen nicht nur der wachsende Einfluß des linken Labour-Flügels, von sozialistischen — hauptsächlich trotzkistischen — Gruppen und der kommunistischen Partei, der die überwiegende Mehrheit der militanten „Shop-Stewards" angehört, sondern auch die innergewerkschaftlichen Demokratisierungs- und Politisierungsprozesse. Hier ist die Darstellung der Politik und Organisationsstruktur der Gewerkschaft der Techniker und technischen Zeichner (DATA), aber auch die Analyse des Zusammenschlusses verschiedener Gewerkschaften zur Allgemeinen Gewerkschaft der Metallarbeiter (AUEW), die den Kampf um Arbeiterkontrolle unterstützt, von besonderem Interesse (S. 269 ff.). Nach wie vor sind aber die Klassenkämpfe in Großbritannien durch das Fehlen einer einheitlichen Klassenaktion und -organisation gekennzeichnet und geschwächt. Gleichwohl entwickeln sich in den praktischen Kämpfen die Elemente zur Überwindung dieser Schwächen.

Die Bedeutung des Buches „Klassenkämpfe in Westeuropa" liegt hauptsächlich darin, daß die Autoren eine Fülle von empirischem Material und politischen Informationen — so auch über die innere Differenzierung der Arbeiterklasse und die historische Tradition der Arbeiterorganisationen — aufbereiten und in einer relativ unkomplizierten Sprache vermitteln. Insofern ist es gewiß auch gut für gewerkschaftliche und politische Schulungsarbeit geeignet. Wichtiger erscheint freilich der durch die Länderanalysen fundierte Nachweis, daß die Entwicklung von Klassenbewußtsein und die Stärkung der Arbeiterbewegung selbst ein Moment jener konkreten geschichtlichen Dialektik ist, die aus den Widersprüchen der Kapitalbewegung, der Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen und schließlich aus einer Strategie von Massenorganisationen der Arbeiterklasse resultiert, die die unmittelbaren ökonomischen Interessen der Lohnabhängigen mit der Forderung nach einer grundlegenden sozialökonomischen und politischen Veränderung des kapitalistischen Gesamtsystems zu verknüpfen wissen.

Gerade wegen dieser vorrangigen Konzentration auf die nationalen Entwicklungsbedingungen der Klassenauseinandersetzungen hat „Klassenkämpfe in Westeuropa" von Albers, Goldschmidt und Oehlke jedoch noch den Charakter einer Vorstudie, die die Beantwortung zentraler theoretischer und strategischer Probleme wohl vorbereitet, letztlich aber nicht leisten kann. So wird darauf verzichtet, systematisch die besonderen nationalen Widersprüche der Kapitalakkumulation, der Entwicklung eines staatlichen Regulierungsinstrumentariums und der Differenzierung der Arbeiterklasse im Zusammenhang der allgemeinen Strukturen und Perspektiven des spätkapitalistischen Systems zu reflektieren. Gleichermaßen offen bleibt die Frage, ob sich im westeuropäischen Bereich — möglicherweise noch unter Einschluß der USA — die Tendenz zur Vereinheitlichung des Krisenzyklus durchsetzt, was für eine Gesamtstrategie der westeuropäischen Arbeiterbewegung von außerordentlicher Relevanz wäre. Diese Frage nach der zunehmenden Angleichung der Widersprüche und der strategischen Grundpositionen implizierte zugleich die Untersuchung des Einflusses supranationaler Integration und Konkurrenz. Hier müßte also bei nachfolgenden Studien die ökonomische und politische Bedeutung der westeuropäischen Integration, der divergierenden kapitalistischen Interessen innerhalb der EWG sowie der Konkurrenzverhältnisse zwischen den USA und West-

europa analysiert werden. Es ist offenbar, daß diese supranationalen Strategien des Kapitals — ebenso wie die zunehmende Konsolidierung der sozialistischen Staaten — die Perspektive künftiger Kämpfe der internationalen Arbeiterbewegung entscheidend bestimmen werden. Auch die Beziehungen zwischen den Klassenkämpfen in Westeuropa und der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung in der BRD müßten dann differenzierter angegangen werden, als dies im Schlußteil des Buches (S. 287 bis 291) geleistet werden konnte.

Die Notwendigkeit der Lösung dieser Probleme erscheint um so dringlicher, als die Ausarbeitung einer westeuropäischen Strategie der Arbeiterbewegung gegenüber der zum Teil schon weit fortgeschrittenen Internationalisierung des Kapitals einen erheblichen Rückstand aufweist.

Frank Deppe

Warenästhetik

Wolfgang Fritz Haug, Kritik der Warenästhetik. Suhrkamp Verlag, edition suhrkamp Bd. 513, Frankfurt/M. 1971, 175 S., 4,— DM.

Das Buch faßt zusammen und systematisiert Ergebnisse von Arbeiten des Autors, die zwischen 1963 und 1971 veröffentlicht wurden. Insgesamt stellen sie den konsequentesten und wichtigsten Ansatz dar für eine Theorie derjenigen Erscheinungen des kapitalistischen Gesellschaftssystems, die man bisher unter den Stichworten „Werbung", „Manipulation", „Konsumterror" u. ä. zu fassen versuchte. Unter ihnen wird jedoch nur jener Teil zum Gegenstand der Untersuchung gemacht, der unter dem Begriff des Ästhetischen faßbar ist, also im weitesten Sinne „solche Schönheit" ist, „wie sie im Dienste der Tauschwertrealisierung entwickelt und den Waren aufgeprägt worden ist, um beim Betrachter den Besitzwunsch zu erregen". Damit wird unter ökonomischer Ableitung der Erscheinungen „die Verwandlung der Welt der nützlichen Dinge in Waren" beschrieben als „Modellierung der Sinnlichkeit" (10/11) durch „korrumpierende Befriedigung" (133).

Unter den Bedingungen der arbeitsteilig für den Markt produzierenden Gesellschaftsordnung wird die Warenästhetik als den Tauschakt begleitende Notwendigkeit aus dem Widerspruch zwischen Tausch- und Gebrauchswertstandpunkt abgeleitet. Die Erscheinung des Gebrauchswerts wird schließlich eigens produziert, zum Vollzug des Kaufaktes wird das Gebrauchswertversprechen der Warenästhetik wichtiger als der Gebrauchswert selber. Aus dieser ökonomisch begründeten Notwendigkeit entspringen alle politischen Aspekte der Warenästhetik. „Wer die Erscheinung beherrscht, beherrscht vermittels der Sinne die faszinierten Menschen" (17).

Diese Art des Beherrschens des Menschen durch den Menschen mit dem Mittel des „korrumpierenden Bedienens" (67) wird an einigen Beispielen als schon vor- und frühkapitalistischen Epochen bekannte Praxis beschrieben. Das europäische Handelskapital trug z. B. wesentlich dazu bei, daß nacheinander Venedig, die Niederlande und England vermittels Eindringen in fremde Märkte durch Schlüsselwaren wie militärische Güter und Reiz- und Genußmittel sich große Weltreiche aufbauen konnten. In ähnlicher Weise haben Praktiken der Bedürfnisweckung aus handelskapitalistischem Verwertungsinteresse zum Aufstieg des Bürgertums beigetragen: „Bald leiht die aufsteigende Bourgeoisie dem Adel gegen Wucherzinsen das Geld, womit er bei ihr die vielfältigen Imponiertextilien und Galanteriewaren kauft, bis Stück für Stück des adeligen Grundbesitzes den Bürgern zufällt" (21).

Die industriekapitalistische Massenproduktion bringt mit ihrem Aufstieg neue Verwertungsprobleme mit sich und damit auch neue Techniken der Produktion von Gebrauchswertversprechen. Der Zwang zur massenhaften Realisierung von Warenkapital wirkt sich so aus, daß das einzelne Kapital sich einen Gebrauchswert in Form einer Markenware ganz unterzuordnen sucht. Hierdurch erhält die Warenästhetik neue technische Formen, wodurch sie sich vom Warenkörper löst, nicht mehr nur zweite Haut, Verpackung der Ware ist, sondern als eigener kapitalisierter Bereich in Form eines Namens, eines Bildes, eines Satzes etabliert wird. Aus der Konkurrenz der Gebrauchswerte wird eine eigens produzierte Konkurrenz der Erscheinungsbilder. Vom Standpunkt der Werbeproduktion

gibt es nur ein inhaltsloses „Einerlei von Meinungsgegenständen" (37), die Produktion der Warenästhetik hat nichts mehr mit den Waren zu tun, sondern „einzig mit der Meinung der Massen über sie" (37). Damit werden die Manipulationstechniken beliebig transferierbar auf alle anderen möglichen „Meinungsgegenstände", die keine Waren mehr zu sein brauchen, sondern ebenso ein politisches Programm sein können wie auch der Kapitalismus insgesamt. Obwohl hier ein „tendenziell dominierender Wesenszug des Monopolkapitalismus" (41) vorliegt, warnt Haug vor allzu voreiliger Gleichsetzung des „Ankommens" von Waren mit dem „Ankommen" politischer Programme und Parteien. „Es gälte erst einmal, Phänomene des ‚Ankommens' — in der Liebeswerbung, der Dichtung, der politischen Agitation und Propaganda und in der Wirtschaftswerbung — differenziert zu untersuchen" (40 f.).

Man müßte die Liste der noch einzubeziehenden Gesichtspunkte verlängern. Wenn Haug die Käufer mit Tantalus vergleicht, „der immerzu von den schönsten Trugbildern seiner Bedürfnisse umgaukelt wird — wenn er nach ihnen greift, greift er ins Leere", so könnte der Eindruck eines sich nur in der Zirkulationssphäre abspielenden Kreislaufs entstehen. Tatsächlich greift Tantalus, der „süchtige Käufer", ja nicht ins Leere; einen, wenn auch vom Schein des warenästhetischen Versprechens losgelösten minimalen Gebrauchswert wird jede Ware immer noch bieten müssen, sonst wird sie spätestens beim zweitenmal nicht mehr verkauft werden können. Die Erfahrung des tatsächlichen Gebrauchswerts beim Konsum und die Diskrepanz zwischen ihm und dem kaufanreizenden Versprechen bestimmt jedoch das Verhalten des Käufers ebenso sehr wie die Warenästhetik und hat damit auch Einfluß auf bestimmte Erscheinungsformen der Warenästhetik selbst. Hiervon sind die politischen „Meinungsgegenstände" in anderer Weise betroffen als die Waren, da sich der „Gebrauchswert" eines politischen Programms oder auch eines Politikers nur im Zusammenhang mit durch andere Medien übermittelten Nachrichten bestimmen läßt. Hier würde der Teilbereich der direkten Informations-Manipulation zu untersuchen sein. Auf Verhaltensweisen des Konsumierens eingehende Praktiken der Übermittlung und von ihnen gesteuerte Rezeptionsbedingungen der Informationsvermittlung durch Massenmedien könnten zum Teil aus der Warenästhetik hergeleitet werden. Auch für eine solche Ausweitung sind die Haugschen Kategorien das ökonomisch-gesellschaftstheoretische Fundament.

Neben der Markenbildung entwickelt sich als „zweiter Effekt der Monopolisierung" (48) die „ästhetische Innovation" aus dem Verwertungsinteresse als Folge ökonomischen Zwangs. Erscheinungen der Mode, in der Folge sich „wie ein Wetter das andere" ablösender „ästhetisch differenzierter Warengenerationen" (51), sind Ausdruck der Notwendigkeit der Gebrauchszeitverkürzung zur schnelleren Verwertung des Kapitals, das über diese Funktionen nun tatsächlich entscheidenden Einfluß auf Triebstruktur, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen der Käufer nimmt. Zusammen mit den Funktionen der Warenästhetik, die von Menschen als Verkäufer und Käufer selbst übernommen werden müssen — z. B. in Form der Verhaltensweisen der Charaktermaske des Verkäufers, sei es von Waren, sei es der eigenen Arbeitskraft als Ware — erscheint die „Vergötzung von Jugend", als eines der Beispiele solchen Einflusses, die von Haug in allen ihren Auswirkungen beschrieben werden. Die hohe Bewertung des Jungseins, aus der Notwendigkeit der Schaffung von Warengenerationen abgeleitet, „dessen Glanz von den geheimen Schrecken des Alterns" — zunächst einmal der Waren in Form von Ladenhütern, dann aber des Körpers und Geistes überhaupt — „im Kapitalismus gespeist wird" (114), diese Folge des „Sinns der Kapitalverwertung", der „keiner für die lohnabhängigen Massen ist" (115), verstärkt aber nur das im Kapitalismus vorhandene Gefühl der Sinnlosigkeit der Arbeit: „Immer für Fremde gearbeitet haben, heißt am Ende für nichts und wieder nichts gearbeitet haben. In Alter und Tod wird diese Erfahrung unabweisbar; in undurchschauten Verhältnissen und außerhalb einer Klassenorganisation fällt diese Erfahrung zurück auf Alter und Tod, und jetzt erscheinen sie doppelt grauenvoll" (115).

Hier wird exemplarisch der Zusammenhang des Ganzen klar; die von der Zirkulationssphäre ausgehende „Triebmodellierung" wird in den Kontext der in der Produktion statthabenden und im Grundgegensatz von Lohnarbeit und Kapital ihren Grund findenden eigentlichen Ausbeutung gestellt.

Damit dieser Zusammenhang ständig im Auge bleibt, würde Haug besser daran getan haben, seine Aufsätze nicht chronologisch nach ihrer Entstehung in das Ganze einzubringen. Aus dem letzten, im „Argument" kurz vorher schon veröffentlichten Aufsatz: „Die Rolle des Ästhetischen bei der Scheinlösung von Grundwidersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft" stammt das wichtige, hier erst den vierten Teil des Buchs eröffnende Kapital über den „Einfluß der Warenästhetik auf die Arbeiterklasse". Es hätte, an den Anfang gesetzt, Mißverständnisse vermeiden können, die bereits zu scharfer Kritik des ganzen Ansatzes geführt haben[1]). Hier wird die Reichweite der Untersuchungen über Warenästhetik abgesteckt und klar gesagt, daß es sich um die Untersuchung einer Seite des Verhältnisses von Kapital und Arbeit handelt, von der allerdings schon Marx gesagt hat, daß sie „ein wesentliches Zivilisationsmoment" sei (zit. 132): „Der politisch bewußten Zuspitzung des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital von seiten der Arbeiterklasse, der seine entscheidenden Bestimmungen aus dem Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital in der Produktionssphäre empfängt, wirkt jene zweite Beziehung, in der die Arbeiter dem Kapital als Käufer- und Konsumwelt gegenübertreten, entgegen. Ihre Bestimmung empfängt diese Beziehung, solange keine Krise sie aussetzt, aus der Zirkulationssphäre" (133 f.).

Im Buch selbst schon angedeutete Möglichkeiten der Fortsetzung der Untersuchung würden sich auf den Markt zu beziehen haben, auf dem in ständigen Tauschakten die Produktion eingeleitet wird, wo die Arbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen, denn „was für das Kaufhauskapital eine Funktion zur Realisierung seines Warenkapitals ist, die Erscheinung seiner Verkaufsagenten, wird für diese zur Verkaufsfunktion ihrer Ware Arbeitskraft" (82). Der Untersuchung der Funktion der Ästhetik für die Verwertung des bereits angelegten Kapitals wäre zur Seite zu stellen eine Untersuchung der Funktion der Ethik für die Vorbereitung der primären Ausbeutung, da nämlich, wo im ersten Tauschverhältnis auf dem Arbeitsmarkt Proletariat und Kapital ihre widersprüchliche Verbindung zunächst eingehen.

Günter Giesenfeld

[1]) So unterstellt z. B. Friedrich Rothe in dem Band „Von der kritischen zur historisch-materialistischen Literaturwissenschaft", Oberbaumverlag, Berlin 1970, Haug, er propagiere „die Revolution aus der Zirkulationssphäre" (S. 35): „Die Enttäuschung der durch das Warenangebot nicht etwa frustrierten, sondern in ihrem Drang nach Wunscherfüllung bestärkten Konsumenten soll dann in Politik gegen das kapitalistische System umgesetzt werden"; „ . . . ist es nun Haugs Anliegen, nachzuweisen, daß der Kapitalismus seinen Untergang durch den von ihm notwendig erzeugten Warenhunger beschleunigen wird" (S. 41). Der Klassengegensatz von Produzierenden und Aneignenden habe „keine wirkliche Konsequenz in seiner Analyse gefunden" (S. 41). Daher erscheine der Monopolkapitalismus bei Haug als ein „homogenes, von Klassenkämpfen gereinigtes Feld". Allerdings hat auch Haug das „homogene Feld des Konsums, das Operationsfeld der Warenästhetik" (S. 42) beschrieben, aber dessen Homogenität als einen Schein analysiert, durch die „eine spezifische Klassenkultur die Arbeiter zu vereinnahmen sich anschickt: in das kapitalistische Zerrbild einer klassenlosen Kultur" (Haug, 136). Hier wird „kapitalistische Propaganda der Waren" zur „Propaganda für kapitalistische Warenproduktion" (137). Sie „muß das Klassenbewußtsein der Werktätigen durchschauen".

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Bertrand Russell, Moral und Politik. Deutsche Ausgabe von „Human Society in Ethics and Politics". Aus dem Englischen übersetzt von Ruth Gillischewski. Nymphenburger Verlagshandlung, München, 207 S., Paperback 16,— DM, Ln. 24,— DM (Sammlung Dialog Texte, Bd. 106).

Lewis A. Coser, Theorie sozialer Konflikte. Deutsche Ausgabe von „The Functions of Social Conflicts". Übersetzt von Sebastian und Hanne Herkommer. Luchterhand Verlag, Neuwied, 193 S., br. 7,80 DM.

Wörterbuch der Soziologie (in drei Bänden). Herausgegeben von Wilhelm Bernsdorf. Bd. 1: Abweichendes Verhalten — Gleichgewicht; Bd. 2: Gruppe — Politische Parteien; Bd. 3: Politische Soziologie — Zuverlässigkeit. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, 961 S., br. je Band 5,80 DM (Fischer Handbücher, Bd. 6131/33). — Das Wörterbuch, das für die Taschenausgabe neu bearbeitet und aktualisiert wurde, enthält insgesamt 297 Stichworte und eine, allerdings sehr summarische, Bibliographie.

Wilhelm Hehlmann, Wörterbuch der Pädagogik. Neunte, durchgesehene und ergänzte Auflage. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, VIII, 621 S., Ln. 19,80 DM (Kröners Taschenausgabe, Bd. 94).

Armin Gutt / Ruth Salffner, Sozialisation und Sprache. Didaktische Hinweise zu emanzipatorischer Sprachschulung. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 112 S., kart. 5,— DM.

Heinz Sahner, Politische Tradition, Sozialstruktur und Parteiensystem in Schleswig-Holstein. Ein Beitrag zur Replikation von Rudolf Heberles: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Verlag Anton Hain, Meisenheim, VIII, 144, 9 Kartentafeln, br. 28,80 DM.

Leben als Gastarbeiter. Gelungene und mißlungene Integration. Herausgegeben von Karl Bingemer, Edeltrud Meistermann-Seeger und Edgar Neubert. Zweite, durchgesehene Auflage. Westdeutscher Verlag, Opladen, 235 S., kart. 33,— DM.

Brecht heute — Brecht today. Jahrbuch der Internationalen Brecht-Gesellschaft. Athenäum Verlag, Frankfurt, 204 S., Ln. 38,- DM, kart. 28,— DM.

Revier heute. Neue Texte aus der literarischen Werkstatt der Volkshochschule Gelsenkirchen. Herausgegeben von Hugo Ernst Käufer. Georg Bitter Verlag, Recklinghausen, 196 S., br. 12,80 DM.

Kunst als Flucht, Flucht als Kunst. Zur Kritik künstlerischer Ideologien. Jahrbuch 1971 des Städtischen Museums Leverkusen. Herausgegeben von Rolf Wedewer und Lothar Romain. Westdeutscher Verlag, Opladen, 154 S., br. 24,— DM.

Gerhard Gleissberg (u. a.), Zur Pressekonzentration und Meinungsmanipulierung. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 202 S., br. 7,50 DM (Marxistische Taschenbücher / Reihe „Marxismus aktuell" / Bd. 42).

Die vertrimmte Nation oder Sport in rechter Gesellschaft. Herausgegeben von Jörg Richter. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek, 144 S., br. 2,80 DM (Rororo / Aktuell / Bd. 1547).

Geschichte und Zeitgeschichte

Golo Mann, Geschichte und Geschichten. S. Fischer Verlag, Frankfurt, 536 S., Ln. 14,80 DM. — Aufzeichnungen aus den Jahren 1938 bis 1961.

Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Horst Hildebrandt. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, 276 S., kart. 7,80 DM (Uni-Taschenbücher, Bd. 58). — Enthält u. a. die Deutsche Bundesakte (1815), die Wiener Schlußakte (1820), Verfassungsurkunden Bayerns, Preußens und des Deutschen Reiches aus dem 19. Jahrhundert, die Weimarer Verfassung, das Bonner Grundgesetz und die beiden Verfassungen der DDR aus den Jahren 1949 und 1968.

Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland. Herausgegeben von Karl Obermann. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 288 S., br. 5,80 DM (DTV / Wissenschaftliche Reihe / Bd. 4111). — Vom Herausgeber durchgesehene und gekürzte Fassung; die Originalausgabe erschien im VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin.

Heinz Müller / Siegfried Geidenberger, Die Einkommensstruktur in verschiedenen deutschen Ländern 1874—1913. Unter Berücksichtigung regionaler Verschiedenheiten. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 219 S., br. 48,— DM (Schriften zu Regional- und Verkehrsproblemen in Industrie- und Entwicklungsländern, Bd. 10).

Kronprinz Friedrich Wilhelm, Tagebuch meiner Reise nach dem Morgenlande 1869. Die Reise des preußischen Kronprinzen zur Einweihung des Suez-Kanals. Herausgegeben und eingeleitet von Hans Rothfels. Ullstein Verlag, Berlin, 116 S., Pappband im Schuber 18,— DM.

Volker R. Berghahn, Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II. Droste Verlag, Düsseldorf, 640 S., Ln. 54,— DM (Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft, Bd. 1).

Michael Libal, Japans Weg in den Krieg. Die Außenpolitik der Kabinette Konoye 1940/41. Droste Verlag, Düsseldorf, 264 S., Ln. 24,— DM.

Lothar Peter, Klassenkämpfe in Frankreich. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 118 S., br. 4,— DM. — Es handelt sich um den ersten Band einer vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) herausgegebenen Reihe „Klassenkämpfe im kapitalistischen Europa".

Fernseh-Spalte

„AKZENTE ANDERS GESETZT"

Schöne Bilder. Tristesse wabert über der Landschaft. Melancholie sickert auf die menschenleere Straße hernieder, durch die ein Peilwagen kriecht. Man bangt um die übermüdeten Funker, die nichtsahnend in einem verborgenen Zimmer des Hauses gleich da drüben ihre Codesprüche nach Moskau morsen. Bangt man wirklich? Ach wo. Die optische Droge hüllt das bißchen Nervenkitzel in ein ästhetisches Wölkchen. Und schließlich ist ja immerhin die „Rote Kapelle" am Werk ... Und wie schon der Name sagt ... Und es ist einfach nicht zu glauben: dieser Oberleutnant aus dem Reichsluftfahrtministerium und dieser Oberregierungsrat aus dem Reichswirtschaftsministerium ...

Drei Folgen des „Dokumentarspiels" stehen noch aus, während diese Anmerkungen geschrieben werden. Doch was man bisher gesehen hat, war schon fast zuviel. Eine einzige Sequenz am Schluß des vierten Teils — und die bestand aus echten Dokumentarfotos (die Hinrichtungsstätte Plötzensee) — ließ ahnen, was dieser stilvolle Agentenfilm hätte sein müssen: die Darstellung einer Nachrichtenorganisation im Dienste des antifaschistischen Widerstandes und — für den deutschen Zuschauer noch wichtiger — des aktiven Kampfes der Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe gegen den Nationalsozialismus. Günter Weisenborn schrieb über diese Gruppe: Sie „setzte sich zusammen aus Menschen, deren gesellschaftliche Herkunft und deren Weltanschauung stark auseinandergingen." Jeder, der sich mit den Fakten beschäftigt hat, weiß das. Und er weiß auch, daß gerade dieser Kreis sich, wie Margret Boveri anmerkt, „auf den internen Kampf gegen das nationalsozialistische Regime" konzentrierte. Aber wie viele Millionen TV-Konsumenten haben davon eine Ahnung? Jedenfalls ist die siebenteilige Serie ganz auf die Tätigkeit „dieser sowjetischen Spionageorganisation" abgestimmt, wie es in den Informationen des Deutschen Fernsehens (Nr. 15/72) heißt. Über die sonstigen Aktionen insbesondere der deutschen Mitglieder der Organisation erfährt man kaum etwas; wenig mehr als eine pauschale Zahl, was die Blutopfer der Gruppe anbelangt; so gut wie nichts über die Folterungen und Quälereien, denen alle ausgesetzt waren. Es ist genug Unsinn über die sogenannte „Rote Kapelle" verbreitet worden, bösartiger Unsinn und noch Schlimmeres (etwa vom damaligen Anklagevertreter Dr. Manfred Roeder, der 1972 ein infames Buch über „Die Rote Kapelle" veröffentlichen konnte). Und es wird höchste Zeit, diesen von der Gestapo geprägten Begriff überhaupt zu ächten. Er wird doch im Sinne des gleichen billigen Objektivismus benutzt wie etwa „Drittes Reich".

Eine Spionageorganisation, die für die Befreiung und zunächst sogar für das Überleben ganzer Völker wirkt, ist allein schon durch diese Motivation gerechtfertigt. Abgesehen vom Fehlen solcher Argumente ist eine Reihe entscheidender Details zu kritisieren. Ein Beispiel: Trepper informiert den sowjetischen Militärattaché General Susloparow in Vichy über den bevorstehenden Überfall der Hitlerarmeen auf die Sowjetunion. Der General erklärt ihn zuerst für verrückt. Aber als Trepper nicht nachgibt, läßt Susloparow die Nachricht sofort übermitteln. Sowohl Heinz Höhne als auch Gilles Perrault, die methodisch — wenn auch nicht ganz übereinstimmend — die Geschichte der Organisation bis in winzigste Details eruiert haben, belegen eindeutig diese Tatsache. Im Fernsehfilm zieht sich General Susloparow hochmütig zurück, ohne etwas zu unternehmen. Die Fragwürdigkeit der Fernsehserie erhellt schon aus den vagen Andeutungen des Regisseurs Franz Peter Wirth: „Die Dinge sind zu etwa 90 Prozent so abgelaufen, wie sie bei uns dargestellt werden — die restlichen zehn Prozent sind Erfindung — im Sinne der Historie. Wir haben nichts verfälscht, wir haben nur die Akzente etwas anders gesetzt ..." (ARD-Pressedienst 43/71). Es sind zum Teil perfide „Akzente", wie man gesehen hat und noch sehen wird.

E. H. Wahl

Dokumente zum Zeitgeschehen

Gutachten von Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Marburg, über die von Franz Josef Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus

(Wortlaut)

Der gescheiterte Versuch der CDU/CSU vom 27. April d. J., die Regierung Brandt/Scheel durch ein Mißtrauensvotum zu Fall zu bringen, macht die Auseinandersetzung mit der Politik der Unionsführer Barzel und Strauß dringlicher denn je. Im letzten Heft der „Blätter" begannen wir mit der Veröffentlichung eines Artikels von Hans-Dieter Bamberg „Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel", dessen Abdruck im Juni-Heft fortgesetzt werden soll. Zu einigen Aspekten des politischen Kontextes des CSU-Führers, Franz Josef Strauß, stellte uns Prof. Dr. Reinhard Kühnl den Text eines Gutachtens zur Verfügung, das wir nachstehend im ungekürzten Wortlaut der Öffentlichkeit vorlegen.

Dieses Gutachten wurde angefertigt auf Antrag der Verteidigung in einem Prozeß, der im November 1971 vor dem Landgericht Dortmund stattfand. Angeklagt war Hans Walter v. Oppenkowsky (SDAJ) wegen Beleidigung von Strauß und Guttenberg und wegen Verwendung nationalsozialistischer Symbole. Auf einem Plakat, für das er verantwortlich zeichnete, waren Strauß in der Pose des Führergrußes, ein Hakenkreuz, ein Reichsadler und Adolf Hitler zu sehen. Es kam in diesem Gutachten nicht darauf an, eine konsequente kritische Faschismustheorie zu entwickeln, sondern solche Merkmale des Faschismus ins Zentrum zu rücken, die bis weit in die bürgerliche Geschichts- und Sozialwissenschaft hinein anerkannt sind. Das Gutachten zeigt, daß selbst bei Anwendung solcher Kriterien das Resultat noch aussagekräftig genug ist.

Der erste Beweisantrag der Verteidigung, ein Gutachten über das Verhältnis zwischen den von Strauß repräsentierten Kräften und dem Faschismus anzuhören, wurde vom Gericht abgelehnt. Zugelassen wurde lediglich ein Gutachten über das Problem, ob zwischen Strauß und Hitler eine partielle politische Identität bestehe. Der Antrag des Staatsanwalts, auch dieses Gutachten abzulehnen, weil schon die Fragestellung „ungeheuerlich" und eine „unsinnige Behauptung" sei, „die bei vernünftigem Denken keinerlei Beweisen zugänglich ist", der Gutachter überdies angesichts seiner bekannten politischen Haltung befangen sei, wurde vom Gericht abgelehnt. Daraufhin mußte die Einleitung neu formuliert und das Gutachten im Vokabular stärker auf die Personen von Strauß und Hitler abgestellt werden. Der im folgenden abgedruckte Text entspricht der ursprünglichen Fassung. (Die Neufassung der Einleitung wird als Anmerkung am Schluß wiedergegeben.)*

Der Angeklagte wurde schließlich zu einer Geldstrafe von DM 500,— verurteilt. In der mündlichen Urteilsbegründung — die schriftliche liegt noch nicht vor — hieß es, er habe in seinem Plakat den Anschein erweckt, zwischen Strauß und Hitler bestehe eine vollständige Identität; das aber sei unwahr. Das Gericht scheint also die These des Gutachtens, daß eine partielle politische Identität nachweisbar sei, akzeptiert zu haben. Das ist für künftige Auseinandersetzungen mit dem Rechtskartell und seinem Führer nicht ganz unwichtig. D. Red.

I

Die Frage nach dem Faschismus ist von vornherein auf politische Tendenzen gerichtet — und nicht nur auf eine Persönlichkeit. Deshalb sind in die vorliegende Untersuchung — neben Franz Josef Strauß selbst, dem eine führende Funktion zukommt — mindestens in Umrissen auch die Kräfte einzubeziehen, die sich um die Persönlichkeit von Strauß grup-

pieren und von ihm repräsentiert werden: vor allem also die CSU und das von Strauß herausgegebene Organ der CSU, der „Bayernkurier".

Ob eine Persönlichkeit oder eine politische Partei faschistische Tendenzen aufweist, ist nicht dadurch zu ermitteln, daß man sie nach ihrer Selbsteinschätzung befragt. Was jemand von sich hält, wofür er sich ausgibt und was er tatsächlich ist, muß nicht zusammenfallen und fällt in den meisten Fällen auch nicht zusammen. Auch die Ansichten, die in der veröffentlichten Meinung zum Ausdruck kommen, können darüber keine zureichende Auskunft geben; sie können durch politische Rücksichten beeinflußt oder durch Uninformiertheit über die wissenschaftliche Faschismusdiskussion gekennzeichnet sein. Eine Antwort ist also nur durch eine Analyse des wirklichen Verhaltens und der wirklichen Vorstellungswelt der in Frage stehenden Persönlichkeit oder Partei möglich. Daß also Franz Josef Strauß und die CSU sich selber für demokratisch erklären und daß ein beträchtlicher Teil der politischen Öffentlichkeit mit diesem Urteil übereinstimmt, kann nicht als ausreichender Grund gelten, abweichende Urteile von vornherein für falsch zu erklären.

Maßstab eines abgemessenen Urteils über die Frage, ob die von Strauß repräsentierten politischen Kräfte faschistische Tendenzen aufweisen, sind die Merkmale des Faschismus, wie er sich in den 20er und 30er Jahren in Europa entwickelt und in Italien (1922) und in Deutschland (1933) die politische Macht erobert hat. Da alle diese Bewegungen und Systeme in Ideologie und politischer Praxis — trotz gewisser nationaler Besonderheiten — wesentliche Merkmale gemeinsam haben, ist es berechtigt, den gemeinsamen Oberbegriff Faschismus zo verwenden [1]).

Der deutsche Faschismus kann dabei als eine besonders extreme Form des Faschismus definiert werden. Sofern sich ähnliche Merkmale bei Persönlichkeiten, politischen Parteien oder Systemen der Gegenwart nachweisen lassen, ist es berechtigt, den Faschismusbegriff auf die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg zu übertragen. Für die NPD z. B. haben wir den faschistischen Charakter eindeutig und detailliert nachgewiesen [2]). Die meisten sozialwissenschaftlichen Ordnungsbegriffe sind dadurch entstanden, daß eine politische Bewegung oder ein soziales Modell nach ihren wesentlichen Merkmalen befragt und daraus ein allgemeiner Begriff entwickelt worden ist. Begriffe wie Stand, Kaste, Liberalismus, Demokratie, die Linke, die Rechte und viele andere wurden auf diese Weise gewonnen. Die neuere Faschismusforschung hat auch den Faschismusbegriff so auf das Wesentliche konzentriert und von hier aus generalisiert, daß er auf politische Phänomene außerhalb Italiens und für die Zeit nach dem Zusammenbruch der faschistischen Systeme 1945 anwendbar ist [3]).

Obwohl die politische Rechte gegenüber der Linken wesentliche Merkmale gemeinsam hat, ist es doch möglich und notwendig, „gemäßigte" und „extreme" Rechte begrifflich voneinander zu trennen. Es läßt sich also angeben, ob es sich im Einzelfall um eine rechtsbürgerliche, nationalkonservative Partei oder um eine faschistische Partei, um ein rechtsbürgerliches oder um ein faschistisches Herrschaftssystem oder um eine Übergangsform zwischen beiden handelt. Bei dieser typologischen Trennung darf jedoch nicht übersehen werden, daß es im realen politischen Prozeß eine Reihe von Übereinstimmungen und Verbindungslinien zwischen den rechtsbürgerlichen und faschistischen Kräften gibt, deren wichtigste die folgenden sind:

1) Die Massenbasis der faschistischen Parteien (Mitglieder, Wähler, Anhänger) rekrutiert sich zum großen Teil aus den sozialen Gruppen, die vorher Parteien der bürgerlichen Mitte oder der „gemäßigten" Rechten unterstützt haben. Es hängt also von den konkreten sozialen und politischen Bedingungen ab (Konjunktur oder Krise, soziale Sicherheit oder

---

1) Die ausführliche Begründung habe ich geliefert in „Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert", 2. Bde., Köln und Berlin 1971, Stichworte Faschismus und Faschistische Bewegungen; Formen bürgerlicher Herrschaft, Liberalismus und Faschismus, Reinbeck bei Hamburg 1971, S. 79 ff.

2) Vgl. R. Kühnl u. a., Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt 1969.

3) Die prinzipielle Möglichkeit solcher Kontinuität wird auch von solchen Forschern nicht bestritten, die den Faschismus inhaltlich anders verstehen; vgl. z. B. K. D. Bracher, Die deutsche Diktatur, Köln und Berlin 1969, S. 501 ff.; K. Sontheimer, Deutschland zwischen Demokratie und Antidemokratie, München 1971; E. Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Köln und Berlin 1967, S. 71; W. Schieder, Faschismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Freiburg—Basel—Wien 1968, Bd. II, S. 474.

Angst vor Deklassierung), ob diese Wählermassen die Mitte und die gemäßigte Rechte oder den Faschismus unterstützen.

2) Wesentliche Elemente der faschistischen Ideologie sind dem radikalen Konservativismus entnommen. Das gilt z. B. für Autoritarismus und Volksgemeinschaftsideologie, für die Hochschätzung militärischer Denk- und Verhaltensformen, die Kampfstellung gegenüber Rationalismus, realer Demokratie im Sinne der wirklichen Selbstbestimmung der Massen, Sozialismus, Marxismus und Arbeiterbewegung, die Leugnung der Klassengegensätze bei gleichzeitiger Betonung der Notwendigkeit sozialer Unterschiede, die Betonung von Gefühl und Gemüt, die Verklärung ländlich-bäuerlicher und handwerklicher Lebensformen, die konservative Sexual- und Familienmoral, die Frontstellung gegen die Frauenemanzipation, die Verherrlichung von Vaterlandsliebe und Nationalgefühl usw. So ist es möglich, daß der Konservativismus ideologisch und politisch den Boden für den Faschismus bereitet, wie es der Münchener Politologe Prof. Kurt Sontheimer für die Weimarer Zeit detailliert nachgewiesen hat [4]). Der Faschismus unterscheidet sich hier nur dadurch von der „gemäßigten" Rechten, daß er diese Ideologie konsequenter und aggressiver formuliert.

3) Die ideologische Verwandtschaft zwischen rechtsbürgerlichen und faschistischen Parteien kann sich zum politischen Bündnis steigern. In Italien wie in Deutschland kam der Faschismus in Gestalt einer Koalitionsregierung mit den rechtsbürgerlichen Kräften an die Macht.

4) Die ökonomischen Machtgruppen, die Vertreter der Großwirtschaft, unterstützen je nach der Gesamtsituation und nach ihrer Interessenlage entweder die bürgerlichen Parteien der Mitte und der „gemäßigten" Rechten oder den Faschismus. In Italien wie in Deutschland konnte der Faschismus nur deshalb die politische Macht erobern, weil zusammen mit den Wählermassen der bürgerlichen Parteien auch die ökonomisch Mächtigen, die über die Wirtschaft verfügten, zum Faschismus übergegangen sind [5]).

Zu prüfen ist also:

1) ob in der Vorstellungswelt und im politischen Verhalten von Franz Josef Strauß und der von ihm repräsentierten Kräfte Merkmale und Tendenzen erkennbar sind, die sich als spezifisch faschistisch identifizieren lassen;

2) ob bei ihnen Merkmale und Tendenzen erkennbar sind, die der „gemäßigten" wie der „extremen" Rechten gemeinsam sind;

3) wie stark diese ideologischen Gemeinsamkeiten ggf. sind und ob sie sich zu einem politischen Bündnis verdichtet haben.

Als politisches Verhalten müssen dabei sowohl Handlungen als auch schriftliche und mündliche Äußerungen gelten, die als Symptom für die politischen Zielvorstellungen betrachtet werden können und überdies, wenn es sich um eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens handelt, ohne Zweifel politische Folgen haben. Seit der großen empirischen Studie von Adorno, Frenkel-Brunswik u. a. über die autoritäre Persönlichkeit wurde ein wissenschaftliches Instrumentarium entwickelt, mit dem gerade bei Führerpersönlichkeiten die autoritäre Mentalität, die faschistische Verhaltensformen der Bevölkerung mobilisiert, mit zunehmender Exaktheit bestimmt werden kann [6]).

Die Kontinuität in der Vorstellungswelt und der Politik der deutschen Rechten von der Bismarckzeit über die wilhelminische „Sammlungspolitik", die „Harzburger Front", die Regierung Hitler-Hugenberg bis zur Gegenwart und die Bedeutung des Hakenkreuzsymbols für die rechten Sammelbewegungen hat mein Hamburger Kollege Imanuel Geiss in seinem Gutachten ausführlich dargestellt. Die Beweisführung dieses Gutachtens halte ich für überzeugend, seine Resultate für zutreffend. In meinem Gutachten konzentriere ich mich deshalb darauf, diejenigen Punkte hervorzuheben, die für das Faschismusproblem von zentraler Bedeutung sind.

---

4) Vgl. K. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962.
5) Vgl. dazu G. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt 1962; E. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Köln 1967; E. Calic, Ohne Maske. Hitler-Breiting Geheimgespräche, Frankfurt 1968; R. Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft, a. a. O.
6) Th. Adorno, B. Bettelheim, E. Frenkel-Brunswik u. a., The Authoritarian Personality, New York 1950; im folgenden wird nach der gekürzten deutschen Fassung zitiert, die 1968 im Verlag de Munter, Amsterdam, unter dem Titel „Der autoritäre Charakter" erschien.

II

Eine wesentliche Rolle im Kampf der Rechten gegen die Weimarer Demokratie spielte die Agitation, die von der Parole der „Verzichtpolitik" ausging. Damit wurden die Bemühungen, mit den ehemaligen Kriegsgegnern auf der Basis des Versailler Vertrages zu einer Verständigung zu gelangen, als Verrat der nationalen Interessen diffamiert. So wurden nationalistische und chauvinistische Stimmungen entfacht, die zu Mordaktionen gegen die Repräsentanten der Verständigungspolitik führten, und so wurde die Hoffnung geweckt, die Resultate der militärischen Niederlage von 1918 könnten nachträglich noch aus der Welt geschafft, die durch diese Niederlage verlorenen Gebiete könnten wiedergewonnen werden.

Bei dieser Agitation standen „gemäßigte" und „extreme" Rechte, Deutschnationale und Nationalsozialisten in einer Front, wenn sie sich auch in der Tonart graduell unterschieden. 1931 entwickelte sich aus dieser gemeinsamen Frontstellung ein politisches Bündnis in Gestalt der „Harzburger Front", und 1933 schließlich eine Koalitionsregierung. Das faschistische System war etabliert — mit der aktiven Hilfe der „gemäßigten" Rechten. In der Tat wurden dann die nach 1918 entstandenen Grenzen zugunsten Deutschlands verändert — aber mit den Mitteln der Gewalt und dem Resultat der Zerstörung halb Europas, Millionen Toter und Verstümmelter und einer totalen Niederlage des Deutschen Reiches. Es ist offensichtlich, daß die Konstellation der Weimarer Republik in dieser Frage sich gegenwärtig in ähnlicher Form wieder herausbildet. Die Regierung Brandt/Scheel bemüht sich um die von den bisherigen Regierungen vermiedene Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern im Osten auf der Basis der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen — und die gesamte Rechte diffamiert diese Politik als Verrat der nationalen Interessen. Wieder werden auf diese Weise nationalistische und chauvinistische Stimmungen entfacht, die bereits zu tätlichen Angriffen und Morddrohungen gegen die Repräsentanten dieser Verständigungspolitik geführt haben. Und wieder wird die Hoffnung geweckt, die Folgen der militärischen Niederlage seien doch noch aus der Welt zu schaffen und die Grenzen doch noch zu verändern, die verlorenen Gebiete doch noch wiederzugewinnen. Schon Adolf Hitler begründete seine auf Veränderung des Status quo zielenden Forderungen mit den „Lebensrechten des deutschen Volkes" [7]), und der CSU-Abgeordnete und Vizepräsident des Bundestages Richard Jaeger wiederholt diese Agitationsfigur: „Wer die völkerrechtlich unangreifbare Position der Reichsgrenzen von 1937" aufgebe, „verschleudert die Lebensrechte unseres Volkes" [8]). Wie damals erscheint der aggressive Inhalt in defensiven Worthülsen, die Veränderung der Grenzen als bloße „Selbsterhaltung" [9]).

Strauß selbst betonte schon 1964, „daß sich das deutsche Volk niemals mit einer Lösung für die politische Struktur Mittel-Ost-Europas abfinden wird, die legitime deutsche Interessen verletzt". Das bedeutet, daß die Bundesrepublik seiner Meinung nach „mit allen politischen Mitteln um die Wiederherstellung des deutschen Reiches von 1937 ringen" muß [10]). Adenauer habe „den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands sozusagen zwei Drittel des Sieges über unser Volk wieder allmählich entwunden" [11]), woraus folgt: auch das letzte Drittel der Niederlage von 1945 könne und müsse aus der Welt geschafft werden. Daß Strauß die Niederwerfung des Faschismus als „Sieg über unser Volk" definiert, gibt bereits einige Auskunft über sein Geschichtsbild und sein Verhältnis zum Faschismus. Für die Häftlinge in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, für die im Untergrund kämpfenden Antifaschisten, die vor dem Faschismus geflohenen oder von ihm vertriebenen Emigranten und für alle anderen Demokraten war es ein Sieg der Freiheit.

Von dieser Position aus führt Strauß heute den Kampf gegen die Entspannungspolitik der Bundesregierung. Selbst der Wortlaut der Parolen hat sich gegenüber der Agitation der Rechten in der Weimarer Republik kaum verändert: die Verständigungspolitik wird als nationaler Verrat und nationaler Ausverkauf, die Regierung als Handlanger des Feindes denunziert.

---

7) Rede am 6. 11. 1933 in Elbing; ähnlich der Parteivorstand der DNVP am 15. 6. 1929.
8) Zit. nach „Spiegel", 32/1969.
9) Hitlerrede vom 27. 4 1923.
10) Strauß im „Bayernkurier" (BK) am 25. 6. 1964.
11) Auf der CSU-Landesversammlung vom 8./9. 10. 1966, in: „Profil", 1966, H. 6, S. III.

Auch jetzt stehen „gemäßigte" und „extreme" Rechte bei diesem Kampf wieder in einer Front: Heißt es in dem NPD-Organ „Deutsche Nachrichten": „Brandt verriet die westliche Welt" [12]), so formuliert das von Strauß herausgegebene CSU-Organ „Bayernkurier", Brandt wolle die Bundesbürger „der Aggression des Kommunismus preisgeben" [13]). Textet die „National-Zeitung": „Brandt zum Befehlsempfang bei Breschnew" [14]), und das NPD-Organ: „Bonn als Vorreiter sowjetischer Weltmachtziele" [15]), so heißt es im „Bayernkurier": „Brandt schielt offenbar nur nach dem Beifall der roten Diktatoren" [16]). Lautet die Schlagzeile in der „National-Zeitung": „Willy Brandts Verbrechen. Bahrs Dolchstoß gegen Deutschland" [17]), so bezeichnet der „Bayernkurier" Brandt als „Kanzler des Ausverkaufs" [18]), als „Verzichtkanzler" mit einem „antieuropäisch-prosowjetischen Programm" [19]) und die SPD als „die Partei des Ostens" [20]). Und Strauß erklärte: „Merkt man denn, daß man Deutschland damit nicht nur ausverkauft; denn Ausverkauf setzt noch einen Preis voraus, wenn auch einen reduzierten Preis, sondern daß man damit Deutschland allmählich verschenkt?" [21])

Die gemeinsame Stoßrichtung ist nicht zu übersehen, und selbst Unterschiede in der Heftigkeit sind schwer zu erkennen. Mindestens in dieser zentralen Frage der gegenwärtigen Politik ist das Bündnis zwischen den neofaschistischen Kräften und den von Strauß repräsentierten Kräften politisch-ideologisch schon vorhanden, wenn es sich auch organisatorisch noch nicht formiert hat.

An dieser Stelle ist die Frage nicht zu umgehen, was diese Agitation gegen die Politik der Entspannung und der Anerkennung der bestehenden Grenzen inhaltlich zu bedeuten hat. Dabei darf als evident vorausgesetzt werden, daß es im Mitteleuropa des 20. Jahrhunderts unmöglich ist, mit friedlichen Mitteln Grenzveränderungen in solchem Maßstab vorzunehmen, daß dadurch die Lebensinteressen der einen Seite wesentlich beeinträchtigt würden. Ebenso unbestreitbar dürfte es sein, daß der Verlust eines Drittels des Staatsgebietes für Polen eine wesentliche Beeinträchtigung seiner Lebensinteressen bedeuten würde.

Wenn eine politische Gruppierung dennoch permanent erklärt, eine solche Grenzveränderung sei auf friedlichem Wege möglich und — mindestens — die Wiederherstellung von 1937 müsse als politisches Ziel der Bundesrepublik unbedingt erhalten bleiben, führende Repräsentanten außerdem die unverzichtbaren Rechtsansprüche auf das Sudentenland betonen [22]) oder gar erklären: „Wir wollen ganz Böhmen, wir wollen Mähren und Schlesien, die Slowakei und Ungarn, Polen und das Land der Kroaten und Slowenen ins christliche Abendland zurückführen" [23]), so läßt das mehrere Interpretationen zu:

1) Es könnte sein, daß diese Gruppierung von ihrer These ehrlich überzeugt ist. Dann würde es sich um realitätsferne Illusionisten handeln. Das bisherige politische Verhalten von Strauß läßt jedoch den Schluß zu, daß ihm ein Blick für das real Mögliche nicht gänzlich fehlt.

2) Es könnte sein, daß sie den illusionären Charakter ihrer Versprechungen erkennt, aus agitatorischen Gründen aber dennoch an ihnen festhält — sei es, um die Vertriebenen als Wählerreservoir zu erhalten, sei es, um nationalistische und antikommunistische Stimmungen zu schüren, die für die eigene Politik nützlich erscheinen, sei es, um das Mißtrauen der östlichen Nachbarn wachzuhalten und so in jedem Fall eine Entspannung zu blockieren. Die Repräsentanten einer solchen Gruppierung wären als Demagogen und ihre Politik als nationalistisch und entspannungsfeindlich zu bezeichnen.

3) Schließlich käme als dritte Möglichkeit in Betracht, daß sie die Grenzen wirklich ver-

12) „Deutsche Nachrichten" (DN) vom 24. 9. 1971.
13) BK vom 20. 9. 1969.
14) „Deutsche National-Zeitung" (DNZ) vom 17. 9. 1971.
15) DN vom 24. 9. 1971.
16) BK vom 16. 8. 1969.
17) DNZ vom 10. 9. 1971.
18) BK vom 1. 11. 1969.
19) BK vom 11. 10. 1969.
20) BK vom 30. 8. 1969.
21) Strauß am 11. 2. 1970 in Vilshofen.
22) z. B. CSU-MdB Dr. Walter Becher, zit. nach „Spiegel", 32/1969.
23) Dr. Emil Franzel, Mitarbeiter des VK, zit. nach „Spiegel", 18/68.

ändern will, den Zusatz „mit friedlichen Mitteln" aber lediglich aus taktischen Gründen hinzufügt und tatsächlich sich klar darüber ist, daß sich diese Ziele nur durch Anwendung von Gewalt oder durch massive Drohung mit Gewalt verwirklichen lassen. Eine solche Politik wurde von der nationalsozialistischen Regierung in den Jahren 1933—1938 praktiziert. Wäre diese Interpretation richtig, so müßten Strauß und die um ihn gruppierten Persönlichkeiten als gefährliche, den Frieden in Europa unmittelbar bedrohende Machtpolitiker bezeichnet werden, die den faschistischen Imperialismus wieder aufnehmen wollen. Bedenkt man, wie heftig Strauß die Politik des Gewaltverzichts bekämpft, wie zäh er um die Verfügungsgewalt der Bundeswehr über Atomwaffen gerungen und wie nachdrücklich er dem östlichen Feind die totale Vernichtung mit Hilfe des gewaltigen westlichen Militärpotentials angedroht hat, so kann diese Möglichkeit nicht völlig ausgeschlossen werden. Sein großsprecherisches Renommieren mit der eigenen Militärmacht erinnert in fataler Weise an entsprechende Verhaltensformen der deutschen Rechten in der Vergangenheit — von Wilhelm II. bis Adolf Hitler: „Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können" [24]).

Welche dieser drei Interpretationen aber auch immer die richtige sein mag — die objektiven Folgen der Forderung nach Revision der bestehenden Grenzen und Durchsetzung angeblicher deutscher „Rechtsansprüche" sind in jedem Fall: eine Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens in Mitteleuropa und eine Steigerung der nationalistischen und chauvinistischen Stimmungen in der Bundesrepublik. Beides trägt dazu bei, den Boden für den Neofaschismus zu bereiten, der nur unter solchen Voraussetzungen Erfolgsaussichten hat. Es ist deshalb kein Zufall, daß die neofaschistischen Gruppen im Kampf gegen die Ostpolitik der Bundesregierung mit Strauß und der CSU in einer Front stehen, wobei sie freilich in ihren Revisionsforderungen noch wesentlich anspruchsvoller sind und außer der DDR, den Gebieten östlich von Oder und Neiße und dem Sudetenland auch noch Ostpreußen, das Memelland und einiges andere zurückerobern wollen [25]).

Das Gefühl der Bevölkerung, entrechtet und in ihren Lebensinteressen beeinträchtigt zu sein, wird aber nicht nur durch die Polemik gegen die Vertreibung und die Forderung nach Wiedergewinnung der verlorenen Ostgebiete geweckt. Auch das Verlangen nach Atomwaffen ordnet Strauß in diesen Zusammenhang ein, indem er betont, wer keine Atomwaffen habe, sei nicht souverän: „Es dreht sich alles um die Tatsache, daß der Besitz und die Verfügung von Kernwaffen im Begriff sind, zum Symbol oder vielmehr zum Charakteristikum, zum Prüfstein der Souveränität zu werden" [26]). Wenn er gegen den Atomwaffensperrvertrag als „Super-Versailles kosmischen Ausmaßes" polemisiert [27]), so zielt er genau auf diese nationalen Minderwertigkeitskomplexe, die schon die Rechte in der Weimarer Republik in ihrer Agitation gegen das „Versailler Schanddiktat" mobilisierte. Wenn Strauß vom „Schandvertrag von Potsdam" und von den Kontrollratsgesetzen zur „Niederhaltung und Unterwerfung Deutschlands" sprach [28]), und wenn der „Bayernkurier" das Moskauer Abkommen als „Moskauer Diktat" bezeichnet [29]) und der Bundesregierung vorwirft, sie sei „inzwischen geübt, sich für Demütigungen und Fußtritte aus dem Ostblock masochistisch mit immer neuen Beweisen deutschen Wohlverhaltens zu bedanken" [30]), so drängt das in die gleiche Richtung. Gerade die Formel vom nationalen Masochismus nimmt in der neofaschistischen Propaganda eine ganz zentrale Stellung ein. Daß solche Minderwertigkeitskomplexe für eine neue deutsche Machtpolitik mobilisiert werden sollen, zeigt nicht nur die Wendung von den „atomaren Habenichtsen" [31]), sondern auch die ständige Betonung der politischen Bedeutungslosigkeit der Bundesrepublik, die ihrer wirtschaftlichen Macht in keiner Weise entspreche. Erst wenn die „berechtigten Lebensinteressen" der zweitstärksten Wirtschaftsmacht der westlichen Welt befriedigt seien — und dazu gehören u. a. der Anschluß der DDR und eines Drittels des jetzigen

---

24) Zit. nach „Nürnberger Nachrichten" vom 13. 11. 1956; ähnlich 2½ Jahre später: vgl. „Der Kurier", Westberlin, 23. 4. 1959.
25) Vgl. R. Kühnl u. a., Die NPD, S. 159 ff.
26) „L'Information", Paris, 18. 1. 1962.
27) Nach „Spiegel" vom 20. 2. 1967.
28) „Passauer Neue Presse" vom 4. 9. 1952.
29) BK vom 3. 7. 1971.
30) BK vom 24. 7. 1971.
31) CSU-Argumente zur Wahl, Nr. 18, 1969.

polnischen Staatsgebiets —, könne „wirklich Ruhe und echte Entspannung in Europa eintreten" [32]). Ein Unbefangener würde hier wohl von einer Politik der Erpressung sprechen, für die es in der deutschen Politik allerdings Vorläufer gibt.

III

Die Übereinstimmung zwischen den von Strauß repräsentierten Kräften und dem Neofaschismus, die zugleich die Tradition der antidemokratischen Rechten aus der Weimarer Zeit fortsetzt, in einem wesentlichen Bereich der gegenwärtigen Politik führt zu der Frage, ob diese Übereinstimmung zufälliger Natur ist oder ob ihr politische und ideologische Gemeinsamkeiten prinzipieller Art zugrundeliegen. Die bisherigen Erörterungen zeigen, daß es erforderlich ist, die politischen Verhaltensformen und Ordnungsvorstellungen der von Strauß repräsentierten Kräfte genauer ins Auge zu fassen und nach ihrem Verhältnis zur Demokratie einerseits und zum Faschismus andererseits zu befragen.

In der Ideologie der deutschnationalen und faschistischen Rechten in der Vergangenheit wie auch in der des Neofaschismus treten vier Elemente besonders hervor, die miteinander in engem Zusammenhang stehen:

1) Die Betonung von Ordnung und Autorität, die Diffamierung linker Kritiker als zersetzend und nihilistisch und das bei dieser Beurteilung zugrundeliegende starre Schema einer Zweiteilung der Welt in gut und böse;

2) ein emotional aufgeladener, militanter Antikommunismus, wobei die Begriffe Kommunismus, Marxismus und Sozialismus enorm ausgeweitet werden, um jede Forderung nach sozialem Fortschritt als kommunistisch disqualifizieren zu können;

3) die Entfachung von Angst vor feindlicher Aggression, um die Verstärkung der eigenen Militärmacht zu rechtfertigen und linke Kritiker als Agenten des äußeren Feindes denunzieren zu können;

4) die Hetze gegen Minderheiten, die als minderwertig dargestellt, aus dem Bereich des Humanen hinausdefiniert und so als Aggressionsobjekte freigegeben werden.

Es ist zu prüfen, ob und wieweit solche Elemente auch bei den von Strauß repräsentierten Kräften erkennbar sind.

Zu 1): Schon innerhalb der von ihm geführten Partei setzt Strauß — ohne Rücksicht auf die in Art. 21, 1 GG formulierten Vorschriften über die innerparteiliche Demokratie — resolut autoritäre Prinzipien durch. Vor CSU-Funktionären äußerte Strauß: „Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam" [33]). In einer Wahlrede stellte er sein Verständnis von der politischen Willensbildung in der CDU/CSU dar: „Jeder hängt von mir ab, der Kanzler werden will. Sie müssen alle fragen: Franz Josef, bist du einverstanden? Dann stelle ich meine Bedingungen für die Politik, die für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts nötig ist" [34]). Das autoritäre Selbstverständnis ist offenkundig. Dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes München der Jungen Union tat er kund: „Ich lasse mir von so charakterlosen Burschen wie ihr die Partei nicht kaputtmachen. Juso-Methoden wird es bei uns nicht geben. Der erste, der damit anfängt, der kriegt von mir persönlich einen Kinnhaken, daß es ihn raushaut" [35]). In diesem Zitat kommt auch die Diffamierung der Opposition („charakterlos") und die latente Brutalität von Strauß schon zum Ausdruck. Auch seine Antwort an RCDS und Junge Union Bayerns, die verlangt hatten, Strauß solle sein Meinungsmonopol beim „Bayernkurier" aufgeben, ist symptomatisch für sein Verständnis von Demokratie: „Ich bin die Stimme der Partei. Bringen Sie das Geld mit, dann dürfen Sie auch mitreden" [36]).

Solche autoritäre Vorstellungen von Demokratie überträgt Strauß auch auf den Bereich des Staates. Wenn er sich für die „besondere Würde des Staates" einsetzt und ihr die „jahrelang betriebene beispiellose Hetze und Verlästerung gegen unseren Staat durch

32) Strauß im BK vom 25. 6. 1964.
33) Nach „Spiegel" vom 30. 11. 1970.
34) Zit. nach „Westfälische Rundschau" vom 27. 10. 1970.
35) Zit. nach „Süddeutsche Zeitung" vom 24.—27. 12. 1970.
36) Zit. nach „Süddeutsche Zeitung" vom 25. 5. 1970.

verantwortungslose Kräfte der deutschen Linksintelligenz" [37]) gegenüberstellt, so liegt hier das klassische Schema der oben beschriebenen Agitationsfigur vor. Während der demokratische und soziale Rechtsstaat nur die „Würde des Menschen" kennt [38]), wird hier der Staat mit einer höheren Weihe versehen, um — gemäß der autoritären Tradition seit dem Obrigkeitsstaat — den nötigen Respekt der Untertanen vor der Obrigkeit zu erzeugen. Die Diffamierung der linken Intelligenz und der „Literaten" [39]) wurde von den Deutschnationalen fast ebenso energisch betrieben wie von den Nationalsozialisten. Da es sich hier um ein Motiv handelt, das bei der neuen Rechten um Strauß ständig wiederkehrt, mag ein weiteres Beispiel genügen: die Gefahr sei groß, denn „Europas extreme Linksintelligentsia bläst zum Frontalangriff gegen Staat und Gesellschaft" [40]). Als Retter vor den Gefahren bietet sich der Mann an, der mit eiserner Faust Ordnung schafft. Wenn die „Bild-Zeitung" schreibt: „Franz Josef Strauß gilt als harter entschlossener Mann ... Nicht zuletzt deswegen setzt gerade der kleine Mann auf ihn" [41]), so wird genau auf diese Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung spekuliert. Mit den Worten des „Bayernkurier": „Eine entschlossene politische Führung und eine kluge Politik sind das Wichtigste. Demokratie braucht eine starke und zuverlässige Regierung und eine stabile Ordnung ..." [42]) Strauß selbst stellt sich deshalb bewußt als „starken Mann" dar [43]). Was der Begriff der „Ordnung" bei Strauß alles umfaßt, deutet die Wendung an, es sei erforderlich, „in Vietnam Ordnung zu schaffen ..., um im asiatischen Raum die Stellung nicht nur zu halten, sondern einen Schritt weiterzukommen" [44]).

Die Behauptung von Strauß, durch die Politik der Linken werde „rechtsradikalen Elementen mit ihrem bekannten Ruf nach Ordnung und Sicherheit" Auftrieb gegeben [45]), ist unter diesen Umständen leicht als Ablenkungsmanöver zu durchschauen, denn kaum ein anderer setzt die Parole von „Ordnung und Sicherheit" so wirksam ein wie Franz Josef Strauß. Wenn er selbst diese Parole als Ruf rechtsradikaler Elemente kennzeichnet, so kommt hier allerdings zugleich ungewollt das zum Vorschein, was eigentlich verschleiert werden sollte: die enge ideologische Verwandtschaft zwischen ihm und dem Rechtsextremismus. Das ständige Bekenntnis zur Demokratie muß also konfrontiert werden mit dem Inhalt seiner Ideologie und seiner Ordnungsvorstellungen, um es in seinem Stellenwert zu erkennen.

In der schon genannten grundlegenden Untersuchung zur autoritären Persönlichkeit heißt es zum Verhalten des „Agitators" in diesem Punkt: „Er spricht als ein Verfechter von Demokratie und Christentum und beteuert, daß er ‚nur die Gesetze verteidigt' ... Um noch mehr Verwirrung anzustiften, gibt er den Vorwurf des Faschismus an diejenigen zurück, die entschlossen sind, dagegen Front zu machen" [46]). Und in der Tat greift Strauß auch zu diesem Mittel: Linke Zwischenrufer bezeichnete er als „Spätnazis" [47]); die Bundesregierung verhalte sich gegenüber der Presse „wie Goebbels" [48]); wer sich mit der Teilung Deutschlands abfindet, sei ein „Faschist, der sich mit Hitlerstiefeln über den Willen des Volkes hinwegsetzt" [49]). Hier ist ohne Zweifel ein Gipfel demagogischer Verdrehung erreicht.

Zu den autoritären Ordnungsvorstellungen gehört die Hochschätzung des Militärs nicht nur als Instrument der Außenpolitik, sondern auch als Verkörperung hierarchischen Organisationsprinzips. So betont Strauß, die Bundeswehr sei „kein demokratisches Exerzierfeld", und „Entspannungseuphorie" untergrabe ihre Existenz" [50]). Statt dessen sei sie, wie CSU-MdB Jaeger betonte, „eine Erziehungsanstalt" [51]). Das Prinzip der Inneren Füh-

37) „Die politische Information", Jahrgang 2, Nr. 14, Juli 1968.
38) Vgl. Art. 1 GG.
39) Vgl. z. B. Strauß in Vilshofen am 12. 2. 1964, nach: „Die Welt" vom 13. 2. 1964.
40) BK vom 22. 6. 1968.
41) „Bild-Zeitung" vom 6. 1. 1967.
42) BK vom 22. 6. 1968.
43) Vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 1. 8. 1969.
44) BK vom 12. 12. 1964.
45) Telegramm von Strauß an den bayerischen Ministerpräsidenten Goppel vom 18. 7. 1969, zit. nach „Spiegel" vom 28. 7. 1969.
46) Der autoritäre Charakter, S. 24 f.
47) Nach BK vom 13. 9. 1969, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 2. 9. 1969.
48) BK, zit. nach „Frankfurter Rundschau" vom 29. 1. 1970.
49) „Handelsblatt" vom 4. 9. 1969.
50) BK vom 3. 5. 1969.
51) Nach „Spiegel", 39/1969.

rung bedeutet — so der „Bayernkurier" — „Zersetzung der Disziplin" [52]). Politik begreift Strauß mit militärischen Kategorien: „Koexistenz und Entspannung" bedeuten für ihn eine offensive Fortsetzung des Kalten Krieges, eine „politische Waffe" mit dem Ziel, in den sozialistischen Ländern „von innen her den Kommunismus zu überwinden. Der ‚Kalte Krieg' ist damit vom Stellungskampf in einen Bewegungskampf übergegangen" [53]). Die Wertschätzung des Militärischen bezieht sich dabei durchaus auch auf das Militär des faschistischen Systems, und die Waffen-SS ist in seine „Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des Weltkrieges einbezogen" [54]). Er selbst brüstet sich mit seinen soldatischen Erlebnissen in Frankreich und in Stalingrad [55]).

Schon in diesen Zitaten deutet sich ein typisches Merkmal autoritärer Ideologie an, nämlich das starre Schwarz-Weiß-Bild, die Einteilung der Welt in gut und böse, in Kräfte der Erhaltung und Kräfte der Zersetzung. Adolf Hitler schrieb dazu in „Mein Kampf": „Die Aufgabe der Propaganda ist z. B. nicht ein Abwägen der verschiedenen Rechte, sondern das ausschließliche Betonen des einen ... Sowie durch die eigene Propaganda erst einmal nur der Schimmer eines Rechts auch auf der anderen Seite zugegeben wird, ist der Grund zum Zweifel an dem eigenen Recht schon gelegt ... Es gibt hierbei nicht viel Differenzierungen, sondern ein Positiv und ein Negativ, Liebe oder Haß, Recht oder Unrecht, Wahrheit oder Lüge ..." [55a]). Psychologische Untersuchungen haben gezeigt, daß es sich bei diesem Schwarz-Weiß-Bild aber nicht um bloße Demagogie zum Zweck größter Wirksamkeit, sondern um eine wirkliche Weltanschauung handelt, die aus dem autoritären Charakter resultiert: „An Stelle einer Vielfalt mehr oder weniger komplexer Situationen, denen man nur mit einer ganzen Reihe von recht differenzierten Ideen gerecht werden kann, läßt der Agitator die Welt als einen Kampf zwischen zwei unversöhnlichen Lagern verstehen ... Es ist eine Welt des Entweder-Oder; entweder du überlebst, und keiner fragt, mit welchen Mitteln, oder du gehst unter, und keiner fragt nach deinen guten Absichten" [56]).

Der deutsche Neofaschismus ist dieser Maxime Hitlers treu gefolgt. Für die „Deutschen Nachrichten" ist es klar, daß sich bei den Demonstrationen gegen einen NPD-Parteitag „zwei Welten begegnen: dort die Kräfte des Nihilismus, der Zersetzung, der Auflösung unserer rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung ... Und hier von ihrer Sache überzeugte Patrioten ..." [57]). Mit der gleichen Zweiteilung arbeiten aber auch Strauß und die von ihm repräsentierten Kräfte. CSU-MdB Richard Jaeger erklärte z. B.: „Die Hälfte der Welt wird von Gentlemen geführt, die andere Hälfte von Banditen" [58]). Die „Spiegel"-Affäre war für den „Bayernkurier" „die größte und hinterhältigste Attacke, die von der vereinigten Linken gegen die staatserhaltenden Kräfte geritten wurde" [59]). (Auch die Art und Weise, wie hier das Opfer des Strauß'schen Anschlags zum Aggressor umgefälscht wird, folgt in geradezu klassischer Weise faschistischer Demagogie, wie sie vom Reichstagsbrand 1933 bis zum Überfall auf Polen 1939 vorgeführt wurde.)

Das starre Freund-Feind-Schema bestimmt auch die Vorstellungswelt von Strauß über die internationalen Beziehungen. Das kommt zum Ausdruck in der Betonung militärischer Macht und der Unfähigkeit, sich eine internationale Ordnung der friedlichen Koexistenz auch nur vorstellen zu können. Auf die Frage: „Soll der ‚Kalte Krieg' immer so weitergehen?" antwortete Strauß unverblümt: „Ja. Leider muß ich es so ausdrücken" [60]). Das Bekenntnis zum Kalten Krieg verband Strauß gelegentlich mit einem Hieb gegen Homosexuelle in der wahrhaft „originellen" Wendung: „Ich will lieber ein kalter Krieger sein als ein warmer Bruder" [61]), mit der die Entspannungspolitiker auf subtile Weise zugleich sittlich-moralisch disqualifiziert werden.

---

52) Nach „Spiegel", 32/1965.
53) F. J. Strauß, Allianz zwischen zwei Kontinenten, in: Armee gegen den Krieg, hrsg. von W. v. Raven, Stuttgart 1966, S. 22 f.
54) „Der Freiwillige", Wattenscheid, April 1959.
55) „Abendzeitung", München, 17. 11. 1970.
55a) A. Hitler, Mein Kampf, München 1944, S. 200 f.
56) Der autoritäre Charakter, S. 75 f.
57) DN vom 29. 11. 1968.
58) Zit. nach „Spiegel", 50/1969.
59) Zit. nach „Spiegel" vom 25. 10. 1971.
60) Interview mit US News and World Report vom 6. 2. 1961.
61) Zit. nach „Die Zeit" vom 1. 1. 1971.

Der Frankfurter Friedensforscher Dieter Senghaas weist mit Recht darauf hin, daß das starre Feindbild internationale Verständigung von vornherein unmöglich macht. Wie der andere sich auch immer verhalten mag — sein Verhalten wird interpretiert mit den Kategorien des Feindbildes: Verhält er sich abweisend, so gilt das als Bestätigung seiner Feindseligkeit. Verhält er sich aber entgegenkommend, so gilt das als ganz besondere Tücke, mit der seine Aggressivität listig getarnt wird [62]). In der Tat verläuft die Polemik der Rechten gegen die Entspannungspolitik in diesen Bahnen. Da es aber diese Rechte selbst ist, die die Grenzen verändern will, muß dieses Feindbild psychologisch als Projektion der eigenen Aggressivität auf den Feind verstanden werden [63]). So ist es nur konsequent, wenn die scheinbar auf Verständigung zielende Europapolitik in den Dienst einer gegen den Osten gerichteten Expansionspolitik gestellt wird: „Nur eine westeuropäische Aktionsgemeinschaft schafft die Ausgangsbasis für eine Politik, mit der die Demarkationslinie der Kriegskonferenz von Jalta beseitigt werden kann" [64]). Die Europaideologie in diesem aggressiven Sinne haben sich mittlerweile auch neofaschistische Gruppen wie die Deutsche Jugend des Ostens zu eigen gemacht: „Es geht keineswegs nur um das Nationale, sondern um das wahre und wirkliche Europa, das ohne den verlorenen deutschen Osten niemals sein eigenes Gesicht, seine gewachsene Gestalt und seine gottgegebene Stimme als dritte Kraft zwischen Amerika und Asien erhalten wird." Anschließend wird dann ausgeführt, daß auch „ein polnisches Polen" und „ein russisches Rußland" notwendig seien, damit „Europa als Mutter und Mitte der Erdmächte" wiedererstehen kann [65]). Wie bei Strauß steht auch die Forderung nach Atomwaffen in Zusammenhang mit diesem aggressiven Konzept: „Erst unter einem eigenen nuklearen Abschreckungsschild ist eine erfolgversprechende Ostpolitik möglich" [66]).

Für humanitäre Überlegungen, Verständigungsbereitschaft und Warnungen vor den verheerenden Wirkungen eines Atomkrieges haben solche Kräfte nur Schimpf und Verachtung übrig. So diffamierte Strauß die Atomphysiker, die 1957 vor den Folgen der atomaren Rüstung warnten, als „Moralromantiker" und „Weltverbesserer", die der sowjetischen Machtpolitik nützten [67]), Kriegsdienstverweigerer als Feiglinge [68]) und den Pazifismus als möglicherweise „kriegsfördernd" [69]). Ein solcher Militarismus verletzt nicht nur das im Grundgesetz gewährleistete Recht auf Kriegsdienstverweigerung, sondern erinnert sehr deutlich an die verächtlichen Reden faschistischer Führer über die „Humanitätsduselei" derer, die vor Krieg und Militarismus warnten.

Zu 2): Daß der Antikommunismus eines der zentralen Motive bei Strauß darstellt, braucht nicht erst durch Zitate bewiesen zu werden. Und daß die von Strauß repräsentierten Kräfte dabei Emotionen mobilisieren, ist evident: die Angst vor einem angeblich drohenden Angriff der sozialistischen Staaten, die Angst der Eigenheimbesitzer vor der angeblich drohenden Enteignung usw. Entscheidend ist jedoch, daß diese Kräfte — wie einst NSDAP und Deutschnationale und heute die NPD [70]) — diese Emotionen gegen alle entfachen, die auch nur minimale gesellschaftliche Reformen im Interesse der unteren Klassen anstreben. Der Begriff Sozialismus läßt sich ohne Zweifel unterschiedlich auslegen, aber eine elementare Voraussetzung muß gegeben sein, damit vom Sozialismus die Rede sein kann: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Strauß aber, der die schrecklich-angstvollen Assoziationen kennt, die viele deutsche Bürger mit dem Wort Sozialismus verbinden, besteht darauf, daß es sich bei der Politik der SPD um Sozialismus handele: Auf die Frage „Nennen Sie die sozialdemokratische Mitbestimmungskonzeption sozialistisch?" antwortete Strauß: „Eine Vorstellung, die das Wesensmerkmal der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit aufhebt, ist sozialistisch" [71]). Die Jungsozialisten leisten nach Strauß „den kommunistischen Zielsetzungen Vorschub" [72]). Im „Bayernkurier"

62) D. Senghaas, Abschreckung und Frieden, Frankfurt 1969, S. 72 ff.
63) Dazu Senghaas, a. a. O., S. 149.
64) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 12.
65) Zit. nach Neumann/Maes, Der geplante Putsch, Hamburg 1971, S. 101.
66) DJO-Studentenschrift „actio", zit. nach „Frankfurter Rundschau" vom 16. 10. 1970.
67) Vgl. „Spiegel" vom 1. 5. 1957 und Westdeutscher Rundfunk am 13. 4. 1957.
68) Vgl. „Spiegel" vom 5. 4. 1971.
69) „Neue Zürcher Zeitung" vom 19. 7. 1958.
70) Belege in Kühnl u. a., Die NPD, S. 99 ff. und 179 ff.
71) „Spiegel" vom 26. 10. 1971.
72) Strauß auf dem CSU-Parteitag in München im April 1970.

heißt es: „Der rote Sowjetstern beginnt zum Etikett einer SPD zu werden, über die, um Lenin zu zitieren, die ‚nützlichen Idioten' die Kontrolle zu verlieren beginnen" [73]). Und die CSU verkündete im Wahlkampf: „Wählt SPD — und ihr werdet enteignet" [74]). Die sozialliberale „Frankfurter Rundschau" ist für Strauß das „Sprachrohr bundesrepublikanischer Linksextremisten" [75]).

In der Untersuchung über die autoritäre Persönlichkeit heißt es dazu, der Agitator mache keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Spielarten gegnerischer Strömungen: „Seien sie nun revolutionär oder reformistisch, extrem oder gemäßigt; auch nicht zwischen den verschiedenen Taktiken, die von diesen Bewegungen angewendet werden. Er wirft sie alle in einen Topf und macht daraus ‚die' Revolutionsgefahr ... Sein Begriff von Kommunismus ist unendlich dehnbar." So sei es ihm möglich, „jeden, den er für ‚verdächtig' hält, als ‚Kommunisten' oder Promoter des ‚Kommunismus' abzutun" [76]).

Bedeutung erlangt dieses Motiv bei Strauß und der CSU auch in der Beurteilung der Ostpolitik. Hier erscheint — wie schon belegt — die Regierung Brandt/Scheel als Agent und Vollzugsorgan Moskaus, um die Bundesrepublik dem Bolschewismus auszuliefern. Einen ganz plumpen Versuch, die Ängste vor der „roten Gefahr" für die CSU zu mobilisieren, unternahm der Bundestagsabgeordnete Richard Jaeger: „Wenn Brandt Kanzler würde, dann müßten wir uns fragen, ob wir dann am Ende die Rote Armee über Nacht bei uns im Lande haben" [77]).

Die Kräfte um Strauß machen sich damit nicht nur die durch jahrzehntelange antikommunistische und antisozialistische Propaganda der Rechten erzeugten Emotionen zunutze, sondern folgen auch hier den in der deutschen Geschichte vorgezeichneten Bahnen der Rechten: Für den wilhelminischen Obrigkeitsstaat wie für die Nationalsozialisten waren auch die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften destruktive Kräfte, die es kompromißlos zu bekämpfen galt. Der soziale Inhalt einer solchen Politik ist gleich geblieben: Die bestehenden Herrschaftsverhältnisse und die damit verbundenen Privilegien für die besitzenden Klassen sollen bewahrt, die Lohn- und Gehaltsempfänger in ihrer Abhängigkeit erhalten werden. Strauß geht es ausschließlich um die „unternehmerische Entscheidungsfreiheit". Dabei kann die Entscheidungsfreiheit der großen Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeiter und Angestellten, ruhig auf der Strecke bleiben. Mit dem Prinzip der sozialen Demokratie, wie es in Art. 20 GG formuliert ist, dürfte ein solches Gesellschaftsbild kaum zu vereinbaren sein. Die Teilung der Gesellschaft in Herrschende und Beherrschte ist für Strauß ein Naturgesetz. Das demokratische Prinzip der Gleichheit ist für ihn „sozialistische Gleichmacherei" [78]). So stehen nicht zufällig Strauß und die CSU in der Frage der Mitbestimmung [79]) in einer Front mit der NPD, und auch in der Gewerkschaftsfeindlichkeit ist kein Unterschied zu erkennen. Der „Bauernkurier" erwog bereits die Auflösung des DGB [80]) und knüpfte damit direkt an den Faschismus an, zu dessen zentralem Merkmal die Unterdrückung selbständiger Arbeiterorganisationen gehört; das gilt für den italienischen und deutschen Faschismus ebenso wie für die halbfaschistischen Systeme in Spanien und Portugal [81]).

Zu 3): Der kaiserliche Obrigkeitsstaat hat Angststimmungen dadurch erzeugt, daß er das Deutsche Reich als von Feinden umgeben darstellte, die jederzeit bereit seien, über Deutschland herzufallen. Auch das faschistische Deutschland stellte die „bolschewistische Gefahr" und die äußere Bedrohung generell so gewaltig wie möglich dar. Noch im November 1933, als die Aggression bereits eine ausgemachte Sache war, rief Hitler aus: „Wenn überhaupt jemand auf der Welt sich bedroht fühlen kann, so sind das doch nur wir allein" [82]). Besonders der „Schutz der zivilisierten Welt vor dem Bolschewismus" sei die Aufgabe Deutschlands, versicherte Hugenberg [83]).

---

73) Zit. nach „Die Zeit" vom 29. 10. 1971.
74) „Frankfurter Rundschau" vom 22. 9. 1969.
75) Zit. nach „Frankfurter Rundschau" vom 1. 12. 1970.
76) Der autoritäre Charakter, S. 33 f.
77) Zit. nach „Die Zeit" vom 19. 9. 1969.
78) „Abendzeitung", München, 19. 11. 1970.
79) Vgl. z. B. Interview von Strauß in „Wirtschaftswoche — Der Volkswirt" vom 22. 11. 1970.
80) Vgl. BK vom 14. 2. 1970.
81) So ist das sehr positive Urteil des Bundesverbandes deutscher Arbeitgeber über die CSU nicht verwunderlich: vgl. Jahresbericht des BDA vom Dezember 1970.
82) Rede in Berlin vom 10. 11. 1933.
83) Hugenberg am 27. 3. 1929.

In beiden Fällen sollten damit die psychologischen Voraussetzungen zur Verstärkung der eigenen Militärmacht und zur Unterdrückung demokratischer Kritik geschaffen werden, die leicht als Instrument des äußeren Feindes denunziert werden konnten. Bezeichnenderweise verband sich in beiden Fällen — wie bei der Rechten der Bundesrepublik— mit dieser Ängste mobilisierenden Defensivideologie die durchaus aggressive Forderung, der Status quo müsse zugunsten des Deutschen Reiches verändert werden.

Die NPD hat diese Propaganda in all ihren Komponenten übernommen [84]). Ihre zentralen Motive finden sich aber auch bei Strauß und der CSU, allerdings etwas milder formuliert und häufiger mit Bekenntnissen zur freiheitlichen Demokratie und zur westlichen Bündnisgemeinschaft versehen. In einer Wahlanzeige der CSU ist die Rede von „der alten Verschwörung gegen Deutschland", vom „Vernichtungswillen der Gegner" und von „Verrat und Verantwortungslosigkeit" [85]). Mit der Wendung von der „alten Verschwörung gegen Deutschland" ist nicht nur inhaltlich-politisch, sondern auch formell und ausdrücklich der Anschluß an die Weltverschwörungsideologie früherer Stadien der deutschen Rechten vollzogen. Als Agenten Moskaus fungieren dabei nicht nur alle linken Parteigruppierungen bis hin zur SPD und den Jungdemokraten [86]), sondern auch alle Journalisten, die die Machtpolitik der Rechten kritisieren. So äußerte Strauß: „Die Redaktionen der Rundfunk- und Fernsehanstalten kann man bald schon Moskaus Außenposten in Deutschland nennen" [87]). Und CSU-MdB Unertl sprach von „Zersetzungsaposteln" im Rundfunk [88]).

In dem Teil der Studie über die autoritäre Persönlichkeit, der sich mit der Rolle des Agitators befaßt, wird die hier von der CSU propagierte „Idee einer permanenten Verschwörung" als wesentliches Motiv eines solchen Agitators genannt. Z. B. behaupte er, daß „eine Verschwörung im Gange sei, ‚um die Kirche zu ruinieren'. Ebenso werde durch Lügen und widersprüchliche Auslegungen der Klassenhaß aufgeputscht; all dies diene dazu, Verwirrung zu stiften; dahinter verbergen sich die wirklichen Drahtzieher mit ihren eigentlich teuflischen Plänen, das Christentum zu zerstören oder die westliche Zivilisation." Die Verschwörer werden aber „nicht so dargestellt, als ob sie aus rational begreifbaren Überlegungen und Absichten handeln würden, sondern vielmehr so, als ob sie von einem Zerstörungswillen an sich beseelt wären" [89]).

Eine weitere sozialpsychologische Studie ist hier von Interesse. Die Gießener Psychosomatiker Prof. Richter und Dr. Beckmann legten 1968 eine Untersuchung über die typischen Persönlichkeitsmerkmale von NPD-Anhängern vor [90]), in der es heißt: Insgesamt seien die Partnerbeziehungen „mehr aggressiv als libidinös gefärbt". Die Vorstellung von einem „düsteren Umweltverhältnis" sei kennzeichnend, wobei der Feind Ursache allen Übels und aller Gefahr sei: „Kein selbstkritischer Gedanke regt dazu an, eigenes Verschulden und eigene Fehlhandlungen anzuerkennen und daraus zu lernen. Nur äußeres Ungemach trübt das kollektive Selbstbild." Es ist offensichtlich, daß damit auch die Vorstellungswelt der von Franz Josef Strauß repräsentierten Kräfte präzis beschrieben ist. Auch bei ihnen gibt es kein Anzeichen dafür, daß sie die Machtpolitik und die Ideologie der deutschen Rechten im Kaiserreich und im Faschismus als verfehlt anerkannt und daraus die Konsequenzen gezogen hätten. Richter und Beckmann fahren fort: „Den einzigen verläßlichen Angstschutz böte also eine Politik siegreicher Unnachgiebigkeit", denn sich selbst charakterisieren die NPD-Anhänger als „stark, unbeirrbar, durchhaltefähig . . .". Eben diese Politik wird auch von den um Strauß gruppierten Kräften zu betreiben versucht.

Zu 4): Die agitatorisch vielleicht wirksamste, in ihren Folgen jedenfalls besonders unmenschliche Komponente faschistischer Ideologie war die Diffamierung von Minderheiten als minderwertig, kriminell, volksfremd und volksschädlich, ihre Aussonderung aus dem Bereich des Humanen, die zunächst verbal und dann als physische Vernichtung vollzogen wurde. Juden und Zigeuner, Intellektuelle und Marxisten wurden so als Aggres-

84) Vgl. Kühnl u. a., Die NPD, S. 144 ff.
85) Die Anzeige erschien am 24./25. 11. 1962.
86) Vgl. „Abendzeitung", München, 19. 11. 1970.
87) Zit. nach „Spiegel", 31/1971.
88) Nach „Süddeutsche Zeitung" vom 29. 2. 1968.
89) Der autoritäre Charakter, S. 20—22.
90) In Auszügen abgedruckt in „Spiegel", 52/1968.

sionsobjekte freigegeben und schließlich der staatlich organisierten Massenmordmaschinerie ausgeliefert.

Gerade in diesem Bereich gibt es bei Strauß und den von ihm repräsentierten Kräften Elemente, in denen die faschistische Ideologie total und ohne jede Einschränkung übernommen wird. Der „Bayernkurier" begreift die Münchener Kunstakademie angesichts ihrer studentischen Protestbewegung als „eine Brutstätte des Zerfalls", die man beseitigen müsse, „so wie man ein Geschwür aufschneidet, damit es nicht den gesamten Körper verseucht" [91]). Auch andere Gruppen der linken Opposition werden mit dem auf Aussonderung und Ausrottung zielenden Terminus „Seuche" belegt [92]), außerdem als „organisierte Bande politischer Landstreicher" bezeichnet; hier organisiere sich der „kalte berechnende Haß gegen Recht, Gesittung und Ordnung ... der Neid der Asozialen, die Zerstörung total negativer Elemente, die ihre kriminelle Einstellung zur Gesellschaft mit politischen Motiven tarnen" [93]). CSU-MdB Unertl sprach von der „ungewaschenen, verdreckten und verlausten Kreatur Dutschke" [94]), Strauß von linken Studenten als „halbintellektuellen Hanswursten" und „Viertelintellektuellen" [95]) und von Publikationsorganen als „volksfremd" [96]). Beschimpfungen und Brutalität liegen da nahe beieinander: Einen Zwischenrufer in einer Wahlversammlung schrie Strauß an: „Jetzt halten Sie den Mund, Sie hirnloser Schreier. Sonst fliegen Sie hinaus, Sie Pfifferling, Sie" [97]). Auf Gruppen der linken Opposition wandten Strauß und der „Bayernkurier" Ausdrücke wie die folgenden an: „Ungewaschene und Verdreckte" [98]), „verdreckte Vietkong-Anhänger, die da öffentlich Geschlechtsverkehr treiben" [99]), „Gesindel", „Kanaillen", „linker Mob", „entmenschte Vandalenhorden" [100]). Die neofaschistische Deutsche Jugend des Ostens wendet die Bezeichnung „entmenschlicht" bezeichnenderweise für die Gebiete östlich von Oder und Neiße an, in denen jetzt Polen, also keine wirklichen Menschen mehr leben: „Die gemarterte, geschändete, geraubte und entmenschlichte Heimat der Ostdeutschen ...[101])". In diesem Bereich ist eine Grenze zwischen den um Strauß gruppierten Kräften und der faschistischen Ideologie offensichtlich nicht mehr zu entdecken.

Den Gipfel eindeutig faschistischer Agitation aber erreichte Strauß, als er nach einer Protestaktion Jugendlicher beim Landratsamt in Bamberg an den bayerischen Ministerpräsident Goppel telegrafierte: „Die Außergesetzlichen haben in gröbster Weise die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört ... Diese Personen ... benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht mehr möglich ist" [102]). Sein Parteifreund Unertl fand diese Formulierung zu mild: „Franz Josef, hab ich zu ihm gesagt, wieso sprichst du von Tieren? Tiere sind doch auch Katz und Hund, und die sind sauber. Säue hättest sagen müssen" [103]). Dr. Emil Franzel, vor 1945 sudetendeutscher Nationalsozialist, dann Mitglied der CSU, Mitarbeiter des „Bayernkurier" und Leitartikler des offiziellen „Bayerischen Staatsanzeigers", hatte schon vorher die von Strauß so genannten „Tiere" genauer bezeichnet: Über die gegen den Springer-Konzern demonstrierenden Studenten schrieb er: „Springer könnte sich die Wanzen bald vom Leibe schaffen, wenn er nicht so merkwürdige Hemmungen gegen die Anwendung der einzig dafür tauglichen Mittel hätte. Man kann Ungeziefer eben nur mit den geeigneten mechanischen und chemischen Mitteln vertilgen, nicht mit gutem Zureden" [104]). Diesem Emil Franzel, der hier zur physischen Vernichtung politischer Gegner, also zum Massenmord aufforderte, widmet der „Bayernkurier" eine Lobrede, in der es heißt: „Er gehört zu den wenigen

---

91) BK vom 2. 8. 1969.
92) BK vom 22. 6. 1968.
93) BK vom 19. 7. 1969.
94) „Spiegel", 3/1968.
95) Ebenda.
96) Nach „Frankfurter Rundschau" vom 25. 2. 1971.
97) Wahlrede in Bochum, zit. nach „Rheinische Post" vom 16. 9. 1965.
98) Strauß am 28. 2. 1968 in Vilshofen.
99) Strauß nach „Frankfurter Rundschau" vom 30. 7. 1968 und „Spiegel" vom 29. 7. 1968.
100) BK zit. nach E. Spoo, Der Führer des Rechtskartells, in: H. Jung und E. Spoo, Das Rechtskartell, München 1971, S. 133.
101) Zit. nach Neumann/Maes, Der geplante Putsch, S. 100.
102) Telegramm vom 18. 7. 1969, zit. nach „Spiegel" vom 28. 7. 1969.
103) Zit. nach „Frankfurter Rundschau" vom 2. 5. 1969; dort weitere bemerkenswerte Zitate dieses CSU-Abgeordneten; Winfried Martini schloß sich im BK der Kritik Unertls an der Formulierung von Strauß an (BK 36/1969).
104) Im „Regensburger Tagesanzeiger", zit. nach „Frankfurter Rundschau" vom 1. 5. 1968; ebenso in „Süddeutsche Zeitung", 109/1968.

großen politischen Polemikern, die aus der Quelle eines fundierten historischen Wissens und aus der Liebe zu dem, was er zu verteidigen hat, schöpfen" [105]). Aus der Hand des CSU-Abgeordneten Hundhammer erhielt Franzel 1968 den Preis der „Deutschland-Stiftung" für Publizistik.

Jeder kann daraus ableiten, wie die von Strauß repräsentierten Kräfte mit den „Tieren", „Wanzen" und „Außergesetzlichen" verfahren würden, wenn sie die unbeschränkte Macht hätten. Der Deutsche Richterbund hat mit vollem Recht gegen „diesen Mißbrauch der Menschenwürde und gegen die Aufforderung zur gesetzlosen Verfolgung" protestiert und festgestellt, daß dieses Vokabular an die Nazizeit erinnere. Zieht man in Betracht, daß es sich hier nicht um eine einmalige Fehlleistung aus momentaner Erregung handelt (die bei einem einflußreichen Politiker schon alarmierend genug wäre), sondern um eine vielfach artikulierte, offenbar also ein festes politisches Konzept repräsentierende Ideologie, so muß gefragt werden, wie denn der Staatsbürger hier noch einen Unterschied gegenüber faschistischen und neofaschistischen Gruppen erkennen soll. Deutlicher und brutaler hätte das weder von Goebbels noch von Thadden gesagt werden können.

In der Untersuchung über die auoritäre Persönlichkeit wird dieses Verhalten so präzis beschrieben, als sei es auf Strauß, die CSU und den Neofaschismus direkt bezogen: „Der Feind ist nicht nur ein Verbrecher, sondern auch ein minderwertig veranlagtes Subjekt. Seine Anomalität erfordert, daß er isoliert und in Gewahrsam gehalten werde. In seiner Beschreibung des Feindes entwirft der Agitator ein Bild, das aus Hysterie, Perversität und Zerstörungswut gemischt ist." So verspricht er implizit „seinen Zuhörern die Teilnahme an der Verfolgungsjagd und Racheaktion gegen die Feinde". Aber „trotz aller Gefährlichkeit bleiben Verbrecher und Psychopathen doch menschliche Wesen. Das Gesetz sieht bestimmte Maßnahmen vor, nach denen mit ihnen verfahren wird. Um aber auch das letzte Bindeglied zwischen dem Feind und der menschlichen Gemeinschaft zu lösen, verwandelt der Agitator ihn in ein niederes Tier... Die Tiraden des Agitators gegen das Ungeziefer geben ihm Gelegenheit, die Befriedigung seiner sadistischen Triebe zu rationalisieren. Die Geste, mit der er das Ungeziefer ausrottet, und die Mischung von Angewidertsein und Lustgewinn, die er aus diesem Akt ableitet, stehen stellvertretend und vorbereitend zugleich für die Ausrottung handgreiflicher Feinde" [106]).

IV

Große Bedeutung kommt der Frage zu, ob auch Gemeinsamkeiten zwischen dem Neofaschismus und den Kräften um Franz Josef Strauß in der Haltung gegenüber den rassistischen und halbfaschistischen Herrschaftssystemen der Gegenwart bestehen. Spanien, Portugal und Südafrika zeichnen sich dadurch aus, daß sie weder eine auf gleichen Rechten aller Bürger beruhende demokratische Willensbildung noch die grundlegenden Menschenrechte und Rechtsstaatsgarantien kennen; ferner dadurch, daß sie die freie Organisation der Arbeiter und Angestellten verbieten und ihre Herrschaft mit den Mitteln eines terroristischen Polizei- und Militärapparats gegen die Mehrheit der Bevölkerung aufrechterhalten; und schließlich dadurch, daß sie die sozialen Vorrechte der Besitzenden garantieren — auf Kosten der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung. Während die Oberklassen über enorme Reichtümer verfügen, leben die unteren Klassen nicht nur entrechtet und unterdrückt, sondern auch in materiell elenden Verhältnissen: das zeigt sich in der Säuglings- und Kindersterblichkeit, in der Zahl der Analphabeten, im Wohnungselend und in der Gesundheitsversorgung. In all diesen Bereichen liegen diese Länder am Ende der Skala der zivilisierten Nationen. In Südafrika kommt noch ein extremer Rassismus hinzu, der die schwarze Mehrheit als nahezu rechtlose Menschen minderer Qualität, als billige Arbeitssklaven betrachtet und behandelt.

Wer die Unterdrückung in diesen Systemen leugnet oder beschönigt, wer diese Staaten als Freunde und Bundesgenossen oder gar als Vorbilder betrachtet, kann kaum noch den Anspruch erheben, auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen. Er demonstriert vielmehr in aller Offenheit, daß seine politische Vorstellungswelt von faschistischen Elementen

105) BK vom 29. 5. 1971.
106) Der autoritäre Charakter, S. 43—45.

beeinflußt, wenn nicht gar beherrscht ist. Eben dieser Tatbestand aber liegt bei der Rechten der Bundesrepublik ohne Zweifel vor. Der NPD beispielsweise gilt die spanische Diktatur als das große Vorbild: „Moralische, geistige und materielle Werte sind in den letzten dreißig Friedensjahren in Spanien neu geschaffen oder wiederhergestellt worden. Die Grundbegriffe des europäischen Daseins und Lebens: Familie, Moral, Ehre, Vaterland und Heldentum, gelten dort noch und werden nicht systematisch lächerlich gemacht von geistig und charakterlich Halbstarken." Die Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisationen erscheint der NPD besonders lobenswert: „Deshalb, weil dieses erneuerte Spanien weder eine ‚republikanische' noch eine marxistische Gewerkschaftsdemokratie werden will, sind die halben und ganzen sowie die getarnten Marxisten im Westen wütend auf Madrid und Franco" [107]). Strauß formuliert seine Sympathien etwas zurückhaltender, aber durchaus eindeutig: „Seit langem vereint unsere beiden Völker nicht nur das materielle Interesse am wirtschaftlichen und kommerziellen Austausch zum Nutzen beider, sondern auch eine oft erprobte Freundschaft, die sich viele Male zeigte; fast möchten wir von einer geistigen Verwandtschaft im Laufe der Jahrhunderte sprechen ... Die Bundesrepublik Deutschland darf als ein Bollwerk gegen das aus dem Osten herandrängende Gedankengut angesehen werden ... Spanien ist ein Bollwerk im Becken des Mittelmeers" [108]).

Hier ist ein zentrales Motiv des Problems angesprochen, das in diesem Gutachten zur Diskussion steht: Der sich selbst als konservativ verstehende Strauß begreift die halbfaschistische Militärdiktatur in Spanien als einen Partner, mit dem ein Bündnis zu schließen er bereit ist. Dabei bildet der Antikommunismus die gemeinsame Grundlage. Eben diese Einstellung führte in der Weimarer Republik zum Bündnis der „gemäßigten" Rechten mit dem Faschismus, und eben dieses Motiv wird heute — wie das Zitat aus den „Deutschen Nachrichten" zeigt — von der NPD wieder in den Mittelpunkt ihrer Agitation gerückt. Die Wendung von der „erprobten Freundschaft", die sich „viele Male zeigte", muß im Kontext dieser antikommunistischen Agitation als ein dezenter Hinweis von Strauß auf die Hilfe des deutschen Faschismus bei der Vernichtung der spanischen Republik einerseits und die Entsendung der Blauen Division Francos bei der Aggression des deutschen Faschismus gegen die UdSSR andererseits verstanden werden.

Auch für Portugal gibt es in der CSU und im „Bayernkurier" beträchtliche Sympathien. Besonders hervorgetreten ist dabei CSU-MdB Jaeger, dem nicht nur die innere Ordnung Portugals zusagt, sondern auch dessen Kolonialpolitik. Während die Greueltaten der portugiesischen Truppen in Angola und Mozambique seit Jahren durch die Weltpresse gehen und kürzlich auch die Synode der katholischen Bischöfe in Rom beschäftigten, erklärt Jaeger diese Truppen zu „Soldaten Europas" [109]). Winfried Martini, der das Profil des „Bayernkurier" maßgeblich mitbestimmt, verherrlichte den portugiesischen Diktator Salazar [110]), und der langjährige persönliche Referent von Strauß, Marcel Hepp, schrieb über die halbfaschistische Militärdiktatur in Griechenland: Diese Regierung selbst habe „darüber zu entscheiden, ob sie das Volk für politisch reif genug hält, in die Demokratie entlassen zu werden" [111]). Zusammenfassend erklärte der „Bayernkurier": „Da mokieren sich die SPD-Genossen über Länder wie Spanien, Griechenland und Portugal ... Ja, ist denn unsere Regierung besser als jene? Im Gegenteil ..." [112]).

Ein neues Element enthalten die Stellungnahmen der Rechten gegenüber Südafrika, weil hier das Problem des Rassismus eine zentrale Rolle spielt. Der Rassismus fungiert in diesem System als ideologische Rechtfertigung für die terroristische Unterdrückung der schwarzen Mehrheit und die rigorose Verfolgung jener Gruppen der weißen Bevölkerung, die für demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien kämpfen. Hier ist nun zwischen dem Neofaschismus und den Kräften um Strauß insoweit eine Differenz feststellbar, als die NPD die rassistische Ideologie von der „Erbverschiedenheit der Rassen" [113]) offen übernimmt, während Strauß Rassismus, Terror und Unterdrückung einfach ableugnet:

---

107) DN vom 7. 6. 1968.
108) Strauß am 30. 10. 1967 in Madrid, zit. nach „Frankfurter Rundschau" vom 28. 11. 1967.
109) Nach „Spiegel", 50/1968.
110) „Frankfurter Rundschau" vom 28. 5. 1970.
111) Zit. nach „Die Zeit" vom 12. 9. 1969.
112) BK vom 8. 8. 1970.
113) Politisches Lexikon, hrsg. von „Verlag Deutsche Nachrichten", Stichwort Apartheid.

„Südafrika ist kein Polizeistaat, aber das Land wird unter scharfer Kontrolle gehalten" [114]). „Es ist auch unsinnig, von Ausbeutung und Unterdrückung, ja von rassischer Verfolgung der Schwarzen zu sprechen" [115]). Angesichts des umfangreichen Faktenmaterials, das von Wissenschaftlern und von Gremien der Vereinten Nationen über Südafrika vorgelegt wurde [116]), ist diese Darstellung leicht als falsch und irreführend zu erkennen. Die tatsächliche Lage der schwarzen Bevölkerung und der wirkliche Charakter des Herrschaftssystems sind etwa daran zu erkennen, daß fast die Hälfte aller schwarzen Kinder stirbt, bevor sie zehn Jahre alt sind, und daß durchschnittlich jeden vierten Tag ein Mensch hingerichtet wird [117]). Eine UNO-Analyse kam zu dem Ergebnis: „Südafrika ist für Farbige ein Arbeitslager ... Die Frage drängt sich auf, ob dieses System tatsächlich weniger unterdrückerisch ist als offene Sklaverei" [118]).

Bemerkenswert ist aber nicht nur, daß Strauß hier die deutsche Öffentlichkeit irrezuführen versucht, sondern daß selbst noch in seiner beschönigenden Darstellung faschistoide Elemente leicht zu erkennen sind:

1) Strauß sagt: „Sicherlich gibt es Unruhestifter, man kann aber nicht von einer Atmosphäre der Spannung oder Unruhe sprechen" [119]). Wer sich also mit Terror und Unterdrückung nicht einverstanden erklärt, sondern dagegen angeht, ist für Strauß ein „Unruhestifter". Das ist die Sichtweise eines polizeistaatlichen Systems.

2) So ist es nur konsequent, wenn Strauß dem südafrikanischen System bescheinigt, daß es „Ruhe und Ordnung" garantiert [120]). Da diese Begriffe „Ruhe und Ordnung" im Weltbild von Strauß als oberste Güter fungieren — davon war schon die Rede —, wird hier blitzlichtartig erkennbar, wie die von Strauß so oft beschworene und so dringend herbeigewünschte „Ruhe und Ordnung" gestaltet würde: nach dem Vorbild von Südafrika.

3) Strauß behauptet: „Die Schwarzen haben ... eine für ihre Verhältnisse anständige Bezahlung" [121]). Er geht also nicht von der für einen Demokraten selbstverständlichen Vorstellung aus, daß rassische Unterschiede bei der Bezahlung keine Rolle spielen dürfen, wie es auch Art. 3 des Grundgesetzes verlangt. Die enorme Ungleichheit zwischen Schwarzen und Weißen in der Bezahlung und in den Lebensbedingungen ist für ihn in Ordnung, weil die Neger, bedenkt man, daß es sich um Neger handelt, genug verdienen. Der Kerngedanke der rassistischen Ideologie, daß die Angehörigen verschiedener Rassen mit unterschiedlichen Gaben ausgestattet seien und also eine unterschiedliche Behandlung verdienen, wird von Strauß also akzeptiert.

Auch im „Bayernkurier" finden sich bemerkenswerte rassistische Tendenzen. In einer Polemik gegen Zwischenrufer hieß es: „Westdeutsche Kryptokommunisten — übrigens sah man auch Mulatten und Neger unter ihnen ..." [122]). Und in einem Bericht über den Kampf amerikanischer Rassisten gegen Gemeinschaftsschulen: „Die Eltern befürchten, ihre Kinder würden im Wissen zurückbleiben, weil sie sich in den gemischten Schulen dem durchschnittlichen Bildungsniveau und Intelligenzgrad der Negerschüler anpassen müssen" [123]). Da jeder kritische Kommentar fehlt, muß angenommen werden, daß der „Bayernkurier" Neger für geistig minderwertig hält. Ein bekannter deutscher Theaterregisseur wird unumwunden als „rassisch belastet" gebrandmarkt [124]). In den meisten Fällen wird der Rassismus also nicht, wie beim Nationalsozialismus üblich, offen proklamiert, sondern latent suggeriert oder stillschweigend vorausgesetzt. Jedoch muß bedacht werden, daß auch die neofaschistischen Kräfte wie die NPD die rassistische Ideologie abgeschwächt und verbrämt haben [125]), da der offene Rassismus seit 1945 als diskreditiert gilt.

---

114) Interview mit „Die Welt" vom 11. 5. 1966.
115) BK vom 28. 5. 1966.
116) Vgl. H. Adam, Südafrika. Soziologie einer Rassengesellschaft, Frankfurt 1969; F. Duve (Hrsg.), Kap ohne Hoffnung, oder Die Politik der Apartheid, Reinbek bei Hamburg 1965; vgl. auch das im „Spiegel" publizierte Material (18. 10. 1971).
117) Vgl. „Spiegel" vom 18. 10. 1971.
118) Zit. nach ebenda.
119) Interview mit „Die Welt" vom 11. 5. 1966.
120) Ebenda.
121) Interview mit BK vom 28. 5. 1966.
122) BK vom 13. 9. 1969.
123) BK vom 1. 8. 1970.
124) BK vom 13. 6. 1970.
125) Vgl. Kühnl u. a., Die NPD, S. 170 ff.

Die Hochschätzung halbfaschistischer und rassistischer Herrschaftssysteme findet eine gewisse Entsprechung in der Beurteilung des nationalsozialistischen Systems. Zwar halten sich die von Strauß repräsentierten Kräfte hier noch stärker zurück als die neofaschistischen, doch schimmert das positive Urteil auch bei ihnen immer wieder durch. Wenn der „Bayernkurier" dem „nationalsozialistischen Deutschland eine vorbildliche Familienpolitik" bescheinigt [126]) oder die Schlacht von Stalingrad als „legitime Kalkulation", als „Schaffung der Voraussetzungen zur Stabilisierung der Südfront" und sogar als „sinngebendes Opfer" verherrlicht [127]), wenn Strauß schließlich „die Behauptung der Alleinschuld oder Hauptschuld Deutschlands an den Weltkriegen entschieden" zurückweist [128]) und die Niederwerfung des deutschen Faschismus als „Niederlage für unser Volk" — und nicht etwa als Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Diktatur — auffaßt, so liegt hier doch eine bemerkenswerte Identifizierung mit dem faschistischen System und seiner Politik vor, die durch floskelhafte Distanzierungen nicht aus der Welt geschafft werden kann. Für die Beurteilung von Kriegsverbrechern entwickelt der „Bayernkurier" Prinzipien, die Kriegsverbrecher praktisch unantastbar machen: Die Ermordung der männlichen Einwohner eines italienischen Dorfes zum Zwecke der „Abschreckung" rechtfertigt der „Bayernkurier" mit dem Argument: „Die Abschreckung durch die Tötung auch unschuldiger Personen ... folgt dem Trieb der Selbsterhaltung." Und überhaupt sei es ein „Gesetz der Objektivität, daß niemand jemanden wegen eines Verhaltens in einer Situation tadeln darf, in der er sich nicht selbst befunden hat" [129]). KZ-Wachmannschaften dürften demnach nur von KZ-Wachmannschaften, Euthanasieärzte nur von Euthanasieärzten beurteilt werden. Die Absurdität dieser These, die jede Rechtsprechung unmöglich machen würde, ist offensichtlich. Ebenso offensichtlich ist freilich ihr politischer Zweck.

Daß die mit dem Grundgesetz etablierte Verfassungsordnung den politischen Vorstellungen derer nicht entspricht, die mit autoritären und halbfaschistischen Systemen sympathisieren, darf wohl angenommen werden. Für diese Annahme gibt es aber auch direkte Belege. Zwar hält sich der Führer der „Sammelbewegung" selbst hier besonders zurück, aber seine Mitarbeiter sind weniger zimperlich. Marcel Hepp, lange Jahre persönlicher Referent von Franz Josef Strauß, erklärte ohne Umschweife: „Das Grundgesetz ist das zweite Versailles", denn es hindere die Bundesrepublik an der erforderlichen staatlichen Machtentfaltung, an der wirklichen „Souveränität". Durch die Garantie der Freiheit der Wissenschaft in Art. 5 sei der deutsche Staat entmachtet worden; insbesondere die Sozialwissenschaften seien „Umerziehungswissenschaften" im Dienste der Siegermächte [130]). Winfried Martini hält das Grundgesetz ebenfalls für ein „Entmächtigungsgesetz", dem er die staatliche Struktur von Spanien und Portugal entgegenstellt [131]). An Emil Franzel, wie Martini Mitarbeiter des „Bayernkurier", lobt er, daß dieser es verstanden habe, „den großen Popanz (Demokratie) zu demaskieren und nachzuweisen, daß Demokratie und Rechtsstaat, Demokratie und Freiheit ... eher ausgesprochene Gegensatzpaare sind" [132]). Franz Josef Strauß selbst hat nicht nur jede Distanzierung unterlassen, sondern diesen Kräften die Chance eröffnet, im Namen und mit Hilfe der Finanzmittel der CSU im „Bayernkurier" ständig ihre Ansichten zu verbreiten. Stellt man das Weltbild von Strauß, wie es bereits dargestellt wurde, in Rechnung, so ist das allerdings durchaus konsequent. Erst von hier aus sind die von Strauß immer wieder eingestreuten Bekenntnisse zur freiheitlichen Demokratie in ihrem politischen Stellenwert zu erkennen.

V

Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß zwischen den von Strauß repräsentierten Kräften einerseits und dem Nationalsozialismus und dem Neofaschismus andererseits in wesentlichen Fragen Gemeinsamkeiten bestehen. Neben den schon ausführlicher dargestellten Übereinstimmungen in zentralen Bereichen wäre auch noch auf die Über-

126) BK vom 28. 8. 1970.
127) BK vom 4. 7. 1970.
128) Nach „Spiegel", 32/1969.
129) BK vom 2. 8. 1969.
130) Zit. nach „Ruhr-Reflexe", 1967, H. 4.
131) Zit. nach „Frankfurter Rundschau" vom 28. 5. 1970.
132) Zit. nach ebenda.

einstimmung in Fragen der Sexualmoral, der Rolle der Frau und der Familie [133]), des § 218 StGB, in der Verklärung agrarisch-handwerklicher Lebensformen, in der Betonung der tragenden Rolle des „Mittelstandes" und in einer Reihe anderer Fragen hinzuweisen, die hier aber — schon aus Raumgründen — nicht näher dargestellt werden sollen. Bei alledem handelt es sich um Merkmale, die für die politische Rechte allgemein charakteristisch sind, wobei sich die „extreme" Rechte von der „gemäßigten" nur graduell unterscheidet.

Das bisher erarbeitete Ergebnis einer weitgehenden Übereinstimmung mit Faschismus und Neofaschismus bedarf jedoch gewisser Korrekturen durch Klarstellung der Unterschiede zwischen den beiden Kräftegruppen. Zunächst einmal sind — wie schon mehrfach erwähnt — quantitative Unterschiede zu erkennen, und zwar in doppelter Hinsicht: Erstens nehmen die spezifisch faschistischen Motive — gemessen an der Gesamtheit der politischen Äußerungen — bei den von Strauß repräsentierten Kräften nicht den gleichen Raum ein wie einst bei der NSDAP und heute bei der NPD oder in der „National-Zeitung". Und zweitens sind sie im Durchschnitt etwas gemäßigter und milder formuliert. Allerdings muß zugleich betont werden, daß sich seit der Bildung der Regierung Brandt/Scheel 1969 und insbesondere seit dem Abschluß der Verträge von Moskau und Warschau der Anteil faschistischer Elemente deutlich erhöht und die Tonart wesentlich verschärft hat.

Aber auch Unterschiede im politischen und ideologischen Konzept selbst sind feststellbar. Für den Nationalsozialismus (wie für alle faschistischen Bewegungen) ist — neben der scharfen Frontstellung gegen den „Marxismus" — auch eine gewisse Polemik gegen das Großkapital charakteristisch. In dieser oft als sozialistisch mißverstandenen antimonopolistischen Tendenz drückt sich die Mentalität der kleinen Selbständigen in Handel, Handwerk und Landwirtschaft aus, die sich sowohl vom großen Kapital wie von der organisierten Arbeiterschaft in ihrem sozialen Status bedroht fühlt und nach dem Ausbruch der großen Wirtschaftskrise 1929 die Massenbasis der faschistischen Bewegung bildeten. Dieses antimonopolistische Element hat zwar die tatsächliche Politik der faschistischen Bewegung und des faschistischen Systems nicht beeinflußt — diese war ausschließlich gegen die Linke gerichtet —, in der Agitation vor 1933 aber eine beachtliche Rolle gespielt und die Gewinnung der Massen erst ermöglicht.

Die neofaschistischen Gruppen haben diese gegen das Großkapital gerichtete Tendenz übernommen, wenn auch in sehr abgeschwächter Form [134]). Bei Strauß und der CSU aber gibt es sie nicht einmal in Ansätzen. Strauß hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß nach seiner Ansicht die kapitalistische Wirtschaft, so wie sie ist, erhalten bleiben, allenfalls effektiver gestaltet, d. h. noch stärker monopolisiert werden muß. Zwar wird dem „Mittelstand" und den Bauern besonders in der Periode vor den Wahlen Schutz und Förderung versprochen, doch diese Propaganda enthält keine Spitze gegen das Großkapital, sondern wird — wenn überhaupt — in Zusammenhang mit der antigewerkschaftlichen Polemik gebracht. In dieser Frage vertreten Strauß und die CSU also die typische Position der „gemäßigten" Rechtspartei, wie sie in der Weimarer Zeit von der DVP und der DNVP vertreten wurde.

Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß Strauß und die CSU sich sehr prononciert als christlich ausgeben, die Bedeutung der Religion betonen und auf ein gutes Verhältnis zur katholischen Kirche Wert legen. Allerdings muß daran erinnert werden, daß nur der deutsche Faschismus starke antiklerikale Komponenten aufwies, während der Faschismus in katholischen Ländern wie Italien, Spanien und Kroatien ein gutes Verhältnis zur katholischen Kirche hatte und deren Unterstützung genoß [135]). Auch der Neofaschismus in der Bundesrepublik hat die antiklerikale Frontstellung weitgehend abgebaut. Grundsätzlich läßt sich also sagen, daß eine kirchenfreundliche Haltung mit einer faschistischen Position durchaus vereinbart werden kann.

---

133) Vgl. z. B. den Artikel in BK vom 17. 7. 1971: „Konzentrierter Angriff auf die Familie — Die Hausfrau und Mutter wird diffamiert", in dem im Zusammenhang mit der Berufsarbeit der Frau von „ödester Gleichmacherei", „Gleichschaltung", „staatlichem Zwangskindergarten", „Verpflegung aus Großküchen und Fertigdosen" die Rede ist.

134) So polemisiert die DNZ z. B. gegen die „internationalen Großkapitalisten", deren Instrument angeblich die SPD sein soll (3. 10. 1969); zur Haltung der NPD in dieser Frage vgl. Kühnl u. a., S. 101 ff.

135) Vgl. K. H. Deschner, Mit Gott und den Faschisten, Stuttgart 1965.

Gegenüber dem Faschismus der 20er und 30er Jahre unterscheiden sich Strauß und die CSU auch noch deutlich dadurch, daß sie keine uniformierten und bewaffneten Parteiverbände haben, die als Terrorbanden gegen politische Gegner eingesetzt werden. Auch in dieser Hinsicht sind sie eher mit rechtsbürgerlichen Parteien wie den Deutschnationalen zu vergleichen. Allerdings wurden solche Parteimilizen auch vom Neofaschismus, der sich damit den veränderten politischen und juristischen Bedingungen anpaßte, nur in einigen Ansätzen formiert.

In diesem Zusammenhang ist auf eine Differenz einzugehen, der das größte Gewicht zukommen dürfte: Die CSU ist viele Jahre lang Regierungspartei, Strauß ist viele Jahre Minister in Bonn gewesen, und die CSU ist in Bayern die allein regierende Partei. Strauß als Minister und die CSU als Regierungspartei haben dabei eine Politik getrieben, die sicher autoritäre Ideologien und Strukturen (z. B. in Wirtschaft, an den Universitäten, im Militär) gefördert und demokratische Bestrebungen behindert hat; die auch die Prinzipien des Rechtsstaats in Einzelfällen verletzt und durchbrochen hat (z. B. bei der „Spiegel"-Affäre). Es muß aber betont werden, daß sie eine faschistische Politik, die durch die totale und dauerhafte Beseitigung des Rechtsstaats und der bürgerlichen Freiheiten und die totale und terroristische Unterdrückung jeder Opposition gekennzeichnet ist, ohne Zweifel nicht betrieben haben. Das mag auch an der objektiven Unmöglichkeit gelegen haben, angesichts entgegenstehender Kräfte in der CDU und der CSU selbst, angesichts des politischen Kräfteverhältnisses in der BRD insgesamt und angesichts der durch alliierte Truppen und durch die kritische Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit garantierten partiellen internationalen Kontrolle faschistische Politik zu betreiben, bleibt aber als Faktum gleichwohl festzuhalten. Die rechtsstaatlichen Garantien, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Freiheit organisierter Opposition blieben in einem hohen Maße erhalten. Auch hier hat die CSU die Politik einer rechtsbürgerlichen Partei betrieben, die die Opposition zwar diffamiert und behindert, radikale Teile davon auch in die Illegalität drängt, autoritäre Tendenzen in einem gewissen Maße fördert, den Rechtsstaat aber allenfalls punktuell verletzt, nicht aber total beseitigt.

VI

Das bisherige Verhältnis zwischen „gemäßigter" und „extremer" Rechten in der BRD ist gekennzeichnet durch eine weitgehende Übereinstimmung in wesentlichen politischen Fragen. Ideologisch gesehen kann dabei, wie schon dargestellt, durchaus von einer gemeinsamen Frontstellung gesprochen werden. Es gibt eine Reihe von Äußerungen, die belegen, daß man sich dieser Gemeinsamkeit auf beiden Seiten auch durchaus bewußt ist. Der ehemalige NS-Journalist Hahn-Burty, der mittlerweile als NPD-Publizist tätig ist und mit einer Propagandabroschüre über Adolf v. Thadden hervortrat, sieht auch in Strauß eine „überragende Führerpersönlichkeit" [136]). Die „Deutsche National-Zeitung" bescheinigte der CSU „hohe Verdienste auf dem Agrarsektor, in der Wehrpolitik und im Kampf gegen den Atomsperrvertrag" [137]). Die gleiche Zeitung brachte nach den Bundestagswahlen 1969 die Schlagzeile: „Thadden — der große Versager. Scheel — Totengräber der FDP. Strauß — Mann der Zukunft." Im Text hieß es dann: „Die Vorstellungen von ‚Recht und Ordnung', die sich auf die Person des NPD-Parteivorsitzenden nach dessen Hoffnung richten sollten, haben sich in Wahrheit auf Franz Josef Strauß konzentriert." Und, angesichts der NPD-Niederlage: „Gebe Gott, daß unser Land trotzdem eine bürgerliche Regierung erhält, ein Kabinett, das deutsche Interessen wahrt, das den Rechtsstaat schützt und die Freiheit der Deutschen im Innern und nach außen verteidigt" [138]) Der NPD-Kreisvorsitzende von München erklärte nach den Bundestagswahlen 1969: „Eine Allein-Regierung der CDU/CSU wäre mir am liebsten" [139]). Und in einem Bericht des NPD-Organs „Deutsche Nachrichten" über eine Podiumsdiskussion heißt es: „Zum Schluß stellte Stoppel von der CSU noch einmal die Lebensforderungen des deutschen Volkes auf, die aus nationaldemokratischem Munde nicht prägnanter hätten formuliert werden können" [140]). Das

136) „Europäische Sicht" vom 29. 3. 1970.
137) DNZ vom 19. 12. 1969.
138) DNZ vom 3. 10. 1969.
139) Zit. nach „Frankfurter Rundschau" vom 18. 9. 1969.
140) DN vom 18. 8. 1967.

gleiche Organ publizierte eine umfangreiche Aufstellung inhaltlich identischer Aussagen der NPD und der CDU/CSU über die Frage der deutschen Einheit und Selbstbestimmung [141]). Umgekehrt gestand CSU-MdB Josef Stecker: „Was die (Nationaldemokraten) an nationalem Anliegen und konservativem Gedankengut haben, das praktizieren wir täglich" [142]).

Es gibt Gruppen des Neofaschismus, die sich von vornherein als Bundesgenossen und zugleich Mahner der CSU begreifen: Die „Deutsche Volksunion", die Anfang 1971 von Gerhard Frey, dem Herausgeber der „National-Zeitung", gegründet wurde, habe sich zur Aufgabe gesetzt, „auf Schichten einzuwirken, die die CSU nicht erreicht"; so erläuterte der Verlagsleiter der „Deutschen National-Zeitung", Emmerich Giel, der selbst der CSU angehört [143]). Im Gründungsaufruf der „Deutschen Volksunion" [144]) heißt es deshalb: „Droht die Volksunion also indirekt damit, selbst eine Partei zu werden? Diese Absicht besteht nicht, solange die CDU/CSU in den Grundfragen der Deutschlandpolitik die Rechtsansprüche wahrt." So ist es leicht verständlich, daß der „Deutschen Volksunion", deren Ziel es ist, „den Zweiten Weltkrieg politisch zu gewinnen", innerhalb weniger Wochen rund 100 CSU-Mitglieder beitraten [145]) und seit dem Niedergang der NPD eine ganze Reihe von NPD-Abgeordneten sich der CDU/CSU angeschlossen haben [146]). Eine „interne Information" des CSU-Freundeskreises Köln vom 8. Juni 1970 kennzeichnete das Verhältnis zwischen der „gemäßigten" und der „extremen" Rechten zusammenfassend wie folgt: „Wir haben in Ausführung der Marburger NPD-Absprache an alle NPD-Sympathisanten die Parole ausgegeben: wählt CDU/CSU, stärkt die Opposition, verhelft ihr wieder zur Macht. Franz Josef Strauß ist der kommende Mann. Er löst Adolf Hitler nicht ab, er ersetzt ihn auch nicht, er hat aber Führungsqualitäten."

Die Gemeinsamkeit im ideologischen und politischen Kampf gegen Entspannung und Mitbestimmung, gegen demokratische Hochschulreform und Emanzipation der Frau, für Stärkung der Autorität und Sicherung des Privateigentums, für Diffamierung und Unterdrückung der linken Opposition hatte jedoch bisher nur sehr begrenzt zur Gemeinsamkeit der Aktion und der Organisation geführt. Zwar stimmten die Vertreter der NPD in Landtagen, Rundfunkräten und anderen Gremien [147]) oft gemeinsam mit der CDU und CSU gegen die SPD; zwar stimmten die Vertreter der NPD bei den Bundespräsidentenwahlen für den Kandidaten der CDU/CSU — wobei auch Gespräche zwischen Thadden, Strauß und Heck stattfanden [148]) —, doch ein relativ festes politisches Bündnis nach dem Vorbild des Reichsausschusses für das Volksbegehren gegen den Young-Plan von 1929 oder der Harzburger Front von 1931 hat sich bisher nicht gebildet. Allerdings gibt es Kontaktstellen, in denen CSU-Repräsentanten und Neofaschisten kontinuierlich und offenbar gut zusammenarbeiten, was mindestens als Symptom und Modellfall von Bedeutung ist.

Hinzuweisen ist hier vor allem auf den „Witiko-Bund", dem Vertreter von CDU, CSU, NLA, NPD und aus den Vertriebenenverbänden angehören. 1965 z. B. kandidierten für den Bundestag zwölf Mitglieder des „Witiko-Bundes", davon drei für die CDU/CSU, vier für die FDP (die sich inzwischen in der NLA vereinigt haben) und vier für die NPD [149]). Prominente Namen sind in diesem Bund vertreten: Prof. Ernst Anrich, der führende Ideologe der NPD, Dr. Walter Becher, CSU-MdB und Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Siegfried Zoglmann, führendes Gründungsmitglied der NLA usw. Besonders auffällig ist der hohe Anteil ehemaliger Funktionsträger faschistischer Organisationen. Beispielsweise war Zoglmann Gebietsführer der HJ im „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren", Dr. Heinz Lange Gebietsführer der HJ im Sudentenland und Kompanieführer der Waffen-SS, Dr. Walter Becher (CSU-MdB) Schriftleiter bei der NSDAP-Zeitung „Die Zeit" im Sudetenland, Prof. Herbert Böhme SA-Sturmbannführer, Dr. Viktor Aschen-

141) DN vom 19. 1. 1968 und 26. 1. 1968.
142) Zit. nach C. K. Taler, Warum die NPD nicht verboten wird, in: „Stimme der Gemeinde", 1968, H. 22; vgl. auch den Artikel von E. Spoo in „Frankfurter Rundschau" vom 31. 3. 1970.
143) Nach E. Spoo, Der Führer des Rechtskartells, a. a. O., S. 137.
144) „Deutscher Anzeiger", 2. Maiausgabe 1971.
145) „Frankfurter Rundschau" vom 5. 4. 1971.
146) Vgl. z. B. „Frankfurter Rundschau" vom 3. 7. 1970, 24. 3. 1970, 27. 1. 1970.
147) Vgl. z. B. „Frankfurter Rundschau" vom 29. 1. 1970.
148) „Frankfurter Rundschau" vom 8. 5. 1969.
149) K. Antes und U. Wickert, Ein Kartell-Modell: Der „Witiko-Bund", in: Jung und Spoo, Das Rechtskartell, a. a. O., S. 119.

brenner NS-Gauvolksbildungswart, Dr. Walter Brand (CSU) Stellvertreter Henleins und dann Generalreferent für den Göringschen Vierjahresplan im Sudetenland usw. [150]).

Der „Witiko-Bund" vertritt entschieden nationalistische und aggressiv-revanchistische Forderungen. So stellte Dr. Becher (CSU) in aller Klarheit fest: eher werde Polen ein viertes Mal geteilt, als daß Breslau ewig Wroclaw heiße; und eher werde die Tschechoslowakei ein zweites Mal zerschlagen, als daß Karlsbad Karlovy Vary bleibe [151]). Und Rudolf Übelacker kündigte an: „Eine junge Generation aus dem deutschen Volk wird bei Vorrang der Vertriebenennachkommen alle jetzt fremd besetzten deutschen Gebiete wieder in Besitz nehmen, auch das Sudetenland" [152]). Nach der faschistischen Besetzung der Tschechoslowakei befragt, antwortete Rudolf Staffen (ehemals Gauamtsleiter der NSDAP): „Das tschechische Volk hat unter deutscher Herrschaft einen wirtschaftlichen Aufstieg erlebt wie nie zuvor. Von einer Unterdrückung des tschechischen Volkstums in dieser Zeit kann keine Rede sein" [153]). Danach wäre also eine neue deutsche Besetzung der Tschechoslowakei zum Wohle der Tschechen selbst.

Als etwas anders gelagertes Beispiel sei auf die „Aktion Widerstand" hingewiesen, die einen Zusammenschluß aller neofaschistischen Gruppen mit dem Ziel des Kampfes gegen die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel darstellt [154]). Bei ihrer Gründungskundgebung am 31. Oktober 1970 wurden Mordparolen wie „Willy Brandt an die Wand" (und bei einer Kundgebung in Hamburg „Macht aus jedem Roten einen Toten") verkündet und damit die aus der Weimarer Zeit bekannte Atmosphäre vorbereitet, die damals zur Ermordung von Eisner, Rathenau, Erzberger und anderen Politikern und vor einigen Monaten zu einem Attentatsversuch auf den Bundespräsidenten Heinemann führte. An dieser „Aktion Widerstand" ist zwar die Partei des Franz Josef Strauß weder als Organisation noch mit prominenten Einzelpersönlichkeiten beteiligt. Es ist jedoch symptomatisch genug, daß der CSU-Freundeskreis bei der Vorbereitung beteiligt war, daß Strauß, der als Gast nach Würzburg geladen war, von seiner Sekretärin „mit Bedauern" entschuldigt wurde und daß Prof. v. d. Heydte, bis vor kurzem CSU-MdL und Fraktionssprecher in Fragen der Hochschulpolitik, der Gründungsversammlung der „Aktion Widerstand" ein Grußtelegramm sandte, in welchem er bedauerte, dort nicht selbst sprechen zu können. Auf die Frage, was angesichts der Mordparolen solcher rechtsextremer Gruppen — wie z. B. „Hängt die Verräter" — zu tun sei, wies der CSU-Abgeordnete Messmer auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung hin [155]). Daran ist erstens symptomatisch, daß man dieses Grundrecht zwar der extremen Rechten, aber — wie dargestellt — keineswegs der Linken zubilligt; und zweitens, daß man mit der Duldung dieser rechtsextremen Mordparolen durch die etablierte, über die Staatsorgane verfügende „gemäßigte" Rechte den gleichen Kurs einschlägt, der den Faschismus in der Weimarer Zeit (und vor 1922 in Italien) zu seiner Politik des offenen Terrors ermutigt hat.

Es bestehen also über die Gemeinsamkeiten in wesentlichen politischen Fragen hinausreichende feste organisatorische Kontakte zwischen den von Strauß geführten Kräften und den Neofaschisten und offen geäußerte Sympathieerklärungen von CSU-Repräsentanten selbst für solche Organisationen und Aktionen, die rein neofaschistischen Charakter haben. Es gibt also Ansätze zur Bildung eines „nationalen Blocks" auf der Rechten, dessen Vorgänger 1933 zur Koalitionsregierung Hitler/Hugenberg führte. Eine der Parolen, mit denen das damals ins Werk gesetzt wurde, war die von der „nationalen Sammlung". Eben diese Parole wurde von Strauß wieder aufgegriffen: Auf dem Nürnberger Parteitag definierte Strauß die CSU am 5. Juli 1970 als „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands". Bei dieser Sammlung der gesamten Rechten kommt es ihm offenbar nicht nur darauf an, für die Anhänger des Neofaschismus so attraktiv zu sein, daß sie sich der CSU anschließen [156]), sondern auch mit den Organisationen des Neofaschismus ein so gutes Verhältnis herzustellen, daß der gemeinsame Kampf gegen Verständigungspolitik und Mitbestimmung möglichst wirksam geführt werden kann.

150) Ebenda, S. 113 ff.
151) Ebenda, S. 115.
152) Zit. nach „Gestern und heute", 35, S. 56.
153) Interview in der DNZ, zit. nach Antes und Wickert, a. a. O., S. 120.
154) Einzelheiten ebenda, S. 121 ff.
155) „Frankfurter Rundschau" vom 11. 5. 1971.
156) Vgl. z. B. „Spiegel" vom 16. 3. 1970: Der NPD müsse man sich bedienen, „auch wenn sie noch so reaktionär sind".

Resultat

Aus diesen Untersuchungen, die sich notwendigerweise auf veröffentliches, jedermann zugängliches Material stützen, ergibt sich das folgende Resultat:

1) Weder die Ideologie noch das tatsächliche politische Verhalten von Strauß und der von ihm repräsentierten Kräfte können als Ganzes oder in ihren wesentlichen Teilen als faschistisch bezeichnet werden. Im Vergleich zum Faschismus der 20er und 30er Jahre sind qualitative Unterschiede nicht zu übersehen. Gegenüber den neofaschistischen Gruppen in der Bundesrepublik sind diese Unterschiede geringer, aber gleichwohl noch deutlich zu erkennen.

2) Sowohl die Ideologie wie das tatsächliche politische Verhalten — zwei Bereiche, die bei einer einflußreichen Persönlichkeit oder Partei ohnehin aufs engste verbunden sind — weisen jedoch Merkmale auf, die als spezifisch faschistisch charakterisiert werden müssen. Das gilt vor allem für die Agitation gegenüber Minderheiten, die aus dem Bereich des Humanen ausgesondert werden.

3) Darüber hinaus weisen Ideologie und politisches Verhalten wesentliche Merkmale auf, die der „extremen" und der „gemäßigten" Rechten gemeinsam sind und die anknüpfen an den gemeinsamen Kampf der gesamten Rechten in der Weimarer Zeit. Sie kommen vor allem in der Agitation gegen die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel zum Ausdruck, doch muß beachtet werden, daß hier gemeinsame politische Grundüberzeugen über Staat, Gesellschaft und internationale Beziehungen zugrundeliegen. Die Betonung der Autorität in allen Lebensbereichen vom Staat über das Militär bis zur Familie, die Ablehnung von effektiver Mitbestimmung und Demokratisierung und die Starrheit des Feindbildes, aus denen die Diffamierung der linken Opposition im Innern als zersetzend und der Kampf gegen die Politik einer internationalen Verständigung folgen, sind hier besonders hervorzuheben.

4) Diese politische Verwandtschaft ist beiden Teilen partiell bewußt und von ihnen mehrfach artikuliert worden. Feste organisatorische Kontakte liegen bisher — soweit überprüfbar — nur in einigen Ansätzen vor, doch kann nicht ausgeschlossen werden, daß sie — wie in der Schlußphase der Weimarer Republik — intensiviert werden, wenn dies von den Beteiligten für opportun gehalten wird. Die ideologischen und politischen Voraussetzungen für ein Bündnis sind jedenfalls in gleichem Maße gegeben wie damals bei den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten.

5) Unabhängig von gemeinsamen Frontstellungen in konkreten Fragen und Ansätzen zu festen organisatorischen Kontakten ist festzustellen, daß Ideologie und politisches Verhalten der von Strauß repräsentierten Kräfte geeignet sind, autoritäre Denk- und Verhaltensformen zu begünstigen und damit den Boden zu bereiten, auf dem Faschismus — unter veränderten sozialen Bedingungen, z. B. im Falle einer wirtschaftlichen Rezession — gedeihen kann. Der Münchener Politologe Prof. Kurt Sontheimer stellt als Resultat seiner Untersuchung über den neuen Nationalismus, die sich auch auf Strauß bezieht, fest: „Will man, wie sich das in der konservativen Bewegung des neuen Nationalismus abzeichnet, über die Demokratie als Verfassungsform ein irrationales Gebilde eigener Art — sei es die Nation oder das Vaterland — stülpen, so macht man erstens den vorhandenen Feinden der Demokratie Mut, ihr Werk entschiedener zu betreiben, und schafft zweitens die möglichen Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Lage, in der man die Nation als übergreifende Idee erneut gegen die demokratische Ordnung ausspielen kann" [157]). Seit 1966, dem Zeitpunkt dieser Untersuchung, hat sich diese Tendenz bei Strauß bedeutend verschärft. Nicht alle extremen Forderungen werden von Strauß selbst formuliert. Wenn er es aber vermeidet, sich von Forderungen seines Parteiorgans, seines persönlichen Referenten oder anderer hoher CSU-Funktionsträger zu distanzieren, muß angenommen werden, daß sie ihm willkommen sind oder mindestens seinem Konzept nicht widersprechen. Was den Freiherrn zu Guttenberg betrifft, so kann er — trotz einiger überwiegend persönlich bedingter Unstimmigkeiten — in den wesentlichen politischen Fragen als Repräsentant des rechten Flügels der CSU gelten, der den gleichen Kurs vertritt wie Strauß [158]).

6) Daraus folgt: Wer — wie Strauß und die um ihn gruppierten Kräfte — seine Hoch-

157) Hessische Landeszentrale für politische Bildung, „Zum Nachdenken" 18, S. 15.
158) Vgl. vor allem sein Buch Wenn der Westen will. Plädoyer für eine mutige Politik, Stuttgart 1964.

schätzung für faschistische und halbfaschistische Herrschaftssysteme bekundet, Minderheiten mit faschistischem Vokabular aus dem Bereich des Humanen aussondert, die Verstärkung der Militärmacht und zugleich die Veränderung der Grenzen verlangt und eine Reihe anderer Motive aufnimmt, die für die antidemokratische Rechte der Weimarer Republik kennzeichnend waren, und überdies typische Merkmale der autoritären Persönlichkeit aufweist, weckt notgedrungen den Verdacht, er wolle mit Hilfe einer neuen „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes" die Rechtsschwenkung der deutschen Politik aus den Jahren 1930 bis 1933 wiederholen. Staatsbürger, die sich einer solchen Politik entschieden widersetzen und ihre Gefahren sichtbar machen, nehmen ihre elementaren demokratischen Rechte wahr. Nach den Unmenschlichkeiten des Faschismus ist es geradezu die Pflicht jedes Bürgers, allen Anfängen zu wehren, die in diese Richtung deuten. Daß Strauß solchem Verdacht selbst ständig Nahrung geliefert hat und weiterhin liefert, wurde hier nachgewiesen. Es wurde aber zugleich nachgewiesen, daß dieser Verdacht nicht nur von dem — hier angeklagten — Staatsbürger her subjektiv verständlich, sondern daß er auch durch Ideologie und politisches Verhalten von Strauß und den ihm nahestehenden Kräften objektiv begründet ist. Sofern der Angeklagte durch das Hakenkreuz und den Hinweis auf den Faschismus ausdrücken wollte, daß Ideologie und politisches Verhalten dieser Kräfte in Richtung auf Faschismus deuten und den Faschismus begünstigen, hat er also nicht nur subjektiv verständlich, sondern auch objektiv begründet gehandelt. Hätte im Jahre 1929 ein Staatsbürger vor der Politik Hugenbergs und der Deutschnationalen gewarnt mit der Begründung, diese Politik fördere den Faschismus, so hätte er nicht Strafverfolgung, sondern den Dank aller Demokraten verdient. Ein prinzipiell gleichgelagerter Fall ist hier zu beurteilen.

Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen und deren Vernichtung

(Wortlaut)

Am 10. April d. J. unterzeichneten die Außenminister der USA, Großbritanniens und der UdSSR die am 16. Dezember 1971 von der UN-Vollversammlung angenommene Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen und deren Vernichtung. Zugleich wurde diese Konvention

---

(Neufassung der Einleitung)

*) Zu prüfen ist die Frage, ob eine partielle Identität zwischen Hitler und dem Nationalsozialismus einerseits und Franz Josef Strauß andererseits besteht. Dabei kommt es dem Gericht zweifellos nicht auf irgendwelche private Eigenschaften von Hitler und Strauß an, sondern auf deren politische Stellung. Das geht sowohl aus den Plakaten hervor, für die der Angeklagte verantwortlich zeichnet, als auch aus der Anklageschrift. Dort heißt es, durch die Plakate habe der Anschein erweckt werden sollen, daß Strauß (und Guttenberg) Nationalsozialisten oder Neofaschisten seien oder mindestens „Sympathisanten dieser politischen Richtung", daß also „Zweifel an der demokratischen Gesinnung der beiden Abgeordneten zum Ausdruck gebracht werden". Genau diese Fragen sind hier zu untersuchen.

Dabei geht die Anklageschrift mit Recht davon aus, daß Hitler und Strauß hier nicht nur als Einzelpersönlichkeiten von Interesse sind, sondern daß es um die „politische Richtung", um „nationalsozialistische Bestrebungen" geht. Weder für den Angeklagten noch für die Politikwissenschaft wären Hitler oder Strauß von Belang, wenn sie nicht Repräsentanten politischer Kräfte wären, die die politische Entwicklung beeinflussen. Mit gutem Grund bezieht die Anklageschrift auch die neofaschistischen Gruppen, von denen sie NPD und Aktion Widerstand nennt, in ihre Betrachtung ein. In der Tat äußert sich hier der Nationalsozialismus in einer neuen, den Zeitumständen angepaßten Form. Zu prüfen ist also das politische Verhältnis zwischen Strauß und den von ihm repräsentierten Kräften einerseits und den von Hitler repräsentierten nationalsozialistischen sowie den neofaschistischen Kräften andererseits.

Bei der Einordnung politischer Persönlichkeiten und Kräfte arbeitet die Anklageschrift mit den Begriffen „demokratisch" und — als Gegensatz dazu — nationalsozialistisch, „neofaschistisch" und „rechtsgerichtet" (S. 7 f.). Diese auch in der Politikwissenschaft gebräuchlichen Begriffe sollen übernommen werden, bedürfen allerdings inhaltlicher Präzisierung.

Die Anklageschrift geht davon aus, daß die „demokratische Gesinnung" von Strauß unzweifelhaft ist, daß zwischen Strauß und nationalsozialistischen bzw. neofaschistischen Bestrebungen keinerlei Zusammenhang besteht und daß es sich bei der CSU um eine demokratische Partei handelt. Es ist zu fragen, auf welche Weise diese Behauptungen überprüft werden können.

Wenn die Anklageschrift die NPD als „rechtsgerichtet" bezeichnet, so ist das zweifellos begründet, denn die Unterscheidung zwischen Rechts und Links ermöglicht erst eine sinnvolle Einordnung politischer Positionen.

von den jeweiligen Botschaftern, bzw. Vertretern von insgesamt 70 Staaten — darunter die BRD und die DDR — mitunterzeichnet. Frankreich und die VR China unterzeichneten nicht. Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut der Konvention. D. Red.

Die Vertragsparteien dieser Konvention, entschlossen zu handeln, um einen wirksamen Fortschritt in Richtung auf eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu erreichen, einschließlich des Verbots und der Ausschaltung aller Typen von Waffen der Massenvernichtung, überzeugt, daß das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung chemischer und bakteriologischer (biologischer) Waffen und deren Ausschaltung durch wirksame Maßnahmen die Erreichung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle erleichtern wird, — in Anerkennung der wichtigen Bedeutung des Protokolls über das Verbot der Kriegsverwendung von erstickenden, giftigen oder anderen Gasen und von bakteriologischen Methoden der Kriegsführung, unterzeichnet am 17. Juni 1925 in Genf, und im Bewußtsein des Beitrags, welchen das genannte Protokoll zur Minderung der Schrecken des Krieges bereits gemacht hat und weiterhin macht, — in Bekräftigung ihrer Zugehörigkeit zu den Grundsätzen und Zielen dieses Protokolls, sowie alle Staaten aufrufend, diese zu befolgen, erinnernd, die die Vollversammlung der UN alle Aktionen, die in Widerspruch mit den Grundsätzen und Zielen des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 stehen, wiederholt verurteilt hat —, in dem Wunsche, zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Völkern und zur allgemeinen Verbesserung der internationalen Atmosphäre beizutragen, — auch in dem Wunsche, zur Verwirklichung der Zwecke und Grundsätze der UN-Charta beizutragen in der Überzeugung der Wichtigkeit und Dringlichkeit, solche gefährlichen Waffen der Massenvernichtung, wie jene, die chemische oder bakteriologische (biologische) Wirkstoffe verwenden, aus den Arsenalen der Staaten durch wirksame Mittel auszuschalten, anerkennend, daß ein Abkommen über das Verbot von bakteriologischen (biologischen) und toxischen Waffen einen ersten möglichen Schritt zur Erreichung eines Abkommens über wirksame Maßnahmen auch für das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von chemischen Waffen darstellt, sowie entschlossen, Verhandlungen zu diesem Zweck fortzusetzen, — entschlossen, im Interesse der ganzen Menschheit die Möglichkeit der Verwendung bakteriologischer (biologischer) Waffen und Toxine als Waffen vollständig auszuschalten, in der Überzeugung, daß eine solche Verwendung für das Gewissen der Menschheit abstoßend wäre und daß keine Bemühung gescheut werden sollte, um dieses Risiko zu vermindern, haben folgendes vereinbart:

ARTIKEL I: Jede Vertragspartei dieser Konvention verpflichtet sich, niemals und unter keinerlei Umständen zu entwickeln, zu produzieren, zu lagern oder anderwärts zu erwerben oder zu behalten: (1) mikrobische oder andere biologische Wirkstoffe oder Toxine, wie immer ihr Ursprung oder ihre Produktionsmethode sein mag, in Typen und in Quantitäten, die keine Rechtfertigung für prophylaktische, schützende oder andere friedliche Zwecke besitzen; (2) Waffen, Ausrüstungen oder Trägermittel, die dazu bestimmt sind, solche Wirkstoffe oder Toxine für feindliche Zwecke oder in bewaffneten Konflikten zu verwenden.

ARTIKEL II: Jede Vertragspartei dieser Konvention verpflichtet sich, alle Wirkstoffe oder Toxine, Waffen, Ausrüstungen und Trägermittel, wie sie in Artikel I der Konvention spezifiziert sind, und die in ihrem Besitz oder unter ihrer Jurisdiktion oder Kontrolle sind, möglichst bald, aber nicht später als 9 Monate nach Inkrafttreten der Konvention zu vernichten oder zu friedlichen Zwecken umzuleiten. Bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Artikels sollen alle notwendigen Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden, um die Bevölkerung und die Umwelt zu schützen.

ARTIKEL III: Jede Vertragspartei dieser Konvention verpflichtet sich, keine der Wirkstoffe, Toxine, Waffen, Ausrüstungen oder Trägermittel, wie sie in Artikel I der Konvention spezifiziert sind, an irgendeinen Empfänger direkt oder indirekt zu transferieren und in keiner Weise irgendeinen Staat, Staatengruppe oder internationale Organisation zu unterstützen, zu ermutigen oder anzustiften, sie herzustellen oder anderwärts zu erwerben.

ARTIKEL IV: Jede Vertragspartei dieser Konvention soll in Übereinstimmung mit ihren verfassungsmäßigen Verfahren alle notwendigen Schritte treffen, um die Entwicklung, Produktion, Lagerung, Erwerbung oder den Rückbehalt der Wirkstoffe, Toxine, Waffen, Ausrüstungen und Trägermittel, wie sie in Artikel I der Konvention spezifiziert sind, innerhalb des Territoriums dieser Vertragspartei, unter ihrer Jurisdiktion oder unter ihrer Kontrolle irgendwo zu verbieten und zu verhindern.

ARTIKEL V: Die Vertragsparteien dieser Konvention verpflichten sich, bei der Lösung jedes Problems, das sich in bezug auf die Ziele dieser Konvention oder in Anwendung ihrer Bestimmungen ergeben mag, einander zu konsultieren und zusammenzuarbeiten. Konsultationen und Zusammenarbeit gemäß diesem Artikel können auch durch angemessene internationale Verfahren im Rahmen der UN und in Übereinstimmung mit ihrer Charta unternommen werden.

ARTIKEL VI: (1) Jede Vertragspartei der Konvention, welche der Auffassung ist, daß irgendeine andere Vertragspartei in Verletzung der Verpflichtungen, die sich aus den Bestimmungen dieser Konvention ergeben, handelt, kann eine Beschwerde an den UN-Sicherheitsrat richten. Eine solche Beschwerde soll alle möglichen Beweise für ihre Triftigkeit einschließen sowie auch das Ersuchen, daß sie durch den Sicherheitsrat erwogen wird. (2) Jede Vertragspartei dieser Konvention verpflichtet sich, bei der Durchführung jeder Untersuchung, welche der Sicherheitsrat übereinstimmend mit den Bestimmungen der UN-Charta auf Basis der erhaltenen Beschwerde einleiten mag, mitzuwirken.

ARTIKEL VII: Jede Vertragspartei dieser Konvention verpflichtet sich, jeder Partei, die darum ersucht, in Übereinstimmung mit der UN-Charta Hilfe zu leisten, wenn der Sicherheitsrat beschließt, daß diese Partei als Ergebnis einer Verletzung dieser Konvention gefährdet ist.

ARTIKEL VIII: Nichts in dieser Konvention soll so ausgelegt werden, als ob es in irgendeiner Weise die Verpflichtungen, die von irgendeinem Staat auf Grund des Protokolls über das Verbot der Kriegsverwendung von erstickenden, giftigen oder anderen Gasen und von bakteriologischen Methoden der Kriegsführung, unterzeichnet am 17. Juni 1925 in Genf, übernommen worden sind, beschränken oder beeinträchtigen würde.

ARTIKEL IX: Jede Vertragspartei dieser Konvention bekräftigt das anerkannte Ziel eines wirksamen Verbots chemischer Waffen und verpflichtet sich, zu diesem Zweck Verhandlungen guten Glaubens in der Absicht fortzusetzen, baldigst ein Abkommen über wirksame Maßnahmen für das Verbot ihrer Entwicklung, Produktion und Lagerung und für ihre Vernichtung, sowie über andere Maßnahmen zu erreichen, die Ausrüstungen und Trägermittel, die speziell für die Produktion und die Verwendung chemischer Wirkstoffe für Waffenzwecke bestimmt sind, betreffen.

ARTIKEL X: (1) Die Vertragsparteien dieser Konvention verpflichten sich, einen möglichst vollständigen Austausch der Ausrüstungen, Materialien und wissenschaftlichen und technologischen Informationen über die Verwendung bakteriologischer (biologischer) Wirkstoffe und Toxine für friedliche Zwecke zu erleichtern und haben das Recht, daran teilzunehmen. Parteien der Konvention, die in der Lage sind, dies zu tun, sollen auch mitwirken, indem sie individuell oder gemeinsam mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen bei der Förderung der Entwicklung und Anwendung wissenschaftlicher Entdeckungen auf dem Gebiete der Bakteriologie (Biologie) zur Verhinderung von Krankheiten oder für andere friedliche Zwecke beitragen. (2) Diese Konvention soll in einer Weise durchgeführt werden, die dazu bestimmt ist, eine Behinderung der wirtschaftlichen oder technologischen Entwicklung von Vertragsparteien der Konvention oder der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete friedlicher bakteriologischer (biologischer) Tätigkeiten zu vermeiden, einschließlich des internationalen Austausches von bakteriologischen (biologischen) Wirkstoffen und Toxinen und der Ausrüstungen für die Verarbeitung, Verwendung oder Produktion bakteriologischer (biologischer) Wirkstoffe und Toxine für friedliche Zwecke gemäß den Bestimmungen dieser Konvention.

ARTIKEL XI: Jede Vertragspartei kann Änderungen zu dieser Konvention vorschlagen. Änderungen sollen für jede Vertragspartei, welche die Änderungen akzeptiert, bei Akzeptierung durch eine Mehrheit der Vertragsparteien der Konvention in Kraft treten

und hiernach für jede verbleibende Vertragspartei im Zeitpunkt ihrer Akzeptierung.

ARTIKEL XII: 5 Jahre nach Inkrafttreten dieser Konvention oder früher, wenn dies durch eine Majorität der Parteien der Konvention durch die Unterbreitung eines betreffenden Vorschlags an die Hinterlegungsregierungen gewünscht wird, soll eine Konferenz der Vertragsparteien der Konvention in Genf/Schweiz abgehalten werden, um die Funktion dieser Konvention mit dem Ziel zu überprüfen, sicherzustellen, daß die Zwecke der Präambel und die Bestimmungen der Konvention einschließlich der Bestimmungen betreffend Verhandlungen über chemische Waffen verwirklicht werden. Eine solche Überprüfung soll jedwede neuen wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen in Betracht ziehen, die für diese Konvention von Bedeutung sind.

ARTIKEL XIII: (1) Diese Konvention soll von unbeschränkter Dauer sein. (2) Jede Vertragspartei dieser Konvention soll in Ausübung ihrer nationalen Souveränität das Recht haben, von der Konvention zurückzutreten, wenn sie entscheidet, daß außerordentliche Ereignisse, die auf den Gegenstand dieser Konvention Bezug haben, die höchsten Interessen ihres Landes gefährden. Sie teilt diesen Rücktritt den anderen Vertragsparteien sowie dem Sicherheitsrat der UN 3 Monate im voraus mit. Diese Mitteilung hat eine Darlegung der außerordentlichen Ereignisse zu enthalten, die ihrer Ansicht nach eine Gefährdung ihrer höchsten Interessen veranlaßt haben.

ARTIKEL XIV: (1) Diese Konvention soll allen Staaten zur Unterzeichnung offenliegen. Jeder Staat, der die Konvention nicht vor ihrem Inkrafttreten gemäß § 2 dieses Artikels unterzeichnet, kann ihr jederzeit beitreten. (2) Diese Konvention soll Gegenstand der Ratifizierung durch die Signatarstaaten sein. Dokumente der Ratifizierung und Dokumente des Beitritts sollen bei den Regierungen der UdSSR, Großbritanniens und der USA hinterlegt werden, die hiermit als die Hinterlegungsregierungen bestimmt werden (3) Diese Konvention soll nach der Hinterlegung der Ratifizierungsdokumente durch 22 Regierungen in Kraft treten, einschließlich der Regierungen, die als Hinterleger der Konvention bestimmt sind. (4) Für Staaten, deren Ratifizierungs- oder Beitrittsdokumente nach Inkrafttreten dieser Konvention hinterlegt werden, soll sie im Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifizierungs- oder Beitrittsdokumente in Kraft treten. (5) Die Hinterlegungsregierungen sollen alle Unterzeichnungs- und Beitrittsstaaten vom Zeitpunkt jeder Unterzeichnung, vom Zeitpunkt der Hinterlegung jedes Ratifizierungs- oder Beitrittsdokuments und vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Konvention, sowie vom Erhalt anderer Mitteilungen informieren. (6) Diese Konvention soll durch die Hinterlegungsregierungen gemäß Artikel 102 der UN-Charta registriert werden.

ARTIKEL XV: Diese Konvention, deren chinesische, englische, französische, russische und spanische Texte in gleicher Weise authentisch sind, soll in den Archiven der Hinterlegungsregierungen hinterlegt werden. Angemessen beglaubigte Kopien dieser Konvention sollen von den Hinterlegungsregierungen den Regierungen der Unterzeichner und Beitrittsstaaten übermittelt werden.

In Zeugenschaft hiervon haben die angemessen autorisierten Unterzeichneten diese Konvention unterzeichnet.

Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Republik Irak vom 9. April 1972

(Wortlaut)

Anläßlich der Aufnahme der Erdölförderung in dem mit sowjetischer Hilfe erschlossenen Revier von Nord-Rumaila weilte in der Zeit vom 6. bis 10. April d. J. eine sowjetische Regierungsdelegation unter Leitung des Vorsitzenden des Ministerrates, Alexej N. Kossygin, in der Republik Irak. Während dieses offiziellen Besuches wurde zwischen den beiden Regierungen ein „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" unterzeichnet, den wir im Wortlaut veröffentlichen. D. Red.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Republik Irak haben,
in der festen Überzeugung, daß die weitere Entwicklung der Freundschaft und allseitigen Zusammenarbeit zwischen ihnen den nationalen Interessen beider Staaten entspricht und der Sache des Friedens in aller Welt und im Raum der arabischen Länder sowie den Interessen der Freiheit der Völker, ihrer Sicherheit und der Achtung der Souveränität dient,
in der Auffassung, daß die Festigung der Geschlossenheit aller Kräfte des Friedens und des Fortschritts auf antiimperialistischer Grundlage, darunter die Stärkung der Einheit der arabischen Staaten, ein wichtiges Mittel im Kampf für dauerhaften Frieden und internationale Sicherheit ist,
begeistert von den Idealen des Kampfes gegen den Imperialismus, den Kolonialismus, den Zionismus und die Reaktion, für die Freiheit, die Unabhängigkeit und den sozialen Fortschritt der Völker,
in der Überzeugung, daß in der Welt von heute die internationalen Probleme durch Zusammenarbeit und durch Suche nach gegenseitig annehmbaren Lösungen entschieden werden müssen,
in Bekräftigung ihrer friedlichen Außenpolitik und ihrer Treue zu den Zielen und Prinzipien der Charta der Organisation der Vereinten Nationen,
in dem Wunsch, die bestehenden Beziehungen der Freundschaft, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens zu entwickeln und zu festigen, in dem Bestreben, diese Beziehungen auf eine neue, noch höhere Stufe zu heben, beschlossen, vorliegenden Vertrag abzuschließen, und sich über nachstehendes geeinigt.

ARTIKEL 1: Die Hohen vertragschließenden Seiten erklären, daß zwischen beiden Ländern und ihren Völkern unverbrüchliche Freundschaft herrschen und sich eine allseitige Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, kommerziellem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet sowie in anderen Bereichen auf der Basis der Achtung der staatlichen Souveränität, der territorialen Integrität und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten entwickeln wird.

ARTIKEL 2: Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Republik Irak erklären, daß sie bei der Sicherung der Bedingungen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der sozialökonomischen Errungenschaften ihrer Völker und für die Achtung der Souveränität jeder Seite über alle ihre natürlichen Ressourcen eng und allseitig zusammenarbeiten werden.

ARTIKEL 3: Die Hohen vertragschließenden Seiten werden, konsequent eine Politik der friedlichen Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung betreibend, im Einklang mit ihrer friedlichen Außenpolitik auch künftig für den Weltfrieden, für die internationale Entspannung und für die Herbeiführung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung, die sowohl die nuklearen als auch die konventionellen Waffen einbezieht, unter wirksamer internationaler Kontrolle eintreten.

ARTIKEL 4: Die Hohen vertragschließenden Seiten verurteilen, geleitet von den Idealen der Freiheit und der Gleichberechtigung aller Völker, den Imperialismus und Kolonialismus in allen ihren Formen und Erscheinungen. Sie werden auch künftig unentwegt gegen den Imperialismus und Zionismus, für die vollständige, endgültige und bedingungslose Liquidierung des Kolonialismus und Neokolonialismus, des Rassismus und der Apartheid kämpfen und sich für die schleunigste vollständige Verwirklichung der UNO-Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialhändler und -völker einsetzen.
Die Seiten werden untereinander und mit anderen friedliebenden Staaten bei der Unterstützung des gerechten Kampfes der Völker für ihre Souveränität, ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt zusammenarbeiten.

ARTIKEL 5: Die Hohen vertragschließenden Seiten messen der wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen ihnen große Bedeutung bei und werden diese Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch in der Industrie und Landwirtschaft, im Bewässerungswesen und in der Wasserwirtschaft, bei der Ausbeutung der Erdölvorkommen und anderen Bodenschätze, im Nachrichten- und Verkehrswesen und in anderen Wirtschaftszweigen sowie bei der Ausbildung nationaler Kader auch künftig erweitern und vertiefen. Die Seiten werden den Handel und die Hochseeschiffahrt zwi-

schen beiden Staaten auf der Basis der Prinzipien der Gleichheit, des gegenseitigen Vorteils und der Meistbegünstigung erweitern.

ARTIKEL 6: Die Hohen vertragschließenden Seiten werden zur Weiterentwicklung der Beziehungen und Kontakte zwischen ihnen in Wissenschaft, Kunst und Literatur, im Bildungs- und Gesundheitswesen, in Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen, in Touristik und Sport sowie auf anderen Gebieten beitragen.

Um das Leben, die Arbeit und die Errungenschaften der Völker beider Länder auf verschiedenen Gebieten besser kennenzulernen, werden die Seiten die Erweiterung der Zusammenarbeit und der unmittelbaren Beziehungen zwischen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen, zwischen Betrieben, kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen beider Staaten fördern.

ARTIKEL 7: Die Hohen vertragschließenden Seiten messen der Koordinierung der Schritte auf dem internationalen Schauplatz im Interesse der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit sowie der Entwicklung der politischen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Irak große Bedeutung bei. Sie werden einander regelmäßig auf verschiedenen Ebenen über alle wichtigen internationalen Fragen, die die Interessen beider Staaten betreffen, wie auch über Fragen der Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen konsultieren.

ARTIKEL 8: Sollten Situationen eintreten, die den Frieden einer der Seiten bedrohen oder eine Gefahr für den Frieden oder eine Verletzung des Friedens schaffen, werden die Hohen vertragschließenden Seiten unverzüglich miteinander in Kontakt treten, um ihre Positionen im Interesse der Beseitigung der entstandenen Gefahr oder der Wiederherstellung des Friedens aufeinander abzustimmen.

ARTIKEL 9: Die Hohen vertragschließenden Seiten werden im Interesse der Sicherheit beider Länder fortfahren, die Zusammenarbeit bei der Festigung ihrer Verteidigungsfähigkeit zu entwickeln.

ARTIKEL 10: Jede der Hohen vertragschließenden Seiten erklärt, daß sie nicht Bündnissen beitreten oder sich an irgendwelchen Staatengruppierungen, an Aktionen oder Maßnahmen beteiligen wird, die gegen die andere Hohe vertragschließende Seite gerichtet sind.

Jede der Hohen vertragschließenden Seiten verpflichtet sich, nicht zuzulassen, daß ihr Territorium für die Durchführung irgendeines Aktes benutzt wird, der der anderen Seite militärischen Schaden zufügen könnte.

ARTIKEL 11: Die Hohen vertragschließenden Seiten erklären, daß ihre aus gültigen internationalen Verträgen erwachsenden Verpflichtungen nicht im Widerspruch zu den Punkten dieses Vertrages stehen, und verpflichten sich, keinerlei internationale Abkommen abzuschließen, die mit ihm unvereinbar wären.

ARTIKEL 12: Vorliegender Vertrag wird für die Dauer von 15 Jahren abgeschlossen und automatisch für jeweils weitere fünf Jahre verlängert, wenn nicht eine der Hohen vertragschließenden Seiten ihren Wunsch erklärt, seine Gültigkeit aufzuheben, worüber die andere Hohe vertragschließende Seite 12 Monate vor Ablauf der Gültigkeit des Vertrages unterrichtet werden muß.

ARTIKEL 13: Jegliche Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den Hohen vertragschließenden Seiten über die Interpretation eines Punktes des vorliegenden Vertrages auftreten könnten, werden bilateral im Geiste der Freundschaft, der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Verstehens beigelegt.

ARTIKEL 14: Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung und wird mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in möglichst kurzer Zeit in Moskau stattfinden wird, in Kraft treten.

Dieser Vertrag ist in zwei Exemplaren ausgefertigt, jedes in russischer und arabischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Ausgefertigt in Bagdad am 9. April 1972, was dem 25. Safar des Jahres 1392 der **Hedschra** entspricht.

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: A. Kossygin

Für die Republik Irak: A. H. el Bakr

Öffentlicher Appell an die Bundesregierung für die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die Weltgesundheitsorganisation (WHO)

(Wortlaut)

Die Unterzeichner appellieren öffentlich an die Bundesregierung, für die Aufnahme der DDR in die Weltgesundheitsorganisation (WHO) einzutreten. Wir begründen unsere Auffassung wie folgt:

1) Die Probleme der Gesundheit, ihre wissenschaftlichen und sozialen Aspekte können heute nicht mehr von einem einzelnen Staat, isoliert für sein eigenes Territorium, behandelt werden. Wir befinden uns vielmehr in der Gegenwart in einer komplexen Situation, die die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Medizin sowie auch auf den anderen die Gesundheit berührenden Gebieten unerläßlich macht.

2) Seit dem Bestehen der WHO hat das Wirken dieser Organisation und insbesondere das Zusammenwirken der ihr angehörenden Staaten gezeigt, wie nützlich und erfolgreich Probleme insbesondere auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung, der Abwendung von Infektionsgefahren und der notwendigen Hilfeleistung an betroffene Staaten hier eine optimale Lösung gefunden haben.

Die Durchlässigkeit der Grenzen durch den schnellen und umfassenden Verkehr von heute kann diese Erfolge jedoch jederzeit illusorisch machen. Deshalb ist eine ständige Zusammenarbeit aller Staaten in der WHO, wie sie den humanitären und universellen Zielen dieser Organisation entspricht, mit einem gemeinsamen System der Information und gemeinsam geregelten Maßnahmen unabdingbar notwendig.

3) Die Tatsache, daß die DDR, eines der Transitländer in Europa, bisher nicht Mitglied der WHO ist, hat insbesondere in den letzten Jahren mehrfach dazu geführt, daß sie z. B. in akuten Fällen der Bekämpfung quarantänepflichtiger und anderer gefährlicher übertragbarer Krankheiten auf sich gestellt oder behindert war und andererseits Maßnahmen wie z. B. die internationale Tetanus-Prophylaxe oder Hilfeleistungen von ihrer Seite nicht mit der WHO koordiniert werden konnten. Zumindest liegt hierin auch die Gefahr negativer Auswirkungen auf die Bundesrepublik und andere europäische Staaten.

Die DDR hat bisher auf den Gebieten des Gesundheitswesens, der medizinischen Forschung, der Sozialmedizin und der Hygiene Leistungen erbracht, deren wissenschaftliche Bedeutung in anderen Staaten mit gebührender Achtung anerkannt und auf vielen internationalen wissenschaftlichen Kongressen diskutiert worden ist. Kurz hingewiesen sei auf die fast gänzliche Eindämmung der Tuberkulose, die Erfolge bei der Ausmerzung von Masern und Mumps, die bedeutsamen Beiträge zur Krebsforschung, die Leistungen der Präventivmedizin und die Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit. Die DDR ist heute das Land mit der geringsten Säuglingssterblichkeit in Europa.

Die Zusammenarbeit mit der DDR auf allen Gebieten, die die WHO sich zur Aufgabe gemacht hat, wie auch auf dem vordringlichen Gebiet des Umweltschutzes ist vom Standpunkt der Wissenschaft zum gegenseitigen Nutzen aller WHO-Mitgliedstaaten dringend erforderlich. Gemäß der Satzung der WHO kann die Aufnahme eines neuen Mitgliedstaates, unabhängig von seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zur UNO, zur UNESCO oder deren Unterorganisationen oder zu anderen zwischenstaatlichen Organisationen jederzeit mit einfacher Stimmenmehrheit der WHO-Mitglieder erfolgen.

Wir appellieren deshalb an die Bundesregierung, aus menschlichen Erwägungen der Aufnahme der DDR in die WHO zuzustimmen und in sachlicher Argumentation auf die Mitgliedstaaten der WHO einzuwirken, ihrerseits die Aufnahme der DDR zu befürworten. Dies würde bekanntlich der DDR auch die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz für Umweltschutz ermöglichen, auf die sie nach unserer Auffassung ebenso wie jeder andere Staat im gemeinsamen Interesse gehört.

Einer solchen Entscheidung kann und darf sich die Bundesregierung nicht entziehen, wenn sie in ihrer Politik des friedlichen Zusammenlebens aller Völker, die jeder Denkende bejaht, nicht unglaubwürdig werden will. Nicht nur wir Bundesbürger, sondern alle Menschen und alle Staaten der Erde haben ein Recht auf einen gemeinsamen umfassenden Gesundheitsschutz. Die Bundesregierung würde durch eine solche Entscheidung den an sie gestellten Erwartungen und berechtigten Ansprüchen der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und in den anderen europäischen Staaten entsprechen.

Bonn, 8 Mai 1972

Dr. med. Klaus Dörner, Universitäts-Krankenhaus Eppendorf. — Prof. Dr. H.-J. Elster, Konstanz, Lymnologisches Institut der Universität Freiburg. — Prof. Dr. med. Werner Forßmann, Nobelpreisträger, Universität Düsseldorf. — Prof. Dr. med. Wolf Georg Forßmann, Heidelberg. — Prof. Dr. med. Rudolf Frey, Mainz, Direktor des Instituts für Anaesthesiologie. — Prof. Dr. phil. habil. Georg H. M. Gottschewski, Freiburg, Arbeitsgruppe Prof. G. H. M. Gottschewski am Max-Planck-Institut für Immunbiologie. Scientific Member of: WHO Scientific Group on Principles for the Testing of Drugs for Teratogenici. — Prof. Dr. jur. Gerald Grünwald, Bonn, Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz. — Prof. Dr. med. Werner H. Hauss, Universität Münster. — Dr. phil. nat. Walter Herbst, Universität Freiburg. — Prof. Dr. med. Konrad Hummel, Hygiene-Institut der Universität Freiburg. — Prof. Dr. med. Heinz Hundeshagen, Hannover, Direktor des Instituts für Nuklearmedizin und spezielle Biophysik der Medizinischen Hochschule Hannover. — Prof. Dr. H. Kleinschmidt, Universität Göttingen. — Prof. Dr. med. Renate Lettré, Heidelberg, Deutsches Krebsforschungszentrum. Institut für experimentelle Krebsforschung. — Dr. med. habil. Bodo Manstein, Chefarzt der geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung des Kreiskrankenhauses Detmold. — Prof. Dr. med. Peter Marquardt; Abteilung für experimentelle Therapie an der Universität Freiburg, Medizinische Fakultät. — Prof. Dr. med. Stavros Mentzos, Universität Frankfurt. — Prof. Dr. Hans Mislin, Institut für physiologische Zoologie der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. — Dr. med. Antonius Nagel, Dozent, Köln. — Prof. Dr. med. Robert Prévot, Hamburg, Direktor der Radiologischen Universitätsklinik und des Strahleninstituts. — Prof. Dr. Boris Rajewski, Direktor der Deutschen Gesellschaft für Biophysik in Frankfurt. — Prof. Dr. Rolf Rendtorff, Rektor der Universität Heidelberg. — Prof. Dr. med. Hans Schäfer, Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Heidelberg. — Prof. Dr. phil. et med. Konrad Schübel, Professor an der Universität Erlangen. — Prof. Dr. med. Eduard Seidler, Direktor des Instituts für Geschichte der Medizin der Albert-Ludwig-Universität Freiburg. — Dr. med. Thomas Skudelny, Universität des Saarlandes, Saarbrücken. — Prof. Dr. Fritz Strassmann, Reaktor-Institut der Universität Mainz. — Prof. Dr. med. Wilhelm Tönnis, Köln. — Prof. Dr. med. Heinz Weichardt, Direktor des Instituts für Arbeitsmedizin der Universität Tübingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Prof. Dr. Anton Neuhäusler. Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,30; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5.65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

MATTHIESSEN, Gunnar, geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *KOBLJAKOW, Iwan,* geb. 1913, Kandidat der historischen Wissenschaften, Berater des historisch-diplomatischen Amtes des Außenministeriums der UdSSR; Mitverfasser der zweibändigen „Geschichte der Außenpolitik der UdSSR". *** *BREDOW, Dr. Wilfried Frhr. v.,* geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln; jetzt als Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn tätig, Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *FÜLBERTH, Dr. Georg,* geb. 1939, ist Akademischer Rat im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg. *** *VIELAU, Axel,* geb 1944 in Breslau, ist Wissenschaftlicher Angestellter am Englischen Seminar der Universität Marburg. Arbeitet z. Z. an einer Dissertation über ein literaturwissenschaftliches Thema. *** *JENTSCH, Volker,* geb. 1944 in Göttingen, studierte in Göttingen und Clausthal Physik. *** *KOPKA, Helmut,* geb. 1932 in Dortmund, studierte in Göttingen Physik. *** *WÜLFING, Arnd,* geb. 1935 in Reichenau studierte in Berlin, Freiburg und Göttingen Physik. *** *OSTROWSKY, Jürgen,* geb. 1945 in Kattowitz, studiert Wissenschaftliche Politik, Soziologie und Geschichte in Marburg. *** *DEPPE, Dr. Frank,* geb. 1941, Akademischer Rat am Fachbereich Gesellschaftswissenschaft der Universität Marburg, Verfasser bzw. Mitverfasser folgender Bücher: Verschwörung, Aufstand, Revolution, Frankfurt 1970; Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt 1969; Die neue Arbeiterklasse, Frankfurt 1970; Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1971; zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelwerken. *** *GIESENFELD, Dr. Günter,* geb. 1938 in Düren, ist Assistent am Fachbereich Neuere deutsche Literatur sowie Lehrbeauftragter für Literatur- und Medienwissenschaft an der Universität Marburg.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Aufruf des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Der Verlag bittet darum, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Abonnenten, die ein Bank- oder Postscheckkonto haben, möchten wir empfehlen, von der Möglichkeit eines Dauerauftrags zur Überweisung der Abonnementsgebühren Gebrauch zu machen. Ein Dauerauftrag erspart Zeit und auch Geld.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichen Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

MATTHIESSEN, Gunnar, geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *KOBLJAKOW, Iwan,* geb. 1913, Kandidat der historischen Wissenschaften, Berater des historisch-diplomatischen Amtes des Außenministeriums der UdSSR; Mitverfasser der zweibändigen „Geschichte der Außenpolitik der UdSSR". *** *BREDOW, Dr. Wilfried Frhr. v.,* geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln; jetzt als Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn tätig, Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *FÜLBERTH, Dr. Georg,* geb. 1939, ist Akademischer Rat im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg. *** *VIELAU, Axel,* geb 1944 in Breslau, ist Wissenschaftlicher Angestellter am Englischen Seminar der Universität Marburg. Arbeitet z. Z. an einer Dissertation über ein literaturwissenschaftliches Thema. *** *JENTSCH, Volker,* geb. 1944 in Göttingen, studierte in Göttingen und Clausthal Physik. *** *KOPKA, Helmut,* geb. 1932 in Dortmund, studierte in Göttingen Physik. *** *WÜLFING, Arnd,* geb. 1935 in Reichenau studierte in Berlin, Freiburg und Göttingen Physik. *** *OSTROWSKY, Jürgen,* geb. 1945 in Kattowitz, studiert Wissenschaftliche Politik, Soziologie und Geschichte in Marburg. *** *DEPPE, Dr. Frank,* geb. 1941, Akademischer Rat am Fachbereich Gesellschaftswissenschaft der Universität Marburg, Verfasser bzw. Mitverfasser folgender Bücher: Verschwörung, Aufstand, Revolution, Frankfurt 1970; Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt 1969; Die neue Arbeiterklasse, Frankfurt 1970; Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1971; zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelwerken. *** *GIESENFELD, Dr. Günter,* geb. 1938 in Düren, ist Assistent am Fachbereich Neuere deutsche Literatur sowie Lehrbeauftragter für Literatur- und Medienwissenschaft an der Universität Marburg.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Aufruf des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Der Verlag bittet darum, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Abonnenten, die ein Bank- oder Postscheckkonto haben, möchten wir empfehlen, von der Möglichkeit eines Dauerauftrags zur Überweisung der Abonnementsgebühren Gebrauch zu machen. Ein Dauerauftrag erspart Zeit und auch Geld.